

Hubert Kleinert

# **Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf**

**Bericht an den Kreisausschuss/Kreistag Marburg-Biedenkopf**

Prof. Dr. Hubert Kleinert

Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung (Gießen)

Marburg 2013

## Studie „Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf“

### Korrekturmeldung des Verfassers:

Die Tabelle auf S.51 enthält einen Fehler, der auf eine Namensgleichheit zurückgeht. Der hier als NSDAP-Mitglied geführte Karl Schmidt, geb. am 19.11.1903, war nicht Mitglied der NSDAP. Der mit der entsprechenden NSDAP-Mitgliedsnummer hier aufgeführte Karl Schmidt ist ein anderer. Er wurde am 8.2.1925 geboren und war ebenfalls Bürgermeister von Gönnern, allerdings von 1963 bis 1974. Er gehörte der CDU an.

Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Aus ihm ergeben sich die nachfolgenden geringfügigen Korrekturen: Da der richtige Bürgermeister Karl Schmidt dem Kreistag Biedenkopf nicht angehört hat, vermindert sich die Zahl der NSDAP-Mitglieder von 92 auf 91, d.h. 30,2% statt 30,6% der gesamten Untersuchungsgruppe. Unter den SPD-Funktionsträgern vermindert sich der Anteil der Betroffenen auf 21, d.h. 16,5%. In der Tabelle auf S.72 kommt es bei den Legislaturperioden 1956-60 und 1960-64 zu einer geringfügigen Absenkung der Prozentwerte (in der Ziffer 4 auf 44,4 bzw. 47,1%, in der Ziffer 5 auf 46,5%).

Marburg, d. 16.4.2014

Prof. Dr. Hubert Kleinert

---

### Anmerkungen:

- Die Zahl der NSDAP Mitglieder ist auf folgenden Seiten von 92 auf 91 reduziert: Seiten 49/52/53/54
- Die Gesamtzahl der Betroffenen (Mitglieder der NSDAP, der SS, SA oder einer anderen der NSDAP untergliederten bzw. angeschlossenen Verbände) ist vom 104 auf 103 geändert. Änderungen auf Seiten 48/49/54/56/57
- Die Zahl der „Nicht-Betroffenen auf Seite 49 wurde von 185 auf 186 erhöht.
- Tabelle S. 69 SPD wurde auf 21 geändert.
- Aufgrund der geänderten Prozentwerte in der Tabelle auf S. 72 sind auch die Grafiken auf den Seiten 73 und 74 geändert.
- Aus der Tabelle auf Seite 100 wurde Karl Schmidt gestrichen.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>VI</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>VIII</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2 Zur Einordnung des Projekts</b>	<b>6</b>
<b>3 Bedeutung und Folgen einer NSDAP-Mitgliedschaft</b>	<b>12</b>
3.1 Die Problematik des Erkenntniswerts	12
3.2 Die Mitgliedschaft in der NSDAP	13
3.2.1 Wurden die Menschen gezwungen, der NSDAP beizutreten?	13
3.2.2 Warum sind so viele Menschen der NSDAP beigetreten?	13
3.2.3 Wie konnte man Parteimitglied werden?	14
3.2.4 Die Mitgliederentwicklung in den ersten Jahren der NSDAP	16
3.2.5 Der Mitgliederzustrom nach den Wahlen 1933	18
3.2.6 Der Aufnahmestopp	20
3.2.7 Die Bedeutung der Hitlerjugend und des BDM	22
3.2.8 Beweggründe für einen Eintritt in die NSDAP	25
3.3 Entnazifizierung	26
3.3.1 Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone	27
3.3.2 Kritik	31
3.4 Zusammenfassung	32
<b>4 Die Region Marburg-Biedenkopf als Nazihochburg</b>	<b>34</b>
<b>5 Methodik und Vorgehensweise</b>	<b>37</b>
5.1 Fragestellung und Projektstruktur	37
5.2 Organisationen und Stichtag	37
5.3 Forschungsgang	39
5.4 Probleme während der Recherche	42
5.5 Archivrecherchen	44
5.5.1 Bundesarchiv Berlin	44
5.5.2 Hessisches Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden	45
5.5.3 Staatsarchiv Marburg	46
5.6 Weitere Informationsquellen	46

<b>6</b>	<b>Die Ergebnisse im Einzelnen</b>	<b>48</b>
6.1	Gesamtergebnis	48
6.1.1	Mitglieder der NSDAP	49
6.1.2	Mitglieder der SS	54
6.1.3	Mitglieder der SA	56
6.1.4	Mitglieder in Neben- und Unterorganisationen der NSDAP sowie angeschlossenen Verbänden	57
6.1.5	Entnazifizierung – Spruchkammerverfahren	58
6.2	Auswertung nach Parteien	61
6.2.1	Einleitung	61
6.2.2	Ergebnisse	62
6.2.3	Zusammenfassung der Ergebnisse	69
6.3	Auswertung nach Legislaturperioden	70
6.3.1	Landkreis Marburg	71
6.3.2	Landkreis Biedenkopf	72
6.3.3	Vergleich zwischen Marburg und Biedenkopf	73
6.3.4	Landkreis Marburg-Biedenkopf	75
6.4	Einzelauswertung für die Kreisausschüsse	77
6.4.1	Landkreis Biedenkopf	77
6.4.2	Landkreis Marburg	82
6.4.3	Landkreis Marburg-Biedenkopf	87
6.5	Landräte	92
6.5.1	Landrat Friedrich Bachmann	92
6.5.2	Landrat Siegfried Sorge	95
6.5.3	Landrat August Eckel	96
6.6	Bürgermeister in der NSDAP mit einer Funktion in der Kreispolitik	99
6.7	Besondere Fälle	102
6.7.1	Karl Waldschmidt, geb. am 24.09.1913 (CDU)	102
6.7.2	Ludwig Cloos, geb. am 14.2.1896 (CDU)	107
6.7.3	Martin Cloos, geb. am 16.10.1901 (CDU)	108
6.7.4	Emmerich Eberl, geb. am 28.12.1911 (Gesamtdeutscher Block)	109
6.7.5	Otto von Gebhardi, geb. 08.01.1900 (CDU)	111
6.7.6	Konrad Gaul, geb. am 06.05.1913 (SPD)	112
6.7.7	Wilhelm Meinecke, geb. 30.10.1893 (BHE)	113
6.7.8	Dr. Erich Nassauer, geb. am 13.10.1910 (CDU)	114
6.7.9	Kurt Schwerdt, geb. am 22.12.1919 (FDP)	116

6.7.10	Gerhard Tauscher, geb. am 16.06.1913 (CDU)	116
6.7.12	Jakob Buckler, geb. am 14.02.1914 (SPD)	116
6.7.13	Konrad Elmshäuser, geb. am 15.07.1915 (FDP)	117
6.7.14	Georg Feußner, geb. am 09.10.1901 (SPD)	117
6.7.15	Heinrich Reitz I, geb. am 02.07.1895 (Dem. Arbeitsgemeinschaft)	118
6.7.16	Johannes Riemenschneider, geb. am 02.05.1895 (FDP)	118
6.7.17	Max Schramm, geb. am 20.9.1899 (FDP)	119
6.7.18	Wilhelm Albert, geb. am 20.5.1911 (FWG)	119
6.7.19	Heinrich Löchel, geb. 15.05.1890 (FWG)	120
6.7.20	Ernst Cyriax, geb. am 08.09.1910 (CDU)	120
6.7.21	Heinrich Rau, geb. 14.12.1885 (CDU)	121
<b>7</b>	<b>Fazit</b>	<b>122</b>
	<b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b>	<b>126</b>
	<b>Anlagen</b>	<b>135</b>
	Anlage 1: Quellen/Akten Staatsarchiv Wiesbaden	
	Anlage 2: Quellen/Akten Bundesarchiv Berlin	
	Anlage 3: Quellen/Akten Staatsarchiv Marburg	
	Anlage 4: Liste aller Namen	

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Abkürzung</b>	<b>Bedeutung</b>
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.D.	außer Dienst
BDC	Berlin Document Center
BDM	Bund Deutscher Mädel
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
ca.	Circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
d.h.	das heißt
DA	Demokratische Arbeitsgemeinschaft
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DJV	Deutsches Jungvolk
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
Dr.	Doktor
DSP	Deutschsoziale Partei
DSRP	Deutschsoziale Reformpartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
FVP	Freie Volkspartei
FWG	Freie Wählergemeinschaft
GDP	Gesamtdeutsche Partei
HHStAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
HJ	Hitlerjugend
JM	Jungmädel-Bund
KA	Kreisausschuss
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KT	Kreistag
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

<b>Abkürzung</b>	<b>Bedeutung</b>
NDP	Nationaldemokratische Partei
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutschen Studentenbund
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Prof.	Professor
RAD	Reichsarbeitsdienst
REP	Die Republikaner
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst der SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sog.	Sogenannte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
u.a.	und andere
u.ä.	und ähnlich
UB	Universitätsbibliothek
ÜWG	Überparteiliche Wählergemeinschaft
vgl.	vergleiche
WASt	Wehrmachtsauskunftsstelle
z.B.	zum Beispiel
HStAM	Hessisches Staatsarchiv Marburg



## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Mitgliederzahlen der Hitlerjugend	23
Abbildung 2: Bearbeitete Fälle Spruchkammer	31
Abbildung 3: Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 im Landkreis Marburg	72
Abbildung 4: Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 im Landkreis Biedenkopf	73
Abbildung 5: Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 – Vergleich Landkreis Marburg / Landkreis Biedenkopf	74
Abbildung 6: Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 im Landkreis Marburg-Biedenkopf	76
Abbildung 7: Mitgliedskarte der NSDAP von Friedrich Bachmann	95
Abbildung 8: Mitgliedskarte der NSDAP von August Eckel (Seite 1)	97
Abbildung 9: Mitgliedskarte der NSDAP von August Eckel (Seite 2)	98
Abbildung 10: Anteil der Bürgermeister in der NSDAP im Vergleich zu allen Bürgermeistern, die eine Funktion in der Kreispolitik hatten	101
Abbildung 11: Mitgliedskarte der NSDAP von Karl Waldschmidt	105
Abbildung 12: SS-Musterungsakte von Karl Waldschmidt	105
Abbildung 13: Mitgliedskarte der NSDAP von Ludwig Preiß	107
Abbildung 14: Mitgliedskarte der NSDAP von Emmerich Eberl	111
Abbildung 15: Mitgliedskarte der NSDAP von Konrad Gaul	113
Abbildung 16: Mitgliedskarte der NSDAP von Dr. Erich Nassauer	115

## 1 Einleitung

Die vorliegende Studie hat eine längere Vorgeschichte. Im Sommer 2011 erhielt ich einen Anruf des Vorsitzenden des Kreistags Marburg-Biedenkopf, Detlef Ruffert. Er trug mir vor, es gebe einen Antrag der Fraktion Die Linke, in dem angeregt werde, dass der Kreis Marburg-Biedenkopf eine Untersuchung über mögliche NS-Vergangenheiten früherer Landräte, Kreisausschussmitglieder und Kreistagsabgeordneter in Auftrag geben möge. Die Parteien seien übereingekommen, diesen Antrag nicht einfach abzulehnen, sondern an den Ältestenrat zu überweisen. Dieser solle sich darüber verständigen, in welcher Form diese Initiative aufgegriffen werden solle oder nicht. Ruffert fragte weiter, ob ich mir vorstellen könne, in dieser Sache tätig zu werden. Eine ähnliche Anfrage kam in derselben Zeit von der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Sandra Laaz. Ich habe dann meine prinzipielle Bereitschaft erklärt, mir Gedanken zu machen, ob und in welcher Form ich würde behilflich sein können. Gleichzeitig erfuhr ich, dass es auch Gespräche mit der Philipps-Universität Marburg gegeben haben musste.

Nach einigem Überlegen kam ich zu dem Ergebnis, dass ich eine solche Untersuchung im Rahmen des über zwei Semester angesetzten studentischen Projekts durchführen können. Da dann aber das Jahr 2011 zu Ende ging, ohne dass neue Informationen kamen, ging ich zunächst davon aus, dass das Projekt entweder nicht zustande kommen oder in einer anderen Form realisiert werden würde.

Im Frühjahr 2012 wurde ich dann freilich gebeten, als Gast an einer Ältestenratssitzung des Kreistags teilzunehmen. In der Ältestenratssitzung erläuterte ich meine prinzipielle Bereitschaft sowie die von mir anvisierte Form, den Zeitraum und den wahrscheinlichen Aufwand. Im Verlaufe einer kontroversen Diskussion, was denn ein solches Unternehmen heutzutage überhaupt noch „bringen“ könne, wurden sehr unterschiedliche Auffassungen vorgetragen. Am Ende kam man dann aber doch überein, der Sache näher zu treten. Dabei war es sicher hilfreich, dass ich in dem Kreis einen kostengünstigen Vorschlag machen konnte. Da ich die Untersuchung im Rahmen einer regulären Lehrveranstaltung durchführen wollte, würde eine besondere finanzielle Honorierung entfallen. Der Kreis würde lediglich für die erforderlichen Reise- und Übernachtungskosten, Spesen und Sachmittel aufkommen. Auf dieser Grundlage hat sich dann der Ältestenrat im Juni 2012 ein weiteres Mal mit dem Thema befasst. Mit Schreiben vom 20. Juli hat mich der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf schließlich offiziell mit diesem Projekt beauftragt.

Natürlich steht dieses Unternehmen in einem bestimmten geschichtspolitischen Umfeld. Es ist nicht einfach nur eine einzelne, zeitlose wissenschaftliche Studie. Sie reiht sich ein in eine ganze Reihe von in den letzten Jahren begonnenen Arbeiten über die NS-Belastung deutscher Parlamentarier nach 1945 (vgl. dazu das folgende Kapitel). Hier ist besonders auf die 2012 von einer Projektgruppe unter Leitung von Albrecht Kirschner

begonnene Studie über die hessischen Landtagsabgeordneten zu nennen<sup>1</sup>, bei deren Zustandekommen auch die Publikation von Hans-Peter Klausch eine Rolle gespielt hat<sup>2</sup>. Inzwischen sind auch andere Kreistage in Hessen in dieser Richtung initiativ geworden. Auch die Stadt Marburg will die Vergangenheit ihrer Nachkriegsrepräsentanten überprüfen.

Soweit ich sehen kann, ist unsere Studie jedoch die erste in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, die eine derart systematische Aufarbeitung von Vergangenheit im kommunalen Bereich und damit am Schnittpunkt zwischen hauptamtlichem und ehrenamtlichem Engagement versucht. Ein ganzes Kommunalparlament (bzw. zwei) ist in dieser detaillierten Form noch nicht untersucht worden. Es handelt sich also um ein Pilotprojekt.

Daraus ergaben sich natürlich besondere Probleme. Zum einen konnte nicht auf Vorbilder zurückgegriffen werden. Zum anderen haben sich solche Arbeiten im kommunalen Rahmen mit Problemen herumzuschlagen, die sich für Untersuchungen auf den übergeordneten politischen Ebenen nicht oder kaum stellen. Während dort bei der Beschaffung von Basisdaten zur Identifizierung der Betroffenen auf reichhaltiges Quellenmaterial zurückgegriffen werden kann (in Bundes- und Landtagen existieren Handbücher, aus denen diese Basisdaten unschwer rekonstruiert werden können), ist dies im kommunalen Bereich nicht der Fall. Allein die Ermittlung dieser Basisdaten hat uns vor riesige Probleme gestellt (vgl. das Methodenkapitel). Die Vorstellung, dass deutsche Behörden eine gut geordnete Aktenführung hinterlassen und zumindest über die Staatsarchive eine annähernd vollständige Rekonstruktion von Namen, Adressen, Parteizugehörigkeiten, vor allem aber von den Geburtstagen der früheren Funktionsträger im Kreis in den vierziger, fünfziger, sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts möglich ist, hat sich als illusionär herausgestellt. Auch die über die Nutzung des Pressearchivs in der Universitätsbibliothek gewonnenen Informationen erwiesen sich als überaus lückenhaft. So mussten Meldeämter, Geburtsregister und Identitätsbücher zu Rate gezogen werden.

Insgesamt hat diese Vorphase der eigentlichen Untersuchung außerordentlich viel Mühe bereitet und Arbeitskraft gebunden. Am Ende ist es zwar gelungen, zu 88% der Betroffenen die notwendigen Basisdaten zu gewinnen. Aber der Aufwand, den wir dafür treiben mussten, sprengte den Rahmen dessen, was ich anfänglich für vorstellbar hielt, bei weitem. Ich kann im Blick auf andere Untersuchungen nur hoffen, dass die Aktenbestände anderswo vollständiger und besser geordnet sind.

Die Untersuchungsphase begann im September 2012 und endete im Mai 2013. Zu meiner Unterstützung standen 18 Studierende des dritten und dann vierten Semesters an

---

<sup>1</sup> Albrecht Kirschner, Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“, herausgegeben vom Hessischen Landtag, Wiesbaden 2013

<sup>2</sup> Hans-Peter Klausch, Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987), herausgegeben von der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag, Wiesbaden 2011

der hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung, Abteilung Giessen, zur Verfügung. Ursprünglich ging ich davon aus, dass die Erfassung der Betroffenenengruppe, die sich aus dem festgesetzten Stichtag 8. Mai 1927 ergab (überprüft werden sollten nur solche Funktionsträger, die zumindest bei Kriegsende 18 Jahre alt waren, vgl. dazu auch das Methodenkapitel), und die Erstellung einer Datenbank in den Grundzügen bis zum Oktober 2012 abgeschlossen sein würde. Ich hoffte, dass wir schon im November mit Recherchen in den im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden gelagerten Entnazifizierungsakten würden beginnen können.

Diese Terminvorstellung erwies sich aufgrund der oben angesprochenen Probleme als unrealistisch. So gingen die Studierenden Ende November in ihre Praxisphase, die für uns eine Unterbrechung der Arbeit bedeuten musste, ohne dass auch nur eine halbwegs vollständige Datenbank fertig gestellt gewesen wäre.

Ich habe mich dann für ein zweigleisiges Vorgehen entschieden: Die Überprüfung der recherchierten Namen sollte beginnen, ohne dass die Erhebung der Basisdaten bereits abgeschlossen war. So haben wir im Januar und Februar 2013 umfangreiche Recherchen in den Entnazifizierungsakten durchgeführt, während gleichzeitig die Nachforschungen nach Basisdaten weitergingen. Im März und April wurden dann die Recherchen im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde fortgesetzt, wo neben dem Zentralarchiv die beiden NSDAP-Mitgliederkarteien für uns von besonderem Interesse waren. Auch jetzt ging parallel dazu die Suche nach noch nicht geklärten Basisdaten weiter. Erst in der ersten Maihälfte haben wir diese Suche eingestellt und uns mit den 88% der hochwahrscheinlich Betroffenen zufrieden gegeben, die bis dahin eindeutig identifiziert werden konnten.

Ein solches Unternehmen hat natürlich viele Aspekte: Wir hätten uns damit begnügen können, allein die zahlenmäßigen Ergebnisse unserer Untersuchung wiederzugeben. Ich gehe jedoch davon aus, dass eine solche Studie nicht einfach nur als Zahlenwerk vorgelegt werden sollte. Sich mit NS-Belastungen zu beschäftigen, ohne Reflexionen über das gesamtgesellschaftliche Umfeld, über Bedeutung, Motive und Konsequenzen anzustellen, hielt ich für unangebracht. Und schließlich galt es ja auch, den möglichen Lernertrag für die Studierenden zu berücksichtigen. Deshalb beginnt diese Studie nicht mit der Darstellung der Zahlen. Vielmehr wird im ersten Kapitel versucht, diese Arbeit in den Gesamtkontext der verschiedenen Etappen der geschichtlichen Aufarbeitung der NS-Zeit seit 1945 zu rücken.

Das folgende Kapitel befasst sich mit der Bedeutung einer NS-Mitgliedschaft. Wie man Parteimitglied wurde, wie sich die Mitgliederentwicklung der NSDAP insgesamt gestaltet hat, welche verschiedenen Motive es zu unterschiedlichen Zeiten gab, „Parteigenosse“ zu werden, all das steht hier im Fokus. Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit der untersuchten Region Marburg und Biedenkopf und der besonderen Rolle, die der Antisemitismus und die NSDAP hier auch schon vor der Machtergreifung am 30. Januar 1933 spiel-

ten. Es folgt der Methodenteil, der unser Vorgehen und die dabei aufgetreten Schwierigkeiten im Einzelnen beschreibt.

Danach erst kommt der eigentliche Hauptteil dieser Arbeit. Auf die Vorstellung des Gesamtergebnisses folgen detaillierte Aufschlüsselungen nach Parteien, Wahlperioden und Gremien. Dieser Teil schließt ab mit einer genaueren Betrachtung besonders interessanter Fälle. Den Abschluss der Studie bildet ein Fazit.

Die Arbeit an dieser Studie war sehr viel aufreibender, als ich mir das vorgestellt hatte. Sie hat in den letzten Monaten einen großen Teil meiner gesamten Arbeitskraft in Anspruch genommen. Immerhin ist es dabei gelungen, eine annähernd vollständige Auflistung der NS-Verwicklungen von Funktionsträgern in den Kreisen Marburg und Biedenkopf zwischen 1946 und 1997 zu ermitteln. So denke ich doch, dass sich der enorme Aufwand am Ende gelohnt hat.

Eigentlich hätte die Studie schon Ende Juni/Anfang Juli vorgestellt werden sollen. Eine Handverletzung hat das unmöglich gemacht. Das hat der Arbeit nicht geschadet, sondern Raum gelassen für eine nochmalige Überarbeitung, bei der noch weitere Informationen verwertet werden konnten.

Diese Studie wäre niemals möglich gewesen ohne tatkräftige Mithilfe von vielen. An erster Stelle müssen hier natürlich die studentischen Ko-Autoren genannt werden, die nicht nur fleißig recherchiert und ausgewertet, sondern auch viele Texte geliefert haben, die die Grundlagen für die hier vorgelegte Überarbeitung bildeten. Matthias Metz hat mir auch nach Beendigung der Projektphase bis Ende Juni als Hilfskraft zur Verfügung gestanden. Laura Schneider hat nicht nur mit Sarah Strunk die Zahl der NS-Mitglieder in den Kreisausschüssen und die Landräte bearbeitet, sondern die Liste mit den Basisdaten verwaltet, unzählige Male korrigiert und neue Angaben eingearbeitet. Ihre Akribie war unersetzlich. Und Ramona van Moll, die den größten Teil der Gesamtergebnisse zu bearbeiten hatte. Mein Dank gilt ebenso Sabrina Glas, Franziska Hilf und Nina Müller, die mit der Auswertung nach Legislaturperioden befasst waren. Annika Schmidt und Diana Minch haben sich mit den interessanteren Einzelfällen beschäftigt, Valerie Kaiser und Marie-Therese Bausch mit der Auswertung nach Parteien. Daniel Otterbein, Matthias Metz, Martin Grundl und Stephan Donath haben eine Vorlage für den Methodenteil geliefert, Lena Dziehel, Lisa Kühtz und Laura Menges sich mit der Entwicklung und Bedeutung von NS-Mitgliedschaften beschäftigt. Julian Friedrich schließlich hat den ersten Entwurf für die geschichtspolitische Einordnung geschrieben.

Genannt werden müssen hier auch all die hilfsbereiten Mitarbeiter aus den verschiedenen Archiven, deren Hilfe für den Erfolg unserer Arbeit ganz entscheidend war. Das gilt für Dr. Diether Degreif und Christiane Kleemann aus dem Hessischen Hauptstaatsarchiv, Frau Wenz und Herrn Brendel aus dem Staatsarchiv Marburg und für die Herrn Fehlauer und Klein sowie Frau Grüner vom Bundesarchiv in Berlin. Besonders der Leiter des

Hauptstaatsarchivs, Dr. Diether Degreif, stand wiederholt zur Klärung aller möglichen Fragen zum Entnazifizierungsverfahren zur Verfügung. Auch die Mitarbeiter der Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf haben geholfen, wo sie konnten.

Zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben schließlich auch all die, die mir als Gesprächspartner zur Verfügung standen: Stellvertretend für viele seien hier nur Landrat a.D. Prof. Dr. Kurt Kliem und Stadtrat a.D. Reinhold Drusel genannt. Für wichtige Hinweise zu danken habe ich schließlich auch Herrn Dr. Albrecht Kirschner, dem federführenden Autor der Studie zu den Abgeordneten des Hessischen Landtags.

Marburg, der 27.9.2013

Prof. Dr. Hubert Kleinert

## 2 Zur Einordnung des Projekts

Mit Blick auf die Thematik dieser Studie liegt die Frage nahe, warum eine solche systematische Untersuchung der NS-Vergangenheit in der Kommunalpolitik erst jetzt, viele Jahrzehnte danach, stattfindet.<sup>3</sup> Deshalb soll nachfolgend ein Überblick über die historische Entwicklung der Aufklärung und Bewältigung des Nationalsozialismus in Deutschland gegeben werden. Dieser Prozess war verschiedenen Einflüssen unterworfen und hat sich im Laufe der Zeit ebenso stark gewandelt wie der Umgang mit Verbrechen, die während der Nazi-Herrschaft verübt wurde.

Als erste Phase lässt sich die Entnazifizierung nennen. Sie muss differenziert betrachtet werden, da sie in den jeweiligen Besatzungszonen unterschiedlich gehandhabt wurde. Schon im Laufe der Entnazifizierung selbst gab es jedoch erste Veränderungen im Umgang mit den NS-Verbrechen und ihrer Aufklärung. Zu Beginn war ein großer Eifer erkennbar, die ‚Belasteten‘ besonders in Verwaltung, Wirtschaft und Politik zu identifizieren und aus verantwortlichen Positionen zu entfernen.<sup>4</sup> Mit den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher und die wichtigsten NS-Organisationen setzten die Alliierten ein Signal, das zeigen sollte, dass sie bestrebt waren, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.<sup>5</sup>

Aus unterschiedlichen Gründen hat dieses Signal aber nicht in dem Umfang gewirkt, den man sich erhofft hatte. Peter Reichel unterscheidet fünf Ursachen, die den nachlassenden Entnazifizierungseifer erklären können, der schon nach relativ kurzer Zeit in der US-Besatzungszone zu beobachten war. Dazugerechnet werden müssen als „sechste“ Ursache noch die Probleme bei der Durchführung der Fragebogen-Aktion, mit deren Hilfe die jeweilige persönliche NS-Belastung der Deutschen festgestellt werden sollte.<sup>6</sup>

Reichel nennt zunächst die veränderte weltpolitische Lage und die Entstehung des Kalten Krieges, wodurch eine künftige Rolle der Westzonen als Bündnispartner der Alliierten immer bedeutsamer wurde, während die innere Vergangenheitsbewältigung mehr in den Hintergrund getreten sei.<sup>7</sup> Als zweiten Punkt führt er an, dass sich große Teile der deutschen Bevölkerung selbst in der Opferrolle sahen. Das ergab sich vor allem durch die Zerstörungen und Entbehrungen, die schon der Krieg mit sich gebracht hatte und die

---

<sup>3</sup> Vgl. Hessischer Landtag (Hrsg.), Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“, Wiesbaden 2013

<sup>4</sup> Vgl. Norbert Frei, Hitlers Eliten nach 1945 – eine Bilanz; N. Frei Karrieren im Zwielicht, Frankfurt a. M./New York, 2. Auflage 2002, S. 303-335, hier S. 306

<sup>5</sup> Vgl. Wolfgang Benz, Bestrafung der Schuldigen, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 253/2005, S. 26-29, hier S. 25

<sup>6</sup> Vgl. Benz, Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 259/2005, S. 29 ff., hier S.33: Probleme ergaben sich insbesondere bei der Durchführung, 13 Mio. Fragebogen waren auszuwerten, es fehlte teilweise das Personal und als Ergebnis ergab sich, dass weniger als ein Prozent der Befragten Strafen oder Nachteile erlitt.

<sup>7</sup> Vgl. Peter Reichel, Der Nationalsozialismus vor Gericht und die Rückkehr zum Rechtsstaat, in: P. Reichel/H. Schmid/P. Steinbach (Hrsg.), Der Nationalsozialismus, Die zweite Geschichte, Bonn 2009, S. 22 ff., hier S. 29

sich angesichts der prekären Ernährungslage und Wohnungssituation in der unmittelbaren Nachkriegszeit für viele eher noch verschärften. Drittens macht er eine Tendenz der Alliierten aus, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichzusetzen, was eine differenzierte Betrachtung von Schuld und Verantwortung erschwert hätte.

Daneben hält Reichel das Ausbleiben einer Verurteilung der Wehrmacht als verbrecherischer Organisation für bedeutsam. Dies habe eine gewisse Rehabilitation und Relativierung zur Folge gehabt. In diesem Zusammenhang verweist er auf die später getroffenen Regelungen der Anwendung des Artikels 131 GG (vgl. unten). Der letzte wichtige Faktor für die nachlassende Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen in dieser Zeit sei der Verzicht auf Sondergerichte und Sonderrecht gewesen.

Demgegenüber wurde, meist aus ganz pragmatischen Gründen, der Integration vieler alter Eliten der Vorzug gegeben. Dies wird schon aus Adenauers Regierungserklärung vom 20.09.49 deutlich.<sup>8</sup> „Die Zukunft [...] war nur mit jener übergroßen Mehrheit zu gewinnen, die schon den NS-Staat getragen hatte, nicht gegen sie.“<sup>9</sup>

Erster sichtbarer Ausdruck dieser Politik war das 1949 verabschiedete Amnestiegesetz und die schon genannte, 1951 getroffene Regelung zur Anwendung des Art. 131 GG und der dazu ergangenen Gesetze.<sup>10</sup> Neben denjenigen, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertrieben worden waren, erhielten dadurch auch etwa 150.000 Personen ihre Versorgungsansprüche und Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst zurück, die im Zuge der Entnazifizierung ihre Ämter verloren hatten.<sup>11</sup> Faktisch begünstigte das Gesetz fast alle in der Zwischenzeit in der Bundesrepublik ansässigen Berufssoldaten und ehemaligen Beamten des Dritten Reiches. Das galt sogar für frühere Gestapo-Leute, soweit diese „von Amts wegen“ zur Gestapo versetzt worden waren. Und mit dem Straffreiheitsgesetz von 1954 sollten sogar nach dem 1.10.1944 begangene Totschlagsdelikte in minder schweren Fällen nicht mehr verfolgt werden.

Parallel dazu distanzierten sich CDU und SPD vom nationalsozialistischen Gedankengut und grenzten sich von Antisemitismus oder Rassismus ab. Milde auch gegenüber offensichtlichen Tätern einerseits, aber auch Aufbau und Festigung des demokratischen Systems und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik andererseits, das stand im Mittelpunkt der Bemühungen.<sup>12</sup> Zu diesem Zweck wurde 1952 die „Bundeszentrale für Heimatdienst“, die spätere Bundeszentrale für politische Bildung,

---

<sup>8</sup> Vgl. Frei, Hitlers Eliten nach 45, S. 310

<sup>9</sup> Frei, a.a.O., S. 312

<sup>10</sup> Vgl. Frei, a.a.O., S: 311; Vgl. auch Frei, Vergangenheitspolitik, München 1996, S. 69 ff.

<sup>11</sup> Schildt, Politische Entscheidungen und Einstellungen, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 254/1997, S. 10 ff., hier S. 22

<sup>12</sup> Vgl. Frei, Hitlers Eliten, S. 309; Schildt, Politische Entscheidungen und Einstellungen, S. 23; Fröhlich, Rückkehr zur Demokratie – Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Reichel/Schmid/Steinbach, Der Nationalsozialismus, S. 105 ff., hier S. 108



gegründet<sup>13</sup>, die die Aufarbeitung politischer Defizite in der Bevölkerung in Angriff nehmen sollte. Die Koalitionspartner Adenauers, FDP und DP, waren freilich in dieser Distanzierung von der Vergangenheit weniger eindeutig. Sie umwarben durch Amnestieforderungen auch für Schwerbelastete ganz offen auch solche ehemaligen Nationalsozialisten, die sich wenig lernfähig zeigten. Da solche Amnestie- und Schlussstrichforderungen Anfang der 1950er Jahre in der Öffentlichkeit sehr populär waren, meinte dann auch Adenauer, in dieser Richtung tätig werden zu müssen. Von deutscher Schuld wollten große Teile der Öffentlichkeit in dieser Zeit kaum noch etwas hören – von den Rechtsparteien bis zu CDU und SPD, von der ZEIT und dem SPIEGEL bis zur FAZ.

Nach einer längeren Phase des kollektiven Beschweigens der NS-Vergangenheit, in der nicht wenige NS-Belastete in hohe und höchste Funktionen aufrücken konnten, war gegen Ende der 50er Jahre ein Stimmungsumschwung zu bemerken. Er wurde ausgelöst durch Justizskandale um die Begünstigung antisemitischer Straftäter und die Schändung der Kölner Synagoge 1959. Dies führte zur Einrichtung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, die aktiv und systematisch Informationen sammeln sollte, um strafrechtliche Verfahren zu ermöglichen.<sup>14</sup> Zudem erfolgte eine erste Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Fernseh-Reihe ‚Das Dritte Reich‘ und durch dokumentarische Bücher und Zeitschriftenserien.<sup>15</sup>

Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen und Grausamkeiten der NS-Zeit nahm Anfang der 60er Jahre mit zwei öffentlichkeitswirksamen Strafprozessen eine neue Dimension an. In einem 1961 in Jerusalem geführten und weltweit beachteten Prozess wurde der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, einer der Hauptverantwortlichen des Holocaust, zum Tode verurteilt.<sup>16</sup> Zwei Jahre darauf begann in Frankfurt das gerichtliche Verfahren gegen 20 ehemalige Aufseher des Vernichtungslagers Auschwitz<sup>17</sup>, der „Auschwitz-Prozess“, dessen 1965 verkündete Urteile eher als zu milde empfunden wurden.<sup>18</sup>

Auf politischer Ebene erregte im selben Jahr die Verjährungsdebatte große Aufmerksamkeit. Nach deutschem Strafrecht konnten Kapitalverbrechen nach 20 Jahren nicht mehr geahndet werden. Änderte man dies nicht, würden viele Verbrechen der NS-Zeit ungeahndet bleiben. Die Debatten im Bundestag mündeten in einen Kompromiss, der die Verjährungsfrist bis 1970 verlängerte. 1969 hob man die Verjährungsfrist für Völkermord auf und legte sie für Mord bei 30 Jahren fest. 1979 wurde sie ganz abgeschafft.<sup>19</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. Fröhlich S. 109

<sup>14</sup> Peter Borowsky, Das Ende der Ära Adenauer, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 258/1998, S. 3 ff., hier S. 9

<sup>15</sup> Vgl. Schildt, Politische Entscheidungen und Einstellungen, S. 23

<sup>16</sup> Vgl. Borowsky, S. 5; Axel Schildt, Gesellschaft, Alltag und Kultur in der BRD, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 270/2001, S. 40

<sup>17</sup> Borowsky, S. 5

<sup>18</sup> Vgl. Borowsky, S. 5 ff.

<sup>19</sup> Vgl. Borowsky, S. 6 ff.; Reichel, S. 54-58

Eine ganz wichtige Station der Vergangenheitsbewältigung ist dann das mit der 68er Bewegung aufkommende Interesse der jüngeren Generation für die Rolle ihrer Eltern und Großeltern während der NS-Herrschaft gewesen. War die vorangegangene Beschäftigung überwiegend durch Ereignisse ausgelöst worden, die im Rahmen des politischen Institutionensystems stattfanden, so spielten jetzt veränderte gesellschaftliche Stimmungslagen und persönliche Beweggründe eine zentrale Rolle. Durch die wachsenden Fragen der Nachkriegsgeneration an ihre Eltern bekam die Aufarbeitung auch eine ganz private Dimension. Zahllose innerfamiliäre Auseinandersetzungen waren die Folge.

„Bedeutend für die Entwicklung der politischen Kultur war dabei zweierlei: Die zunächst tabuisierte Verantwortung des Einzelnen im Nationalsozialismus wurde zu einem zentralen Thema, und die junge Generation erprobte Formen und Möglichkeiten politischer Partizipation und Debatte.“<sup>20</sup> Ein Ausdruck dieser kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit war die Thematisierung der Verstrickung einzelner hochrangiger Politiker in den NS-Apparat. Das spektakulärste Symbol dafür war die Ohrfeige, die Bundeskanzler Kiesinger 1968 von Beate Klarsfeld erhielt. Sie begründete ihre Tat damit, dass Kiesinger während der NS-Zeit in seiner Funktion als Rundfunkreferent im Auswärtigen Amt Kenntnis über die Verfolgung und Vernichtung der Juden gehabt habe.<sup>21</sup> Wohl konnte dieser Vorwurf nicht in allen Teilen verifiziert werden und mochte man den körperlichen Angriff kritisieren. Insgesamt aber wirkte die Tat als aufsehenerregendes Zeichen dafür, dass die kritische Jugend „braune[ ] Flecken auf der Weste“ von Politikern nicht zu tolerieren bereit war.<sup>22</sup> Mit der 68er Bewegung verbindet sich auch ein deutlich zunehmendes Interesse an abstrakt-theoretischen Auseinandersetzungen mit Phänomenen wie Faschismus und Diktatur.<sup>23</sup>

Nicht zuletzt durch diese Impulse der späten 60er Jahre ausgelöst, kam es in den 70er Jahren zu einer stärkeren und intensiveren Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Diese wurde besonders sichtbar in Form einer „massenmediale[n] Thematisierung des Dritten Reiches“<sup>24</sup>, vor allem durch die Verfilmung der Hitler-Biographie (1973) von Joachim Fest und die 1979 ausgestrahlte US-Serie „Holocaust“. Das fiktive Schicksal der jüdischen Familie Weiss bewegte die Deutschen auf ungeahnte Weise. Diese Auseinandersetzung schuf den Nährboden für einzelne Berufsgruppen, ihre Rolle im Gefüge des Nationalsozialismus zu untersuchen. Die öffentlichkeitswirksamste Folge dieser Recherchen war der Rücktritt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (1978), „der als Marinerichter noch nach der deutschen Kapitulation Todesurteile unterzeichnet hatte und deshalb zumindest als moralisch belastet galt.“<sup>25</sup>

---

<sup>20</sup> Fröhlich, S. 118

<sup>21</sup> Vgl. Fröhlich, S. 118; Frei, Hitlers Eliten, S. 335

<sup>22</sup> Frei, S. 335

<sup>23</sup> Vgl. Eckart Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit, München 2012, S. 694

<sup>24</sup> Schildt, Gesellschaft, Alltag und Kultur in der BRD, S. 41.

<sup>25</sup> Schildt, Gesellschaft, Alltag und Kultur in der BRD, S. 41.

Bald wurde nicht mehr nur auf hoher politischer Ebene nach Beteiligung und Schuld von Personen und Institutionen gefragt. Seit Anfang der 80er Jahre war man auch im regionalen Rahmen mehr und mehr bemüht, Licht ins Dunkel der NS-Vergangenheit zu bringen. Formen dieser Bestrebungen waren lokale Geschichtswerkstätten und ein Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten über den Alltag im Nationalsozialismus, der zahlreiche lokale Recherchen von Jugendlichen anregte.<sup>26</sup> 1985 wurde „die sogenannte Auschwitz-Lüge [...] unter Strafandrohung gestellt.“<sup>27</sup> Ein Meilenstein in der Entwicklung der bundesdeutschen Aufarbeitung war auch die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Europa 1985 erstmals offiziell vom 8. Mai als „Tag der Befreiung“ auch in Deutschland sprach.

Die folgenden Jahre waren von wissenschaftlich-theoretischen Diskussionen der Historiker und Journalisten geprägt. Das begann 1986 mit dem „Historikerstreit“. Seinen Ausgangspunkt bildete die spekulative These des Historikers Ernst Nolte, „die letztlich den Holocaust als – allerdings verfehlten - bürgerlichen Angstreflex auf die kommunistische Bedrohung ausgab“<sup>28</sup> und die zu einer grundsätzlichen Debatte um die „Bedeutung des Nationalsozialismus für die „Identität der alten Bundesrepublik“<sup>29</sup> führte. Im Fokus stand die Frage nach der „Singularität von Auschwitz“ und den Konsequenzen, die aus der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft zu ziehen seien.<sup>30</sup>

Mitte der 90er Jahre entbrannte der Streit um Daniel Goldhagens These, „wonach ein seit langem in der deutschen Gesellschaft angelegter, eliminatorischer Antisemitismus“ als die wichtigste Ursache für den Massenmord an den Juden Europas identifiziert werden könne.“<sup>31</sup> Obwohl die deutschen Historiker diese ebenso grobschlächtige wie spektakuläre These zurückwiesen, hatte sie eine einige Bedeutung für die geschichtliche Aufarbeitung der Vergangenheit in dieser Zeit.<sup>32</sup>

Seit der Jahrtausendwende ist die systematische Untersuchung einzelner Institutionen oder politischer Gremien in den Vordergrund getreten. Hier ist besonders die in den Medien viel beachtete Arbeit der Unabhängigen Historikerkommission zu nennen, die sich mit der Rolle der Bediensteten des Auswärtigen Amtes befasste und von Außenminister Fischer 2005 berufen worden war<sup>33</sup>. Auslöser war der Nachruf auf einen verstorbenen Beamten, dessen NS-Vergangenheit darin verschwiegen worden war. Das hatte zu Kritik

---

<sup>26</sup> Vgl. Fröhlich, S. 124; Schildt, Gesellschaft, Alltag und Kultur in der BRD, S. 41.

<sup>27</sup> Vgl. Schildt, Gesellschaft, Alltag und Kultur in der BRD, S. 42.

<sup>28</sup> Schildt, Gesellschaft, Alltag und Kultur in der BRD, S. 42.

<sup>29</sup> Fröhlich, S. 123.

<sup>30</sup> Vgl. Fröhlich, S. 123.

<sup>31</sup> Christoph Cornelißen, Erforschung und Erinnerung – Historiker und die zweite Geschichte, in: Reichel/Schmid/Steinbach, Der Nationalsozialismus, S. 217 ff.

<sup>32</sup> Vgl. Herbert, Zeit-Artikel, S.1-4.

<sup>33</sup> Vgl. Conze u. a., S. 711.

geführt.<sup>34</sup> In dieser Arbeit richteten die Forscher das Hauptaugenmerk auf die Kontinuität der personellen Besetzung während und nach der NS-Zeit und mussten feststellen, dass nach 1945 phasenweise nahezu die Hälfte aller Mitarbeiter im höheren Dienst ehemalige NSDAP-Mitglieder gewesen waren.<sup>35</sup>

„Auch die Bundesministerien der Finanzen (BMF), der Justiz (BMJ) sowie für Wirtschaft und Technologie (BMWi) stellen sich der Aufarbeitung der NS-Zeit und haben entsprechende Forschungsprojekte in Angriff genommen. Außerdem gibt es Forschungsprojekte der nachgeordneten Bundesbehörden, so beim Bundesnachrichtendienst (BND), beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und beim Bundeskriminalamt (BKA)“<sup>36</sup>, so lautet die Antwort der Bundesregierung Ende 2011 auf eine Große Anfrage der Linken zum Umgang mit der NS-Vergangenheit.

In den letzten Jahren hat sich, beginnend mit dem Landtag in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2008, auch eine Reihe von Landtagen dieser Aufarbeitung zugewandt. Das gilt auch für Hessen: Die Ende 2012 abgeschlossene und Anfang 2013 veröffentlichte Vorstudie kommt zu dem Ergebnis, dass bei über 22% der hessischen Landtagsabgeordneten, die vor 1929 geboren sind, eine NS-Vergangenheit nachweisbar ist.<sup>37</sup>

In der Regel durch Parlamentsinitiativen ausgelöst, sind seit 2011 auch Vorstöße unternommen worden, diese Arbeit auf die kommunale Ebene auszuweiten. In diesem Zusammenhang steht diese Studie. Sie ist die erste ihrer Art. Denn soweit wir sehen können, liegt bislang keine vergleichbare Forschungsarbeit über die NS-Belastung einer derart großen Gruppe von ehemaligen kommunalen Funktionsträgern über mehr als ein halbes Jahrhundert vor. Es ist zu hoffen, dass dieser Arbeit weitere folgen werden.

---

<sup>34</sup> Vgl. Conze u. a., S. 706-709

<sup>35</sup> Vgl. Conze u. a., S. 493

<sup>36</sup> Antwort der Bundesregierung, S. 4, vgl. Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd//17/081/1708134.pdf> vom 14.05.2013

<sup>37</sup> Vgl. Abschlussbericht Vorstudie Hessischer Landtag, S. 4 ff.

### 3 Bedeutung und Folgen einer NSDAP-Mitgliedschaft

#### 3.1 Die Problematik des Erkenntniswerts

Man sollte meinen, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit sei bereits in den 1950er und frühen 1960er Jahren in Deutschland geleistet worden. Doch auch 68 Jahre nach dem militärischen Sieg der Alliierten ist sie noch nicht abgeschlossen. In den ersten Jahren der neuen Bundesrepublik herrschten „Entnazifizierungsmüdigkeit“ und kollektives Beschweigen der Vergangenheit. In der Politik konnten so manche ehemalige Nationalsozialisten in hohe Positionen kommen. Mehr als 20 frühere Mitglieder der NSDAP gehörten im Laufe der Jahrzehnte den bundesdeutschen Nachkriegs-Regierungen an.<sup>38</sup>

Doch wie war es auf kommunaler Ebene? Und besteht überhaupt die Möglichkeit, hier nach so vielen Jahren noch neue Erkenntnisse zu gewinnen? Mit Hilfe der Mitgliederparteien der NSDAP und den Entnazifizierungsakten kann auch die Vergangenheit von Kommunalpolitikern ergründet werden. Die Frage, warum diese Menschen der NSDAP beigetreten sind und den Nationalsozialismus unterstützt haben, ist freilich schwieriger zu beantworten.

Etwa 8,5 Millionen Deutsche waren Mitglieder in der NSDAP. Doch was sagt eine Mitgliedschaft aus? Sind alle Mitglieder auch überzeugte oder gar fanatische Nationalsozialisten gewesen? Wohl nicht. Aber was waren ihre Motive? War es einfach nur jugendliche Verblendung oder steckte mehr dahinter? War es die Vorstellung, eine alte, etablierte Welt aus den Angeln heben zu können? War es die materielle Not von Arbeitslosen und von in der Weltwirtschaftskrise verarmten Mittelschichten? War es der Hass auf die „Judenrepublik von Weimar“? Oder waren es pures Mitläufertum, Karrierismus, Opportunismus, Sorge ums eigene Fortkommen? Oder gar Angst, durch „Abseits stehen“ auch ins Abseits zu geraten? War es die Furcht, berufliche Nachteile zu erleiden?

Zu beachten ist natürlich auch der Zeitpunkt des Eintritts in die NSDAP. Was sagt es aus, wenn Menschen bereits vor der Machtergreifung Hitlers in der NSDAP waren? Und wie war es mit der Entnazifizierung? Diesen Fragen soll auf den nächsten Seiten nachgegangen werden.

---

<sup>38</sup> Vgl. Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parlamentarische-anfrage-24-ex-nsdap-mitglieder-arbeiteten-in-nachkriegs-regierungen-a-808598.html>.

## 3.2 Die Mitgliedschaft in der NSDAP

### 3.2.1 Wurden die Menschen gezwungen, der NSDAP beizutreten?

Bei allen unterschiedlichen Gründen, die Menschen zum Eintritt in die NSDAP bewegen haben können, kann man eines ziemlich sicher sagen: Niemand wurde gezwungen, in die Partei einzutreten.<sup>39</sup> Gewiss wurde im Blick auf Beruf und Karriere nicht selten erheblicher Druck ausgeübt. Wer Karriere machen oder seine Karriere nach oben fortsetzen wollte, tat gut daran, Mitglied zu werden. Aber man musste das nicht tun, um in diesem System einigermaßen leben und überleben zu können. Das sollte bei aller nötigen Differenzierung und gebotenen Vorsicht gegenüber vorschnellen Werturteilen nicht vergessen werden.

### 3.2.2 Warum sind so viele Menschen der NSDAP beigetreten?

Der Aufstieg der Nazis und der enorme Mitgliederzustrom zur NSDAP wird mit Hilfe verschiedener Theorien erklärt. Die gängigsten Theorien sollen hier kurz vorgestellt werden.<sup>40</sup>

Die Massentheorie geht auf Le Bons Studie „Psychologie der Massen“ zurück. Als Motoren des Erfolgs der NSDAP werden hier irrationale, anti-intellektuelle und primitivtriebhafter Ursprünge gesehen, die durch die nationalsozialistische Bewegung in den Menschen geweckt worden seien. Danach war es vor allem der deutsche Irrationalismus, der den Nazis Mitglieder zugetrieben und Hitler an die Macht gebracht hat. Die Abwehr der Moderne spielt eine tragende Rolle. Sie habe Menschen aus ihren gewohnten gemeinschaftlichen Ordnungen und Traditionen gerissen. Die Sehnsucht nach dieser alten und „natürlichen“ Ordnung hätte sie in die Arme der NSDAP getrieben.

Außerdem sei der Kapitalismus Schuld: Die Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg, die Hyperinflation 1922/1923 sowie die Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 hätten durch das folgende Elend dafür gesorgt, dass sich die Menschen zur NSDAP hingezogen fühlten. Nach dieser Theorie wäre der Nationalsozialismus in Deutschland eine Antwort auf die Moderne und den Kapitalismus gewesen.<sup>41</sup>

Eine weitere Theorie für den Erfolg der NSDAP ist die Mittelschichtshypothese. Danach konnten Hitler und die NSDAP nur deshalb derart schnell und erfolgreich aufsteigen, weil sie die Mittelschichten für sich gewinnen konnten. Die Massenbasis des Faschismus sei der Mittelstand gewesen. Hier habe man geglaubt, in einer neuen politischen Ordnung könne den Einfluss von Gewerkschaften, Großindustrie, Warenhäusern und Konzernen

---

<sup>39</sup> Vgl. Benz (Hrsg.), Wie wurde ich Parteigenosse 2009, Vorwort zum Buch.

<sup>40</sup> Vgl. Ingo Haar, Zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung der NSDAP, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M 2009, S. 60ff., hier Seite 60f.

<sup>41</sup> Vgl. Haar, ebenda

zurückgedrängt werden. Schließlich hatte das „Kleinbürgertum“ durch die Weltwirtschaftskrise besonders gelitten und seine alte gesellschaftliche Stellung eingebüßt. Die etablierten Parteien einschließlich der bürgerlichen Rechten hatten es nicht geschafft, diesen Abstieg zu verhindern. Demnach wäre der Erfolg der NSDAP Ergebnis eines grundlegenden Vertrauensverlustes der Mittelschicht gegenüber den etablierten Parteien und dem System von Weimar gewesen. Entsprechend seien es vor allem selbstständige Handwerker, Geschäftsinhaber, kleinere und mittlere Bauern sowie Angestellte gewesen, die den Aufstieg der Nationalsozialisten ermöglicht hätten.<sup>42</sup>

Hinzu kam eine besondere konfessionelle Lagerung. Tatsächlich waren Protestanten aus dem Mittelstand besonders anfällig für radikale Ideologien und rechte Parteien, also auch für die NSDAP.<sup>43</sup> Dies wird meist mit der bis dahin staatsnahen und obrigkeitshörigen Tradition des deutschen Protestantismus begründet.

Keine dieser Theorien allein kann den Aufstieg des Nationalsozialismus erklären. Vielmehr haben alle diese Faktoren eine Rolle gespielt. Ohne die schwere ökonomische Krise am Ende der Weimarer Republik wären die Nationalsozialisten sicher nicht an die Macht gekommen. Dass sie aber von so vielen so rasch als einzige Alternative zum etablierten System gesehen wurden, hatte wiederum mit der deutschen Geschichte und der Hoffnung gerade des Bürgertums auf einen „Erlöser“, auf einen neuen Bismarck, der das „Chaos“ überwindet, „Ordnung schafft“ und mit der „Demütigung durch Versailles“ Schluss macht, zu tun. Hinzu kam ein nicht nur in Deutschland seinerzeit weit verbreiteter, latenter Antisemitismus. Und natürlich haben auch die großen Masseninszenierungen der Nationalsozialisten eine Rolle gespielt.

Tatsächlich sind es vor allem die protestantischen Mittelschichten gewesen, die in Scharen zu den Nazis strömten. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass auch ein erheblicher Teil der deutschen Arbeiterschaft empfänglich war für die Parolen der braunen Bewegung. Das zeigt sich auch in der Mitgliederstatistik der NSDAP.

### **3.2.3 Wie konnte man Parteimitglied werden?**

Mitglied der NSDAP konnte gemäß § 3 der Satzung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 22. Mai 1926 „jeder unbescholtene Angehörige des deutschen Volkes, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und rein arischer Abkunft ist“, werden. Im Jahr 1944 wurde das Aufnahmealter für Mitglieder der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel auf 17 Jahre herabgesetzt.

---

<sup>42</sup> Vgl. Haar, ebenda

<sup>43</sup> Vgl. Benz, Einleitung: Die NSDAP und ihre Mitglieder, in: W. Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M 2009, S. 7ff., hier Seite 9; vgl. auch Jürgen Falter, Hitlers Wähler, München 1991

Voraussetzung für die Mitgliedschaft war ein vom Bewerber selbst unterschriebener Aufnahmeantrag, der ab 1937 durch einen zweiseitigen Fragebogen ergänzt wurde.<sup>44</sup> Der Fragebogen enthielt Angaben über Biographie, Mitgliedschaft in anderen Organisationen und Fragen zum bisherigen Engagement für die „Bewegung“. Er diente der NSDAP dazu, sich ein besseres Bild von der politischen Einstellung des Bewerbers zu machen.<sup>45</sup>

Die Unterschrift des Antragstellers galt als Zeichen des freiwilligen Eintritts. Diese Freiwilligkeit war laut Anordnung 24/37 „eines der wertvollsten und wesentlichsten Merkmale der Bewegung und muss voll aufrechterhalten werden!“<sup>46</sup> Man wollte nur diejenigen in der Partei aufnehmen, die die revolutionäre Grundausrichtung der NSDAP teilen und die Bewegung motiviert unterstützen würden.<sup>47</sup> Fehlte auf einem Antrag die Unterschrift, wurde er unbearbeitet zurückgesandt.

In den Ortsgruppen wurden die Anträge gesammelt und über die Kreis- und Gauleitung an den Reichsschatzmeister und das Aufnahmeamt weitergereicht.<sup>48</sup> Dort wurden die Aufnahmeformulare geprüft und schließlich eine Mitgliedskarte erstellt, die mit einer fortlaufenden Mitgliedsnummer versehen wurde.<sup>49</sup> Die Mitgliedsnummern waren einmalig und wurden nach Ausschluss, Austritt oder Tod eines Mitglieds nicht erneut vergeben. Selbst wenn ein bereits mit einer Mitgliedsnummer versehener Antrag abgelehnt war oder zurückgezogen wurde, blieb diese Mitgliedsnummer gesperrt. Bei einem Wiedereintritt erhielt der Antragsteller eine neue, höhere Mitgliedsnummer.<sup>50</sup> Jedes neue Mitglied wurde im sogenannten Mitgliedergrundbuch eingetragen. Außerdem wurden Karteikarten mit den wichtigsten Daten für die Ortsgruppenkartei und die Zentralkartei angelegt.<sup>51</sup>

Die Mitgliedskarte gelangte über die regional zuständigen Parteiinstanzen wieder zurück an den Antragsteller<sup>52</sup>, der mit ihrer Aushändigung rechtskräftig zum Parteimitglied wurde.<sup>53</sup>

---

<sup>44</sup> Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-1.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-1.html.de).

<sup>45</sup> Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-3.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-3.html.de).

<sup>46</sup> Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-0.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-0.html.de).

<sup>47</sup> Vgl. Haar, S. 71.

<sup>48</sup> Vgl. Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-2.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-2.html.de).

<sup>49</sup> Vgl. Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-2.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-2.html.de).

<sup>50</sup> Vgl. Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-11.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-11.html.de).

<sup>51</sup> Vgl. Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-10.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-10.html.de).

<sup>52</sup> Vgl. Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-2.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-2.html.de).

<sup>53</sup> Vgl. Online: [http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder\\_dokumente/00757/index-6.html.de](http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-6.html.de).



### 3.2.4 Die Mitgliederentwicklung in den ersten Jahren der NSDAP

Die NSDAP hatte ihre Ursprünge in der Deutschen Arbeiterpartei (DAP), die am 5. Januar 1919 durch den Eisenbahnschlosser Anton Drexler und den Sportjournalisten Karl Harrer in München gegründet wurde. Sie war eine antimarxistische, antisemitische und völkische Organisation mit allenfalls 40 Mitgliedern. Adolf Hitler gehörte zu dieser Zeit - nach seinem Einsatz an der Front im 1. Weltkrieg - dem Reichswehrgruppenkommando an und besuchte in dessen Auftrag im September 1919 eine Versammlung der DAP. Er war rasch begeistert von Ideen und Programmen dieser Partei, deren Hauptziel es ja sein sollte, die Arbeiter für die „nationale Sache“ zu begeistern. So kam es, dass er der Partei beitrug und deren Werbeobmann wurde. 1920 wurde die DAP dann in NSDAP umbenannt.

Hitler hielt in dieser Zeit schon weit über die Grenzen der Region verbreitete Reden und stundenlange Monologe, in denen er die Bedürfnisse seiner Anhänger nach Welterklärung, sozialen und politischen Visionen und nach einem geschlossenen Gedankengebäude aufgriff. Er erreichte damit eine wachsende Wirksamkeit. 1921 wurde er Parteichef. Zu einem Parteitag der NSDAP in München Ende 1922 kamen bereits 6000 Mitglieder.<sup>54</sup>

Die Mitgliederzahl stieg weiter an - von 27.000 Ende 1925 bis auf über 130.000 im September 1930. Und das, obwohl Hitler nach einem Putschversuch im November 1923 in Haft saß, die Partei verboten und später neu gegründet wurde und er nach seiner Entlassung bis 1927 öffentliches Redeverbot hatte.<sup>55</sup>

Unter den im September 1930 129.563 Mitgliedern bildeten die Arbeiter mit 26% die größte Gruppe. Darauf folgten die Angestellten mit 24 %. Daneben standen die Gruppen der Landwirte mit 13 %, die selbstständigen Handwerker mit 8,5 %, selbstständige Kaufleute mit 7,5 % sowie die Beamten mit 6 %. Die restlichen 15 % der Mitglieder waren Freiberufler, Lehrer, Hausfrauen, Rentner und Pensionäre, Schüler und Studenten.<sup>56</sup> Die Mehrheit der Parteimitglieder bestand also aus „kleinen Leuten“.

Man kann bei einem Eintritt in die Partei vor den Wahlen am 14.09.1930 davon ausgehen, dass er aus politisch-ideologischen Beweggründen stattfand. Wer zu dieser Zeit eintrat, muss als überzeugter Nationalsozialist gelten. Schließlich konnte eine Partei, die bei den Reichstagswahlen von 1928 gerade einmal 2,6% der Stimmen erhielt, als Splitterpartei keinerlei Druck auf Berufs- oder Bevölkerungsgruppen ausüben. Im Gegenteil: Aktive Nationalsozialisten hatten zu dieser Zeit eher berufliche Nachteile zu befürchten.

---

<sup>54</sup> Vgl. Benz, Wie wurde man Parteigenosse, S. 10

<sup>55</sup> Ebenda, S. 11 ff.

<sup>56</sup> Vgl. Magnus Brechtken, Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1939, 2. Auflage, Darmstadt 2012, S. 33.

Personen mit Mitgliedsnummern bis 100.000 (also bis ca. 1928 eingetreten) nannte man deshalb auch die „Alten Kämpfer“.<sup>57</sup>

Bis Anfang 1933, also bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und den Wahlen vom März 1933, traten der NSDAP weitere 719.446 Mitglieder bei. Diese erste große Eintrittswelle in der Zeit des Aufstiegs der Partei hat die Mitgliederstruktur zunächst nicht entscheidend verändert. Jetzt lag der Anteil der Arbeiter bei 32 %, während der Anteil der Angestellten mit 21 % etwas zurückgegangen war. Der Anteil der anderen Berufsgruppen blieb ungefähr gleich.<sup>58</sup>

Über 50 % der Mitglieder der NSDAP waren damals Männer unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter der „Parteigenossen“ betrug 28,8 Jahre. Insgesamt war die Altersgruppe zwischen 18 und 39 Jahren deutlich überrepräsentiert. Die revolutionäre, anti-etablierte Attitüde der Partei zog junge Männer besonders an. Der jugendliche Elan verbreitete einen Eindruck von Tatkraft und Dynamik. Dieser stand im krassen Gegensatz zur Schwäche der „Weimarer Parteien“.

Erst nach dem Wahlerfolg 1932 kamen mehr ältere Mitglieder dazu. Dabei gelang die Rekrutierung von neuen Mitgliedern im ländlichen Raum besser als in den Städten. Mehr als 40 % aller Neuzugänge kamen aus ländlich geprägten Regionen. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Arbeiter aus Handwerk und Industrie. Dabei hatte die NSDAP vor 1933 deutlich mehr protestantische als katholische Parteigenossen.<sup>59</sup>

Alle Personen, die eine Mitgliedsnummer über 100.000 hatten, aber noch vor dem 30.01.1933 in die Partei eingetreten waren, bezeichnete man als „alte Parteigenossen“. Auch sie traten bei, weil sie sich mit der nationalsozialistischen Politik und Ideologie identifizieren konnten.<sup>60</sup> Sicher hat dabei auch die wirtschaftliche Not dieser Zeit ihren Beitrag geleistet.

---

<sup>57</sup> Vgl. Benz, Wie wurde man Parteigenosse, S. 7

<sup>58</sup> Vgl. Brechtken 2012, S. 33.

<sup>59</sup> Vgl. Haar, S. 62f.

<sup>60</sup> Vgl. Benz, S. 7.

### 3.2.5 Der Mitgliederzustrom nach den Wahlen 1933

Nachdem Adolf Hitler am 30.01.1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, fanden am 05. März 1933 erneut Reichstagswahlen statt. Das Ergebnis sah so aus:

KPD	12,3 %
SPD	18,3 %
DDP	0,9 %
Zentrum	11,3 %
BVP	2,7 %
DVP	1,1 %
DNVP	8,0 %
NSDAP	43,9 %
Sonstige	1,6 % <sup>61</sup>

Wie bei der Wahl im November 1932 wurde die NSDAP stärkste Partei, hatte aber noch einmal 10,8 % zugelegt - zuungunsten von SPD und KPD, die in diesem Wahlkampf schon massiv behindert und verfolgt wurden.

Mit der Machtübernahme und der Stabilisierung ihrer Position nach den Wahlen wurde die NSDAP jetzt auch attraktiver für das gehobene Bürgertum und bürgerlich-konservative Funktionseliten. Dadurch veränderten sich Alters- und Berufsprofil der Mitglieder.

Es kam die Zeit der „Märzgefallenen“. So nannte man all diejenigen, die der Partei nach der erfolgreichen Wahl 1933 vor allem aus Gründen der Karriere, aus Opportunismus oder Glücksrittertum beitraten. Sicher kann man nicht davon ausgehen, dass alle, die bis zur Aufnahmesperre im Mai eingetreten sind, nur von solchen Motiven bewegt waren. Natürlich fanden sich auch jetzt „Überzeugungstäter“ und gab es solche, die vermeintlichen Gruppenzwängen nachgaben oder die die Sorge um ihre berufliche Zukunft angesichts der beginnenden Gleichschaltung der Gesellschaft in die Partei gedrängt hat.<sup>62</sup>

Parteieintritte bis 30.01.1933	ca. 850.000
Parteieintritte bis 01.05.1933	ca. 2,5 Mio. <sup>63</sup>

---

<sup>61</sup> Online: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/infoblatt/reichstagswahlergebnisse.pdf>

<sup>62</sup> Vgl. Björn Weigel, „Märzgefallene“ und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933, Eine Studie über den Opportunismus, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M 2009, S. 91 ff., hier Seite 91

<sup>63</sup> Vgl. Brechtken, a.a.O., S. 33.

Es sind also in der Zeit zwischen der Machtergreifung Hitlers und der ersten Aufnahmesperre<sup>64</sup> der Partei ca. 1,65 Millionen Menschen beigetreten. Die NSDAP-Mitgliedschaft hatte sich innerhalb weniger Monate verdreifacht.

Da seit 1925 die Mitgliedsnummern in der NSDAP fortlaufend vergeben wurden, ganze Zahlenblöcke von vorneherein ausgesperrt blieben und bei Tod oder Parteiaustritt die Nummern nicht erneut vergeben wurden<sup>65</sup>, hatte man im Mai 1933 bereits fast 4 Millionen Mitgliedsnummern verteilt. Tatsächlich aber gab es „nur“ 2,5 Millionen Mitglieder.

Die soziale Struktur in der NSDAP sah am 01.05.1933 so aus:

	Anteil an Parteimitgliedern aus der jeweiligen Berufsgruppe	Anteil der jeweiligen Berufsgruppe im Verhältnis zu allen Erwerbstätigen im Volk.
Arbeiter	30 %	32,1 %
Angestellte	19 %	20,6 %
Selbstst. Handwerker	8 %	20,2 %
Selbstst. Kaufleute	8 %	
Beamte	9 %	4,8 %
Bauern	10,5 %	20,7 %
Freie Berufe	3 %	66
Lehrer	3,5 %	
Rentner & Pensionäre	1,5 %	
Hausfrauen	2,5 %	
Studenten & Schüler	1,5 %	
Sonstige	3,5 %	

Jetzt waren 9 % aller Mitglieder der Partei Beamte. Beamte machten aber nur 4,8% aller Erwerbstätigen aus. Sie waren also in der Partei weit überrepräsentiert, was natürlich eine direkte Folge von Machtübernahme und beginnender Gleichschaltung war. Von Insgesamt 1,48 Millionen Beamten in der Gesamtbevölkerung war bereits jetzt knapp jeder fünfte Mitglied in der NSDAP. Betrachtet man die Bauern, so bestand ein umgekehrtes Missverhältnis: Zwar waren 10 % aller Parteimitglieder als Landwirte tätig, diese machen aber nur jeden 26. Landwirt aus.<sup>67</sup>

Trotz des Aufnahmestopps waren 1934 20 % aller Beamten und sogar 30 % aller Lehrer Mitglieder in der Partei – ein Anteil, der mit der Öffnung der Partei 1937 noch einmal an-

<sup>64</sup> Informationen über die Aufnahmesperren und deren Lockerungen finden sich im nachfolgenden Text.

<sup>65</sup> Vgl. Weigel, S. 92

<sup>66</sup> Brechtken 2012, S. 33

<sup>67</sup> Vgl. Brechtken 2012, S. 33

stieg. Insgesamt wuchs die Bedeutung von Akademikern, während die der Arbeiter nachließ.

Diese Entwicklung widerlegt die These von der nachrangigen Rolle von Akademikern in der Partei, die lange vertreten wurde. Freilich blieb auch der Anteil der Arbeiter stets erheblich.<sup>68</sup>

### 3.2.6 Der Aufnahmestopp

Der große Ansturm der „Märzgefallenen“ war für die NSDAP eine organisatorische Herausforderung. Die Anträge so vieler Personen konnten unmöglich zeitnah überprüft und mit einer Mitgliedsnummer versehen werden.<sup>69</sup> Darüber hinaus befürchtete man, dass die „revolutionäre Grundausrichtung“ der Partei verloren gehen könne, wenn plötzlich so viele Neuzugänge – womöglich hauptsächlich aus Gründen des Opportunismus und Karrierismus – hinzukamen.<sup>70</sup>

Um die Partei vor der Welle dieser „Konjunkturritter“ zu schützen, wurde eine Aufnahmeperrre beschlossen, die zum 1. Mai 1933 in Kraft treten sollte. Auf unbestimmte Dauer sollten keine neuen Anträge mehr entgegengenommen werden. Allerdings waren einige Ausnahmen vorgesehen: Angehörige der NSDAP-Jugendverbände, der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, der SS und der SA konnten unter Vorlage eines Nachweises ihrer Mitgliedschaft weiter der NSDAP beitreten.<sup>71</sup>

Warum Anträge in dieser Zeit angenommen oder abgelehnt wurden, kann nicht mit Gewissheit gesagt werden. Sicher ist allerdings, dass es auf den Nutzen des Antragstellers ankam. So konnte man einen „unbedeutenden“ Bürger guten Gewissens ablehnen, nicht aber einen Bürgermeister oder gar eine DNVP-Landtagsfraktion, die geschlossen übertrat. Ein Bürgermeister, der in der NSDAP war, würde vermutlich in deren Sinne handeln; und wenn die DNVP-Landtagsfraktion der NSDAP beitrat, schaltete sich eine mögliche Opposition im Landtag ebenso selbst aus wie die NSDAP daraus einen Anerkennungsgewinn in bürgerlich-konservativen Kreisen erzielte.<sup>72</sup>

Problematisch war allerdings, dass die Mitgliedsbeiträge der vorhandenen Mitglieder bei weitem nicht ausreichten, um die Ausgaben der NSDAP zu decken.<sup>73</sup> Dies veranlasste schließlich den zuständigen Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz dazu, die Mitgliedersperre am 26.01.1937 zu lockern. Vorerst galt diese Lockerung nur für einen be-

---

<sup>68</sup> Vgl. Haar, S. 72.

<sup>69</sup> Vgl. Brechtken 2012, S. 32.

<sup>70</sup> Vgl. Haar, S. 71.

<sup>71</sup> Vgl. Juliane Wetzel, Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M 2009, S. 74ff., hier S. 74, und Weigel, S. 92.

<sup>72</sup> Vgl. Weigel, S. 100.

<sup>73</sup> Vgl. Wetzel, S. 74.

schränkten Personenkreis<sup>74</sup>, wurde aber mit der Anordnung 18/37 vom 20.04.1937 auf diejenigen „Volksgenossen“ ausgeweitet, „die [sich] durch ihre nationalsozialistische Haltung und Betätigung in den Jahren seit der Machtübernahme des Führers eine Anwartschaft auf Aufnahme in die NSDAP erworben habe[n]“. <sup>75</sup> Der Grundsatz der Freiwilligkeit wurde auch hier wieder betont. Es sollte gewährleistet bleiben, dass die Mitglieder „aktiven Einsatz und den Willen zur Mitarbeit in der Bewegung“ mitbrachten. <sup>76</sup>

Die damit verbundene Einführung der „Parteianwärterschaft“ löste erneut großen Andrang aus. Als Anwärter hatte man zwar alle Pflichten (sogar die Beitragspflicht) der Parteigenossen, aber nicht deren Rechte. Die Anwartschaft begann mit Antragstellung und endete mit der Aushändigung der Mitgliedskarte. <sup>77</sup>

Von Juni 1937 bis Juni 1938 traten 2.120.148 neue Mitglieder ein. Die Motivation von vielen war eigennützig. Man glaubte, besser Karriere machen oder sich vor Nachteilen schützen zu können. <sup>78</sup> Vor allem bei den Jüngeren traten aber sicher auch weiter ideologische Motive hinzu. Und schließlich war das Ansehen Hitlers in der Bevölkerung seit 1933 kontinuierlich gestiegen.

Um die erneute Flut der Anträge bewältigen zu können, wurden zwischendurch Sperrfristen verhängt. Das Eintrittsdatum für Aktivisten der NSBO und der Nationalsozialistischen Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisationen (NS-Hago) die bis Januar 1940 aufgrund der Anordnung 3/37 beitraten, wurde rückwirkend auf den 1. März 1937 festgesetzt. Für „Volksgenossen“, die aufgrund der Anordnung 18/37 der Partei beitraten, galt der 1.5.37 als einheitliches Eintrittsdatum. Hierbei handelte es sich um die Parteianwärter. Neuaufnahmen aus der HJ und dem BDM wurden rückwirkend auf den 1.09.1937 bzw. den 1.09.1938 datiert. <sup>79</sup> Erst zum 1. Mai 1939 wurde die Mitgliedersperre vollständig aufgehoben. Damit endete gleichzeitig die Übergangsregelung zur Parteianwärterschaft. <sup>80</sup>

Hitler hatte seiner Partei jetzt das Ziel gesetzt, 10% der Bevölkerung als Mitglieder zu gewinnen. Dies setzte die Leiter der verschiedenen Parteibüros so unter Druck, dass beispielsweise der Chef des SS-Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes am 1.11.1939 seinen Mitarbeitern die Mitgliedschaft in der NSDAP befahl. <sup>81</sup>

---

<sup>74</sup> Vgl. Wetzel, S. 75.

<sup>75</sup> Wetzel, S. 76

<sup>76</sup> ebenda

<sup>77</sup> Vgl. Wetzel, S. 77.

<sup>78</sup> Vgl. Wetzel, S. 77.

<sup>79</sup> Vgl. Wetzel, S. 78f.

<sup>80</sup> Vgl. Wetzel, S. 78.

<sup>81</sup> Vgl. Wetzel, S. 81.

Man geht auch davon aus, dass HJ-Führer Sammellisten für Parteibeiträge einreichten, um die gewünschte Quote zu erreichen. Allerdings blieb es auch jetzt dabei, dass nicht eigenhändig unterschriebene Anträge unbearbeitet zurückgesandt wurden.<sup>82</sup>

Einige Jahre später wurde erneut ein Aufnahmestopp verhängt. Ab dem 2. Februar 1942 sollte für die Dauer des Krieges kein neues Mitglied mehr aufgenommen werden. Ziel der Sperre war es, die durch den Kriegseinsatz geschwächte Parteiverwaltung zu entlasten. Ausnahmen aber galten wieder für Überweisungen der Angehörigen der Hitlerjugend und des BDM in die NSDAP. Auch für „ehrentoll entlassene Wehrmachtsangehörige“, Umsiedler der neu eingegliederten Gebiete und Kriegsversehrte gab es Sonderregelungen.<sup>83</sup>

### Mitgliederzahlen der NSDAP im Überblick

Ende 1922	Ende 1925	September 1930	Januar 1933	1. Mai 1933
6.000	27.000	130.000	850.000	2,5 Mio.

März 1939	April 1941	Februar 1942	April 1945
5 Mio.	6,7 Mio.	7,1 Mio.	8,5 Mio. <sup>84</sup>

### 3.2.7 Die Bedeutung der Hitlerjugend und des BDM

Die Jugendverbände der NSDAP galten als die wichtigsten Institutionen, um Kinder und Jugendliche im Sinne der NS-Ideologie zu erziehen.<sup>85</sup> Der bekannteste dieser Verbände ist die Hitlerjugend, in die man als Junge im Alter von 14-18 Jahren eintreten konnte. Daneben gab es das Deutsche Jungvolk für Jungen im Alter von 10-14 Jahren, den Jungmädels-Bund für Mädchen im Alter von 10-14 Jahren und den Bund Deutscher Mädels für Mädchen im Alter von 14-18 Jahren.<sup>86</sup> Während die Hitlerjugend einerseits die Organisation für Jungen im entsprechenden Alter war, wird der Begriff andererseits häufig auch als Sammelbegriff für alle Jugendverbände der NSDAP verwendet.<sup>87</sup>

Bis zum Januar 1933 spielte die HJ für die NSDAP noch keine besonders herausgehobene Rolle. Ihr und dem BDM gehörten ungefähr 100.000 Mitglieder an.<sup>88</sup> Durch die Gleichschaltung und die Auflösung der evangelischen Jugendverbände stieg die Anzahl der Mitglieder jedoch schon Ende 1933 auf fast 2,3 Millionen.<sup>89</sup> Bis 1939 wuchs sie wei-

<sup>82</sup> Vgl. Wetzel, S. 82.

<sup>83</sup> Vgl. Wetzel, S. 82ff.

<sup>84</sup> Zu den Zahlenangaben vgl. Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse..., S. 7 ff.

<sup>85</sup> Vgl. Brechtken 2012, S. 77.

<sup>86</sup> Vgl. Armin Nolzen, Vom „Jugendgenossen“ zum „Parteigenossen“, Die Aufnahme von Angehörigen der Hitlerjugend in die NSDAP, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M. 2009, S. 123 ff., hier: S. 126

<sup>87</sup> Vgl. Nolzen, S. 127

<sup>88</sup> Vgl. Susan Campbell Bartoletti, Jugend im Nationalsozialismus, Bonn 2007, S. 129

<sup>89</sup> Vgl. Nolzen, S. 126

ter auf nahezu 8 Millionen.<sup>90</sup> Das lag vor allem daran, dass ab dem 25. März 1939 alle Jungen und Mädchen zwischen zehn und 18 Jahren gesetzlich verpflichtet wurden, für die gesamte Zeit einer der Jugendorganisationen der NSDAP anzugehören. Die Jugendorganisationen der NSDAP organisierten schließlich 1939 87,1% der deutschen Jugendlichen.<sup>91</sup>

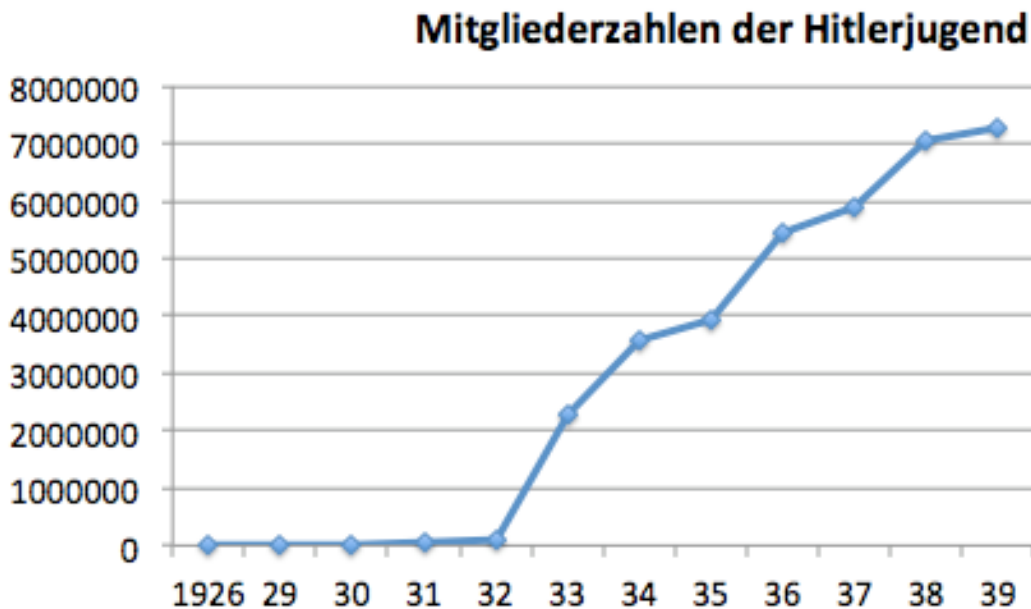


Abbildung 1: Mitgliederzahlen der Hitlerjugend<sup>92</sup>

„Das Ziel dieser gemeinsamen Arbeit zwischen Partei und HJ muss sein, dass sich die Jugend zur Bewegung hingezogen fühlt und Junge wie Mädels sich der Ehre, Mitglied der Partei zu sein, bewusst sind.“<sup>93</sup> Man versuchte also, die Kinder und Jugendlichen so zu beeinflussen, dass sie die Ideologie der Nationalsozialisten übernehmen und im Erwachsenenalter auch der NSDAP beitreten würden.<sup>94</sup>

Wie wichtig die Mitgliedschaft in der HJ oder dem BDM genommen wurde, zeigt sich daran, dass langjährige Mitglieder der HJ und des BDM sogar während der Mitgliedersperrungen weiter der NSDAP beitreten konnten. Dazu musste eine Mitgliedschaft von mindestens vier Jahren in der HJ oder dem BDM nachgewiesen werden. Schließlich wurde 1944 sogar das Mindestalter für den Parteieintritt offiziell auf 17 Jahre herabgesetzt.<sup>95</sup>

Grund für die Herabsetzung des Alters war, dass viele potenzielle NSDAP-Mitglieder aufgrund ihrer Dienstpflichten nach der Entlassung aus der HJ zunächst Arbeits- und

<sup>90</sup> Vgl. Brechtken 2012, S. 78

<sup>91</sup> Vgl. Nolzen, S. 133

<sup>92</sup> Campbell Bartoletti 2007, S. 219 ff.

<sup>93</sup> Vgl. Wetzel, S. 87

<sup>94</sup> Vgl. Wetzel, S. 87, Nolzen, S. 123 und 127 f.

<sup>95</sup> Vgl. Wetzel, S. 85 f.



danach Wehrdienst ableisteten. Wieder andere meldeten sich freiwillig zur Wehrmacht oder zur Waffen-SS, die in Kreisen der Hitlerjugend für sich warb.<sup>96</sup> Gemäß des Wehrgesetzes ruhte die „politische Betätigung“ der Soldaten für die Zeit ihres Einsatzes, sodass eine Mitgliedschaft in der Partei zu dieser Zeit nicht sinnvoll erschien. In Absprache mit dem Oberkommando der Wehrmacht setzte man sich jedoch über diese Vorschrift hinweg.<sup>97</sup>

Der Antrag auf Mitgliedschaft konnte seit 1942/43 direkt über den zuständigen HJ-Führer gestellt werden.<sup>98</sup> Man blieb bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres weiter in der HJ, wurde aber dort bereits für Aufgaben in der Partei ausgebildet. Die offizielle Mitgliedskarte der NSDAP wurde noch nicht ausgestellt. Es gab also eine Art vorgezogener Aufnahme in die Partei, die die Jugendlichen nach Ableistung ihres Dienstes im RAD oder der Wehrmacht an die NSDAP binden sollte.<sup>99</sup>

Fraglich ist an dieser Stelle, inwieweit man wirklich von einem freiwilligem Eintritt sprechen kann und man sich in dem Alter über dessen Folgen bewusst sein konnte. Vermutlich haben sich viele leicht beeinflussbare Jugendliche durch ihre HJ-Führer nicht schwer zu einer Mitgliedschaft in der NSDAP überreden lassen.<sup>100</sup>

1941 wurde mit der Anordnung A 37/41 eine Quote festgelegt, nach der 30% der Jungen in die NSDAP aufgenommen werden sollten. Trotz aller Propaganda und der Überzeugungsversuche der HJ-Führer konnte sie allerdings nicht erreicht werden.<sup>101</sup>

Dennoch genoss der Grundsatz der Freiwilligkeit bis zuletzt oberste Priorität.<sup>102</sup> Ob bei eigener Unterschrift immer von tatsächlicher Freiwilligkeit ausgegangen werden kann, ist natürlich umstritten.<sup>103</sup> Sicher wurden viele Jugendliche von ihren HJ-Führern auf eine Mitgliedschaft regelrecht eingeschworen.<sup>104</sup> Ohne aktiven Einsatz in der DJV und HJ oder in JM und BDM und die eigenhändige Unterschrift auf dem Aufnahmeantrag aber kam es nicht zu einem solchen Beitritt.<sup>105</sup> Und der Tagebucheintrag einer Schülerin belegt, dass man die Aufforderung zum Beitritt in die Partei auch ablehnen konnte, ohne große Risiken einzugehen.<sup>106</sup>

Schätzungen ergaben, dass seit 1933 ungefähr 18 Millionen Jugendliche zeitweise Mitglied der Hitlerjugend waren. Davon traten nur etwa 1,3 Millionen HJ- und BDM-

---

<sup>96</sup> Vgl. Nolzen, S. 135 und 141

<sup>97</sup> Vgl. Nolzen, S. 141

<sup>98</sup> Vgl. Nolzen, S. 139

<sup>99</sup> Vgl. Nolzen, S. 143 f.

<sup>100</sup> Vgl. Wetzel, S. 85 f.

<sup>101</sup> Vgl. Wetzel, S. 87 f.

<sup>102</sup> Vgl. Wetzel, S. 90.

<sup>103</sup> Vgl. Nolzen, S. 147.

<sup>104</sup> Vgl. Wetzel, S. 87.

<sup>105</sup> Vgl. Nolzen, S. 149f.

<sup>106</sup> Vgl. Nolzen, S. 145.

Angehörige in die NSDAP ein. Demnach gingen also nur sieben bis acht Prozent der HJ- und BDM-Angehörigen wirklich den Schritt zur NSDAP-Mitgliedschaft.<sup>107</sup>

Erklären lässt sich dieser geringe Anteil zum Teil sicher dadurch, dass es neben der NSDAP viele andere Organisationen gab, denen man beitreten konnte. Außerdem war der Frauenanteil in der NSDAP sehr gering, sodass davon auszugehen ist, dass die Mitglieder des BDM für die Mitgliederzahlen der Partei nur eine Nebenrolle spielten.

### **3.2.8 Beweggründe für einen Eintritt in die NSDAP**

Die Beweggründe für einen Eintritt der NSDAP änderten sich im Laufe der Jahre kontinuierlich. Von der Überzeugung vom Nationalsozialismus vor 1930 und in der Aufstiegsphase bis 1933 über den Erfolg der NSDAP nach den Wahlen 1933 entstanden mit der Zeit immer neue Beitrittsmotive.

Ein Beweggrund für den Eintritt in die NSDAP war der politische Opportunismus. Vor der ersten Aufnahmesperre in 1933 nutzten noch zahlreiche Organisationen die Gunst der Stunde, um geschlossen der NSDAP beizutreten. Dies geschah aus Angst vor Entmachtung, mitunter auch aus Gründen des Schutzes der eigenen Angestellten oder Beamten, die nur durch die Mitgliedschaft geschützt schienen, auch wenn dies immer wieder dementiert wurde.<sup>108</sup> Für den sprunghaften Mitgliederzuwachs im Frühjahr 1933 hat das alles eine Rolle gespielt.<sup>109</sup>

Auch die wirtschaftlichen Erfolge des Nationalsozialismus bewogen die Menschen zum Eintritt in die Partei. Keine der etablierten Parteien hatte es geschafft, Deutschland aus der Krise zu bringen. Hitler aber schien dies zu gelingen. Und außenpolitisch hinterließ er mit seiner Politik der Revision von Versailles, dem Anschluss Österreichs und dem Münchener Abkommen großen Eindruck. Da wollten viele auf den Zug des Erfolgs aufspringen und mit der Welle schwimmen.

In den Jahren 1937 und 1938 mehrten sich die Beitritte von Menschen, die weniger aus nationalsozialistischer Überzeugung als aus Karrieregründen und Eigennutzen der Partei beitraten. Der Nutzen für die Partei in dieser Zeit bestand darin, die Kassen mit Mitgliedsbeiträgen zu füllen. Auch deshalb gab Hitler 1937 die Order, dass alle Kabinettsmitglieder, die noch nicht der NSDAP angehörten, dieser beitreten sollten.<sup>110</sup>

1941 gab es Schreiben an Behördenleiter, in denen auf die Pflicht zum Beitritt von Personen in Führungspositionen hingewiesen wurde. Ein direkter Zwang aber wurde auch

---

<sup>107</sup> Vgl. Nolzen, S. 149.

<sup>108</sup> Vgl. Weigel, S. 97f.

<sup>109</sup> Vgl. Weigel, S. 94.

<sup>110</sup> Vgl. Wetzel, S. 77

hier nicht festgehalten – jedenfalls nicht in Schriftform.<sup>111</sup> Und bei allen Anordnungen und Schreiben der NSDAP-Führung wurde weiter auf die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft hingewiesen.

Nach der Lockerung der Aufnahmesperre 1937 wuchs der Druck auf HJ- und BDM-Mitglieder, in die Partei einzutreten. Manche Jugendliche fühlten sich gedrängt, weil sie um ihren Arbeitsplatz, ihren Platz an einer Universität oder ihre Lehrstelle fürchteten.

Viele Personen, die der HJ und dem BDM angehörten, erinnerten sich im Nachhinein angeblich nicht mehr an ihre Aufnahme in die Partei und behaupten z. T. bis heute, nie einen Antrag unterschrieben zu haben. Dies gilt vor allem für die Mitglieder, die im Jahr 1927 geboren wurden. Es ist gut möglich, dass diese Jugendlichen erheblichem Druck ausgesetzt waren und so ihre Unterschriften auf Sammelisten setzten.

Es existieren aber auch noch aus 1944 Rundschreiben von Gauleitern, in denen betont wird, dass Aufnahmeanträge vom jeweiligen Mitglied eigenhändig sorgfältig ausgefüllt und unterschrieben werden müssen.<sup>112</sup> Es gab keine Mitgliedschaften in der NSDAP, die ohne eigenes Zutun zustande kamen.<sup>113</sup>

### 3.3 Entnazifizierung

Bereits während des Krieges hatten die Alliierten beschlossen, die deutsche Gesellschaft umfassend zu entnazifizieren. So erklärten die Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion in Jalta, dass es ihr „unbeugsamer Wille [ist], den deutschen Militarismus und Nazismus zu vernichten und [...] die Nazi-Partei, die nazistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen vom Erdboden zu tilgen.“<sup>114</sup> Ziel war es, alle Mitglieder der NSDAP, die nicht nur zum Schein an verantwortlichen Stellen für das Regime tätig gewesen waren, aus ihren öffentlichen Ämtern und wichtigen Positionen in Privatunternehmen zu entfernen. Ersetzt werden sollten sie durch Menschen, die „nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.“<sup>115</sup>

Zunächst wurden die nationalsozialistischen Gesetze aufgehoben und die NS-Organisationen aufgelöst. Dies konnte ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt wer-

---

<sup>111</sup> Vgl. Wetzel, S. 80 f.

<sup>112</sup> Vgl. Wetzel, S. 86

<sup>113</sup> Vgl. Sven Felix Kellerhoff, Die Erfindung des Karteimitglieds, Rhetorik des Herauswindens: Wie heute die NSDAP-Mitgliedschaft kleingeredet wird, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M 2009, S.167 ff., hier S. 170

<sup>114</sup> Angelika Königseder, Das Ende der NSDAP, Die Entnazifizierung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M 2009, S.151ff., hier S. 151.

<sup>115</sup> Königseder, S. 151

den. Problematischer dagegen gestaltete sich der Umgang mit dem Personal, das das Dritte Reich hinterlassen hatte.<sup>116</sup>

Einigkeit unter den Siegermächten bestand über die strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrecher. Ihnen wurde vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg der Prozess gemacht; es folgten zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse sowie zahlreiche weitere Verfahren.

Von dieser strafrechtlichen Verfolgung schuldiger Einzelpersonen ist die politische Entnazifizierung zu unterscheiden. Sie sollte auch ein Mittel zur Etablierung einer neuen Führungsschicht sein.<sup>117</sup> Anfangs wurde dieser Prozess ohne deutsche Mitwirkung durchgeführt. Im März 1946 ging dann die Entnazifizierung in deutsche Hände über. 1950 war sie im Wesentlichen abgeschlossen.

In den vier Besatzungszonen verlief wurde die Entnazifizierung auf ganz unterschiedliche Weise betrieben. Im Folgenden wird genauer auf die amerikanische Besatzungszone eingegangen, zu der die Region Marburg-Biedenkopf gehörte.

### **3.3.1 Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone**

In der amerikanischen Besatzungszone besaß das Ziel der Entnazifizierung den höchsten Stellenwert. Sie wurde als unerlässliche Grundlage für eine Demokratisierung in Deutschland betrachtet.<sup>118</sup> Zunächst lag ihre Durchführung in der Zuständigkeit der Militärregierung.

Seit Juli 1945 wurden ca. 13 Millionen Fragebogen mit insgesamt 131 Fragen ausgegeben, mit denen Informationen über den Grad der NS-Belastung der Betroffenen gewonnen werden sollten. Die Angaben konnten durch die gerettete NS-Hauptkartei überprüft werden. Das Kernstück des sechsseitigen Fragebogens bildeten die Fragen, mit denen Auskunft über Mitgliedschaften in allen NS-Organisationen gefordert wurde. Die Beantwortung dieses Fragebogens war Voraussetzung für jede Bewerbung um einen Studienplatz oder ein öffentliches Amt.<sup>119</sup>

Zur Beurteilung der Verantwortlichkeit wurden fünf Einstufungsgruppen gebildet. Betroffene der Gruppe I waren unter anderem alle vor dem 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetretenen, alle Offiziere und Unteroffiziere der Waffen-SS, alle Mitglieder der SS und alle vor dem 1. April 1933 eingetretenen Mitglieder der SA. Personen in dieser Gruppe mussten entlassen werden. Unter Gruppe II fielen alle weiteren Mitglieder der NSDAP. Eine

---

<sup>116</sup> Vgl. Clemens Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung, politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, S. 7

<sup>117</sup> Vgl. Vollnhals, S. 8

<sup>118</sup> Vgl. Königseder, S. 153.

<sup>119</sup> Vgl. Margarete Dörr, Wer die Zeit nicht miterlebt hat... Bd. 1 Lebensgeschichten, Frankfurt a. Main 1998, S. 128

Entlassung wurde hier empfohlen. Betroffene der Gruppe III wurden wie in Gruppe II eingestuft, mit dem Unterschied, dass hier keine Empfehlungen zur Entlassung ausgesprochen wurden. Hier sollte von Fall zu Fall entschieden werden. Bei Personen, die in Gruppe IV eingestuft wurden, bestanden keine Einwände gegen eine Weiterbeschäftigung. Personen der Gruppe V sollten sogar unbedingt weiterbeschäftigt werden, da sie als Nazigeegner eingestuft waren.

Gleichzeitig wurden Internierungslager eingerichtet. Dazu wurden frühere Konzentrationslager, Außenlager von Konzentrationslagern oder ehemalige Kriegsgefangenenlager genutzt. Ohne Einzelüberprüfung verhaftet wurden Personen, von denen man annahm, dass sie an Kriegsverbrechen beteiligt waren sowie solche, „die als potenziell gefährlich für die Besatzungsmacht galten“.<sup>120</sup> Die größte Gruppe der Verhafteten bestand aus ehemaligen NSDAP-Funktionären, die die Amerikaner als Gefahr für die Demokratisierung ansahen. Bis Juli 1945 wurden in der amerikanischen Besatzungszone etwa 70.000 Personen interniert. Bereits im Herbst 1945 aber wurde die Praxis der Internierungen gelockert.<sup>121</sup>

Aufgrund der zahlreichen Entlassungen entstand im öffentlichen Dienst rasch Personal-mangel. Gleichzeitig mussten massenhafte Internierungen auch eine Belastung für den Demokratisierungsanspruch der amerikanischen Besatzungsmacht darstellen.<sup>122</sup>

Mit dem Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 wurde die Entnazifizierung dann in deutsche Hände gelegt und die Einrichtung von Spruchkammern angeordnet. Spruchkammern waren Laiengerichte mit öffentlichen Anklägern. Jeder Fall wurde individuell überprüft. Deutsche über 18 Jahre hatten einen Meldebogen auszufüllen, der eine Kurzfassung des Fragebogens von 1945 war. Dabei wurden wieder fünf Gruppen gebildet: „I. Hauptschuldige, II. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer), III. Minderbelastete (Bewährungsgruppe), IV. Mitläufer und V. Entlastete (Personen, die vor einer Spruchkammer nachweisen konnten, dass sie nicht schuldig waren.)“<sup>123</sup>

Hauptschuldig waren Personen dann, wenn sie „sich in einer führende[n] Stellung der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder eines angeschlossenen Verbandes betätigt hatte[n].“<sup>124</sup> Als belastet galt, wer vor dem 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP war und durch seine Stellung bzw. Tätigkeit die NSDAP unterstützt und wesentlich gefördert hatte. Personen der Gruppe der Minderbelasteten gehörten eigentlich in die Gruppe der Belasteten, jedoch war aufgrund besonderer Umstände eine mildere Beurteilung möglich. Unter besonderen Umständen verstand man beispielsweise den Austritt aus der NSDAP und

---

<sup>120</sup> Königseder, S. 153.

<sup>121</sup> Vgl. Königseder, S. 162

<sup>122</sup> Vgl. Wolfgang Benz, Bestrafung der Schuldigen, in: Information zur politischen Bildung, Nr. 259/2005, S. 26

<sup>123</sup> Wolfgang Benz, Die 101 wichtigsten Fragen. Das Dritte Reich, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2008, S. 140

<sup>124</sup> Königseder, S. 155

ihren Gliederungen vor dem 30. Januar 1933 oder später durch persönliche Erklärung, „in denen Mut dazu gehörte“ (Artikel 39 II Gesetz Nr. 104). Als besonderer Umstand definiert war auch eine Unterstützung von Opfern und Gegnern des NS-Regimes oder ein Ausschluss aus der NSDAP und ihren Gliederungen. Personen, die nur nominell am Nationalsozialismus teilgenommen hatten, galten als Mitläufer. Darunter fielen Parteimitglieder, die lediglich ihren Mitgliedsbeitrag gezahlt hatten oder Personen, die nur Anwärter auf die Mitgliedschaft der NSDAP gewesen waren. Als entlastet galten auch Personen, die zwar formell in der NSDAP waren, aber aktiv Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet hatten und dadurch Nachteile erlitten.<sup>125</sup>

Die Spruchkammern entschieden über die Einstufung der Betroffenen und setzten in ihren Urteilen Sühnemaßnahmen fest. Als Sühnemaßnahme kam beispielsweise für die Gruppe I die Inhaftierung in einem Arbeitslager von mindestens zwei bis zu zehn Jahren in Betracht. Diese Eingruppierung bedeutete darüber hinaus den Verlust von Pensionszahlungen, Vermögenseinzug, das dauerhafte Verbot, ein öffentliches Amt zu bekleiden, den Verlust des aktiven Wahlrechts und das Verbot, einer politischen Partei anzugehören.<sup>126</sup> Zudem unterlagen Hauptschuldige Wohnungs- und Aufenthaltsbeschränkungen und konnten zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden (vgl. Artikel 15 Nr. 8).

Als belastet eingestufte Personen konnten auf die Dauer von bis zu fünf Jahren in ein Arbeitslager verwiesen werden. Ihr Vermögen konnte vollständig oder teilweise eingezogen werden. Auch ihnen war es verboten, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Sie verloren ihre Pensionsansprüche, ihr Wahlrecht und das Recht, einer politischen Partei anzugehören (vgl. Artikel 16).

Minderbelastete mussten Zahlungen an einen Wiedergutmachungsfonds leisten. Jedoch durften keine Einweisung in ein Arbeitslager und keine vollständige Einziehung des Vermögens angeordnet werden (vgl. Artikel 17). Durch Gesetz vom 29. März 1948 wurde hinzugefügt, dass von einer Festsetzung der Sühnemaßnahmen und der Anordnung einer Bewährungsfrist ganz oder teilweise abgesehen werden konnte, wenn sich der Betroffene „nach seiner Gesamthaltung“ bereits bewährt hatte. Soweit von der Festsetzung einer Sühnemaßnahme und einer Bewährungsfrist abgesehen wurde, konnte der Betroffene sogar ohne Nachverfahren in die Gruppe der Mitläufer eingereiht werden.

Auch die Gruppe der Mitläufer musste Zahlungen an einen Wiedergutmachungsfonds leisten. Hier bestand allerdings seit März 1948 die Möglichkeit, von einer Festsetzung von Sühnemaßnahmen und der Anordnung einer Bewährungsfrist ganz oder teilweise abzusehen (vgl. Artikel 18).

---

<sup>125</sup> Vgl. Königseder, S. 155 f.

<sup>126</sup> Vgl. Königseder, S. 156.

Die gesetzlichen Vorgaben wurden im Laufe der Jahre immer mehr zugunsten der Untersuchten interpretiert. So lässt sich sagen, dass der Zeitpunkt der Entnazifizierung für den Einzelnen ein entscheidendes Kriterium für die Härte der Sühnemaßnahme war. Personen, die schon 1946 in eine der ersten vier Gruppen eingestuft wurden, bekamen im Durchschnitt härtere Sühnemaßnahmen auferlegt als Personen, deren Verfahren erst später stattfand. Hinzu kam, dass in den späteren Jahren der Entnazifizierung die Chancen immer besser wurden, durch Revision in die nächstniedrigere Gruppe zurückgestuft zu werden.

Gegen die Entscheidung der Spruchkammern konnte Revision bei Berufungskammern eingelegt werden. Entlastung für die Betroffenen brachte die „Jugendamnestie“ vom August 1946, die ab Jahrgang 1919 galt und die Weihnachtsamnestie von 1946, die Kriegsbeschädigte und sozial Schwache begünstigte.<sup>127</sup> Schließlich kam auch noch eine Amnestie für Spätheimkehrer hinzu.

Bei insgesamt 13,41 Millionen bis Ende August 1949 in der amerikanischen Besatzungszone abgegebenen Fragebögen waren 3.623.112 Personen (ca. 27,0 %) vom Befreiungsgesetz betroffen. Davon wurden 950.126 Fälle (ca. 26,2 %) von den Spruchkammern bearbeitet, die übrigen wurden ohne Klageerhebung eingestellt; 2.504.686 (69,1%) mit einem Amnestiebescheid.

Die 950.126 Fälle endeten für 1.654 Personen (ca. 0,2 %) mit der Einstufung als Hauptschuldige, 22.122 Personen (ca. 2,3 %) wurden als belastet eingestuft. 106.422 Personen (ca. 11,2 %) galten als Minderbelastete, 485.057 (ca. 51,1 %) waren Mitläufer und 18.454 (ca. 1,9 %) galten als entlastet. 89.772 Verfahren (ca. 9,4 %) wurden in Folge der Jugendamnestie eingestellt, 194.738 Verfahren (ca. 20,5 %) aufgrund der Weihnachtsamnestie und 31.907 Verfahren (ca. 3,4 %) aus anderen Gründen.<sup>128</sup>

---

<sup>127</sup> Informationen zur politischen Bildung Nr. 259, S. 26.

<sup>128</sup> Vgl. Königseder, S. 157f.

Diese Zahlen weichen von denen ab, die in der Studie über die NS-Belastung der hessischen Landtagsabgeordneten herangezogen werden. Letztere stützt sich auf Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen, Wiesbaden 1999. Dort wird das statistische Handbuch für das Land Hessen aus 1948 als Quelle angegeben.

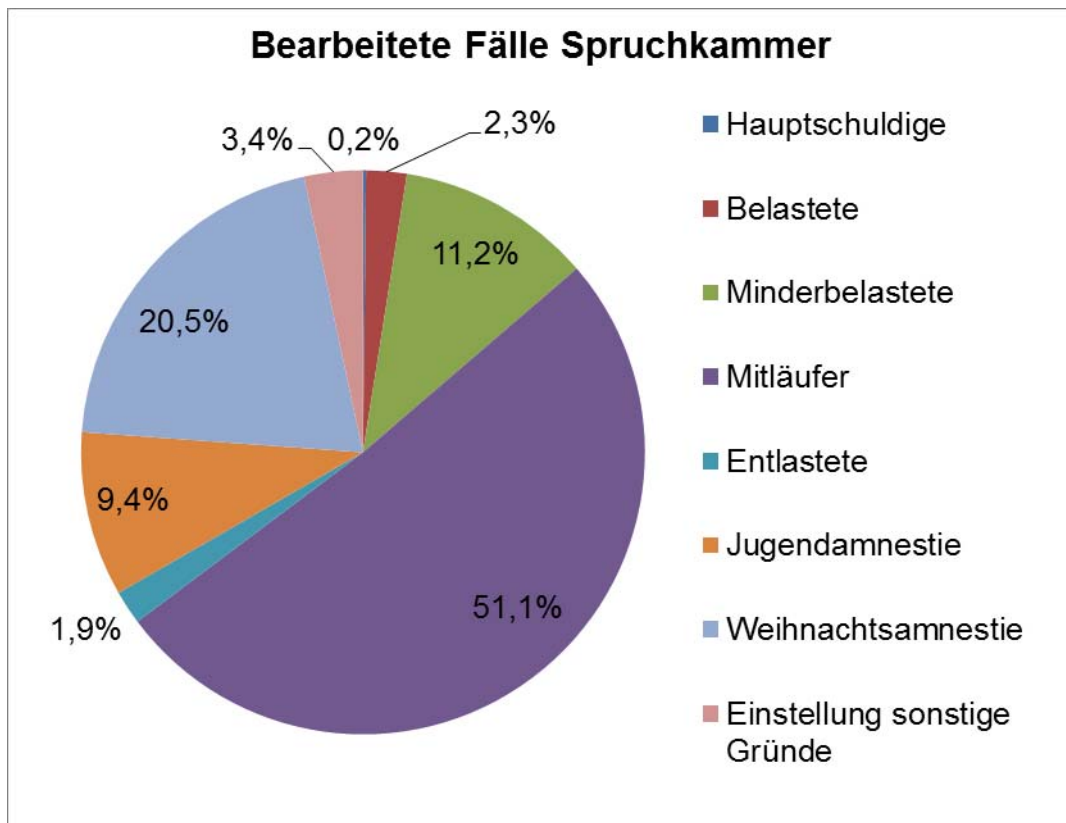


Abbildung 2: Bearbeitete Fälle Spruchkammer

### 3.3.2 Kritik

In der deutschen Bevölkerung wurde die Entnazifizierung im Laufe der Jahre immer unpopulärer. Viele Menschen kritisierten sie, „weil falsches Zeugnis und Denunziationen eine Rolle spielten.“<sup>129</sup> Auch litten viele Mitglieder der Kammern, weil die Rechtsfindung oft nur schwer möglich war.<sup>130</sup> Hinzu kam, dass sie allerhand Anfeindungen ausgesetzt waren.

Problematisch war, dass bei der Entnazifizierung zunächst die leichteren Fälle bearbeitet wurden, weil dort die Beweislage einfacher war. Als die Hauptschuldigen an die Reihe kamen, hatten sich die Maßstäbe oft bereits verschoben. So wurden manche Hauptschuldige sehr milde behandelt. Ab 1948 wurden sogar Schnellverfahren eingerichtet, um die Entnazifizierung bald abzuschließen.<sup>131</sup>

Ein weiterer Vorwurf richtete sich gegen die Jagd nach Entlastungszeugnissen, die sogenannten „Persilscheine“. Diese bescheinigten zumeist, „dass der Betreffende kein Denunziant gewesen, der NSDAP nur aus Opportunismus beigetreten sei und sich im Übr-

<sup>129</sup> Dörr 1998, S. 125

<sup>130</sup> Vgl. Dörr 1998, S. 125

<sup>131</sup> Vgl. Benz, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 259, S. 26



gen als Berufskollege tadellos verhalten habe“.<sup>132</sup> Außerdem wurde bei der Entnazifizierung auf Techniker, Spezialisten und Experten Rücksicht genommen, da sie für das Funktionieren bestimmter Einrichtungen oder für den Wiederaufbau unentbehrlich waren.<sup>133</sup>

So kam es, dass die meisten der im Zuge der amerikanischen Entnazifizierung 1945 gekündigten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes schon Mitte 1949 wieder in ihr Amt eingesetzt waren.<sup>134</sup>

Der einsetzende Kalte Krieg schwächte die Entnazifizierung weiter. Die Amerikaner benötigten die Deutschen als Bündnispartner gegen den Kommunismus. Am 11. Mai 1951 wurde das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen beschlossen. Daraufhin durften alle Beamten, die im Zuge der Entnazifizierung nicht als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft worden waren, wieder im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Auf diesem Weg konnten auch Personen, die eng mit dem NS-Staat verbunden gewesen waren, z.B. Richter oder Polizisten, ihre Berufskarrieren im Öffentlichen Dienst fortsetzen (vgl. Kapitel 2)<sup>135</sup>

### **3.4 Zusammenfassung**

Niemand war gezwungen, in die NSDAP einzutreten. Sicher ist Druck ausgeübt worden und gewiss konnten sich besonders diejenigen, die im Nationalsozialismus Karriere machen oder eine verantwortliche Position behaupten wollten, verpflichtet fühlen, Parteimitglied zu werden. Doch nicht zuletzt die Naziführer selbst legten Wert darauf, dass durch eigene Unterschriftsleistung die Freiwilligkeit des Beitritts herausgestellt war.

Für die Zeit vor der Machtergreifung 1933 kann davon ausgegangen werden, dass allein nationalsozialistische Überzeugungen und die freiwilligen Unterstützung der NS-Bewegung maßgeblich für den Parteieintritt waren. In den Jahren der Weltwirtschaftskrise und des Massenelends mögen manche materiellen Motive etwa beim Eintritt in die SA hinzugekommen sein. Immerhin waren Essen und Bekleidung dort gesichert. Das mag auch eine Rolle dafür gespielt haben, dass in dieser Phase Arbeiter und Angestellte die Mehrheit der Mitglieder stellten.

Nach der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 und dem Wahlerfolg im März 1933 wurde der Eintritt in die Partei auch für das gehobene Bürgertum und die bürgerlichen Funktionseliten attraktiver. So nahm die Bedeutung von Akademikern zu. Dies galt besonders für die höhere Beamtschaft, wo jetzt auch Anpassungsdruck spürbar wurde.

---

<sup>132</sup> Vollnhals 1991, S. 60

<sup>133</sup> Vgl. Benz, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 259, S. 24

<sup>134</sup> Vgl. Online: [http://www.ruhr-uni-bochum.de/rubin/rbin1\\_00/Pdfs/Beitrag6.pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/rubin/rbin1_00/Pdfs/Beitrag6.pdf), S. 35 f.

<sup>135</sup> Vgl. Informationen zur politischen Bildung Nr. 316, S. 73

Der immense Mitgliederzuwachs durch die „Märzgefallenen“ führte schließlich zur Aufnahmesperre vom Mai 1933.

Neben den Schulen galten die HJ und der BDM als eine der wichtigsten Institutionen, um die NS-Ideologien an Kinder und Jugendlichen zu vermitteln. Deshalb wurden HJ-Mitglieder auch während der Mitgliedersperrern weiter aufgenommen.

Genauso vielschichtig wie die Bevölkerungsgruppen, die der NSDAP beitraten, waren auch die Beweggründe für den Eintritt. Nachdem die Anfangsjahre der NSDAP durch einen Zustrom derer dominiert wurden, die von den Ideologien des Nationalsozialismus überzeugt waren, überwogen nach der Machtergreifung und den Wahlen im März 1933 eher die Eintritte aufgrund von Karriereorientierung, politischem Opportunismus und Glücksrittertum – zumindest bei den Älteren. Hinzu trat der persönliche Eigennutz. Sei es, um beruflich voranzukommen oder sonstige Vorteile zu erreichen, sei es, um potentiellen persönlichen oder beruflichen Nachteilen entgegenzuwirken. Man wird jedoch auch in Rechnung stellen müssen, dass die Popularität des vermeintlich wirtschafts- wie außenpolitisch so erfolgreichen Regimes in jenen Jahren deutlich angewachsen war.

Die Entnazifizierung hatte bei den Alliierten und besonders den Amerikanern anfänglich höchste Priorität. Ihre Umsetzung gestaltete sich jedoch schwieriger als erwartet. Mit den Ergebnissen der Entnazifizierung war am Ende niemand recht zufrieden. Sicher hat eine beträchtliche Personengruppe von NS-Belasteten in den ersten Jahren nach 1945 Nachteile erlitten. Aber in der Gesamtbilanz hat die Entnazifizierung nicht verhindern können, dass ein sehr großer Teil auch der stark belasteten Funktionseleiten des NS-Regimes spätestens in den frühen 1950er Jahren ihre Karrieren fortsetzen oder als situierte Bürger ihre Pension genießen konnten.

## 4 Die Region Marburg-Biedenkopf als Nazihochburg

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf liegt in Mittelhessen und gehört zum Regierungsbezirk Gießen. Er besteht aus 22 kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Die Stadt Marburg ist mit ca. 72.000 Einwohnern die größte Stadt des Landkreises. Weitere wichtige Städte sind die ehemalige Kreisstadt Biedenkopf, Gladenbach, Kirchhain, Neustadt, der Kurort Bad Endbach und der Wirtschaftsstandort Stadtallendorf. Insgesamt hat der Landkreis etwa 241.000 Einwohner auf einer Fläche von 1.262,56 km<sup>2</sup>.

Im Rahmen der hessischen Kreisreform wurden zum 1. Juli 1974 die beiden Landkreise Marburg und Biedenkopf zusammen mit der bis dahin kreisfreien Stadt Marburg zum neuen „Landkreis Marburg-Biedenkopf“ verschmolzen. Die Stadt Marburg wurde dabei, um ihre 18 (äußeren) Stadtteile vergrößert, eine der sieben Sonderstatusstädte in Hessen. Mit der Zusammenlegung wurden zwei 350 Jahre getrennte Verwaltungsgebiete wieder vereinigt, die aus historischer Sicht zusammengehören. Auch naturräumlich sind der ehemaligen Landkreis Marburg und der Landkreis Biedenkopf eng verbunden.

Der Landkreis Biedenkopf entstand 1832 durch ein Edikt des Großherzogs von Hessen-Darmstadt. 1866 wurde er Teil der preußischen Provinz Hessen-Nassau und gehörte zum Regierungsbezirk Wiesbaden. 1932 wurde der Kreis kurzzeitig aufgelöst, aber schon 1933 wiederhergestellt. 1946 wurde der Kreis Biedenkopf erneut Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden. Nach dessen Auflösung war er zeitweise Teil des Regierungsbezirks Darmstadt. Die Region ist überwiegend ländlich-agrarisch strukturiert, verfügte aber im Raum Biedenkopf auch über einige Industriebetriebe. Bis 1945 bestand die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aus Protestanten.

Der Landkreis Marburg war von 1821 bis 1866 kurhessischer, von 1866 bis 1945 preußischer und dann hessischer Landkreis. Ab 1926 trug er den Namen Marburg an der Lahn. 1929 wurde die Stadt Marburg aus dem Kreis ausgegliedert, 1932 der Kreis Kirchhain eingegliedert. Der Kreis Marburg war Teil des Regierungsbezirks Kassel (der Regierungsbezirk Gießen entstand erst 1981).<sup>136</sup>

Politisch ist die Region lange Zeit sehr konservativ geprägt worden. Bei den Reichstagswahlen 1887 gewann mit dem „radauantisemitischen“ Otto Böckel von der Deutsch-Sozialen Partei (DSP) im Wahlkreis Marburg-Frankenberg erstmals überhaupt ein bekennender und offen auftretender Antisemit einen Reichstagswahlkreis.<sup>137</sup> Böckel war an der Marburger Universitätsbibliothek beschäftigt, überschwemmte die entlegensten Dörfer mit seinen Programmschriften und gab ab 1887 die Zeitschrift „Reichsherold“ heraus. Mit seiner Mischung aus einer betont sozialen, gleichzeitig antikonservativen wie antise-

---

<sup>136</sup> Vgl. u.a. Karl Huth, Der Landkreis Marburg-Biedenkopf, herausgegeben vom Landkreis Marburg, 2. erweiterte Auflage, Marburg 1984

<sup>137</sup> Vgl. Ermenhild Neusuess-Hunkel, Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945, Meisenheim am Glan 1973, S.20

mitischen Programmatik gewann er die Unterstützung der Bauern und des kleinen städtischen Mittelstandes und besiegte den Kandidaten der Konservativen klar. Die 1890 entstandene „Deutsch-soziale Reformpartei (DSRP)“, der Böckel zeitweise angehörte, bekannte sich offen zum Rassenantisemitismus und forderte eine drastische Beschränkung der Judenemanzipation. Juden sollten unter „Fremdenrecht“ gestellt werden. In einem Beschluss von 1899 war sogar von Vertreibung die Rede.<sup>138</sup>

1890 und 1893 konnte Böckel sein Mandat verteidigen. 1895 wurde er dann aus Partei und Fraktion ausgeschlossen und beteiligte sich an erfolglosen Versuchen zur Neugründung der „antisemitischen Volkspartei“. Dennoch verteidigte er auch 1898 seinen Wahlkreis.

Nach 1903 musste er seinen Wahlkreis an Kandidaten der Deutschsozialen Partei (DSP) abgeben. Jetzt siegte Hellmut von Gerlach. 1907 und 1912 gewannen im Wahlkreis Marburg-Frankenberg mit Karl Böhme und Johannes Rupp Vertreter dieser Partei, die sich in der Frage des Antisemitismus nicht von der DSRP unterschied.<sup>139</sup> 1912 erhielt der Kandidat der Deutschsozialen 46,6%, während die SPD nur 11% erhielt (im reichsweiten Gesamtergebnis kam die SPD 1912 auf 34,8%). Die Region gehörte also im Kaiserreich zu den Hochburgen des Antisemitismus in Deutschland.

Eine ähnliche Prägung lässt sich auch für die Weimarer Zeit feststellen. In der Stadt Marburg dominierten schon bei den Reichstagswahlen bis 1928 die „nationalen Kräfte“ von DNVP und (deutlich gemäßigter) DVP. Dabei erreichten die Deutschnationalen 1920 und 1924 jeweils mehr als 30% der Stimmen. 1924 hatte der „Völkisch-Soziale Block“ mit den Spitzenkandidaten Ludendorff und Hitler in Marburg 17,7% der Stimmen bekommen. 1928 kamen DNVP und DVP auf 25,5% bzw. 24% der Stimmen, während die erstmals unter diesem Namen hier angetretene NSDAP 5,5% erreichte (reichsweit: 2,6%). Im Juli 1930, als die NSDAP im Reichsgebiet ihren Durchbruch schaffte (18%), war sie in der Stadt Marburg schon die stärkste Partei (28%). Im Sommer 1932, als die NSDAP deutschlandweit ihr Stimmenergebnis verdoppeln konnte (37%), erreichte sie in Marburg mit 53,5% die absolute Mehrheit. Rechnet man die 11,5% der DNVP noch hinzu, kann man von einer Zwei-Drittel-Mehrheit der antidemokratischen politischen Rechten sprechen.

Auch die Ergebnisse der Wahlen zum Reichspräsidenten zeigen die gleiche Tendenz. Während Hindenburg in der Stichwahl 1932 reichsweit deutlich vor Hitler lag (52% gegen 37%), war das Ergebnis in Marburg umgekehrt. Hier lag Hitler mit 52% vor Hindenburg (44%).<sup>140</sup> Diese Entwicklung der politischen Grundstimmung setzte sich auch bei den

---

<sup>138</sup> Vgl. Thomas Klein, Der preußisch-deutsche Konservatismus und die Entstehung des politischen Antisemitismus in Hessen-Kassel, Marburg 1995 sowie Stefan Scheil, Die Entwicklung des politischen Antisemitismus in Deutschland zwischen 1881 und 1912, Berlin 1999.

<sup>139</sup> Vgl. Thomas Klein, a.a.O.

<sup>140</sup> Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 291, 315, 372, 382, 427 und 434.

Reichstagswahlen am 5. März 1933 fort. Jetzt erhielt die NSDAP sogar 57,5% der Stimmen (deutschlandweit 43,9%).

Noch bessere Ergebnisse erzielte die NSDAP im Landkreis Marburg und in der Stadt Biedenkopf. Im Landkreis Marburg kam die NSDAP bei den Wahlen vom 5. März 1933 sogar auf 63,0 (bei einer Wahlbeteiligung von 89,7%), in der Stadt Biedenkopf auf 66,9%. Im Vergleich mit dem reichsweiten Gesamtergebnis waren das 20% bzw. 23% mehr. Schon 1930 hatten die Nazis im Landkreis Marburg 34% der Stimmen erhalten. In den Gemeinden Dagobertshausen, Hermershausen und Dilschhausen bekam die NSDAP 1933 fast 100% (in Bauerbach, Ginseldorf und Schröck stimmten dagegen zwischen 88% und 93% für das Zentrum)<sup>141</sup>

Diese Vormachtstellung der NSDAP in der Region Marburg-Biedenkopf wurde durch die Ergebnisse der Kreistagswahl im Landkreis Marburg vom 12.03.1933 bestätigt. Die Partei erhielt hier 19.582 der 34.286 abgegebenen gültigen Stimmen, was einem Prozentanteil von 57,2 % entspricht.

Der Stimmenanteil der NSDAP lag in der Region Marburg-Biedenkopf auch deutlich über dem NS-Stimmenanteil in den Provinzen Hessen-Nassau und Kurhessen insgesamt. Unsere Untersuchungsregion muss also als eine ausgesprochene Hochburg des Nationalsozialismus mit einer lange zurückreichenden starken Tradition antisemitischer Ressentiments gelten. Dementsprechend war zu erwarten, dass wir im Rahmen unserer Untersuchung eine beträchtliche Zahl von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern ausfindig machen würden.<sup>142</sup>

---

<sup>141</sup> Vgl. Eckart Dettmering, Was alle lesen konnten – Das Jahr 1933 im Spiegel der Marburger Lokalpresse, Marburg 2001, S.67

<sup>142</sup> Alle Analysen der NS-Wählerschaft haben gezeigt, dass die NSDAP in ländlich-protestantischen Regionen ihre stärkste Anhängerschaft besaß. In katholischen wie in den meisten großstädtischen Regionen schnitt die NSDAP in der Regel schlechter ab. Von da her waren die ländlichen Regionen Nord- und Mittelhessens mit ihrem hohen Anteil an Protestanten gewissermaßen „prädestiniert“ für hohe NS-Stimmenanteile und Mitgliedsraten. Vgl. dazu den „Klassiker“ von Jürgen Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

## **5 Methodik und Vorgehensweise**

### **5.1 Fragestellung und Projektstruktur**

Der vom Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf am 20.7.2012 erteilte Auftrag geht zurück auf einen von der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Marburg-Biedenkopf am 22.5.2011 eingebrachten Antrag, auf dessen Grundlage sich der Ältestenrat in mehreren Sitzungen mit dem Thema befasst hat (vgl. Einleitung). In diesem Antrag heißt es, dass es darum gehen solle, „die eigene Vergangenheit hinsichtlich früherer Nazimitgliedschaften von Kreistagsabgeordneten, Kreisausschussmitgliedern und Landräten aufzuarbeiten“.<sup>143</sup> Ziel sei es, einen Beitrag zur geschichtlichen Aufarbeitung der NS-Zeit zu leisten. Auf diese Zielsetzung wird im Schreiben des Kreisausschusses ausdrücklich Bezug genommen.<sup>144</sup> Die Umsetzung dieses Auftrags sollte im Rahmen eines wissenschaftlichen Projekts unter meiner Leitung an der Abteilung Gießen der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung geleistet werden. Die Projektgruppe setzte sich neben dem Leiter aus 18 Studierenden zusammen. Die Arbeiten der Projektgruppe begannen im September 2012 und wurden im Mai 2013 abgeschlossen. Anschließend wurde der erste Entwurf einer gründlichen Überarbeitung unterzogen.

Die Arbeit wurde dadurch erschwert, dass die Studierenden zwischen Ende November 2012 und Ende Februar 2013 ihre zweite Praxisphase durchlaufen haben. In dieser Zeit konnten sie nur sehr begrenzt zu den im Rahmen des Projekts nötigen Recherchen beitragen.

### **5.2 Organisationen und Stichtag**

Es ging also darum, herauszufinden, welche ehemaligen Kreistagsabgeordneten, Kreisausschussmitglieder oder Landräte der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen oder ihr angeschlossenen Organisationen angehörten und – soweit möglich – zu ermitteln, welche Funktionen sie dabei übernommen haben.

---

<sup>143</sup> Antrag der Fraktion Die Linke im Kreistag Marburg-Biedenkopf betreffend „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hessischer Kreistagsabgeordneter im Landkreis Marburg-Biedenkopf“ vom 22.5.2011 (Lfd. Nr. 27/2011 KT).

<sup>144</sup> Schreiben des Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf an Prof. Kleinert vom 20.7.2012.

Dabei wurden diejenigen Organisationen berücksichtigt, die als Gliederungen der NSDAP galten. Hinzugenommen wurde das „Nationalsozialistische Fliegerkorps“ (NSFK), das offiziell zu den von der NSDAP „betreuten“ Organisationen zählte, aber mit dem NSKK vergleichbar ist. Im Einzelnen wurden folgende Organisationen berücksichtigt:

- NSDAP
- Allg. SS
- Waffen SS
- Gestapo
- SD (Sicherheitsdienst der SS)
- Geheime Feldpolizei
- SA
- NSKK (NS-Kraftfahrer-Korps)
- NSFK (NS-Flieger-Korps)
- Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
- NSRB (NS-Rechtswahrerbund)
- NS-Frauenschaft
- NS-Frauenwerk<sup>145</sup>

Personen, bei denen lediglich Mitgliedschaften in angeschlossenen Verbänden der NSDAP wie DAF (Deutsche Arbeitsfront) und NSV (nationalsozialistische Volkswohlfahrt) sowie in Organisationen wie dem Reichskolonialbund oder dem Reichskriegerbund festgestellt wurden, sollten nicht als betroffen eingestuft werden, soweit sie dort keine überregionalen Leitungsfunktionen wahrgenommen haben. Die DAF, in der Arbeitnehmer, und Arbeitgeber organisiert waren, hatte 1942 25,1 Millionen Mitglieder. Sie erfüllte soziale und wirtschaftliche Funktionen im Rahmen des Systems, kann aber nicht als NSDAP-Unterorganisation oder angeschlossene Organisation im engeren Sinne bewertet werden. Dies gilt auch für die NSV, die nationalsozialistische Volkswohlfahrt, die 1943 17 Millionen Mitglieder hatte.<sup>146</sup> Ebenso wurden die Personen nicht als betroffen eingestuft, wenn sie nur bei der Hitlerjugend oder dem BDM Mitglied waren und dort keine übergeordneten Führungsfunktionen wahrgenommen haben. Dabei muss berücksichtigt werden, dass seit dem 25.3.1939 alle Jungen und Mädchen vom 10. Lebensjahr an gesetzlich verpflichtet waren, in der Hitler-Jugend bzw. dem BDM Dienst zu leisten. Schon das Gesetz über die Hitler-Jugend vom Dezember 1936 sollte die gesamte deutsche Jugend „innerhalb des Reichsgebiets“ in der HJ zusammenfassen. Entsprechend war der Erfassungsgrad der entsprechenden Organisationen zwischen 1935 und 1939 von

---

<sup>145</sup> Vgl. Mario Wenzel, Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M 2009, S. 19 ff.

<sup>146</sup> Vgl. Wenzel, a.a.O., S. 32-34

48,2% auf 87,1% gestiegen. Von einer Freiwilligkeit des Beitritts kann etwa ab 1935 nicht mehr gesprochen werden.<sup>147</sup>

In diesem Projekt wurde nicht untersucht, ob Mitglieder der genannten Organe während ihrer Zeit in der Wehrmacht möglicherweise an Verbrechen beteiligt gewesen sind. Zwar ließ sich bei vielen Untersuchten feststellen, dass sie der Wehrmacht angehört haben und Kriegsteilnehmer waren. Eine genaue Untersuchung ihrer Rolle zwischen 1939 und 1945 erfordert aber derart eingehende und verzweigte Recherchen bei der WAST (ehemalige Wehrmachtsauskunftsstelle in Berlin), vor allem aber im Bundeswehr-Militärarchiv in Freiburg, dass sie unter dem Gesichtspunkt von Aufwand und Ertrag im Zeitrahmen dieser Untersuchung nicht möglich waren.

In die Untersuchung einbezogen wurden alle Kreistagsabgeordneten, Kreisausschussmitglieder und Landräte des Landkreises Biedenkopf, des Landkreises Marburg (bis 1974) sowie des Landkreises Marburg-Biedenkopf (ab 1974), die vor dem 08. Mai 1927 geboren wurden. Dieser Stichtag wurde gewählt, da wir davon ausgehen, dass nur solche Personen, die vor Kriegsende das 18. Lebensjahr vollendet hatten, die Tragweite ihres Handelns voll überblicken konnten. Darüber hinaus war die Mitgliedschaft in der NSDAP bis 1944 an die Vollendung des 18. Lebensjahres gebunden. Zwar trifft es zu, dass in der letzten Phase des Regimes auch 17-jährige der Partei beitreten konnten und der Geburtenjahrgang 1928 in der Wehrmacht und der Waffen-SS eine Rolle gespielt hat. Wir sind dennoch bei diesem Stichtag, der aus heutiger Sicht den Übergang ins Erwachsenenleben markiert, geblieben.<sup>148</sup>

### 5.3 Forschungsgang

Schon vor Beginn der eigentlichen Rechercharbeit war klar, dass vor allem die im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden gelagerten Entnazifizierungsakten und die im Bundesarchiv Berlin vorhandenen Bestände des ehemaligen Berlin Document Center mit seinen beiden NSDAP-Mitgliederkarteien als wichtigste Quellen für unsere Forschungen würden dienen können.

---

<sup>147</sup> Vgl. Armin Nolzen, Vom „Jugendgenossen“ zum „Parteigenossen“, S.128 ff., bes. S. 132-134.

<sup>148</sup> In wissenschaftlichen Untersuchungen zur NS-Vergangenheit wird mit der Frage des Stichtags unterschiedlich umgegangen. Während für die Studie von Hans-Peter Klausch, Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11.Wahlperiode (1946-1987), hrsg. Von der Fraktion die Linke im Hessischen Landtag, April 2011, die wohl eine Initialzündung für die mittlerweile vorliegende, „offizielle“ Studie von Albrecht Kirschner zur NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter im Rahmen des Forschungsvorhabens „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“ dargestellt hat, der 8.Mai 1927 als Stichtag gilt, ist die Untersuchung von Kirschner u.a. von der ursprünglich ebenfalls vorgesehenen Stichtagsregelung 8. Mai 1927 abgewichen und hat auch den Geburtsjahrgang 1928 einbezogen (vgl. S.7 der Studie, Anmerkung 12). Dafür mag es angesichts der Einberufung des Geburtsjahrgangs 1928 zur Wehrmacht und dem ab 1944 möglichen Eintritt von 17-jährigen HJ-Angehörigen in die NSDAP Gründe geben. Wir sind aber dabei geblieben, dass uns die Vollendung des 18. Geburtstags und der damit verbundene Eintritt ins Erwachsenenleben spätestens zum Kriegsende das richtige Kriterium zur Feststellung der Personengruppe zu sein scheint, die potentiell durch Verstrickung in das NS-Unrechtsregime oder dessen Unterstützung belastet sein kann.



Bevor aber die Recherchen in Wiesbaden und Berlin beginnen konnten, musste es um die Sammlung der Basisdaten gehen. Zunächst war festzustellen, welche Personen überhaupt zu unserer Untersuchungsgruppe zu rechnen waren. Dazu mussten wir Namen, Adressen, Geburts- und Wohnorte aller Funktionsträger in den beiden Landkreisen nach 1946 in Erfahrung bringen, vor allem aber ihre Geburtsdaten. An diesem Punkt stellte sich bald heraus, dass eine Untersuchung auf kommunaler Ebene auf schwierige Forschungsprobleme stößt, die sich für Untersuchungen auf der Ebene von Land und Bund so nicht stellen. Während sich die Recherchen dort in aller Regel auf Basisdaten stützen können, die sich in Parlamentshandbüchern u. ä. finden und es also kein großer Aufwand ist, solche Basisdaten mit Namen, Wohn- und Geburtsorten sowie dem Geburtstag zu ermitteln, bedeutete allein die Sammlung dieser Basisdaten für uns ein riesiges und trotz großen Aufwands nicht hundertprozentig lösbares Problem. Dieser Umstand dürfte auch für andere Studien, die in anderen Städten und Landkreisen derzeit überlegt und in Auftrag gegeben werden, von Interesse sein.

Zunächst baten wir beim Landkreis Marburg-Biedenkopf um eine Liste aller Mitglieder der Kreistage und Kreisausschüsse von Marburg und Biedenkopf bzw. Marburg-Biedenkopf. Diese wurde uns umgehend zur Verfügung gestellt. Bei einer ersten Untersuchung stellte sich jedoch heraus, dass auf dieser Liste weniger als die Hälfte der genannten Personen mit Geburtsdaten angegeben waren. Auf Nachfrage bei der Kreisverwaltung wurde uns mitgeteilt, dass diese dort nicht mehr auffindbar seien. Auch eigene Recherchen im Keller des Landratsamtes führten nicht zu anderen Ergebnissen.

Hinzu kam, dass auf etlichen Listen vor allem aus dem Landkreis Biedenkopf auch die Parteizugehörigkeiten fehlten. Auch hier mussten noch weitere Recherchen angestellt werden. Später stellte sich auch noch heraus, dass auf den Listen nicht immer alle Namen verzeichnet sind, die im Laufe einer Legislaturperiode in die Kreistage nach dem Ausscheiden eines anderen Abgeordneten nachgerückt sind. Es ist deshalb auch nicht vollkommen auszuschließen, dass es in dieser oder jener Wahlperiode auch noch den einen oder anderen Nachrücker gab, den wir nicht haben aufspüren können. Das bei weitem größte Handicap aber blieben die fehlenden Geburtsdaten.

Wir mussten also versuchen, diese Daten auf andere Art und Weise herauszufinden. Denn dass das für eine exakte Identifizierung der jeweiligen Personen von entscheidender Bedeutung sein musste, war von Anfang an klar.

So versuchten wir zunächst, mit Hilfe des Staatsarchivs in Marburg die entsprechenden Daten zu recherchieren. In einigen Fällen konnten dadurch zusätzliche Informationen gewonnen werden, etwa dadurch, dass jetzt zumindest eine genaue Adresse vorhanden war. Daraufhin wurden die jeweiligen Meldeämter im Landkreis angeschrieben - mit der Bitte um Mitteilung des Geburtsdatums der genannten Personen.

Da wir mit den eigentlichen Recherchen in Wiesbaden und Berlin nicht warten konnten, bis alle Basisdaten verfügbar waren, haben wir dann unvollständige Listen an das Staatsarchiv in Wiesbaden übersandt. Dort wurden die entsprechenden Entnazifizierungsakten vorbereitet, sodass wir Einsicht nehmen und bereits erste Ergebnisse sammeln konnten, während die Erhebung der Basisdaten noch andauerte. Insgesamt sind acht Reisen nach Wiesbaden unternommen worden. An vier Terminen sind Studierende beteiligt gewesen, jeweils unter meiner Leitung. Hierbei bearbeitete jeder Student mehrere Akten und notierte die Ergebnisse. Sie wurden direkt vor Ort in einer Excel-Datei zusammengetragen.

Trotz aller Bemühungen bei den Meldeämtern und der Recherche im Staatsarchiv Marburg waren bis Anfang 2013 längst nicht alle Geburtsdaten geklärt. Wir haben dann in Wiesbaden Recherchen auch ohne Geburtsdatum angestellt, was insoweit riskant war, als es ja durchaus möglich sein konnte, dass es sich nicht eindeutig klären lassen würde, ob es sich in der betreffenden Akte wirklich um die gesuchte Person handelte. Auch wenn es in einigen Fällen durch später gewonnene Informationen möglich war, die Akte personell eindeutig zuzuordnen, ist anderen von einem solchen Vorgehen abzuraten. Denn eine sichere nachträgliche Zuordnung erfordert wieder erheblichen zusätzlichen Aufwand.

Entsprechende Namenslisten wurden auch an das Bundesarchiv in Berlin gesandt. Dort werden die Mitgliederkarteien der NSDAP geführt.

Unter meiner Leitung sind die Mitglieder der Projektgruppe in drei Kleingruppen für jeweils zwei Tage nach Berlin gereist, um in den verschiedenen Beständen des Bundesarchivs zu recherchieren. Ich habe dann noch vier weitere Reisen unternommen, um die erst spät eindeutig identifizierbaren Fälle zu klären. Soweit bei den Überprüfungen im März 2013 auch solche Fälle behandelt wurden, in denen sich die Personen aufgrund fehlender Geburtsdaten nicht zweifelsfrei identifizieren ließen, sind die ermittelten Ergebnisse nur unter Vorbehalt eingetragen worden.

Die Ergebnisse der Recherchen aus Wiesbaden und Berlin wurden nach den einzelnen Besuchsterminen in der Gruppe zusammengetragen und ausführlich besprochen.

Um die noch immer recht zahlreichen Lücken bei den Geburtsdaten zu schließen, wurde auch das Zeitungsarchiv in der Universitätsbibliothek Marburg genutzt. Hier finden sich die Ausgaben der lokalen Tageszeitungen „Oberhessische Presse“ und des „Hinterländer Anzeiger“. An mehreren Terminen wurden alle Wahlvorschläge, die vor den Kommunalwahlen in der lokalen Presse abgedruckt waren, gesichtet. Dadurch ließen sich einzelne zusätzliche Daten herausfinden. Leider waren diese Recherchen aber auch nur bedingt erfolgreich: In manchen Fällen konnten zwar amtliche Bekanntmachungen mit den Wahllisten der Parteien aufgefunden werden. Diese enthielten aber keineswegs durchgängig auch die Geburtsdaten der Kandidaten. In etlichen Fällen waren wir sogar

auf eine Auflistung der Spitzenkandidaten bzw. die Nachwahlberichterstattung verwiesen, bei der dann die Geburtsdaten ebenfalls fehlten.

In mehreren Sitzungen wurde die Namensliste mit den einzelnen Rechercheergebnissen auf ihre Richtigkeit hin überprüft und mehrfach kontrolliert, ob die Daten der Person auf der Liste mit denen aus der Mitgliederkartei und den sonstigen genutzten Akten übereinstimmen, um jeden Fehler auszuschließen.

Angesichts der noch immer recht hohen Zahl der aufgrund fehlender Geburtsdaten nicht eindeutig zuzuordnenden Personen (zu diesem Zeitpunkt noch etwa 75) hat der Projektleiter im April 2013 weitere Recherchen im Staatsarchiv Marburg angestellt und dabei die gesamten Bestände durchgesehen, die sich zu den Kreisen Marburg und Biedenkopf finden. Dabei konnten einige wenige vollständige Parteivorschlagslisten mit Geburtsdaten aufgefunden werden. Diese sind freilich keinesfalls systematisch gesammelt oder etwa von den Landratsämtern der Kommunalaufsicht übersandt worden.

Darüber hinaus ließen sich in den diversen Aktenkonvoluten da und dort noch weitere Angaben zu Geburtsdaten in Frage kommender Personen finden. Schließlich sind mit Hilfe der Identitätsbücher, die im Staatsarchiv gelagert sind und die die Grundlage bildeten für die nach 1945 in den einzelnen Gemeinden ausgegebenen Identitätskarten, noch etliche Geburtsdaten und Wohnorte eindeutig rekonstruiert worden.

Insgesamt konnte so die Zahl der nicht geklärten Fälle auf 40 reduziert werden. 36 Personen konnten aufgrund fehlender Geburtsdaten nicht vollständig und zweifelsfrei überprüft werden. In vier Fällen lagen mehrere mögliche Geburtsdaten vor und lässt sich nicht mit ausreichender Sicherheit sagen, ob die gefundenen Informationen tatsächlich dem zu überprüfenden Funktionsträger zuzurechnen sind oder vielleicht doch einer anderen Person.

#### **5.4 Probleme während der Recherche**

Schon vor der eigentlichen Recherche sind also Probleme aufgetaucht, die in diesem Ausmaß im Vorfeld der Untersuchung überhaupt nicht absehbar waren. Daraus ergab sich ein enormer zusätzlicher Zeitaufwand, der die ganze Untersuchung verzögerte und am Ende einigen Zeitdruck schuf.

Offensichtlich existieren in der Kreisverwaltung keinerlei Unterlagen mit vollständigen Angaben der Parteizugehörigkeiten und Geburtsdaten. Es konnten dort außer einer Bürgermeister-Chronik auch keine anderen nützlichen Unterlagen gefunden werden. Diese Aktenführung der Kreisverwaltung hat uns überrascht, zumal auch im Staatsarchiv Marburg nur sehr lückenhaft Akten zu finden sind, in denen Angaben über Wahlen, Kandidaten und die Zusammensetzung von früheren Parlamenten enthalten sind. Natürlich wa-

ren wir im Vorfeld davon ausgegangen, einen Großteil der Personen aufgrund dieser Informationen eindeutig zuordnen zu können.

Auch beim Versuch, über die Meldeämter im Landkreis zusätzliche Informationen zu bekommen, ergaben sich Probleme. Denn auch den Meldeämtern war es nicht immer möglich, die entsprechenden Personen zu finden und mit einem Geburtsdatum sicher identifizieren zu können. Darüber hinaus zeigten sich einige Meldeämter auch nicht sehr kooperativ. Nur von wenigen Meldeämtern kamen zeitnahe Rückmeldungen. Andere reagierte erst nach Wochen und mehrfacher Rückfrage, wieder andere gar nicht. Angesichts des heute üblichen Umgangs mit Daten verwunderten auch die häufiger vorgebrachten datenschutzrechtlichen Bedenken; es erscheint merkwürdig, dass zwar alle möglichen Auskünfte auch an kommerzielle Nutzer gegeben werden können, Angaben zum Zwecke einer wissenschaftlichen Studie, die eindeutig im öffentlichen Interesse liegt und sogar „amtlich“ bestellt ist, auf solche Skrupel stoßen.

Auch für die Mitarbeiter im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden war es nicht leicht, die betreffenden Akten zu finden. Das galt besonders dann, wenn wir Akten zu Personen ohne Geburtsdatum angefordert hatten (vgl. oben). Hinzu kommt, dass jeweils unterschiedliche Spruchkammern in Marburg und Biedenkopf zuständig waren. Nach Auskunft des Leiters des Hauptstaatsarchivs, Herrn Dr. Degreif, ist die Aktenführung bei diesen Spruchkammern nur unzureichend erfolgt, weshalb die Akten teilweise unvollständig sind und nur zu knapp der Hälfte der in Frage kommenden Personen überhaupt solche Unterlagen aufgefunden werden konnten.

Mit den unvollständigen Personenangaben war es auch im Bundesarchiv in Berlin nicht möglich, alle überprüften Personen eindeutig zuordnen zu können. Angesichts der Millionen von Unterlagen ist es vollkommen aussichtslos, einen „Schmidt“ oder „Meier“ ohne sicheres Geburtsdatum zu überprüfen.

Ein weiteres Problem ergab sich durch das Ordnungsprinzip, nach dem die Berliner Dateien geordnet sind. So sind beispielsweise Vornamen wie Hannes und Johannes in den Karteien ebenso gleichgesetzt wie etwa die Nachnamen Vogt und Voigt oder Namen mit „s“, „ss“ oder „ß“. Das erleichtert das Auffinden nicht.

Unser Hauptproblem freilich blieb der Umfang der Vorrecherchen zur Erhebung der Basisdaten. Wir sind hier auch mit dem enormen Aufwand, der weit über das vorher kalkulierte Maß hinausging, an Grenzen gestoßen. Zwar konnten schließlich doch insgesamt 88% der in Frage kommenden Personen so überprüft werden, dass das Resultat eindeutig ist und keine Zweifel in der Zuordnung bestehen. Das ist gewiss ein brauchbares Ergebnis. Aber der Aufwand war eben unverhältnismäßig hoch. Hier liegt ein Problem, von dem wir nur hoffen können, dass es anderen in anderen Untersuchungen erspart bleibt. Immerhin scheint die Aktenlage im Blick auf die Stadt Marburg, die eine ähnliche Unter-

suchung plant, sehr viel günstiger. Wir hatten ja hinreichend Gelegenheit, solche Feststellungen zu treffen.

Nach Abschluss der Recherchen zu den Basisdaten ließen sich insgesamt 301 Personen eindeutig dem zu untersuchenden Personenkreis zuordnen. Bei 40 weiteren Personen kann in der Regel ebenfalls davon ausgegangen werden, dass sie zur entsprechenden Altersgruppe zählen (es sind hier aufgrund der Zeitpunkte ihrer politischen Aktivitäten nur ganz wenige Ausnahmen denkbar). Aufgrund der fehlenden Geburtsdaten oder der nicht ganz eindeutigen Identifizierbarkeit der Betroffenen sind exakte und abgesicherte Angaben nicht möglich.

## 5.5 Archivrecherchen

Die Archivrecherchen konzentrierten sich vor allem auf das Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, das Bundesarchiv in Berlin und das Staatsarchiv in Marburg. Weitere Archive wie die Deutsche Dienststelle – WAST (ehemalige „Wehrmachtsauskunftsstelle“) in Berlin oder das Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg konnten nicht aufgesucht werden (vgl. oben).

### 5.5.1 Bundesarchiv Berlin

Im Rahmen der verschiedenen Arbeitsaufenthalte wurden die dort überlieferten zentralen Mitgliedskarteien der NSDAP (BDC-Bestand 3100) und der ehemaligen NSDAP-Gau- und Kreisorganisationen (BDC-Bestand 3200) ausgewertet. Diese Karteien, die einen Gesamtbestand von 4,3 bzw. 6,6 Millionen Karteikarten enthalten, sind alphabetisch sortiert und auf Mikrofilm gespeichert. Anhand der persönlichen Daten der Betroffenen können die entsprechenden Filmrollen in einem Findbuch identifiziert und bestellt werden. Dabei sind etwa 500 Mikrofilme eingesehen worden.

In der zentralen Mitgliederkartei wurden 272 Personen überprüft. Dabei konnte bei 37 Personen eine NSDAP-Mitgliedschaft festgestellt werden. In der dezentralen Mitgliederkartei der Gau- und Kreisorganisationen sind 291 Personen überprüft worden. Dabei wurden 66 Personen als NSDAP-Mitglieder identifiziert.<sup>149</sup> Bei den fünf Personen, die bereits für die Studie über NS-Vergangenheiten hessischer Landtagsabgeordneter überprüft worden sind und nichts Belastendes festgestellt wurde, haben wir diese Ergebnisse übernommen (Achenbach, Debus X, Gassmann, Heinze und Schneider). Bei Siegfried Ruhl haben sich die Ergebnisse der Landtagsuntersuchung bestätigt; auch er war in unserem Sinne „nicht betroffen“.

---

<sup>149</sup> Die über die Gesamtzahl der ermittelten NS-Mitgliedschaften hinausgehende Zahl ergibt sich daraus, dass manche in beiden Karteien auftauchen. Manche Mitgliedschaft war in den ja nur fragmentarisch erhaltenen Mitgliederkarteien gar nicht verzeichnet und konnte nur aus den Entnazifizierungsakten rekonstruiert werden. Umgekehrt haben mindestens sieben NSDAP-Mitglieder unter den ehemaligen Funktionsträgern des Kreises ihre Mitgliedschaft im Meldebogen verschwiegen, d.h. sie haben die Entnazifizierungsbehörden belogen.

Darüber hinaus konnten im Zentralarchiv personenbezogene Akten verschiedener Behörden, Ministerien und Dienststellen eingesehen werden. Dazu gehören z.B. SS und SA, aber auch Akten des Reichsjustizministeriums u. ä. Dabei wurden 297 Personen überprüft. Zu 19 Personen aus unserer Untersuchungsgruppe konnten Akten gefunden werden; in drei Fällen waren sie jedoch nicht eindeutig zuzuordnen, so dass am Ende 16 auswertbare Akten verblieben.

Weniger ertragreich war die Bearbeitung der Unterlagen des NS-Archivs des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Hier konnten lediglich 4 für unsere Zwecke verwendbare Akten gefunden werden. Einige andere möglicherweise relevante Akten waren an verschiedene Landesarchive abgegeben worden. Aus der Auswertung von drei Akten aus dem Landesarchiv Berlin haben sich allerdings keine neuen, hinreichend abgesicherten Erkenntnisse ergeben.

### **5.5.2 Hessisches Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden**

Im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden wurden in Teilgruppen die Akten und Meldebögen der hessischen Spruchkammern (Abteilung 520) für den zu untersuchenden Personenkreis gesichtet. Insgesamt konnten 147 Akten oder Meldebögen eingesehen werden. Dies sind 48,8 % der Untersuchungsgruppe. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Aktenführung bei den Spruchkammern Marburg und Biedenkopf erhebliche Lücken aufweist (vgl. oben). Zum Vergleich: Die Forschungsgruppe zur Vergangenheit der hessischen Landtagsabgeordneten hat zu 66% der Betroffenen Entnazifizierungsakten gefunden.

Es ist davon auszugehen, dass der Bestand noch weitere Unterlagen enthält. Diese sind jedoch nur ermittelbar, wenn die für die Betroffenen zuständigen Spruchkammern bekannt sind. Diese richteten sich nach den Wohnorten. Für uns wurden die Bestände der Spruchkammern Marburg, Biedenkopf und Ziegenhain gesichtet. In einzelnen Fällen wurden auch Akten aus Fulda und Korbach ausgewertet.<sup>150</sup>

Die Meldebögen und Verfahrensakten sind insoweit in ihrer Aussagekraft problematisch, als die Meldebögen nur die Selbsteinstufung des zu Entnazifizierenden wiedergeben und auch die Verfahrensakten zahlreiche beschönigende Angaben enthalten. Dies ergab sich schon aus der Logik der Spruchkammerverfahren: Wollte man eine günstigere Einstufung erreichen als die, die der öffentliche Ankläger beantragt hatte, musste man entlastendes Beweismaterial vorlegen (die sog. „Persilscheine“, vgl. dazu das Kapitel 3). Offene Schuldeingeständnisse sind dagegen überaus selten.

---

<sup>150</sup> Mündliche Mitteilung des Leiters des Hessischen Hauptstaatsarchivs (HHStAW), Herrn Dr. Diether Degreif

### 5.5.3 Staatsarchiv Marburg

Die Aktenbestände im Staatsarchiv Marburg sind vor allem zur Ermittlung der Basisdaten herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für die genutzten Identitätsbücher, die sich im Bestand 404 unter den Nummern 2685 bis 3050 finden.

Die umfangreichen Bestände 180 (Biedenkopf) und 180 (Marburg) sowie die eingesehenen Verwaltungsberichte an den Regierungspräsidenten (Adr) sind jedoch auch im Blick auf weitere Informationen über den betreffenden Personenkreis und seine politische Rolle nach 1945 genutzt werden. Sie enthalten insbesondere auch Informationen zu den Landräten der 40er, 50er und 60er Jahre einschließlich diverser Selbstzeugnisse wie Lebensläufe. Kurz vor Abschluss unserer Recherchen sind dem Staatsarchiv die Personalakten von drei früheren Landräten übermittelt worden. Auch diese sind eingesehen worden, was in einem Fall zu neuen Erkenntnissen geführt hat.

Auch das Archiv der Universitätsstadt Marburg ist zur Ermittlung der Basisdaten genutzt worden. Ebenso das in der UB Marburg auf Mikrofilm einsehbare Zeitungsarchiv mit den Beständen der „Oberhessischen Presse“ und des „Hinterländer Anzeigers“.

### 5.6 Weitere Informationsquellen

Als weitere Informationsquellen wurden beim Zustandekommen dieser Untersuchung auch Quellen und Sekundärliteratur unterschiedlichsten Charakters genutzt. Das reicht von Jahrbüchern des Landkreises über stadtgeschichtliche Werke etwa zur Stadt Gladenbach bis zur wissenschaftlichen Literatur über verschiedene Aspekte des nationalsozialistischen Systems, der verschiedenen NS-Organisationen oder der Entnazifizierung und zur Geschichte der Aufarbeitung der NS-Zeit in Deutschland nach 1945. Auf biographische und autobiographische Zeugnisse konnte ebenso zurückgegriffen werden wie auf amtliche Wahlstatistiken zu den Wahlergebnissen aus der Weimarer Zeit oder Untersuchungen zur Parteiengeschichte in der Stadt Marburg, die immer wieder auch Bezüge zu den Landkreisen enthalten.<sup>151</sup>

Nicht zuletzt haben auch mündliche Informationen zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Zu nennen sind hier besonders die Gespräche, die der Projektleiter mit ehemaligen politischen Funktionsträgern, Verwaltungsmitarbeitern und Experten, aber auch mit Angehörigen von Betroffenen, führen konnte (vgl. die Einleitung). Besonders hervorzuheben sind hier die Gespräche, die ich und mit dem Leiter des hessischen Hauptstaatsarchivs, Herrn Dr. Diether Degreif, geführt habe.

---

<sup>151</sup> So z.B. Arbeit von Ermenhild Neusuess-Hunkel, die zwar ihren Schwerpunkt bei der Stadt Marburg hat, aber im Zusammenhang mit Wahlen auch für unsere Untersuchung interessante Ergebnisse bietet (vgl. Anm. 143).

Zudem diene das Internet als hilfreiche Informationsquelle etwa zu den verschiedenen Landtagsuntersuchungen oder – in einigen Einzelfällen – auch zur Erforschung von Lebensläufen.



## 6 Die Ergebnisse im Einzelnen

### 6.1 Gesamtergebnis

Für die Studie wurden alle Mitglieder des Kreistages, des Kreisausschusses und alle Landräte der Landkreise Marburg und Biedenkopf bzw. später Marburg-Biedenkopf der Wahlperioden ab 1946 bis 1997 erfasst, die vor dem 8. Mai 1927 geboren wurden. Das betrifft hochwahrscheinlich 341 Personen (aufgrund einiger fehlender Geburtsdaten kann die Zahl der Betroffenen nicht mit letzter Sicherheit ermittelt werden). Sie waren auf eine mögliche NS-Vergangenheit hin zu untersuchen. Von diesen 341 Personen konnte über 40 nicht umfassend recherchiert werden, da bei 36 von ihnen das Geburtsdatum nicht ermittelt werden und bei 4 Personen ihre Identität nicht ausreichend sicher geklärt werden konnte. Somit bleiben 301 Personen, die vollständig überprüft werden konnten. Daraus ergibt sich eine Überprüfungsquote von 88 %.

Von den 301 überprüften Personen können nach unseren Recherchen 185 Personen als „nicht betroffen“ angesehen werden, da keine Mitgliedschaft in der NSDAP, der SS, SA oder einer anderen der NSDAP untergliederten bzw. angeschlossenen Verbände festgestellt werden konnte. 12 der 300 überprüften Personen waren lediglich Mitglied in der Hitlerjugend. Sie werden in der Studie ebenfalls als „nicht betroffen“ angesehen. Bei 104 der 301 überprüften Personen konnte dagegen eine Mitgliedschaft in mindestens einer der o. a. NS-Organisationen nachgewiesen werden. Dies entspricht einer Quote von 34,6%. (vgl. dazu auch das Methodenkapitel). Mindestens vier Personen sind von der amerikanischen Besatzungsmacht verhaftet worden und waren im Lager Darmstadt interniert.

Wir können nicht ausschließen, dass die Gesamtzahl der Betroffenen in Wahrheit noch höher liegt. Entnazifizierungsakten sind nur von etwa der Hälfte der Betroffenen aufgefunden worden; auch die beiden NS-Mitgliederparteien umfassen nur etwa 80 bis 90% der Parteimitglieder. Wir haben auch vereinzelt Hinweise auf weitere NS-Mitgliedschaften erhalten. In mindestens zwei Fällen ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch. Als „betroffen“ konnten jedoch im Interesse eines methodisch einwandfreien Vorgehens nur diejenigen eingestuft werden, bei denen sich aktenmäßige Belege finden ließen.

### 6.1.1 Mitglieder der NSDAP

Bei diesen 104 Personen wurde in 92 Fällen eine Mitgliedschaft in der NSDAP festgestellt. Dies entspricht einer Quote von 30,6% der überprüfbaren Personen. Im Einzelnen sind dies:

Name	Vorname	Fraktion	NSDAP-Beitritt	Mitgliedsnummer	Bemerkungen
Achenbach	August	LDP	01.05.1933	2250118	Bürgermeister in Wallau 1949-1962
Achenbach	Walter	FWG	01.09.1942	9272850	BM Achenbach 66-74
Albert	Wilhelm	FWG	01.08.1932	1276850	Vgl. Kapitel 6
Austell	Alfred	Dem. Gemeinwohl	11.12.1938	6839297	
Bachmann	Friedrich	CDU	01.05.1933	3067282	RP 1932-1942, Landrat in Biedenkopf 1946-1959
Baltuttis	Günther	CDU	20.04.1944	10157884	
Balzer V.	Christian	Landvolk	01.05.1937	4371610	
Barthmann	Gustav	SPD	01.05.1933	2558550	
Becker	Wilhelm	CDU	01.05.1932	1147374 1830097	März 1933 ausgetreten, Wiedereintritt 01.05.1937
Beckmann	Erich Otto	SPD	01.01.1941	8254125	
Bieber	Otto	CDU	01.09.1941	8650322	
Breitstadt	Heinrich	NDP, ab 1952 FDP	01.05.1937	5700508	
Buckler	Jakob	SPD	01.07.1940	8137832	BM Wehrda 1948-1974
Burk	Johannes	CDU	01.08.1935	3698640	BM Sinkershausen 49-64
Cloos	Martin	CDU	01.12.1931	813691	Bürgermeister 1941-45 u. 52-72 in Moischt
Cyriax	Ernst	CDU	01.10.1930	318123	
Damm	Ludwig	Dem. Arbeitsgemeinschaft	01.05.1933	2670785	Bürgermeister 1924-45 u. 49-56 in Holzhausen
Debelius	Konrad	FDP	01.05.1937	5946150	
Deuschle	Ernst	CDU	01.09.1942	9181366	
Dippel	Karl	LDP	01.03.1940	7519978	
Eberl	Emmerich	Gesamtdeutscher Block	01.11.1938	6796670	

Name	Vorname	Fraktion	NSDAP-Beitritt	Mitgliedsnummer	Bemerkungen
Eckel	August	SPD	01.07.1940	8137933	Landrat im LK Marburg 1946-66
Elmshäuser	Konrad	FDP	01.01.1936	3708197	Referent im Stab des Reichsjugendführers
Ermer	Kurt	LDP	01.12.1932	1396174	
Fenner	Karl-Heinrich/ Karl Heinz	FDP	01.04.1930	219597	Mitgliedschaft verfiel 1933, zahlte seit 1931 keine Beiträge mehr
Feußner	Georg	SPD	01.04.1940	8225542	Kreisjugendpfleger
Fischer	Arthur	Dem. Gemeinwohl	01.05.1933	2630957	
Friebertshäuser	Berthold Georg	FDP	01.05.1933	2630957	
Gaul	Konrad	SPD	01.05.1937	4627337	Ortsgruppenpropagandaleiter 1938-1939; BM Lohra 1952-1976
Gebhardi, von	Otto	CDU	01.08.1932	*	
Gerlach	Wilhelm	SPD	01.05.1933	2857465	BM Niederweimar 56-69
Gnau	Hans	LDP	01.01.1940	*	
Götz Dr.	Hermann	CDU	01.12.1939	*	
Grebe	Heinrich	SPD	20.04.1943	9370267	BM Buchenau 67-74
Groß	Heinrich	NPD	01.09.1937	4912833	
Hahn	Franz	BHE	01.04.1933	1767558	
Hanßmann	Ernst	FDP	01.05.1937	*	
Jäger	Alwin	CDU	01.05.1933	2398318	
Kaiser	Franz	FDP	01.05.1932	1123482	
Kalden	Dr. Ernst	CDU	01.04.1936	3727794	
Käuffl	Karl	BHE	01.10.1939	*	
Kaufmann	Prof. Dr. Dr. Eckehard	FWG	01.09.1941	8653958	
König, Dr.	Karl	CDU	01.05.1933	2398341	
Köster	Philipp	FDP	01.07.1941	8843984	
Krüttner	Hugo	BHE	1942	*	
Kuhn	Karl-Theodor	CDU	01.05.1933	3217043	
Kunze	Heinz	SPD	20.04.1943	*	überwiesen von HJ
Leonhäuser	Karl	CDU	01.05.1938	5438168	
Linne	Hermann	FWG	01.09.1937	4251377	
Löchel	Heinrich	ÜWG/CDU	01.05.1937	5401299	

Name	Vorname	Fraktion	NSDAP-Beitritt	Mitgliedsnummer	Bemerkungen
Loh	Heinrich	CDU	01.05.1932	5760859	01.03.1933 ausgetreten, Wiedereintritt 01.05.1937
Maurer	Adolf	FDP	01.01.1940	7899326	
Mayer	Max	BHE	01.01.1939	*	
Meinecke	Wilhelm	BHE	01.08.1935	3679197	Ortsgruppenleiter
Mergel	Adam	SPD	01.01.1941	8843415	BM Wolferode 1946-64
Möller	Richard	CDU	01.11.1929	161953	
Müller	Hermann	CDU	01.07.1937	5372509	
Nassauer	Heinrich	SPD	01.05.1937	5941230	
Nassauer, Dr.	Erich	CDU	01.07.1928	92789	„Alter Kämpfer“, Staatsanwalt
Nees	Emil	CDU	01.05.1937	5397792	
Nispel	Heinrich	CDU	01.05.1931	517102	Ortsgruppenleiter ab Mai 1933; bis 1936
Peters Dr.	Gerhard	SPD	01.05.1937	4376678	
Preiß	Ludwig	FDP/ Wahlblock Marburg Land	01.05.1937	4139847	MdB 1949-1961 sowie 1964-1972
Range	Johannes	SPD	01.07.1940	8138394	
Rau	Heinrich	CDU	01.05.1933	*	Bürgermeister Lohra 1915-45 u. 48-52
Reitz I.	Heinrich	Dem. Arbeits- gemeinschaft	01.04.1933	1819954	Ortsbauernführer, Bürgermeister 1943-45
Riemenschneider	Johannes	FDP	01.03.1937	3827233	Bürgermeister 1933-45
Roßbach	Karl	SPD	20.04.1944	9925450	
Rudolf	Anton	SPD	01.10.1939	6467505	
Rühl	Georg	SPD	01.05.1932	1151440	
Sälzer	Karl	SPD	20.04.1943	9491030	
Sauer	Walter	CDU	01.09.1944	10144321	
Schäfer	Ewald	SPD	01.03.1937	3929315	
Scheld	Philipp	SPD	01.07.1941	8824152	BM Weidenhausen 45-66
Schmidt	Karl	SPD	20.04.1943	9374891	BM Gönnern 1945-1952
Schneider	Heinrich	CDU	01.05.1937	5401443	BM Damshausen 60-72
Scholz	Friedrich	FDP	01.10.1944	10156607	
Scholz	Walter	NPD/CDU	01.01.1941	8279429	
Schramm	Max	FDP	01.05.1933	2889231	
Schubert	August	CDU	01.05.1937	5931320	
Schwabe	Dr. Emil	SPD	01.05.1933	2828787	
Schwerdt	Kurt	FDP	01.09.1937	4812257	BM Biedenkopf 1954-72

Name	Vorname	Fraktion	NSDAP-Beitritt	Mitgliedsnummer	Bemerkungen
Seibel	Albert	FWG	01.07.1941	8824364	BM Breidenstein 1950-62
Seibel	Daniel	FWG	01.09.1940	7856683	BM Wenkbach 6/48-9/48
Skutschik	Hans	CDU	01.08.1942	9011588	
Stoppel	Friedrich	CDU	01.10.1933	2792625	
Tauscher	Gerhard	CDU	01.07.1931	576605	NS-Gaustellenleiter
Trapp	Emil	SPD	01.11.1939	6737488	
Trenker	Ludwig	CDU	01.05.1933	1429518	
Turschner	Reinhold	CDU	01.11.1938	6720652	
Waldschmidt	Karl	CDU	01.08.1932	1276333	BM Gladenbach 1951-78
Werner I.	Karl	Landvolk	01.05.1933	2965848	Januar 1936 ausgetreten BM Hommertshausen 1945-1948

\* Mitgliedsnummern fehlen dort, wo die Entnazifizierungsakten keine Nummern enthalten und in der Mitgliederkartei keine Mitgliedskarte gefunden wurde, aber die Betroffenen die Mitgliedschaft in der NSDAP selbst eingeräumt haben..

Anzumerken ist hier, dass 11 der 92 NSDAP-Mitglieder zuvor Mitglied der HJ waren. 33 der ermittelten 92 NSDAP-Mitglieder waren Kreistagsmitglieder, Kreisausschussmitglieder oder Landräte für den Landkreis Marburg. 51 Personen waren im Landkreis Biedenkopf tätig. Acht Personen waren nach der Gebietsreform von 1974 Mitglieder in den vorgenannten Gremien des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Fünf der ehemaligen NSDAP-Mitglieder waren sowohl für die Landkreise Marburg oder Biedenkopf als auch für den Landkreis Marburg-Biedenkopf in der Kreispolitik tätig.

Auffällig ist, dass die Zahl der Kreispolitiker, die Mitglied der NSDAP waren, im Landkreis Biedenkopf deutlich höher liegt als im Landkreis Marburg, obwohl der Landkreis Biedenkopf kleiner als der Landkreis Marburg war und deshalb deutlich weniger Funktionsträger hatte.

Von den 92 NSDAP-Mitgliedern sind folgende 15 Personen bereits vor 1933 der Partei beigetreten:

Name	Vorname	Fraktion	NSDAP-Beitritt	Mitgliedsnummer	Bemerkungen
Albert	Wilhelm	FWG	01.08.1932		
Becker	Wilhelm	CDU	01.05.1932	1147374 1830097	März 1933 ausgetreten, Wiedereintritt 01.05.1937
Cloos	Martin	CDU	01.12.1931	813691	
Cyriax	Ernst	CDU	01.10.1930	318123	
Ermer	Kurt	LDP	01.12.1932	1396174	
Fenner	Karl-Heinrich/ Karl Heinz	FDP	01.04.1930	219597	Mitgliedschaft verfiel 1933, zahlte seit 1931 keine Beiträge mehr
Gebhardi, von	Otto	CDU	01.08.1932		
Kaiser	Franz	FDP	01.05.1932	1123482	
Loh	Heinrich	CDU	01.5.1932	5760859	01.03.1933 ausgetreten, Wiedereintritt 01.05.1937
Möller	Richard	CDU	01.11.1929	161953	
Nassauer, Dr.	Erich	CDU	01.07.1928	92789	
Nispel	Heinrich	CDU	01.05.1931	517102	bis Januar 1936, Orts- gruppenleiter
Rühl	Georg	SPD	01.05.1932	1151440	
Tauscher	Gerhard	CDU	01.07.1931	576605	NS Gaustellenleiter
Waldschmidt	Karl	CDU	01.08.1932	1276333	

Das „dienstälteste“ Parteimitglied war der spätere Rechtsanwalt Dr. Erich Nassauer, der bereits als Schüler am 1.7.1928 der NSDAP beigetreten ist und mit seiner niedrigen Mitgliedsnummer – 92789 – die „Ehrenbezeichnung“ „alter Kämpfer“ tragen durfte. Da dieser Eintritt zu einem Zeitpunkt vollzogen wurde, als die NSDAP noch eine kleine Splitterpartei war, kann davon ausgegangen werden, dass es sich zumindest damals um einen ausgesprochenen Überzeugungstäter gehandelt haben muss (vgl. auch das Kapitel „besondere Fälle“). Ebenfalls noch vor dem politischen Durchbruch der NSDAP im Sommer 1930 in die Partei eingetreten ist Richard Möller aus Stadt Allendorf.

### 6.1.2 Mitglieder der SS

Insgesamt konnte bei 11 der 104 Personen eine Mitgliedschaft in der SS (allgemeine SS, Waffen-SS oder Gestapo) nachgewiesen werden. Bei einer weiteren Person ist sie sehr wahrscheinlich.

Name	Vorname	Fraktion	Bemerkungen
Fenner	Karl-Heinrich/ Karl Heinz	FDP	SS Fliegersturm
Feußner	Georg	SPD	Waffen SS ab März 1944
Holtrichter	Franz	CDU	Waffen-SS ab 23.01.1943
Jäger	Alwin	CDU	allgemeine SS ab 1934
Käuffl	Karl	BHE	Waffen-SS ab 1943
Kaiser	Konrad	LDP	SS 1937/38 (förderndes Mitglied)
Löchel	Heinrich	ÜWG/CDU	Allgemeine SS ab 1933
Preiß	Ludwig	FDP / Wahlblock Marburg Land	SS ab 1935, Rottenführer
Skutschik	Hans	CDU	SS Unterscharführer ab 15.09.1940, SS-Sturm 10/124; Beförderung zum stellvertretenden Scharführer
Till	Adam	BHE	Waffen-SS, Rottenführer
(Waldschmidt	Karl	CDU	SS-Einheit: Gestapo, )
Wissebach	Hans	CDU	SS-Einheit: u.a. Leibstandarte Adolf Hitler, SS-Untersturmführer

Nicht restlos geklärt ist die Mitgliedschaft von Karl Waldschmidt, dem späteren Bürgermeister von Gladenbach. Zwar weist eine vorliegende SS-Musterungsakte aus dem Bestand „SS-Unterscharführer und Mannschaften“ im Bundesarchiv (ehemaliges BDC) von 1938 zweifelsfrei die „Geh. Stapo“ als „aufnehmende SS-Einheit“ aus und handelt es sich ebenso zweifelsfrei um „unseren“ Waldschmidt. Weitere Hinweise auf eine SS- oder Gestapo-Zugehörigkeit konnten jedoch nicht aufgefunden werden. Auch alle eingehenden Recherchen zu seiner Biographie (er war zu dieser Zeit Angestellter der Stadt Gladenbach) konnten nicht klären, wie eine Tätigkeit bei der Gestapo mit seiner sonstigen Berufsbiographie zusammenpassen könnte. Nach Auskunft seiner Tochter sei Waldschmidt zwar Mitglied der NSDAP und möglicherweise der SA, nicht aber der SS gewesen (vgl. auch das Kapitel „besondere Fälle“, S. 101 ff.).

Besonders schwierig gestalteten sich die Recherchen zu Hans Wissebach. Fest steht, dass ein am 19.10.1919 in Marburg geborener (Johannes) Hans Wissebach 1977 in den Kreistag Marburg-Biedenkopf gewählt worden ist. Sicher und umfassend belegt ist auch, dass ein Hans Wissebach mit identischem Geburtsort und Geburtsdatum 1938 in die Waffen-SS eingetreten und u.a. der Eliteeinheit „Leibstandarte Adolf Hitler“ angehört hat.

Schwierig wird der Fall freilich durch die Existenz einer Akte des SS-Personalhauptamtes vom April 1943, aus der hervorgeht, dass dieser Hans Wissebach am 17. März 1942 als Folge einer Verwundung verstorben sei. Da in Marburg aber am 19.10.1919 nur ein (Johannes) Hans Wissebach geboren wurde, ist davon auszugehen, dass die Todesmeldung falsch und das Kreistagsmitglied Wissebach mit dem SS-Mitglied Wissebach identisch ist.

Unter den vorgenannten Mitgliedern der SS war bei vier Personen eine Mitgliedschaft in der NSDAP nicht feststellbar. Es handelt sich dabei um Konrad Kaiser, Franz Holtrichter, Adam Till und Hans Wissebach. Holtrichter und Till sind der Waffen-SS beigetreten. Konrad Kaiser war nach eigenen Angaben nur deshalb förderndes Mitglied geworden, um dem wachsenden Druck auf ihn zu entgehen. Man habe gedroht, ihm die Befähigung zur Lehrlingsausbildung zu entziehen. Die Spruchkammer Marburg ist dieser Darstellung gefolgt und hat ihn im Entnazifizierungsverfahren als „nicht betroffen“ eingestuft.



### 6.1.3 Mitglieder der SA

28 der 104 betroffenen Personen waren Mitglied der SA.

Name	Vorname	Fraktion	Bemerkungen
Achenbach	August	LDP	SA Reserve: ab 1938, Sturmmann
Albert	Wilhelm	FWG	Eintritt 1.10.1932, Scharführer
Balzer V.	Christian	Landvolk	
Becker	Wilhelm	CDU	Oberscharführer
Buckler	Jakob	SPD	Eintritt 1934
Cyriax	Ernst	CDU	Eintritt 1930
Ermer	Kurt	LDP	Eintritt 1932
Friebertshäuser	Berthold Georg	FDP	ab 01.05.1933, Scharführer von 1938-1939
Gaul	Konrad	SPD	ab 06.07.1933, Scharführer
Gebhardi, von	Otto	CDU	SA Reserve ab 1934, Rottenführer 1943-45
Gerhard	Konrad I.	Wahlblock Marburg-Land / CDU	Reiter-SA ab 1934
Götz Dr.	Hermann	CDU	SA-Reserve ab 1939
Grebe	Andreas	SPD	SA-Reserve ab 1934
Kuhn	Karl-Theodor	CDU	ab 1933, Anwärter
Löchel	Heinrich	ÜWG/CDU	SA Reserve ab 1933, Verwaltungsscharführer
Loh	Heinrich	CDU	Scharmann
Müller	Hermann	CDU	ab 1933 Rottenführer, ab 1935 Sturmmann
Nassauer, Dr.	Erich	CDU	Studentischer SA-Sturm, Eintritt 01.07.1928, Obertruppführer
Preiß	Ludwig	FDP / Wahlblock Marburg Land	studentischer SA-Sturm von 1933-1934
Riemenschneider	Johannes	FDP	ab 1934
Roth	Hans	SPD	SA Reserve ab 1938
Rühl	Georg	SPD	ab 1932, Rottenführer vom 3.11.1938-25.08.1939
Schneider	Heinrich	CDU	ab 02.07.1933, ab 1935 Rottenführer
Schramm	Max	FDP	SA Reserve ab 01.05.1933, Obersturmführer von 1939-1944
Schubert	August	CDU	Rottenführer der SA-Reserve, Eintritt 1933
Seipp	Ernst	NPD	
Tauscher	Gerhard	CDU	Eintritt 1.6.1932. Ausgeschieden wegen hauptamtlicher Tätigkeit für die NSDAP
Turschner	Reinhold	CDU	ab 1.10.1938, Sturmführer

Anzumerken ist hier, dass fünf Personen der SA bereits vor 1933 beitraten. Es handelt sich um Ernst Cyriax, Kurt Ermer, Heinrich Loh, Dr. Erich Nassauer und Georg Rühl. Die feststellbaren Dienstränge in der SA sind in der Regel nicht sehr hoch gewesen. Die höchsten Ränge nahmen Max Schramm als SA-Obersturmführer (mittlerer Führungsrang, in der militärischen Hierarchie etwa vergleichbar mit einem Hauptmann), Reinhold Turschner als Sturmführer und Dr. Erich Nassauer als Obertruppführer ein.

In vier Fällen konnte eine Mitgliedschaft in der NSDAP nicht festgestellt werden. Es handelt sich dabei um Konrad Gerhard, Andreas Grebe, Hans Roth und Ernst Seipp.

#### **6.1.4 Mitglieder in Neben- und Unterorganisationen der NSDAP sowie angeschlossenen Verbänden**

Insgesamt waren 12 der 104 betroffenen Personen Mitglied in einer Neben- und Unterorganisation der NSDAP sowie angeschlossenen Verbänden. Hierbei wurde die Mitgliedschaft in dem NS-Kraftfahrer Korps (NSKK), dem NS-Flieger Korps (NSFK), dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB), dem NS-Frauenwerk und dem NS-Rechtswahrer Bund berücksichtigt. Weitere Organisationen, die zu berücksichtigen gewesen wären, kamen nicht vor. Nicht besonders registriert wurden Mitgliedschaften in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), dem NS-Reichskriegerbund, dem Reichsbund der deutschen Beamten oder dem Reichsarbeitsdienst (RAD).

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Fraktion</b>	<b>Bemerkungen</b>
Cloos	Martin	CDU	NSKK ab 1933
Cyriax	Ernst	CDU	NSFK ab 1937, Truppenführer
Enzmann	Franz	Demokratisches Gemeinwohl	NSFK ab 1939
Fenner	Karl-Heinrich/ Karl Heinz	FDP	NSKK ab 01.06.38
Gnau	Hans	LDP	NSKK ab 1933
Hey	Martha	SPD	NS-Frauenwerk ab 01.05.1934
König, Dr.	Karl	CDU	NS Rechtswahrer Bund ab 1935
Preiß	Ludwig	FDP/Wahlblock Marburg Land	NSDStB 1933 - 1939
Schmidt	Jakob	SPD	NSKK ab 1934
Stoppel	Friedrich	CDU	NSFK ab 01.1938
Völker	Konrad	SPD	NSDStB ab 1937
Nassauer, Dr.	Erich	CDU	NS-Rechtswahrerbund

Von den 12 Mitgliedern in Unter- und Nebenorganisationen der NSDAP sowie angeschlossenen Verbänden konnte bei vier Personen keine Mitgliedschaft in der NSDAP

festgestellt werden. Dies waren Franz Enzmann, Martha Hey, Jakob Schmidt und Konrad Völker.

### 6.1.5 Entnazifizierung – Spruchkammerverfahren

Insgesamt konnten zu 147 Personen verwertbare Unterlagen zu den Spruchkammerentscheidungen im Hessischen Staatsarchiv Wiesbaden gefunden werden. Aus diesen Unterlagen ergibt sich folgendes Bild:

Entscheidung/Einstufung	Anzahl	Anteil	Vergleichswerte Hessen gesamt <sup>152</sup>
1 – Hauptschuldige	0	0,0%	0,01%
2 – Belastete	0	0,0%	0,20%
3 – Minderbelastete	6	4,1%	0,90%
4 – Mitläufer	30 <sup>153</sup>	20,4%	4,10%
5 – Entlastete	6 <sup>154</sup>	4,1%	0,20%
6 - nicht betroffen	68	46,2%	71,10%
Jugendamnestie	11	7,5%	9,70%
Weihnachtsamnestie	5	3,4%	12,70%
Heimkehreramnestie	1	0,7%	
unbekannte Amnestie	1	0,7%	
Verfahren eingestellt	3	2,0%	1%
keine endgültige Entscheidung (gefunden)	16	10,9%	
<b>Summe</b>	<b>147</b>	<b>100%</b>	<b>99,91%</b>

Die Zahlen zeigen, dass die Einstufungen eher freundlich vorgenommen wurden. Es deutet jedenfalls nichts auf eine harte Spruchkammerpraxis hin.

Die Zahlen für Marburg und Biedenkopf kommen auch den Vergleichswerten für Hessen recht nahe. Die meisten Personen wurden in Stufe 6 (nicht betroffen) eingeordnet. Eine endgültige Einstufung in die Stufen 1 und 2 konnte nicht festgestellt werden. Allerdings hatte der öffentliche Ankläger in einigen Fällen eine solche Einstufung zuvor beantragt und waren auch erstinstanzlich eine Reihe solcher Einstufungen ergangen. Diese Praxis der Spruchkammern Marburg und Biedenkopf deckt sich weitgehend mit der auch anderswo in Hessen üblichen Einstufung. In der gesamten amerikanischen Besatzungszone gab es bis zum 31.8.1949 lediglich 1654 Einstufungen in Gruppe 1 und 22.122 Einstu-

<sup>152</sup> Vgl. Statistisches Handbuch für das Land Hessen. Offenbach 1948. S. 262. Dort wird der Stand vom 30. Juni 1948 angegeben, die absoluten Zahlen wurden in Anteile umgerechnet; vgl. weiter Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954, Wiesbaden 1999.

<sup>153</sup> Vier Personen wurden in Stufe 4 – Mitläufer aufgrund der Weihnachtsamnestie eingestuft. Bei einer Person erfolgte die Einstufung in Stufe 4 – Mitläufer aufgrund der Heimkehreramnestie.

<sup>154</sup> Bei zwei Personen erfolgte die Einstufung in Stufe 5 – Entlastete aufgrund der Weihnachtsamnestie.

fungen in Gruppe 2 (bei 13,4 Millionen abgegebenen Meldebögen und 3,6 Millionen Betroffenen).

Die Zahl der in Stufe 3 (Minderbelastete) eingestuften Personen aus unserer Untersuchungsgruppe liegt über dem hessenweiten Durchschnitt. Angesichts der starken Verankerung des Nationalsozialismus in unserer Region ist dies jedoch keine Überraschung. Die meisten der in Stufe 1 bis 5 eingereichten, also „betroffenen“ Personen finden sich in Stufe 4 (Mitläufer). Das ist hessenweit ebenso der Fall. In unserer Untersuchungsgruppe liegen die Zahlen allerdings höher. Auffällig sind die vielen Amnestiefälle (Weihnachts-, Jugend- oder Heimkehreramnestie).

Die als freundlich anzusehenden Spruchkammerentscheidungen im Entnazifizierungsverfahren werden in der nachfolgenden Tabelle, in der die höheren, durch den öffentlichen Ankläger beantragten Einstufungen vor Beginn der Verfahren und die endgültigen Entnazifizierungsstufen danach verglichen werden, besonders deutlich. Wir haben dabei jene Fälle aufgeführt, in der ursprünglich eine Einstufung in die Stufen I oder II vom Ankläger angestrebt wurde. Als endgültige Entnazifizierungsstufe wurden hierbei die Einstufungen nach eventuell durchgeführten Berufungsverfahren berücksichtigt. Hinzuzufügen bleibt, dass endgültige Einstufungen nicht selten auch nach einer Bewährungsfrist vorgenommen wurden, die mit der erstinstanzlichen Entscheidung verbunden waren. Auch dadurch erklären sich etliche der auffälligen Herabstufungen.

Zu den Spruchkammerentscheidungen bleibt anzumerken, dass die Entscheidungen immer wohlwollender wurden, je später die Verfahren durchgeführt wurden. Diejenigen, die schon in 1946 „dran“ waren, riskierten deutlich mehr als die, über die später befunden wurde.

<b>Nachname</b>	<b>Vorname</b>	<b>Fraktion</b>	<b>beantragte Einstufung</b>	<b>endgültige Entnazifizierungsstufe</b>
Albert	Wilhelm	FWG	II (Belastet)	IV (Mitläufer)
Cloos	Martin	CDU	II (Belastet)	IV (Mitläufer)
Cyriax	Ernst	CDU	II (Belastet)	Weihnachtsamnestie
Dippel	Karl	LDP	II (Belastet)	IV (Mitläufer) aufgrund der Weihnachtsamnestie Verordnung am 05.02.1947
Elmshäuser	Konrad	FDP	I (Hauptschuldige)	IV (Mitläufer) aufgrund der Heimkehreramnestie
Ermer	Kurt	LDP	II (Belastet)	Weihnachtsamnestie
Gebhardi, von	Otto	CDU	II (Belastet)	III (Minderbelastet)
Jäger	Alwin	CDU	II (Belastet)	IV (Mitläufer)
König, Dr.	Karl	CDU	II (Belastet)	III (Minderbelastet)
Köster	Philipp	FDP	II (Belastet)	IV (Mitläufer) aufgrund der Weihnachtsamnestie
Kuhn	Karl-Theodor	CDU	II (Belastet)	III (Minderbelastet)

Nachname	Vorname	Fraktion	beantragte Einstufung	endgültige Entnazifizierungsstufe
Löchel	Heinrich	ÜWG/ CDU	II (Belastet)	III (Minderbelastet)
Meinecke	Wilhelm	BHE	II (Belastet)	III (Minderbelastet)
Nispel	Heinrich	CDU	II (Belastet)	V (Nicht belastet) aufgrund der Weihnachtsamnestie
Preiß	Ludwig	FDP/ Wahlblock Marburg Land	II (Belastet)	IV (Mitläufer)
Riemenschneider	Johannes	FDP	II (Belastet)	IV (Mitläufer)
Schramm	Max	FDP	II (Belastet)	III (Minderbelastet)
Tauscher	Gerhard	CDU	I (Hauptschuldige)	IV (Mitläufer)
Trenker	Ludwig	CDU	II (Belastet)	IV (Mitläufer)
Turschner	Reinhold	CDU	II (Belastet)	keine endgültige Entscheidung (gefunden)

Es sind also 2 Personen aus unserer Untersuchungsgruppe vom öffentlichen Ankläger zunächst in die Gruppe der „Hauptschuldigen“ eingereiht worden. Weitere 18 Personen sollten der Stufe II (belastet) zugeordnet werden. Wäre es tatsächlich zu einer solchen Einstufung gekommen, hätte den Betroffenen der Gruppe I die Verhaftung und mindestens zwei, höchstens zehn Jahre Arbeitslager, Vermögenseinzug, der Verlust von Renten und Pensionen aus öffentlichen Mitteln, das dauerhafte Verbot, sich politisch zu betätigen und an Wahlen teilzunehmen, sowie drastische berufliche Beschränkungen gedroht. Die Einstufung in Stufe II hätte zu dieser Zeit (1946/47) ähnliche Konsequenzen gehabt – außer der Länge der Inhaftierung in einem Arbeitslager und der Höhe des Vermögensinzugs. Die Einstufung in die Stufe III bedeutete die Verhängung einer Geldbuße als „Sühnemaßnahme“ sowie erhebliche berufliche Einschränkungen für die Dauer einer Bewährungsfrist, die meist auf zwei Jahre festgesetzt, später aber oft verkürzt wurde. Außerdem durften sich die Betroffenen politisch erst einmal nicht betätigen.<sup>155</sup>

Die zunächst beantragte Einstufung von Konrad Elmshäuser als „Hauptschuldiger“ wurde mit der hauptamtlichen Tätigkeit Elmshäusers als „Führer im Bann des Stabes des Reichsjugendführers“ begründet (vgl. das Kapitel zu den „besonderen Fällen“). Bei Gerhard Tauscher war seine Tätigkeit als „NS-Gaustellenleiter“ maßgeblich. Tauscher saß aufgrund einer Anordnung der amerikanischen Militärregierung vom Juli 1947 bis April 1948 in Internierungshaft.

Bei den Recherchen wurde deutlich, dass von den 92 ermittelten NSDAP-Mitgliedern 7 ihre Mitgliedschaft in den Entnazifizierungsmeldebögen nicht angeben hatten.

<sup>155</sup> Vgl. Angelika Königseder, Das Ende der NSDAP, S.156

Nachname	Vorname	Fraktion	NSDAP-Beitritt	Bemerkungen	endgültige Entnazifizierungsstufe	Folgen
Bieber	Otto	CDU	01.09.1941	hat nur Mitgliedschaft in der HJ angegeben	Jugendamnestie	keine bekannt
Buckler	Jakob	SPD	01.07.1940	hat nur Mitgliedschaft in der SA und der DAF angegeben	keine endgültige Entscheidung (gefunden)	keine bekannt
Burk	Johannes	CDU	01.08.1935	hat keine Mitgliedschaft angegeben	6- nicht betroffen	keine bekannt
Grebe	Heinrich	SPD	20.04.1943	hat nur Mitgliedschaft in der HJ und der DAF angegeben	6- nicht betroffen	keine bekannt
Mergel	Adam	SPD	01.01.1941	hat angegeben er hätte sich angemeldet, sei aber nicht aufgenommen werden	6- nicht betroffen	keine bekannt
Trapp	Emil	SPD	01.11.1939	keine Mitgliedschaft angegeben	6- nicht betroffen	keine bekannt
Werner I.	Karl	Landvolk	01.05.1933	keine Mitgliedschaft angegeben	6- nicht betroffen	keine bekannt

## 6.2 Auswertung nach Parteien

### 6.2.1 Einleitung

Der folgende Abschnitt behandelt die Verteilung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder auf die einzelnen Parteien und Fraktionen. Dabei werden diese Personen jeweils mit der Gesamtanzahl der altersmäßig in Frage kommenden Partei- und Fraktionskollegen ins Verhältnis gesetzt. Hierbei ist zu beachten, dass über eine Parteizugehörigkeit des Biedenkopfer Kurzzzeit-Landrats Friedrich Reinemann nichts bekannt ist. Betroffene Personen, die während ihrer aktiven Zeit mehr als einer Partei angehörten, wurden dementsprechend mehrfach gewertet.

Im Unterschied zu Auswertungen auf übergeordneten politischen Ebenen stellt sich auf der kommunalen Ebene die Frage nach der Einordnung der verschiedenen und politisch unterschiedlich ausgerichteten Wählergemeinschaften. Verkompliziert wird diese Zuordnung noch dadurch, dass bestimmte politische Grundrichtungen in verschiedenen Formationen und unter unterschiedlichen Namen auftauchen.

Wir haben deshalb jenseits der über den gesamten Untersuchungszeitraum auftauchenden Parteien wie CDU und SPD und der anfänglich kandidierenden KPD folgende Zuordnung vorgenommen: Die LDP wurde als Vorgänger der FDP selbstverständlich dieser zugeordnet. Dazu genommen haben wir den 1956 auftretenden Wahlblock Marburger Land, der unter der Führung des Leidenhofener Bundestagsabgeordneten Ludwig Preiß als FDP-Abspaltung zu betrachten ist, in der Vertreter der FVP, der DP und ungebundene Mittelstandskreise zusammenfanden.

Zusammengefasst haben wir auch die verschiedenen Formationen, unter denen in beiden Kreisen die sogenannten „Flüchtlingsparteien“ angetreten sind. Das ist der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), der aber nur einige Male unter diesem Namen kandidiert hat, der Gesamtdeutsche Block und die GDP. Hinzugerechnet werden kann hier auch die nach 1948 zeitweise recht erfolgreiche Liste „Demokratisches Gemeinwohl ohne Parteipolitik“, die im Landkreis Marburg nahezu ausschließlich von Heimatvertriebenen unterstützt und von den Zeitgenossen auch als „Flüchtlingsliste“ bezeichnet wurde.

Unter dem Sammelbegriff „Freie Wählergemeinschaften“ schließlich werden neben den auch so bezeichneten Listen der FWG auch die „Überparteiliche Wählergemeinschaft“ und die Liste „Landvolk“ geführt, die in Biedenkopf 1946 mit einigem Erfolg kandidierte.

Gesondert behandelt werden die Rechtsparteien NDP (1948 - 1952) und NPD (1968). Einen Sonderfall stellt die Liste „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ dar, die ein Wahlbündnis der „bürgerlichen Kräfte“ von CDU, FDP, DP und FWG im Kreis Biedenkopf in der Legislaturperiode 1952-1956 darstellte. Soweit die Parteizugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten bekannt war, wurde sie diesen Parteien zugeordnet.

Bei den Republikanern (REP), die 1993 in den Kreistag einzogen, sowie bei den Grünen, die 1985 dazu kamen, sind keine altersmäßig in Frage kommenden Personen vertreten gewesen.

## 6.2.2 Ergebnisse

### CDU:

**NSDAP-Mitglieder waren 33 von 89 Funktionsträgern, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind (37,1%)**

Nachname	Vorname	Wahlperiode
Bachmann	Friedrich	1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960
Baltuttis	Günther	1964-1968
Becker	Wilhelm	1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1968-1972
Bieber	Otto	1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974
Burk	Johannes	1952-1956, 1956-1960, 1960-1964
Cloos	Martin	1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974
Cyriax	Ernst	1960-1964
Deuschle	Ernst	1972-1974
Götz, Dr.	Hermann	1948-1952
Jäger	Alwin	1948-1952
Kalden, Dr.	Ernst	1977-1981, 1981-1985

König, Dr.	Karl	1952-1956, 1956-1960
Kuhn	Karl-Theodor	1956-1960
Leonhäuser	Karl	1964-1968
Löchel	Heinrich	1960-1964
Loh	Heinrich	1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981
Möller	Richard	1964-1968
Müller	Hermann	1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974
Nassauer, Dr.	Erich	1952-1956, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974
Nees	Emil	1948-1952
Nispel	Heinrich	1972-1974
Rau	Heinrich	1948-1952
Sauer	Walter	1974-1977
Schneider	Heinrich	1968-1972
Scholz	Walter	1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985
Schubert	August	1948-1952
Skutschik	Hans	1948-1952
Stoppel	Friedrich	1948-1952
Tauscher	Gerhard	1968-1972
Trenker	Ludwig	1952-1956
Turschner	Reinhold	1952-1956, 1956-1960
von Gebhardi	Otto	1960-1964, 1964-1968
Waldschmidt	Karl	1974-1977, 1977-1981

**SPD:**

**NSDAP-Mitglied waren 22 von 127 Funktionsträgern, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind (16,5 %)**

<b>Nachname</b>	<b>Vorname</b>	<b>Wahlperioden</b>
Barthmann	Gustav	1952-1956, 1956-1960
Beckmann	Erich Otto	1968-1972, 1972-1974
Buckler	Jakob	1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981
Eckel	August	1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-01.07.1966
Feußner	Georg	1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968
Gaul	Konrad	1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974
Gerlach	Wilhelm	1960-1964
Grebe	Heinrich	1968-1972, 1972-1974, 1977-1981, 1981-1985



Kunze	Heinz	1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997
Mergel	Adam	1956-1960, 1960-1964
Nassauer	Heinrich	1964-1968
Peters, Dr.	Gerhard	1960-1964, 1964-1968
Range	Johannes	1952-1956
Roßbach	Karl	1960-1964, 1964-1968, 1968-1972
Rudolf	Anton	1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964
Rühl	Georg	1964-1968
Sälzer	Karl	1974-1977, 1977-1981, 1981-1985
Schäfer	Ewald	1960-1964
Scheld	Philipp	1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968
Schmidt	Karl	1956-1960, 1960-1964
Schwabe, Dr.	Emil	1956-1960
Trapp	Emil	1956-1960

**FDP, LDP, Wahlblock Marburger Land:**

**NSDAP-Mitglied waren 18 von 45 Funktionsträgern, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind (40,0%)**

<b>Nachname</b>	<b>Vorname</b>	<b>Wahlperioden</b>
Achenbach	August	1948-1952, 1952-1956
Breitstadt	Heinrich	1952-1956
Debelius	Konrad	1964-1968
Dippel	Karl	1948-1952
Elmshäuser	Konrad	1968-1972, 1972-1974
Ermer	Kurt	1948-1952
Fenner	Karl-H.	1948-1952, 1952-1956
Friebertshäuser	Berthold Georg	1952-1956
Gnau	Hans	1948-1952
Hanssmann	Ernst	1952-1956, 1960-1964
Kaiser	Franz	1960-1964, 1964-1968
Köster	Philipp	1952-1956, 1956-1960
Maurer	Adolf	1968-1972
Preiß	Ludwig	1952-1956, 1956-1960
Riemenschneider	Johannes	1952-1956, 1956-1960, 1960-1964
Scholz	Friedrich	1964-1968, 1968-1972, 1972-1974
Schramm	Max	1960-1964
Schwerdt	Kurt	1960-1964

Vor der offiziellen und zunächst gesamtdeutschen Parteigründung 1948 firmierte die FDP unter verschiedenen Namen, so auch unter LDP.

Der Wahlblock MR-Land war in Wahrheit ein Wahlbündnis der FDP-Abspaltung FVP (Freie Volkspartei) mit der DP (Deutsche Partei) und einigen Mittelstandsgruppen. Die FVP entstand, nachdem die Mehrheit der FDP-Mitglieder im Bundestag das Regierungsbündnis mit der CDU im April 1956 aufgekündigt hatte. Diejenigen, die diesen Schritt nicht mitmachen wollten, gründeten die FVP.

Die DP war eine rechtskonservative Partei, die in der ersten Bundesregierung vertreten war und die Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre weitgehend in der CDU aufging.

**DA:**

**NSDAP-Mitglied waren 2 von 6 Funktionsträgern, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind (33,30 %)**

Name	Vorname	Wahlperioden
Damm	Ludwig	1952-1956
Reitz I.	Heinrich	1952-1956

**KPD:**

**NSDAP-Mitglied war 0 von 1 Funktionsträger, der vor dem 08.05.1927 geboren ist (0,0 %)**

Die KPD wurde 1919 gegründet und kämpfte für eine kommunistische „Diktatur des Proletariats“ in Deutschland. Ihr Vorbild war die Sowjetunion. Sie versuchte Anfang der 1920er Jahre mehrmals, auch mit Gewalt an die Macht zu gelangen. Im Jahre 1932 wurde die KPD drittstärkste Partei. In der Zeit des Nationalsozialismus war die Partei verboten. Viele Anhänger wurden verfolgt. Nach Kriegsende 1945 erfolgte eine Neugründung. 1946 wurden die KPD und die SPD in Ostdeutschland zwangsvereinigt und traten sodann als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands an (SED). In Westdeutschland zog die KPD 1949 in den Bundestag ein, verlor aber im Kalten Krieg mehr und mehr an Bedeutung. 1948 erreichte sie im Kreis Biedenkopf ihr einziges Mandat; im Kreis Marburg überwand sie die 5%-Hürde nicht. 1956 wurde sie wegen Verfassungswidrigkeit vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Als Nachfolgeorganisation der KPD entstand am 26. September 1968 die DKP. Da die Partei ein erneutes Verbot umgehen wollte, wurde das Parteiprogramm entsprechend umgestaltet. Statt der Diktatur des Proletariats strebte sie eine „antimonopolistische Demokratie“ an. Zwar hatte die DKP anfangs einigen Mitgliederzustrom, jedoch blieb sie bei den Bundes- und Landtagswahlen meist unter einem Prozent. Ausnahmen bildeten nur

einige regionale Hochburgen, zu denen auch die Stadt Marburg zählte. Der Einzug in den Kreistag Marburg-Biedenkopf gelang der DKP jedoch nie.<sup>156</sup>

**NDP:**

**NSDAP-Mitglied war 1 von 3 Funktionsträgern, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind (33,30 %)**

Nachname	Vorname	Wahlperioden
Breitstadt	Heinrich	1948-1952

Die NDP, die im Oktober 1945 die Lizenz für den oberhessischen Kreis Friedberg erhielt, versuchte, an die Tradition des in der Weimarer Republik eng mit der DNVP kooperierenden „Hessischen Landbundes“, der national-konservativen und republikfeindlichen Vertretung des Bauernstandes, anzuknüpfen. Ziel der von Dr. Heinrich Leuchtgens – er vertrat zwischen 1925 und 1931 den Hessischen Landbund im Landtag des Volksstaates Hessen – gegründeten Partei war u. a. eine ständisch organisierte, von Staatseingriffen weitgehend freie Gesellschaft. Ab Herbst 1947 schlossen sich vor allem weit rechts stehende Personengruppen der NPD an, die keine Chancen auf die Lizenzierung einer eigenen Partei hatten. Unter ihnen befanden sich viele ehemalige Nationalsozialisten. Die NDP konnte bis 1949 lediglich für 14 von damals 48 Kreisen Lizenzen erhalten, eine landesweite Ausdehnung verweigerte die amerikanische Militärregierung jedoch. Sozialstrukturelle und ideologische Widersprüche führten zur Polarisierung innerhalb der Partei, was Anfang 1950 schließlich den Zerfall der NDP zur Folge hatte. Der kleinere Teil der Mitglieder bildete kurzzeitig den hessischen Landesverband der Sozialistischen Reichspartei (SRP), die Mehrheit schloss sich mit dem hessischen Ausläufern der niedersächsischen Deutschen Konservativen Partei – Deutsche Rechtspartei (DRP) zusammen. Die SRP wurde als Nachfolgeorganisation der NSDAP 1952 verboten.<sup>157</sup>

Die NDP erhielt bei den Kommunalwahlen 1948 im Landkreis Marburg 10% der Stimmen und zog mit vier Abgeordneten in den Kreistag ein. Das frühere NSDAP-Mitglied Heinrich Breitstadt wechselte 1952 zur FDP.

**NPD:**

**NSDAP-Mitglied waren 2 von 3 Funktionsträgern, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind (66,70 %)**

Nachname	Vorname	Wahlperioden
Groß	Heinrich	1968-1972
Scholz	Walter	1968-1972

<sup>156</sup> <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33621/dkp>

<sup>157</sup> Vgl. Alexander Fack, Die Gruppe der sonstigen Parteien in Hessen, in : Dirk Berg-Schlosser/Thomas Noetzel, Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994, Marburg 1994, S. 197ff., hier S. 209f. (Anm.18).

Die rechtsradikale NPD, die 1964 als Nachfolgeorganisation der Deutschen Reichspartei gegründet worden war und eine Sammlung der politischen Rechten anstrebte, konnte bei den Landtagswahlen 1966 in Hessen mit 7,9% erstmals in einen Landtag einziehen. Den größten Wählerzuspruch erreichte die Partei in ländlich-protestantischen Gegenden vor allem in Nord- und Mittelhessen. 1968 gelang der Partei auch der Einzug in den Kreistag Marburg.

Die parlamentarische Präsenz der Partei war aber nur von kurzer Dauer. Nach dem Regierungswechsel in Bonn 1969 ging der Einfluss der NPD rasch zurück. Einer ihrer Abgeordneten aus dem Kreistag Marburg (Walter Scholz) trat zur CDU über und konnte seine kommunalpolitische Karriere noch bis 1985 fortsetzen.

**BHE, Gesamtdeutscher Block, Demokratisches Gemeinwohl, GDP:**  
**NSDAP-Mitglied waren 8 von 23 Funktionsträgern, die vor dem 08.05.1927 geboren sind (34,80 %)**

Nachname	Vorname	Wahlperioden
Austell	Alfred	1948-1952, 1952-1956
Eberl	Emmerich	1956-1960, 1960-1964
Fischer	Arthur	1948-1952
Hahn	Franz	1952-1956, 1964-1968
Käuffl	Karl	1952-1956, 1956-1960, 1960-1964
Krüttner	Hugo	1956-1960
Mayer	Max	1960-1964, 1964-1968, 1968-1972
Meinecke	Wilhelm	1952-1956, 1956-1960, 1960-1964

Der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (Kurzbezeichnung: GB/BHE) war eine eher konservativ ausgerichtete Partei, die in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1950 bis etwa 1966 eine Rolle spielte. Sie war aus Kreisen der in der Folge des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat Vertriebenen und Flüchtlinge hervorgegangen und verstand sich als ein besonderer politischer Interessenvertreter dieser Gruppe.

Der BHE wurde im Januar 1950 in Schleswig-Holstein gegründet und zog dort im selben Jahr bei der Landtagswahl mit 23,4 Prozent in den Landtag ein. Die Parteigründung auf Bundesebene erfolgte 1951.

Ab November 1952 trat die Partei als „Gesamtdeutscher Block – BHE“ auf, um auch Wählerstimmen von Nicht-Vertriebenen zu gewinnen. Sie zog mit 5,9 Prozent der Zweitstimmen in den Bundestag ein und stellte im zweiten Bundeskabinett (1953 – 1957) zwei Minister. 1955 traten die Politiker Kraft und Oberländer infolge eines Konflikts um das

Saarstatut aus der Partei aus, um 1956 der CDU beizutreten. Die Parteiaustritte wirkten sich negativ auf den Parteizusammenhalt aus. Im April 1961 gab es auf Bundesebene ein Wahlbündnis mit der DP, woraus sich die Bezeichnung GDP ergab.

Ziel des BHE war es, eine Heimat für die Vertriebenen zu schaffen und sie durch finanzielle Hilfen zu unterstützen. Er forderte die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1937 bzw. 1940.

In den sechziger Jahren ging der Einfluss des BHE schrittweise zurück. 1961 wurde der Wiedereinzug in den Bundestag verpasst, 1966 auch die Rückkehr in den Hessischen Landtag. Im Kreis Marburg schafften GDP/BHE 1968 den Wiedereinzug in den Kreistag nicht, während der BHE in Biedenkopf bis 1972 vertreten blieb. Im Bund ist der BHE weitgehend von der CDU aufgesogen worden. Ein Sonderfall ist allerdings Hessen: Hier hat es die SPD geschafft, die führenden Vertreter der Partei für sich zu gewinnen.<sup>158</sup>

### **FWG, Landvolk, ÜWG:**

**NSDAP-Mitglied waren 9 von 25 Funktionsträgern, die vor dem 08.05.1927 geboren sind (36,0 %)**

<b>Nachname</b>	<b>Vorname</b>	<b>Wahlperioden</b>
Achenbach	Walter	1977-1981
Albert	Wilhelm	1960-1968, 1968-1972
Balzer V.	Christian	1946-1948
Kaufmann, Prof.	Eckehard	1974-1977, 1981-1985
Linne	Hermann	1956-1960, 1960-1964
Löchel	Heinrich	1956-1960
Seibel	Albert	1974-1977, 1977-1981, 1981-1985
Seibel	Daniel	1974-1977, 1977-1981
Werner I.	Karl	1946-1948

Die freien Wählergemeinschaften und Wählergruppen wurden in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und konnten auf kommunaler Ebene oftmals gute Wahlergebnisse erzielen.

In Hessen konnten sie seit 1946 bei Gemeindewahlen bis zu 51,7 % (1952) der Stimmen gewinnen. Nach 1964 ging dieser Stimmenanteil allerdings deutlich zurück. Bei Kreistagswahlen hatten diese Werte ohnehin weit niedriger gelegen.

---

<sup>158</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher\\_Block/Bund\\_der\\_Heimatvertriebenen\\_und\\_Entrechteten\\_](http://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher_Block/Bund_der_Heimatvertriebenen_und_Entrechteten_)

### 6.2.3 Zusammenfassung der Ergebnisse

Fraktion	Funktionsträger mit Geburtsdatum bis 08.05.1927 gesamt	davon NSDAP-Mitglieder	Anteil in % <sup>159</sup>
CDU	89	33	37,1
SPD	127	23	16,5
FDP/LPD/Wahlblock Marburger Land/DA	45	18	40,0
DA	6	2	33,3
KPD	1	0	0
NDP	3	1	33,3
NPD	3	2	66,7
BHE-GDP/Demokratisches Gemeinwohl/ Gesamtdeutscher Block	23	8	34,8
FWG/Landvolk/ÜWG	25	9	36,0
Parteilos	1	0	0

<sup>159</sup> Rundung auf eine Nachkommastelle.

### 6.3 Auswertung nach Legislaturperioden

In den folgenden Tabellen ist der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder sowohl im Verhältnis zu allen Funktionsträgern als auch zu denjenigen, die vor dem Stichtag 8. Mai 1927 geboren wurden, in den einzelnen Legislaturperioden zu erkennen.

Zu der *Gesamtzahl der Funktionsträger* gehören diejenigen, die in den Jahren von 1946 bis 1997 ein Mandat als Landrat, Kreisdeputierter, Kreisausschussmitglied oder Kreistagsabgeordneter im Landkreis Marburg-Biedenkopf innehatten. Hierbei wurden sowohl die Funktionsträger, die vor dem Stichtag 8. Mai 1927 geboren wurden, als auch die, die jünger waren oder bei denen kein Geburtsdatum ermittelt werden konnte, berücksichtigt. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die angegebenen Zahlen aufgrund von Nachrückern während einer Legislaturperiode schwanken können.

Bei den *Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927* wurden nur die Personen erfasst, deren Geburtsdatum zweifelsfrei ermittelt werden konnte.

Vor Beginn der Auswertung haben wir überlegt, wie sich der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder auf die *Funktionsträger mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927* und die *Gesamtzahl der Funktionsträger* über die verschiedenen Legislaturperioden wahrscheinlich darstellen würde. Wir erwarteten, dass der Anteil der NSDAP-Mitglieder in beiden Landkreisen zunächst gering ist und ab Anfang der 50er Jahre drastisch ansteigen wird. Den höchsten Wert erwarteten wir für die erste Hälfte der sechziger Jahre.<sup>160</sup> In den folgenden Jahren bis 1997 würde die Anzahl jedoch konstant abnehmen. Die anschließende Auswertung zeigt, ob diese Annahmen bestätigt worden sind.

---

<sup>160</sup> Vgl. auch mit ähnlichen Ergebnissen die Studie zur NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter, S. 30 (vgl. Anm. 1)

### 6.3.1 Landkreis Marburg

Wahlperiode	Zeitraum	Gesamtzahl der Funktionsträger	davon Funktionsträger mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927	davon NSDAP-Mitglieder	Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern	Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927
1.	1946-1948	39	38	2	5,13%	5,26%
2.	1948-1952	49	47	7	14,29%	14,89%
3.	1952-1956	51	46	9	17,65%	19,57%
4.	1956-1960	49	41	12	24,49%	29,27%
5.	1960-1964	46	41	12	26,09%	29,27%
6.	1964-1968	54	40	11	20,37%	27,50%
7.	1968-1972	51	37	9	17,65%	24,32%
8.	1972-1974	51	26	6	11,76%	23,08%

In der ersten Legislaturperiode sind nur wenige NSDAP-Mitglieder im Kreistag des Landkreises Marburg vertreten. Hier ist der Anteil der NSDAP-Mitglieder mit 5,13 % bzw. 5,26 % am geringsten. Danach steigt dieser Anteil bis zur fünften Wahlperiode stark an. Der Anteil der NSDAP-Mitglieder mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 beträgt schließlich 1960 29,27 %, während er bezogen auf die Gesamtzahl der Funktionsträger 26,09 % erreicht. Die folgenden Jahre sind durch eine Abnahme des Anteils der NSDAP-Mitglieder gekennzeichnet. Dies ergibt sich schon daraus, dass jetzt allmählich auch Jüngere, die nach 1927 geboren sind, in die Parlamente einziehen. Die Abnahme gilt aber auch – wenngleich in deutlich geringerem Maße – für den Anteil der NS-Betroffenen an denjenigen Funktionsträgern, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind. Bis zur letzten Wahlperiode vor der Gebietsreform im Jahre 1974 sinkt der prozentuale Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder auf 11,76 % bzw. 23,08 %.

Die nachfolgende Abbildung stellt den prozentualen Anteil der NSDAP-Mitglieder in Bezug auf alle Funktionsträger, die vor dem 8. Mai 1927 geboren wurden, grafisch dar.



### Marburg

#### Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927

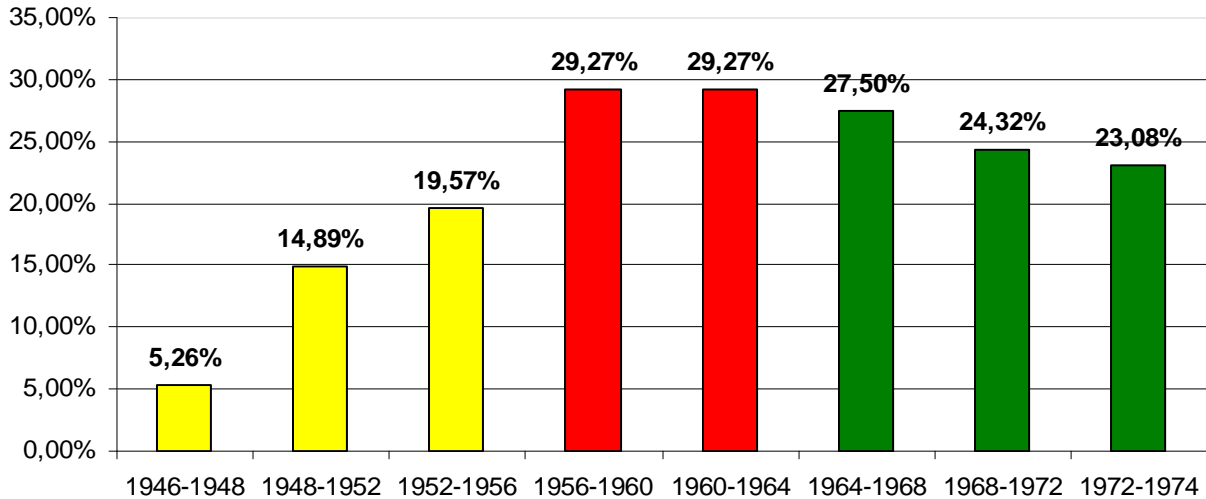


Abbildung 3: Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 im Landkreis Marburg

### 6.3.2 Landkreis Biedenkopf

Wahlperiode	Zeitraum	Gesamtzahl der Funktionsträger	davon		Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern	Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927
			Funktionsträger mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927	NSDAP-Mitglieder		
1.	1946-1948	33	26	3	9,09%	11,54%
2.	1948-1952	37	28	12	32,43%	42,86%
3.	1952-1956	38	35	19	50,00%	54,29%
4.	1956-1960	36	34	17	47,22%	50,00%
5.	1960-1964	43	43	21	48,84%	48,84%
6.	1964-1968	36	34	14	38,89%	41,18%
7.	1968-1972	42	26	12	28,57%	46,15%
8.	1972-1974	37	22	9	24,32%	40,91%

In der ersten Legislaturperiode ist auch hier der Anteil früherer NSDAP-Mitglieder gering. Schon 1948 aber steigt er auf mehr als ein Drittel. Wahrscheinlich liegt dieser Anteil sogar noch höher, da in dieser Legislaturperiode der Anteil der Funktionsträger mit nicht ermittelbarem Geburtsdatum recht hoch ist und alle von ihnen vor dem 8. Mai 1927 geboren sind. In der dritten Legislaturperiode 1952-1956 erreicht die Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder mit 50,00 % bzw. 54,29 % ihren höchsten Wert. Danach geht sie all-

mählich zurück, bleibt aber bis zum Ende der sechziger Jahre konstant hoch. Erst der allmählich einsetzende Generationswechsel führt dann zu einem gewissen Rückgang der Prozentanteile. Dennoch ist auch noch nach 1972 jeder vierte Funktionsträger im Landkreis Biedenkopf früher NSDAP-Mitglied gewesen.

Anzumerken ist, dass die Anzahl der Funktionsträger in den Wahlperioden 1948-1952 sowie 1960-1964, die mit Hilfe von bereitgestellten Listen des Landkreises Marburg-Biedenkopf ermittelt wurden, ursprünglich bei 36 bzw. 41 Personen lag. Durch eigene Recherchen konnten jedoch weitere Mandatsträger festgestellt werden. Diese Abweichungen lassen sich dadurch erklären, dass auf der Liste des Landkreises die Nachrücker nicht vollständig aufgeführt waren. Somit wurden die Bezugsgrößen von 36 auf 37 bzw. von 41 auf 43 Personen erhöht.

Die nachfolgende Abbildung stellt den prozentualen Anteil der NSDAP-Mitglieder in Bezug auf alle Funktionsträger, die vor dem 8. Mai 1927 geboren wurden, grafisch dar.

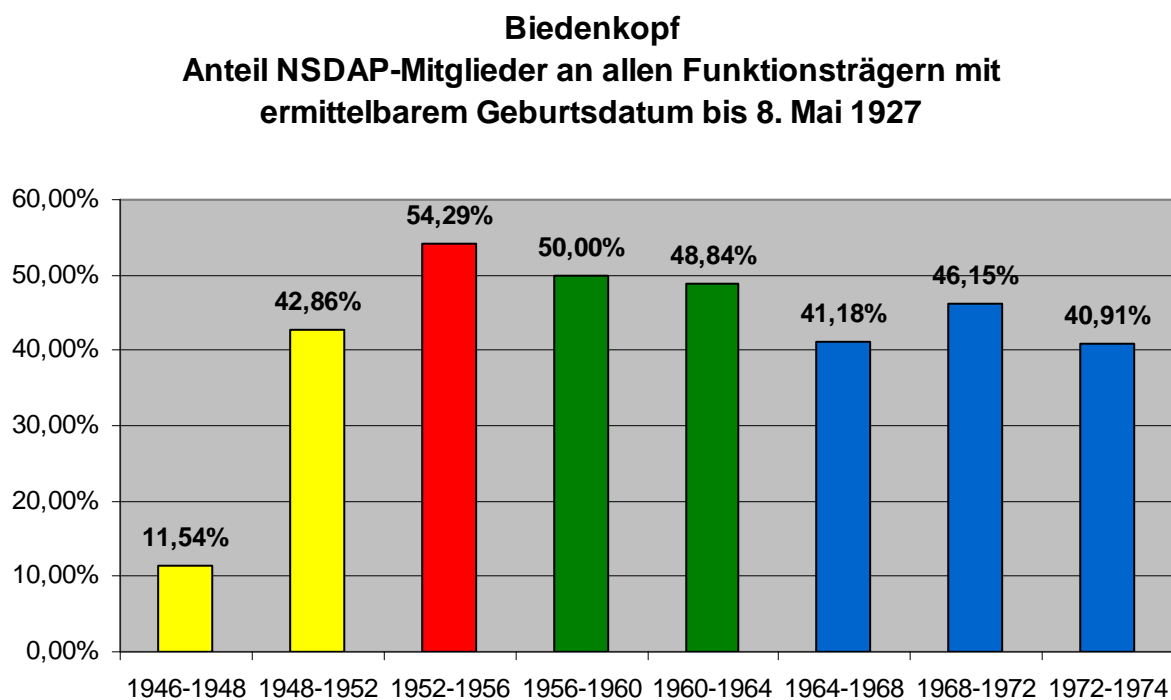


Abbildung 4: Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 im Landkreis Biedenkopf

### 6.3.3 Vergleich zwischen Marburg und Biedenkopf

In den Landkreisen Marburg und Biedenkopf ist die Entwicklung der Zahl der Funktionsträger mit NSDAP-Mitgliedschaften vergleichbar. Die Anzahl derjenigen, die vor dem ausgewählten Stichtag geboren wurden und Mitglied der NSDAP waren, ist in der ersten Wahlperiode noch sehr gering. Das hängt damit zusammen, dass 1946 viele ehemalige

Parteimitglieder gar kein Wahlrecht besaßen und Beschränkungen ihrer politischen Aktivitäten ausgesetzt waren. Die Entnazifizierung wurde in dieser Phase noch relativ streng praktiziert. Darüber hinaus befanden sich viele Männer noch in Kriegsgefangenschaft. Bereits in der zweiten Legislaturperiode aber stellt sich die Lage völlig anders dar: Jetzt findet sich ein Anstieg der NSDAP-Mitgliederzahl um das Dreifache, was mit der Nachsicht im Umgang mit der NS-Belastung Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre erklärt werden kann.<sup>161</sup> In den 50er bzw. 60er Jahren ist die Belastung mit NSDAP-Mitgliedern in beiden Landkreisen am höchsten, wobei der Kreis Biedenkopf in jeder Wahlperiode eine deutlich höhere Anzahl aufweist (siehe Abbildung 5). Ab 1964 ist ein Rückgang zu verzeichnen. Dies ist in erster Linie durch den Generationswechsel verursacht, der langsam einsetzt. Der prozentuale Anteil der NSDAP-Mitglieder an der Gesamtzahl der vor dem 8. Mai 1927 geborenen Funktionsträger bleibt dagegen bis 1974 hoch.

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der NSDAP-Mitgliedschaften in beiden Landkreisen.

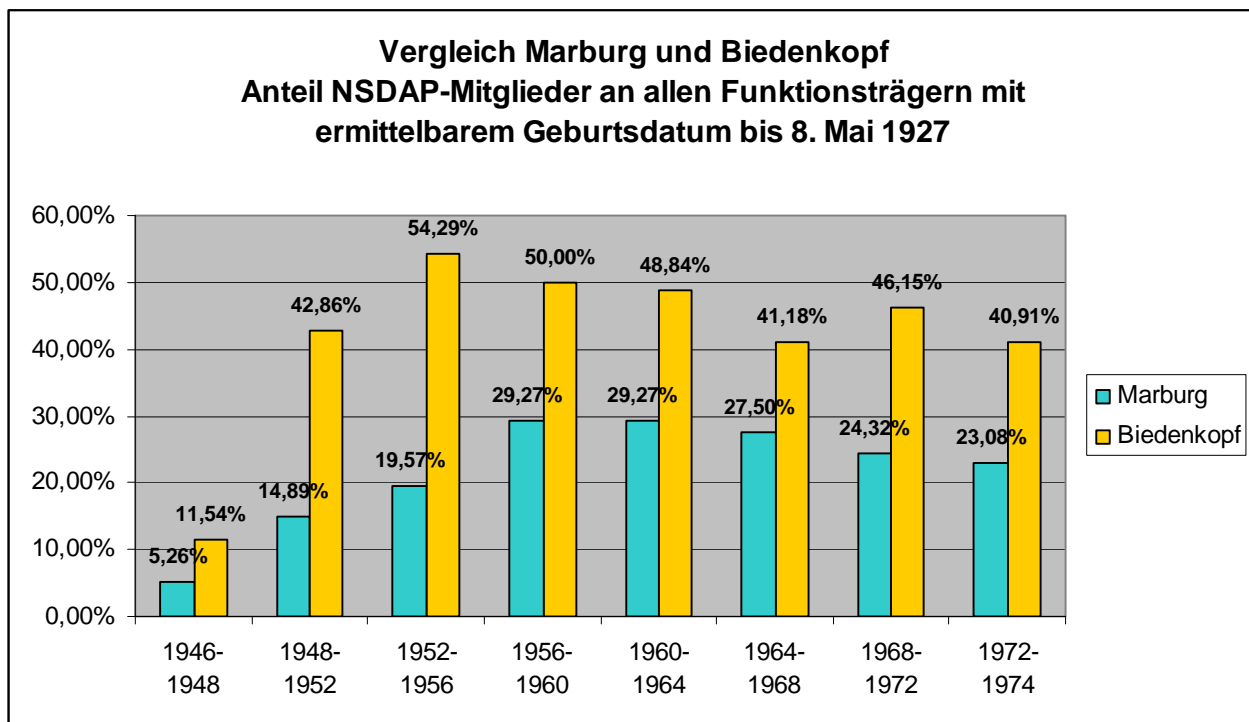


Abbildung 5: Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 – Vergleich Landkreis Marburg / Landkreis Biedenkopf

<sup>161</sup> Vgl. Hessischer Landtag (Hrsg.), Abschlussbericht „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“, S. 30.

### 6.3.4 Landkreis Marburg-Biedenkopf

Wahlperiode	Zeitraum	Gesamtzahl der Funktionsträger	davon Funktionsträger mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927	davon NSDAP-Mitglieder	Anteil NSDAP-Mitglieder aller Funktionsträger	Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927
9.	1974 - 1977	103	41	10	9,71%	24,39%
10.	1977 - 1981	117	36	12	10,26%	33,33%
11.	1981 - 1985	102	31	7	6,86%	22,58%
12.	1985 - 1989	100	17	1	1,00%	5,88%
13.	1989 - 1993	109	9	1	0,92%	11,11%
14.	1993 - 1997	115	5	1	0,87%	20,00%

Mit der Gebietsreform im Jahr 1974 wurden die Landkreise Marburg und Biedenkopf zusammenggelegt, wodurch die Anzahl der Funktionsträger auf 103 anstieg. Betrachtet man die Landkreise Marburg und Biedenkopf in der achten Wahlperiode, ergeben sich insgesamt 48 Funktionsträger, die vor dem Stichtag geboren sind (Marburg = 26; Biedenkopf = 22). Davon waren 15 ehemalige NSDAP-Mitglieder (Marburg = 6; Biedenkopf = 9). In der neunten Wahlperiode, also der ersten nach der Zusammenlegung, sank die Zahl der für uns relevanten Funktionsträger (41) ebenso wie die Anzahl der NSDAP-Mitglieder (10). In der Wahlperiode nach 1977 nimmt die Zahl der ehemaligen NSDAP-Mitglieder erstaunlicherweise wieder zu. Nach 1981 geht sie dann freilich deutlich zurück. Der niedrigste Wert liegt mit nur noch einem ehemaligen NSDAP-Mitglied in der 12. Legislaturperiode bei 5,88 % bzw. 1,00 %. Diese Zahl bleibt in den folgenden zwei Legislaturperioden bis zum Jahr 1997 konstant. Da aber auch die Gesamtzahl der Funktionsträger aus den entsprechenden Geburtsjahrgängen abnimmt, steigt der Prozentwert nach 1989 wieder an.

In der 14. Wahlperiode waren immerhin noch fünf der 115 Funktionsträger vor dem 8. Mai 1927 geboren. So wurde einer der Funktionsträger im Jahr 1924 geboren und war somit zu Beginn der letzten untersuchten Legislaturperiode 69 Jahre alt.

Im Anschluss wird der prozentuale Anteil der NSDAP-Mitglieder in Bezug auf alle Funktionsträger, die vor dem 8. Mai 1927 geboren wurden, in einer Grafik dargestellt.

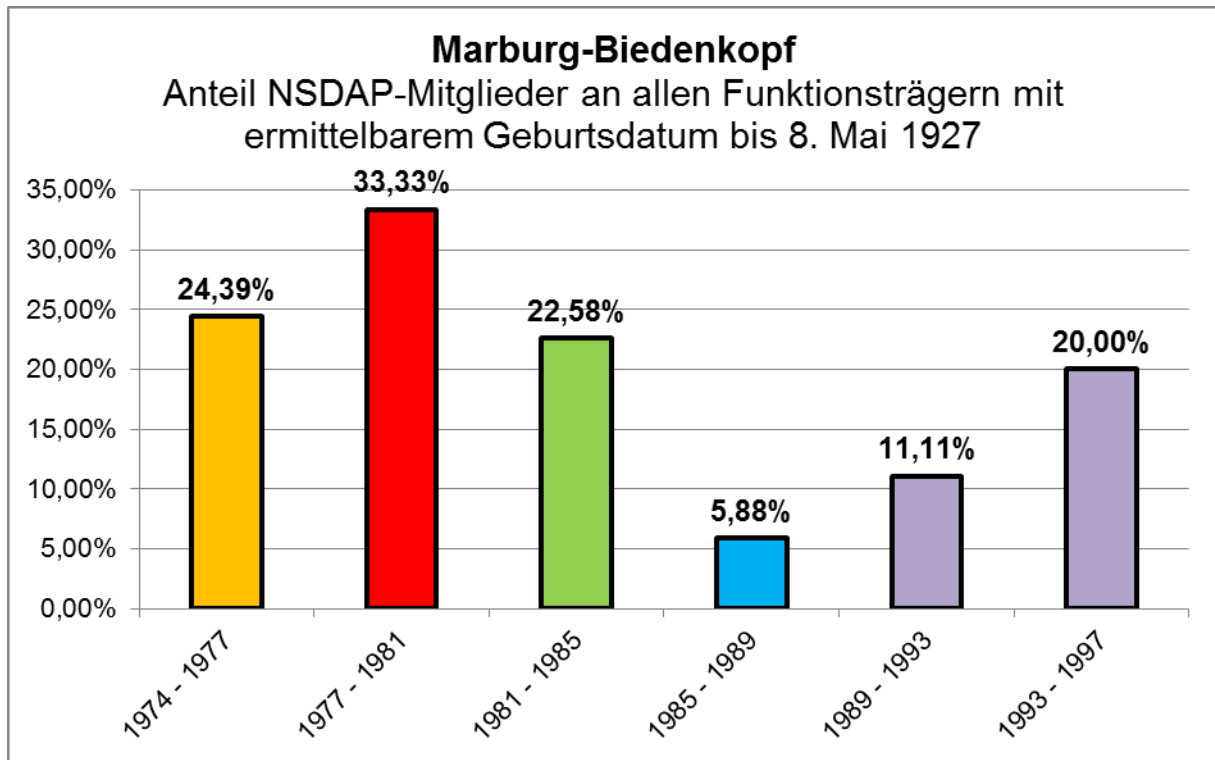


Abbildung 6: Anteil NSDAP-Mitglieder an allen Funktionsträgern mit ermittelbarem Geburtsdatum bis 8. Mai 1927 im Landkreis Marburg-Biedenkopf

## 6.4 Einzelauswertung für die Kreisausschüsse

### 6.4.1 Landkreis Biedenkopf

Von den insgesamt 29 Kreisausschussmitgliedern des Altkreises Biedenkopf von 1946-1974 mit Geburtsdatum vor dem 8. Mai 1927 sind elf in der NSDAP gewesen. Das ergibt einen Prozentsatz von 37,93% für die Wahlperioden von 1946-1974.

Wahlperiode	Name	Vorname	Eintritt
1946-1948 1948-1952 1952-1956 1956-30.12.1958	Bachmann	Friedrich	01.05.1933
1946-1948 1948-1952 1952-1956	Scheld	Philipp	01.07.1941
22.04.1949-1952	Fenner	Karl-Heinz	01.04.1930
1952-1956	Turschner	Reinhold	1938
1952-1956	Damm	Ludwig	01.05.1933
1952-1956	Achenbach	August	01.05.1933
1956-1960 1960-1964	Burk	Johannes	01.08.1935
1964-1968	Mayer	Max	01.01.1939
1964-1968 1968-1972 1972-1974	Müller	Hermann	01.05.1937
1968-1972 1972-1974	Grebe	Heinrich	20.04.1943
1968-1972 1972-1974	Scholz	Friedrich	01.10.1944

Im Folgenden sollen die einzelnen Wahlperioden betrachtet werden:

Wahlperiode 1946-1948	Gesamter KA <sup>162</sup>	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	9	7	2	0
Prozentsatz	100%	77,78%	22,22%	0%

Wahlperiode 1948-1952	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	9	6	3	0
Prozentsatz	100%	66,67%	33,33%	0%

<sup>162</sup> Erfasst werden nur die Personen, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind.

Wahlperiode 1952-1956	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	7	2	5	0
Prozentsatz	100%	28,57%	71,43%	0%

Wahlperiode 1956-1960	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	8	6	2	0
Prozentsatz	100%	75%	25%	0%

Wahlperiode 1960-1964	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	7	5	1	1
Prozentsatz	100%	71,43%	14,29%	14,29%

Wahlperiode 1964-1968	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	7	4	2	1
Prozentsatz	100%	57,14%	28,57%	14,29%

Wahlperiode 1968-1972	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	6 <sup>163</sup>	3	3	0
Prozentsatz	100%	50%	50%	0%

Wahlperiode 1972-1974	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	6	3	3	0
Prozentsatz	100%	50%	50%	0%

In der Wahlperiode von 1952-1956 hatte der Anteil von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern im Kreisausschuss den höchsten Wert erreicht (71,43%). Auch in den beiden Perioden zwischen 1968-1974 lag er noch bei 50%.

---

<sup>163</sup> 1968 ist erstmals eine Person mit Geburtsdatum nach dem 8. Mai 1927 (Herbert Kaufmann) im KA vertreten.

Einzelinformationen zu den Kreisausschussmitgliedern des Altkreises Biedenkopf, die zu unserer Untersuchungsgruppe gehören:

Wahlperiode	Name	Vorname	Funktion	Informationen
Bis 18.10.1946	Reinemann	Friedrich	Landrat	Es wurden keine Hinweise zu irgendeiner Parteimitgliedschaft gefunden. Auch keine Hinweise auf eine NSDAP-Zugehörigkeit.
18.10.1946-30.12.1958	Bachmann	Friedrich	Landrat	Informationen zu Bachmann im Kapitel „Landräte“
1946-1952	Stückrath	Konrad	1. Kreisdeputierter	War Bürgermeister i.R, es wurde keine Mitgliedschaft in der NSDAP o.ä. gefunden. Das wäre auch sehr eigenartig, denn Stückrath amtierte in den Entnazifizierungsverfahren zeitweise als Öffentlicher Ankläger.
1946-1952	Debus X.	Johannes	2. Kreisdeputierter, KA-Mitglied	Er war Bürgermeister von Buchenau und zur Zeit des Nationalsozialismus Widerstandskämpfer und zeitweise in KZ-Haft. Er war auch Mitglied in der verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen 1946.
1946-1948	Hillenbrand	Karl	Vertreter der Kreisdeputierten	Er war Bürgermeister und erster Stadtrat in Biedenkopf neben Bürgermeister Schwerdt. Es wurden keine Hinweise auf eine Mitgliedschaft in der NSDAP o.ä. gefunden.
1946-1956	Scheld	Philipp	KA-Mitglied Ab 1952 1. Beigeordneter	Er ist am 01.07.1941 in die NSDAP eingetreten und war bis zu ihrem Ende Mitglied mit der Nummer 8824152. Er war aber „nur“ Anwärter und zahlte einen Beitrag von 2,30 RM. Aufgrund der Weihnachtssamnestie wurde er in Stufe IV eingruppiert.
1946-1952 (+ 1951)	Leinbach	Ernst	KA-Mitglied Ab 1948 1. Kreisdeputierter	Er war Elektriker und Bürgermeister von Gladenbach. Keine Mitgliedschaften in NS-Gruppierungen.
1946-1952	Henkel VIII.	Christian	KA-Mitglied	Es wurden keine Mitgliedschaften gefunden.
1946-1972	Wagner II.	Georg	KA-Mitglied	Er war Kreislandwirt. Es wurden keine Hinweise auf NS-Mitgliedschaften gefunden.
1948-21.04.1949	Noortwyck	Otto	KA-Mitglied	Er war Fabrikant und ist im Jahr 1951 gestorben. Es wurden keine Belege für NS-Mitgliedschaften gefunden.



22.04.1949-1952	Fenner	Karl-Heinz	KA-Mitglied	Er war im NSKK vom 01.06.1938 – 01.11.1940. In die NSDAP wurde er am 01.04.1930 aufgenommen, also schon sehr früh. Er hatte die Mitgliedsnummer 219597. Laut einem Brief der Partei an die Kreisleitung Göttingen-Stadt galt er jedoch als unzuverlässig. Die Mitgliedschaft in der NSDAP ist nicht vollständig geklärt, da mehrere Schreiben vorhanden sind, in denen behauptet wird, dass Fenner kein PG mehr sei. Er wiederum bestreitet das. In einem Schreiben der NSDAP heißt es, dass er seine Mitgliedschaft 1933 habe verfallen lassen. Er stellte im Jahr 1935 einen erneuten Antrag auf eine Mitgliedschaft, es gibt jedoch keine Angaben über eine erneute Aufnahme. Im Entnazifizierungsverfahren sollte er in Gruppe IV eingruppiert werden, eine endgültige Entscheidung konnte jedoch nicht gefunden werden.
1952-1956	Turschner	Reinhold	KA-Mitglied	Beruflich war Turschner Versicherungskaufmann. Im Jahr 1938 ist er in die NSDAP und in die SA eingetreten. In der SA erreichte er den Rang des Sturmführers. Er wurde am 18.06.1948 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Er sollte in Stufe II eingestuft werden, es ist jedoch kein Ergebnis überliefert.
1952-1956	Damm	Ludwig	KA-Mitglied	Er ist am 01.05.1933 in die NSDAP eingetreten und hatte die Mitgliedsnummer 2670785.
1952-1956	Schwarz	Wilhelm	KA-Mitglied	Er war als Schlachthofaufseher tätig. Keine Hinweise auf Mitgliedschaften in NS-Gruppierungen.
1952-1956	Achenbach	August	KA-Mitglied	Achenbach war Bürgermeister a. D. und ist am 01.05.1933 in die NSDAP eingetreten. Ab 1938 auch Mitgliedschaft in der SA Reserve. Im Entnazifizierungsverfahren musste er 500 RM als Sühne zahlen.
01.01.1959-1974	Dr. Sorge	Siegfried	Landrat	Es wurden keine NS-Mitgliedschaften gefunden.
1956-1968	Wehn	Wilhelm	1.Kreisbeigeordneter, KA-Mitglied	Er war Stadtinspektor. Keine Anhaltspunkte für NS-Mitgliedschaften gefunden.

1956-1960	Büscher	Erich	KA-Mitglied	Büscher war Gewerkschaftssekretär. Es wurden keine Mitgliedschaften in NS-Gruppierungen gefunden.
1956-1960	Schmidt	Karl	KA-Mitglied	Er war Bürgermeister von Quotshausen. Keine Belege für NS- Mitgliedschaften.
1956-1964	Burk	Johannes	KA-Mitglied	Burk war Landwirt und Bürgermeister. Am 01.08.1935 trat er in die NSDAP ein und bekam die Mitgliedsnummer 3698640.
1956-1964	Dr. Guso-vius	Paul	KA-Mitglied, 1.Kreisbeigeordneter	Er war Gerichtsassessor und dann Hilfsrichter am AG Königsberg. Es wurden keine Belege für NS-Mitgliedschaften gefunden.
1960-1968	Garth	Otto	KA-Mitglied	Von Beruf war Otto Garth Former. Es wurden keine NS- Mitgliedschaften gefunden.
1960-1968	Grebe	Andreas	KA-Mitglied	Er war Bürgermeister in Buchenau und ab 1934 in der SA Reserve. Er wurde als Mitläufer eingestuft.
1964-1968	Mayer	Max	1.Kreisbeigeordneter	Beruflich war er Verwaltungsangestellter. Am 01.01.1939 trat er in die NSDAP ein.
1964-1974	Müller	Hermann	KA-Mitglied	Er ist am 01.05.1937 mit der Nummer 5372509 in die NSDAP eingetreten. Nach eigenen Angaben erfolgte der Eintritt erst Anfang Juli. In der SA war er seit 1933 Mitglied. Er erreichte dort den Rang eines Rottenführers. Bei der Entnazifizierung wurde er in die Gruppe der Mitläufer eingruppiert und musste 2000,- RM Sühne zahlen.
1968-1974	Grebe	Heinrich	KA-Mitglied	Grebe war Bürgermeister in Buchenau und trat am 20.04.1943 mit der Nummer 9370267 in die NSDAP ein. Von 1937 bis 1943 gehörte er der Hitlerjugend an. Eine endgültige Entnazifizierungseinstufung konnte nicht gefunden werden.
1968-1974	Leinbach	Karl	1.Kreisbeigeordneter	Beruflich war Leinbach Postbetriebsinspektor und dann Personalratsvorsitzender. Später wurde er Landtagsabgeordneter. Es wurden keine Hinweise auf NS-Mitgliedschaften gefunden.
1968-1974	Scholz	Friedrich	KA-Mitglied	Friedrich Scholz war Forstoberamtman und wurde am 01.10.1944 mit der Mitgliedsnummer 10156607 in die NSDAP aufgenommen.
1972-1974	Wege	Heinrich	KA-Mitglied	Wege war ehrenamtlicher Bürgermeister in Diedenshausen. Keine eindeutigen Belege für NS-Mitgliedschaften gefunden.

## 6.4.2 Landkreis Marburg

Von insgesamt 24 verschiedenen Kreisausschussmitgliedern des Kreises Marburg waren vier zuvor in der NSDAP. Das ergibt einen Anteil von 16,67%. 21 sind sicher vor dem 8. Mai 1927 geboren, fallen also in die Untersuchungsgruppe. Zwei sind jünger; Sepp Knopf konnte nicht vollständig überprüft werden.

Wahlperiode	Name	Vorname	Eintritt
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964 1964-01.07.1966	Eckel	August	01.07.1940
1948-1952, 1952-1956	Austell	Alfred	11.12.1938
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Cloos	Martin	01.12.1931
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968; 1968-1972, 1972-1974	Gaul	Konrad	01.05.1937

Im Folgenden sollen die einzelnen Wahlperioden betrachtet werden:

Wahlperiode 1946-1948	Gesamter KA <sup>164</sup>	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	9	8	1	0
Prozentsatz	100%	88,88%	11,11%	0%

Wahlperiode 1948-1952	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	9	7	2	0
Prozentsatz	100%	77,77%	22,22%	0%

Wahlperiode 1952-1956	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	7	5	2	0
Prozentsatz	100%	71,43%	28,57%	0%

<sup>164</sup> Erfasst sind nur Personen, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind.

Wahlperiode 1956-1960	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	7	4	3	0
Prozentsatz	100%	57,14%	42,86%	0%

Wahlperiode 1960-1964	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	8	5	3	0
Prozentsatz	100%	62,5%	37,5%	0%

Wahlperiode 1964-1968	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	7 <sup>165</sup>	4	3	0
Prozentsatz	100%	57,14%	42,86%	0%

Wahlperiode 1968-1972	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	6	4	2	0
Prozentsatz	100%	66,66%	33,33%	0%

Wahlperiode 1972-1974	Gesamter KA	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	6 <sup>166</sup>	4	2	0
Prozentsatz	100%	66,66%	33,33%	0%

Im Kreis Marburg erreichte der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder in den Wahlperioden 1956-1960 und 1964-1968 mit 42,86 % aller Kreisausschussmitglieder die Spitzenwerte. 1960-1964 betrug der Prozentsatz 37,5 %. In den übrigen Wahlperioden war maximal 1/3 der Kreisausschussmitglieder früher in der NSDAP gewesen.

<sup>165</sup> 1966 gehört mit dem neuen Landrat Vilmar erstmals ein Politiker dem KA an, der nach dem 8. Mai 1927 geboren ist. Bei Sepp Knopf konnte das Geburtsdatum nicht eindeutig geklärt werden.

<sup>166</sup> Jetzt waren noch 6 von 8 KA-Mitgliedern vor 1927 geboren. Auch Herbert Schmitz war jünger.

Nachfolgend die Auflistung aller Kreisausschussmitglieder des Kreises Marburg bis 1974, die zur Untersuchungsgruppe gehören:

Wahlperiode	Name	Vorname	Funktion	Informationen
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964 1964- 1.07.1966	Eckel	August	Landrat	Informationen zu August Eckel im Kapitel „Landräte“
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Römer	Jakob	1. Deputierter	Römer Jakob war Hauptlehrer. Hinweise auf NS-Mitgliedschaften wurden nicht gefunden.
1946-1948	Ruhl	Siegfried	2. Deputierter/ Amtsgerichtsrat/ Landgerichtsrat	Keine Hinweise auf eine NS-Mitgliedschaft.
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Bieker	Johannes	KA-Mitglied /Kreistag	Keine Hinweise auf eine Mitgliedschaft in NS-Organisationen..
1946-1948	Gnau	Johannes	KA-Mitglied	Keine Hinweise auf Mitgliedschaft in NS-Organisationen.
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Hohl	Heinrich	1. Kreisdeputierter/ Bürgermeister/ KA/ KT	Keine Hinweise auf Mitgliedschaft in NS-Organisationen
1946-1948, 1948-1952	Horst	Heinrich	KA-Mitglied	Keine Hinweise auf Mitgliedschaft in NS-Organisationen.
1946-1948	Riehl	Heinrich	KA-Mitglied	Keine Hinweise auf Mitgliedschaft in NS-Organisationen
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972	Schneider	Heinrich	KA-Mitglied, Landtagsabgeordneter, Hessischer Innenminister	Keine Hinweise auf NS-Mitgliedschaften.
1948-1952, 1952-1956	Austell	Alfred	Kreistagsabgeordneter, 2. Kreisdeputierter, Angestellter, Kreistagsvorsitzender ab 1952	Alfred Austell wurde im Entnazifizierungsverfahren in Stufe IV als Mitläufer eingestuft. Er musste 50 RM als Sühne zahlen und die Kosten des Verfahrens übernehmen. Austell wurde in Haindorf geboren und ist am 11.12.1938 der NSDAP beigetreten (Mitglieds-Nr. 6839297).
1948-1952, 1952-1956	Grebe	Adam	KA-Mitglied / Kreistag	Belege für eine NSDAP Mitgliedschaft o.ä. wurden bei Adam Grebe nicht gefunden.

1948-1952, 1956-1960, 1960-1964	Schmitt	Anton	Kreistag/ KA-Mitglied	Anton Schmitt war Reichsbahn-Obersekretär, später Bürgermeister in Allendorf (bis 1953). Keine Belege für NS-Mitgliedschaften.
1946-1948, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Heuser	Heinrich	Kreistags- abgeordneter/ KA	Heinrich Heuser war Landwirt und Bürgermeister in Niederwalgern. Keine Hinweise auf eine Mitgliedschaft in der NSDAP o. ä.
1946-1948, 1952-1956	Kessler	Wilhelm	Kreistags- abgeordneter/ KA	Keine Hinweise auf Mitgliedschaft in NS-Organisationen
1948-1952 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Lang	Heinz	KA-Mitglied	Heinz Lang war Heimatvertriebener und wohnte zunächst in Bracht. 1950 zog er nach Allendorf, wo er nach 1953 Bürgermeister in Allendorf (später Stadt Allendorf) war. Keine Hinweise auf Mitgliedschaften in NS-Organisationen.
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Weber	Heinrich	KA-Mitglied / KT	Heinrich Weber war Bürgermeister in Kirchhain. Keine Hinweise auf Mitgliedschaft in NS-Organisationen
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Cloos	Martin	KA-Mitglied	Martin Cloos war Bürgermeister in Moischt. Er ist bereits am 1.12.1931 der NSDAP beigetreten. Außerdem war er im NS-Kraftfahrer Korps von 1933-1935 und NSV. In der NSDAP war er Blockleiter, vertretungsweise Zellenleiter und Ortsbauernführer. Ab 1941 Bürgermeister. Im Entnazifizierungsverfahren sollte er zunächst in Stufe II (Belastete) eingestuft werden, wurde dann aber in III (Minderbelastete) eingeordnet. Er musste 3000 RM Sühne zahlen und durfte für 2 Jahre beruflich nur untergeordnete Tätigkeiten ausüben. Weitere Angaben im Kapitel „besondere Fälle“.
1948-1952 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Fiedler	Ernst	Kreistag/ KA-Mitglied	Keine Hinweise auf Mitgliedschaft in NS-Organisationen
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Hahn	Conrad	Kreistag/ KA-Mitglied	Conrad Hahn war Bürgermeister in Cappel und ab 1937 in der Hitlerjugend. Hinweise auf eine NSDAP Mitgliedschaft wurden nicht gefunden.
1956-1960	Knopf	Josef	Kreistag/	Aufgrund des nicht auffindbaren

1960-1964, 1964-1968			KA-Mitglied	Geburtsdatums konnten keine gesicherten Ergebnisse ermittelt werden.
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Stöber	Rudolf	Kreistag/KA-Mitglied	Rudolf Stöber war Mittelschullehrer. Keine Hinweise auf Mitgliedschaften in belastenden NS-Organisationen.
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968; 1968-1972, 1972-1974	Gaul	Konrad	Kreistagsmitglied/ KA-Mitglied	Konrad Gaul war Bürgermeister in Lohra. Er trat am 1.5.1937 der NSDAP bei (Mitgliedsnr. 4627337, Ortsgruppe Lohra). Bereits am 6.7.1933 war er Mitglied in der SA geworden. In der NSDAP war er 1938-1939 Ortsgruppenpropagandaleiter, in der SA brachte er es zum Scharführer. Sein Entnazifizierungsverfahren wurde aufgrund der Weihnachtsamnestie eingestellt. Seine Nazianhängerschaft war allgemein bekannt. Näheres im Kapitel „besondere Fälle“.
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993	Kern	Hans	Kreistagsmitglied/KA	Hans Kern war von 1939 – 1945 Mitglied der Hitlerjugend (ab 1941 Rottenführer). Hinweise auf eine NSDAP-Mitgliedschaft o. ä. liegen nicht vor.

### 6.4.3 Landkreis Marburg-Biedenkopf

Von insgesamt 48 verschiedenen Kreisausschussmitgliedern des Kreises Marburg-Biedenkopf zwischen 1974 und 1997 gehören nur 15 Personen zu unserer Untersuchungsgruppe, weil sie vor dem 8. Mai 1927 geboren sind. Von diesen 15 waren fünf in der NSDAP. Das ergibt einen Prozentsatz von 33,33 % für die Wahlperioden von 1974-1997.

Wahlperiode	Name	Vorname	Eintritt
1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981	Buckler	Jakob	01.07.1940
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Seibel	Albert	01.07.1941
1974-1977, 1977-1981	Seibel	Daniel	01.09.1940
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981,	Loh	Heinrich	01.05.1937
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Kunze	Heinz	20.04.1943

Im Folgenden werden die Einzelperioden betrachtet. Dabei werden nur die für uns relevanten Personen herangezogen:

Wahlperiode 1974 – 1977	Gesamtzahl der vor dem Stichtag gebo- renen KA- Mitglieder	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
<b>Personen</b>	9	4	5	0
<b>Prozentsatz</b>	100%	44,44%	55,55%	0%



Wahlperiode 1977 – 1981	Gesamtzahl der KA- Mitglieder vor Stichtag	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	10	5	5	0
Prozentsatz	100%	50%	50%	0%

Wahlperiode 1981 – 1985	Gesamtzahl KA vor Stichtag	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	7	5	2	0
Prozentsatz	100%	71,43%	28,57%	0%

Wahlperiode 1985 – 1989	Gesamtzahl KA vor Stichtag	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	7	6	1	0
Prozentsatz	100%	85,71%	14,29%	0%

Wahlperiode 1989 – 1993	Gesamtzahl KA vor Stichtag	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	5	4	1	0
Prozentsatz	100%	80%	20%	0%

Wahlperiode 1993 – 1997	Gesamtzahl KA vor Stichtag	Entlastete	NSDAP- Mitglieder	Sonstige Be- troffene
Personen	3	2	1	0
Prozentsatz	100%	66,66%	33,33%	0%

In den ersten beiden Wahlperioden lag der Anteil von früheren NSDAP-Mitgliedern unter den vor dem 8. Mai 1927 geborenen Kreisausschussmitgliedern noch bei 55,55% und 50%. Nach 1981 geht dieser Anteil dann zurück. Insgesamt kommen durch den normalen Generationswechsel immer weniger Personen in Betracht. Nach 1985 gibt es nur noch ein ehemaliges NSDAP-Mitglied im Kreisausschuss. Da in der Zeit zwischen 1985 und 1993 der Zahl der vor dem 8. Mai 1927 geborenen KA-Mitglieder von 7 auf 3 absinkt, steigt dann der Prozentanteil von NS-Belasteten bis zur Legislaturperiode 1993-1997 wieder auf 33,3% an.

Hier der Überblick im Einzelnen:

Wahlperiode	Name	Vorname	Funktion	Informationen
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1989-1993	Dr. Sorge	Siegfried	Landrat, Kreistagsmitglied, KA	Für mehr Informationen siehe das Kapitel über die Landräte. Nicht betroffen.
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993	Kern	Hans	Kreistagsmitglied/KA	Für mehr Informationen über Hans Kern siehe „Landkreis Marburg“. Nicht betroffen.
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Leinbach	Karl	KA	Mehr Informationen zu Karl Leinbach unter „Kreis Biedenkopf“. Nicht betroffen.
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Weber	Heinrich	KT/ KA	Für mehr Informationen siehe „Landkreis Marburg“. Nicht betroffen.
1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981	Buckler	Jakob	Kreistag und KA-Mitglied	Jakob Buckler war nach 1949 Bürgermeister in Wehrda. 1934 ist er der SA beigetreten. Zum 1.7.1940 wurde er mit der Mitgliedsnummer 8137832 in die NSDAP aufgenommen (Ortsgruppe Cölbe). Im Entnazifizierungsverfahren verschwieg Buckler seine NS-Mitgliedschaft.
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Wege	Heinrich	KA-Mitglied	Für mehr Informationen siehe „Kreis Biedenkopf“. Keine Belege für NS-Mitgliedschaften.

1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Kraus	Eberhard	Kreistagsmitglied/KA	Keine Hinweise auf NSDAP-Mitgliedschaft o. ä. gefunden.
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Seibel	Albert	KA-Mitglied	Albert Seibel war Bürgermeister in Breidenstein. Er war Mitglied in der NSDAP der er nach Antrag vom 21.05.1941 am 1.7.1941 beigetreten ist. Seine Mitgliedsnummer lautet 8824364 (Ortsgruppe Breidenstein).
1974-1977, 1977-1981	Seibel	Daniel	KA-Mitglied	Daniel Seibel war Angestellter beim Landratsamt in Marburg und Gemeindevertreter in Weimar. Ab 01.09.1940 war er, angeblich nur als Anwärter, in der NSDAP (Mitgliedsnummer 7856683, Ortsgruppe Niederweimar). Im Entnazifizierungsverfahren wurde er von Zeugen schwer belastet Er war auch HJ-Geschäftsführer im Gebiet Kassel, Oberkameradschaftsführer und Scharführer in der HJ. Nur die Jugendamnestie verhindere eine Einstufung in die Stufen I und II, führte die Spruchkammer bei ihrer Entscheidung 1947 aus.
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981,	Loh	Heinrich	Kreistagsmitglied und KA-Mitglied	Heinrich Loh war Landwirt und trat am 1.5.1932 der NSDAP bei. Im gleichen Jahr wurde er auch SA-Mitglied. Angeblich 1933 wieder ausgetreten und am 1.5.1937 mit der Mitgliedsnummer 5760859 wieder aufgenommen worden (Ortsgruppe Großseelheim). Im Entnazifizierungsverfahren wurde er als Mitläufer in Stufe IV eingestuft und musste eine Sühne von 300 RM leisten.
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993	Henz	Heinrich	Kreistagsmitglied/ KA-Mitglied	Keine Hinweise auf Mitgliedschaft in NS-Organisationen
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Lemmer	Georg	Kreistagsabgeordneter/KA	Georg Lemmer war Posthaupteinsekretär. Keine Hinweise auf NS-Mitgliedschaften.

1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Feußner	Herbert	KA-Mitglied	Herbert Feußner war Amtmann und in den Jahren 1937 – 1942 in der Hitlerjugend. Ab dem 1.1.1945 war er außerdem in der Kriegsmarine. Im Entnazifizierungsverfahren wurde er als nicht belastet eingestuft. Eine Mitgliedschaft in der NSDAP wurde nicht festgestellt.
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Kunze	Heinz	Kreistagsabgeordneter/ KA-Mitglied	Heinz Kunze war Personalleiter und in den Jahren 1933 – 1943 in der Hitlerjugend als Gefolgschaftsführer aktiv. 1943 trat er der NSDAP bei, angeblich durch „Überweisung“ der Hitlerjugend an die NSDAP. Eine Entnazifizierungsakte mit Angaben Kunzes liegt vor, eine Entscheidung der Spruchkammer konnte jedoch nicht ermittelt werden.
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Stöber	Rudolf	KA-Mitglied	Für mehr Informationen siehe „Kreis Marburg“.

## 6.5 Landräte

### 6.5.1 Landrat Friedrich Bachmann

Friedrich Bachmann wurde am 29. Juni 1884 in Niederurff, Kreis Fritzlar, als Sohn eines Pastors geboren. Er besuchte zunächst die Dorfschulen in Niederurff und Hebel und wechselte dann auf das Friedrichs-Gymnasium in Kassel. Nach Abschluss des Gymnasiums studierte er sechs Semester Jura in Marburg und Halle. Nachdem Bachmann das Staatsexamen bestanden, die Referendarzeit erfolgreich abgeschlossen und von 1910 bis 1919 als Militärrichter tätig gewesen war, wurde er 1919 Regierungsrat im preußischen Finanzministerium. Später war er im Innenministerium tätig. Im Jahr 1927 ernannte man ihn zum Ministerialdirigenten und stellvertretenden Bevollmächtigten Preußens im Reichsrat.<sup>167</sup> Nach dem „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932, bei dem die preußische Regierung durch einen Staatsstreich der Reichsregierung von Papen abgesetzt und durch einen Reichskommissar ersetzt wurde<sup>168</sup>, setzte die Regierung Friedrich Bachmann im Oktober 1932 als Regierungspräsident in Erfurt ein. Es besteht vermutlich ein Zusammenhang zwischen der Übernahme dieses Postens und dem Putsch der Reichsregierung. Angeblich galt Bachmann als Anhänger der Deutschnationalen.<sup>169</sup> Er selbst hat sich allerdings im Entnazifizierungsverfahren am 12.7.1946 als Mitglied der Deutschen Volkspartei und Leiter der Ortsgruppe Berlin-Steglitz bezeichnet und darauf verwiesen, er sei gegen die Stimmen der NSDAP „gewählt“ worden. Da Regierungspräsidenten weder damals noch heute „gewählt“ werden, kann das freilich so nicht ganz stimmen.

Am 1. Mai 1933 trat Bachmann mit der Mitgliedsnummer 3067282 in die NSDAP ein.<sup>170</sup> Gleichzeitig wurde er auch Mitglied der SA. Zur Begründung hat er im Entnazifizierungsverfahren angegeben, als Beamter in so gehobener Stellung sei er gezwungen gewesen, die Verbindung zur NSDAP zu suchen. Zwischen ihm und der NSDAP sei es jedoch bald zu Differenzen gekommen, die sich u.a. an der von ihm betriebenen strafrechtlichen Verurteilung eines NS-Kreisleiters festgemacht hätten. Im Oktober 1934 sei er sogar aus NSDAP und SA ausgeschlossen worden. Er blieb gleichwohl Regierungspräsident in Erfurt bis zum 4. Januar 1935 und wurde dann in gleicher Funktion nach Schneidemühl in die Grenzmark zu Posen-Westpreußen versetzt. Nach seinen Angaben war dies eine „Strafversetzung“, die auf Veranlassung des Gauleiters erfolgt sein soll. Erst 1939 sei er vom Innenministerium wieder als NSDAP-Mitglied „angemeldet“ worden, was angesichts der im Nationalsozialismus geübten Praxis bei Mitgliederaufnahmen ebenso ungewöhnlich wäre (vgl. Kapitel 3) wie der Umstand, dass in der NS-Zeit ein Regierungspräsident aus der Partei ausgeschlossen worden sein soll, ohne zugleich seine herausgehobene Position zu verlieren. Hierzu hat Bachmann angegeben, dass sein Verbleib im preußi-

---

<sup>167</sup> vgl. online: [http://www.hlt.de/fileadmin/user\\_upload/60\\_Jahre\\_HLT.pdf](http://www.hlt.de/fileadmin/user_upload/60_Jahre_HLT.pdf).

<sup>168</sup> vgl. online: <http://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fenschlag>.

<sup>169</sup> vgl. online: [http://www.hlt.de/fileadmin/user\\_upload/60\\_Jahre\\_HLT.pdf](http://www.hlt.de/fileadmin/user_upload/60_Jahre_HLT.pdf).

<sup>170</sup> Bundesarchiv Berlin, Zentralkartei A 0037, Dezentrale Kartei A 0053.

schen Staatsdienst ausschließlich seinen guten Beziehungen zur preußischen Ministerialbürokratie zu verdanken gewesen sei.

Im September 1939 versetzte man ihn ins schlesische Liegnitz, wo wieder Differenzen zur NSDAP aufgetaucht seien, in deren Konsequenz Gauleiter Hanke ihm mit Verhaftung gedroht habe. Bei seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand im Februar 1942 und in den „Wartestand“ am 7. Juni 1942 sollen sein „Eintreten für die Juden“ und die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche eine zentrale Rolle gespielt haben.<sup>171</sup> Außerdem habe er frühere SPD-Beamte in seinem Umfeld gestützt.

Danach war er als Major in der Wehrmacht tätig. Am 26. Juli 1944 wurde er in den Ruhestand versetzt. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er am 1.8.1944 in Haft genommen.<sup>172</sup> Diese Inhaftierung ist vom Reichssicherheitshauptamt angeordnet und von der Geheimen Feldpolizei durchgeführt worden. Anhaltspunkte für eine Beteiligung an Planung und Durchführung des 20. Juli oder für eine Mitwirkung in Widerstandsgruppen finden sich nicht. In seinem Entnazifizierungsverfahren hat Bachmann allerdings von einer mittelbaren Mitwisserschaft im Blick auf das Attentat gesprochen: Ein Oberst Finck, der ein Freund des Graf Stauffenberg war, habe ihn schon 1943 über entsprechende Pläne unterrichtet.

Tatsächlich blieb er bis zum 12.1.1945 im Gestapo-Keller Berlin inhaftiert. Nach seiner Entlassung ist er „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ in die Festung Küstrin überstellt worden. Von dort aus wurden die Häftlinge im Frühjahr 1945 an den Bodensee verbracht, wo er Ende April 1945 von französischen Truppen befreit und in Kriegsgefangenschaft genommen worden ist.

Er wurde Landrat im Kreis Biedenkopf, nachdem der zunächst eingesetzte Friedrich Reinemann um Entlassung gebeten hatte, die mit Wirkung vom 18.10.1946 auch verfügt wurde. Am 23. Oktober 1946 kam es zu einer Kampfabstimmung zwischen Bachmann und Eugen Weigel, die Bachmann mit 13 zu 11 Stimmen gewann. Es lässt sich nicht genau feststellen, ob er zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglied in der CDU war. Später war er es mit Sicherheit. Mit Schreiben vom 27.12.1946 erteilte ihm die amerikanische Militärregierung die Genehmigung für seine Tätigkeit als Landrat.

Am 2. Januar 1948 wurde Bachmann auf Vorschlag der CDU einstimmig vom Kreistag wiedergewählt. Im Jahr 1954 wurde er ohne Gegenkandidat mit 27:2 Stimmen als Landrat bestätigt. Bachmann blieb bis Ende 1958 im Amt. In seiner Zeit als Landrat war er u. a. auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Landkreise. Am 2. Februar 1959 wurde er im Royaltheater Biedenkopf offiziell verabschiedet und bekam einen wertvollen Teppich geschenkt. Am Tag nach seiner Verabschiedung bezeichnete ihn der Hin-

---

<sup>171</sup> Vgl. HHStAW Bestand 520, KW Nr. 2, K 473

<sup>172</sup> ebenda

terländer Anzeiger als „der letzte Preuße“ und „Vater des Hinterlandes“.<sup>173</sup> Zu seinem 70. Geburtstag 1954 hatte ihn der HA bereits als „Mann, der stets mutig für Recht und Gesetz eingetreten ist“, charakterisiert (HA vom 29.6.1954). Er wurde mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Zwar können einige der von Bachmann im Entnazifizierungsverfahren gemachten Angaben nach heutigem Kenntnisstand als zweifelhaft gelten. Nicht zu zweifeln ist jedoch daran, dass er aus politischen Gründen 1944 in Haft genommen wurde und auch zuvor schon als „politisch unzuverlässig“ galt. Dies wird nicht zuletzt durch ein Schreiben von Staatssekretär Stuckart belegt, in dem Bachmann am 4.4.1944 mitgeteilt wurde, dass es dem Innenminister und Reichsführer SS Heinrich Himmler nach Überprüfung seiner Amtsführung unmöglich erscheine, „Sie im Bereich der allgemeinen und inneren Verwaltung jemals wieder zu verwenden“.<sup>174</sup> Demnach ist davon auszugehen, dass der den „Preußenschlag“ wohl befürwortende, „national“ gesinnte Bachmann zwar zur großen Gruppe der „Märzgefallenen“ zu rechnen ist, die aus Karrieregründen 1933 zur NSDAP strömten, aber in seiner Amtsführung tatsächlich früher oder später in Konflikte mit Gau- und Kreisleitern der Partei geriet. Auch wenn seine Darstellung von Ausschluss und Wiedereintritt in die NSDAP im Detail nicht immer ganz zutreffend sein sollte, steht doch fest, dass er bald als Kritiker und schließlich als Gegner des Systems anzusehen war, was ihm monatelange Haft eingetragen hat. Die Spruchkammer Waldeck in Korbach hat ihn am 12.7.1946 auch als „entlastet“ eingestuft.

Erstaunlicherweise ist von seiner Karriere in der Zeit des Nationalsozialismus während seiner Zeit als Landrat ebenso wenig jemals die Rede gewesen wie von seiner Inhaftierung. Die vorliegenden Zeitungsberichte, die über ihn, seinen Lebensweg und seine Leistungen anlässlich seines 70. Geburtstags wie auch von seiner Verabschiedung erschienen sind, schweigen das weitgehend aus und beschränken sich auf die Aufzählung von Funktionen und Jahreszahlen. So, als sei es ganz selbstverständlich, dass ein Regierungspräsident aus der NS-Zeit nach 1945 Landrat werden konnte. Und nicht weiter erwähnenswert, dass er monatelang im Gestapo-Keller einsaß.

Bachmann galt allgemein als guter Verwaltungsfachmann und „Respektsperson“. Er verstarb am 14. März 1961 in Kassel.<sup>175</sup>

---

<sup>173</sup> HA vom 3.2.1959

<sup>174</sup> Vgl. HHStAW Bestand 520, KW Nr. 2, K473, Entnazifizierungsakte Bachmann

<sup>175</sup> vgl. Ondine [http://www.hlt.de/fileadmin/user\\_upload/60\\_Jahre\\_HLT.pdf](http://www.hlt.de/fileadmin/user_upload/60_Jahre_HLT.pdf); vgl. Auch HStAM, Bestand 180

Name *Bachmann Friedrich*  
G. D. *29. 6. 84* Ort *Niederwies*  
Stand *Reizg.*  
Mitgl.-Nr. **3067282** Eingetr. **1.5.33**  
Ausgetr. *Dr. H. G. 11. 11. 11*  
Wiedereingetr. *p. H. R. 11. 11. 11*  
Wohnung *Erfurt* *Reizg. 11. 11. 11*  
D. Gr. *Erfurt* **Schüringen**  
Wohnung *1. 1. 11* *11. 11. 11*  
D. Gr. *Schüringen* *Pommern*  
Wohnung *1. 1. 11* *11. 11. 11*  
D. Gr. *Siegnitz* *Sachsen*

Abbildung 7: Mitgliedskarte der NSDAP von Friedrich Bachmann

### 6.5.2 Landrat Siegfried Sorge

Siegfried Sorge wurde am 5. Februar 1917 in Lebus geboren. Er besuchte das humanistische Friedrichsgymnasium in Frankfurt (Oder). Zu einer Parteimitgliedschaft in der NSDAP oder Mitgliedschaften in anderen NS-Organisationen wurde nichts gefunden. Auch nachdem Hinweise zu uns gedrungen waren, dass Sorge angeblich eine Namensänderung vorgenommen haben soll, haben sich bei weiteren Recherchen keine neuen Ergebnisse gefunden.

Nach dem zweiten Weltkrieg studierte er Jura und Volkswirtschaft in Marburg und promovierte am 19. Dezember 1951 zum Dr. jur. Das Thema seiner Dissertation lautete: „Die Rechtsstellung des Betriebsrates nach dem Hessischen Betriebsrätegesetz“. Er war Referent im Hessischen Innenministerium in Wiesbaden von Mai 1954 bis 1959. Am 1. Februar 1959 übernahm er das Amt des Landrates im Landkreis Biedenkopf als Nachfolger von Friedrich Bachmann – nach einer gewonnenen Kampfabstimmung gegen den späteren langjährigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Erich Nassauer, der als „alter Kämpfer“ in dieser Studie auftaucht. Bis zur Auflösung des Kreises Biedenkopf im Jahre 1974 behielt er das Amt. Auch im neugegründeten Landkreis Marburg-Biedenkopf wurde er Landrat und blieb es bis Juni 1981.<sup>176</sup>

<sup>176</sup> vgl. online [http://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried\\_Sorge](http://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Sorge)



### 6.5.3 Landrat August Eckel

August Eckel wurde am 16. Februar 1896 in Willersdorf geboren. Nach dem Besuch des Frankenberger Gymnasiums studierte er in Marburg und Frankfurt Volkswirtschaft und Staatswissenschaft. Von 1919 bis 1926 war er als Volksschullehrer tätig, danach bis 1933 als Diplom-Handelslehrer. Dabei brachte er es bis zum Leiter der Marburger Berufsschule. Eckel war in den Jahren 1929 bis 1933 als Vorsitzender der Ortsgruppe der SPD ein bekannter Repräsentant der Sozialdemokratie. Am 1. Juli 1940 ist er mit der Mitgliedsnummer 8137933 in die NSDAP aufgenommen worden.<sup>177</sup> Im Spruchkammerverfahren soll entschieden worden sein, dass er vom Gesetz nicht betroffen sei. Eine Akte darüber wurde nicht gefunden. Auch seine Personalakte enthält keine entsprechenden Angaben.

Nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler wurde August Eckel von den Nationalsozialisten für sechs Wochen in „Schutzhaft“ genommen. Gleichzeitig wurde er wie alle bekannten Sozialdemokraten nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ am 18.9.1933 als Lehrer entlassen – bei Fortzahlung der Bezüge bis zum Jahresende. Nach dem Bescheid über Wiedergutmachungszahlungen von 1955 sind danach offenbar gekürzte Versorgungsbezüge gezahlt worden.

In den folgenden Jahren hat Eckel verschiedene Tätigkeiten ausgeübt, u.a. hat er zeitweise als Büroangestellter gearbeitet und über private Nachhilfestunden den Lebensunterhalt der Familie aufgebessert. 1943 wurde er als Handelslehrer wiedereingestellt, aber nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 im September wie andere bekannte SPD-Mitglieder verhaftet. Er musste sechs Wochen im Konzentrationslager Sachsenhausen verbringen.

Angesichts dieses für bekanntere Sozialdemokraten in jener Zeit nicht untypischen Schicksals muss die Entdeckung überraschen, dass Eckel 1940 Mitglied der NSDAP geworden ist. Diese Mitgliedschaft hat er im Entnazifizierungsverfahren ebenso verschwiegen wie in seinen eigenen biographischen Angaben bei der Bewerbung zum Landrat und dem entsprechenden Lebenslauf. Hier ist nur von der vergleichsweise harmlosen Mitgliedschaft in der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ die Rede.

August Eckel wurde am 25. Oktober 1945 zunächst kommissarisch Landrat des Landkreises Marburg, weil der zuvor eingesetzte Landrat von Boxberger aus Krankheitsgründen vom Dienst entbunden werden musste. Am 14. Juni 1946 ist er dann vom Kreistag Marburg einstimmig – per Akklamation – zum Landrat gewählt und 1948, 1954 sowie 1960 wiedergewählt worden. Bei seiner ersten Wiederwahl 1948 setzte er sich mit 24:10 Stimmen gegen einen Herrn Schücking aus Rotenburg durch, der von LDP und NDP un-

---

<sup>177</sup> Bundesarchiv Berlin (ehemal. BDC), zentrale Mitgliederkartei Film-Nr. F 0097, dezentrale Mitgliederkartei Film-Nr. D 0062

terstützt wurde. 1960 erhielt er 30 von 33 abgegebenen Stimmen. Zum 30.6.1966 trat August Eckel in den Ruhestand; am 21. November 1978 ist er verstorben.

Eckels Hauptaufgaben lagen gemäß dieser Zeit im Wiederaufbau und bei der Integration von 25.000 Heimatvertriebenen. Ihm wird ein wesentlicher Anteil daran zugeschrieben, dass aus dem Dorf Allendorf eine Industriestadt wurde. Von 1946-1966 war er auch Vorstand der Kreissparkasse, von 1955-1966 Vorstandsmitglied der Mittelhessischen Wasserwerke.<sup>178</sup>

Bis heute ist niemand davon ausgegangen, dass August Eckel in der NSDAP gewesen sein könnte, weil seine Biographie ansonsten eine klare Opposition zum Nationalsozialismus zum Ausdruck bringt. Deshalb haben wir gerade diesen Fall besonders gründlich behandelt. Es ist jedoch kein Zweifel möglich, dass es sich bei dem in beiden NSDAP-Mitgliederkarteien gefundenen August Eckel um den späteren Marburger Landrat handelt.

Name: Eckel August	Wohnung: M. Orleansstr. 5
Geborene: Hand.Ob.Lehr.	Ortsgr.: Marburg Gau: Kurheffen
Geb.-Datum: 16.2.55	Monatsmeldg. Gau: Mt. Bl.
Geb.-Ort: Willersdorf	Lt. RL./ vom
Mitgl.-Nr.: 8137933	Wohnung: Ortsgr.: Gau:
Aufn.-J. 1.5.1940	Monatsmeldg. Gau: Mt. Bl.
Aufnahme beantragt am: 12.6.40.	Lt. RL./ vom
Wiederaufn. beantragt am: genehm.:	Wohnung: Ortsgr.: Gau:
Austritt: .....	Monatsmeldg. Gau: Mt. Bl.
Gelöscht: .....	Lt. RL./ vom
Ausschluss: .....	Wohnung: Ortsgr.: Gau:
Aufgehoben: .....	Monatsmeldg. Gau: Mt. Bl.
Gestrichen wegen: .....	Lt. RL./ vom
Zurückgenommen: .....	Wohnung: Ortsgr.: Gau:
Abgang zur Wehrmacht: .....	Monatsmeldg. Gau: Mt. Bl.
Zugang von Wehrmacht: .....	Lt. RL./ vom
Gestorben: .....	Wohnung: Ortsgr.: Gau:
Bemerkungen: .....	

Abbildung 8: Mitgliedskarte der NSDAP von August Eckel (Seite 1)

<sup>178</sup> Hans Huber, Landrat August Eckel, in: Jahrbuch des Landkreis Marburg-Biedenkopf 1979, Marburg 1979, S. 39-41

Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. .... Bl. ....  
Lt. RL./..... vom .....

Wohnung: .....

Ortsgr.: ..... Gau: .....

Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. .... Bl. ....  
Lt. RL./..... vom .....

Wohnung: .....

Ortsgr.: ..... Gau: .....

Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. .... Bl. ....  
Lt. RL./..... vom .....

Wohnung: .....

Ortsgr.: ..... Gau: .....

Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. .... Bl. ....  
Lt. RL./..... vom .....

Wohnung: .....

Ortsgr.: ..... Gau: .....

Mitgliedskarte ausgestellt am: 30. APRIL 1941

1. Mitgl.-Buch ausgest. am: .....  
Laufsch. Nr. .... Gau: .....

2. Mitgl.-Buch ausgest. am: .....  
Laufsch. Nr. .... Gau: .....

Verwarnung m. Aemteraberkennung auf: .....  
Laut: .....

Registratur-Vorgang:			
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....

Abbildung 9: Mitgliedskarte der NSDAP von August Eckel (Seite 2)

Über die Motive für diesen NSDAP-Beitritt kann man nur Vermutungen anstellen. Auch Gespräche mit überraschten Angehörigen haben hier keine nähere Aufklärung bringen können. Eckel hat darüber offenbar nie gesprochen.

## 6.6 Bürgermeister in der NSDAP mit einer Funktion in der Kreispolitik

In der Zeit von 1946 bis 1997 gehörten mindestens 73 Personen dem Kreistag oder Kreisausschuss der Landkreise Marburg, Biedenkopf oder Marburg-Biedenkopf an, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind und auch das Amt eines Bürgermeisters innehatten.

Von diesen überprüften Bürgermeistern waren vier ausschließlich in der HJ.

Die nachfolgende Auswertung bezieht sich jedoch lediglich auf die Bürgermeister, die nachweislich Mitglied der NSDAP waren. Das sind 21 Personen. Bei ihnen ist zu differenzieren, ob sie ihr Amt zwischen 1933-1945 oder nach 1945 ausgeübt haben. In drei Fällen waren die betroffenen Personen sowohl zwischen 1933-1945 als auch nach 1945 Bürgermeister.

### Amtszeit als Bürgermeister zwischen 1933-1945

Name	Vorname	Geburtsdatum	Partei	Bürgermeister in	Amtszeit
Cloos	Martin	16.10.1901	CDU	Moischt	1941-1945 <sup>179</sup>
Damm	Ludwig	11.09.1884	Dem. Arbeitsgemeinschaft	Holzhausen	1924-1945 <sup>180</sup>
Rau	Heinrich	14.12.1885	CDU	Lohra	1915-1945 <sup>181</sup>
Reitz I.	Heinrich	02.07.1895	Dem. Arbeitsgemeinschaft	Kleingladenbach	1943-1945
Riemenschneider	Johannes	02.05.1895	FDP	Münchhausen	1933-1945 <sup>182</sup>

<sup>179</sup> Seelig, Hartmut (Hrsg.), Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 63, Moischt – Vergangenes und Gegenwärtiges, 1998, S. 78.

<sup>180</sup> Auskunft der Gemeindeverwaltung Dautphetal per E-Mail am 13.05.2013.

<sup>181</sup> Lohra-Wiki, Stichwort „Familiename Rau“, abgerufen am 08.05.2013, 14:36 Uhr (online): [http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=Rau\\_Heinrich](http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=Rau_Heinrich).

<sup>182</sup> Auskunft der Gemeindeverwaltung Münchhausen per Telefon am 08.05.2013.

## Amtszeit als Bürgermeister nach 1945

Name	Vorname	Geburtsdatum	Partei	Bürgermeister in	Amtszeit
Achenbach	August	21.7.1892	LDP	Wallau	1949-1962
Achenbach	Walter	14.09.1924	SPD/FWG	Achenbach	1966-1974
Buckler	Jakob	14.02.1914	SPD	Wehrda	1948-1974
Burk	Johannes	19.03.1896	CDU	Sinkershausen	1949-1964
Cloos	Martin	16.10.1901	CDU	Moischt	1952-1972 <sup>183</sup>
Damm	Ludwig	11.09.1884	Dem. Arbeitsgemeinschaft	Holzhausen	1949-1956 <sup>184</sup>
Gaul	Konrad	06.05.1913	SPD	Lohra	1952-1976 <sup>185</sup>
Gerlach	Wilhelm	07.09.1897	SPD	Niederweimar	27.11.1956-31.1.1969 <sup>186</sup>
Grebe	Heinrich	15.07.1925	SPD	Buchenau	1967-1974 <sup>187</sup>
Mergel	Adam	31.08.1905	SPD	Wolferode	1946-1964
Rau	Heinrich	14.12.1885	CDU	Lohra	1948-23.6.1952 <sup>188</sup>
Scheld	Philipp	17.08.1894	SPD	Weidenhausen	1945-1966 <sup>189</sup>
Schmidt	Karl	19.11.1903	SPD	Gönnern	1945-1952
Schneider	Heinrich	09.10.1912	FWG/SPD	Damshausen	1960-1972
Schwerdt	Kurt	22.12.1919	FDP	Biedenkopf	1954-1972 <sup>190</sup>

<sup>183</sup> Seelig, Hartmut (Hrsg.), Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 63, Moischt – Vergangenes und Gegenwärtiges, 1998, S. 78

<sup>184</sup> Auskunft der Gemeindeverwaltung Dautphetal per E-Mail am 13.05.2013.

<sup>185</sup> Lohra-Wiki, Stichwort „Bürgermeister“, abgerufen am 23.05.2013, 11:42 Uhr (online): <http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=B%C3%BCrgermeister>.

<sup>186</sup> Auskunft der Gemeindeverwaltung Weimar (Lahn) per Telefon am 15.05.2013.

<sup>187</sup> Wikipedia, Stichwort „Bürgermeister von Dautphetal“, abgerufen am 08.05.2013, 15:02 Uhr (online): [http://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_B%C3%BCrgermeister\\_von\\_Dautphetal#B.C3.BCgermeister\\_zwischen\\_182\\_1\\_und\\_1974](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_B%C3%BCrgermeister_von_Dautphetal#B.C3.BCgermeister_zwischen_182_1_und_1974).

<sup>188</sup> Lohra-Wiki, Stichwort „Familiennamen Rau“, abgerufen am 08.05.2013, 14:36 Uhr (online): [http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=Rau\\_Heinrich](http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=Rau_Heinrich).

<sup>189</sup> Stadt Gladenbach, „Unser Stadtteil Weidenhausen“, abgerufen am 08.05.2013, 15:15 Uhr (online): <http://www.stadt-gladenbach.de/weiden/weiden.htm>.

<sup>190</sup> Wikipedia, Stichwort „Bürgermeister Biedenkopf“, abgerufen am 08.05.2013, 14:42 Uhr (online): <http://de.wikipedia.org/wiki/Biedenkopf#B.C3.BCgermeister>.

Seibel	Albert	11.12.1919	FWG	Breidenstein	1950-1974, OV bis 1985
Seibel	Daniel	05.04.1920	FWG	Wenkbach	6/48-9/48
Waldschmidt	Karl	24.09.1913	CDU	Gladenbach	1951-1978 <sup>191</sup>
Werner	Karl	25.05.1890	Landvolk	Hommertshausen	1945-1948

Nachfolgend werden alle früheren NSDAP-Mitglieder mit der Gesamtzahl von 73 Bürgermeister, die vor dem Stichtag geboren sind und eine Funktion in der Kreispolitik hatten, ins Verhältnis gesetzt. Dabei wird unterschieden, ob die Bürgermeister ihre Amtszeit zwischen 1933-1945 bzw. nach 1945 innehatten. (6,8 bzw. 26,0%)

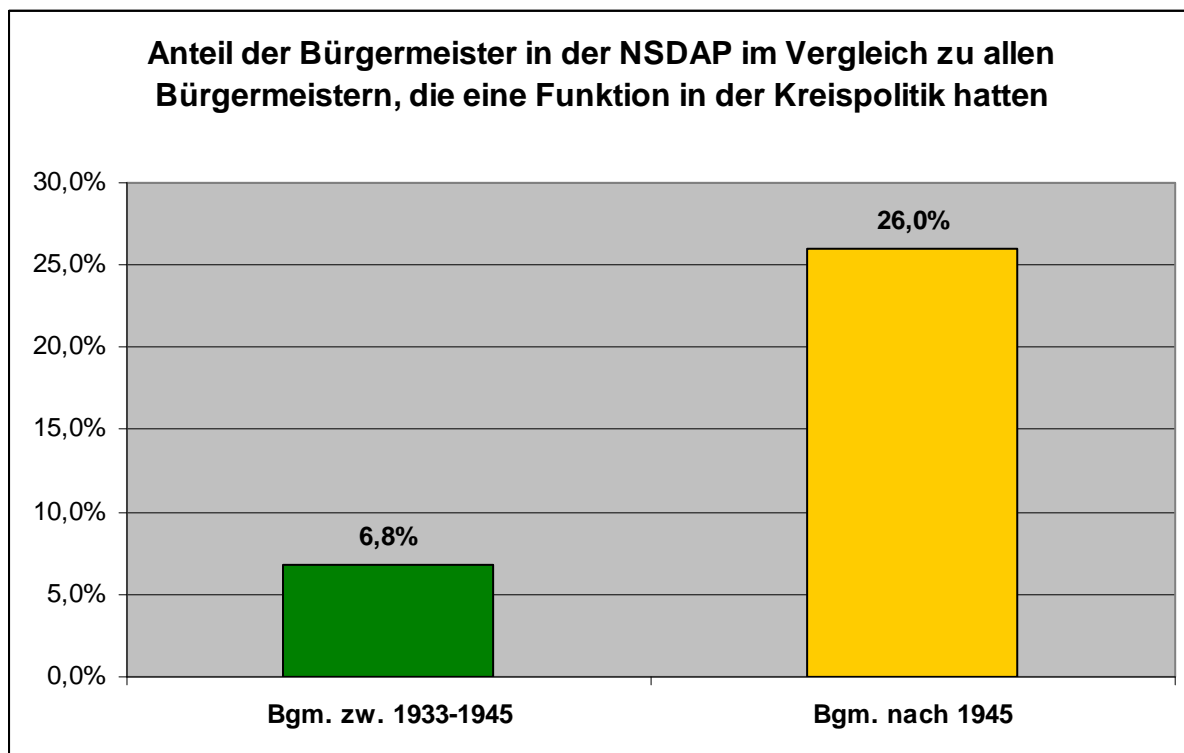


Abbildung 10: Anteil der Bürgermeister in der NSDAP im Vergleich zu allen Bürgermeistern, die eine Funktion in der Kreispolitik hatten

<sup>191</sup> Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Biedenkopf e.V. – Ortsvereinigung Gladenbach, abgerufen am 23.05.2013, 11:23 Uhr (online):[http://www.drk-gladenbach.de/webseiten/2012\\_geschichte.html](http://www.drk-gladenbach.de/webseiten/2012_geschichte.html).

## 6.7 Besondere Fälle

Außer den beiden Landräten, denen wir einen besonderen Abschnitt gewidmet haben, sind auch einige andere Funktionsträger im Rahmen dieser Untersuchung besonders erwähnenswert. Entweder wegen der herausgehobenen politischen Rolle, die sie etwa als Bürgermeister trotz ihrer NS-Mitgliedschaft nach 1945 gespielt haben oder dadurch, dass ihre NS-Belastung über das ansonsten verbreitete Ausmaß hinausging. Aufgenommen haben wir auch besonders interessante Entnazifizierungsverfahren.

### 6.7.1 Karl Waldschmidt, geb. am 24.09.1913 (CDU)

Karl Waldschmidt war NSDAP- Mitglied seit dem 01.8.1932. In der Mitgliederkartei wurde er unter der Mitgliedsnummer 1276333 geführt.<sup>192</sup> Am 01.10.1932 trat er als Volontär in die Stadtverwaltung Gladenbach ein. Vom 01.04.1933 bis zum 30.09.1934 war er als Verwaltungslehrling tätig, dann bis 31.05.1939 als Verwaltungsgehilfe. Auf beharrliches Drängen des damaligen Bürgermeisters Jäger, der darüber eine längere Korrespondenz mit dem Regierungspräsidenten geführt hat, wurde Waldschmidt zum 01.06.1939 als „außerplanmäßiger Beamter“ eingestellt, was bei Städten und Gemeinden dieser Größenordnung damals ungewöhnlich war. Am 24.9.1940 erfolgte seine Berufung ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. In der Stadtverwaltung war er als Stadtsekretär u. a. für Polizeianglegenheiten zuständig.

1939 wurde er zur Wehrmacht einberufen, wo er es zum Unteroffizier brachte. Der Antrag von Bürgermeister Jäger auf eine uk-Stellung von Waldschmidt wurde abgelehnt. Dieser erhielt jedoch Gelegenheit, während des Krieges zwei Verwaltungsprüfungen abzulegen. Nach dem Ende des Krieges befand er sich bis Anfang 1950 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Die eingerichtete Stelle eines verbeamteten Stadtsekretärs wurde durch Beschluss des Magistrats vom 16.02.1950 wieder abgeschafft. Zur Begründung wird ausgeführt: „Es unterliegt keinem Zweifel, dass der ‚Obersturmführer Jäger‘ einem alten Parteigenossen und Angehörigen seines Sturmes damit eine sichere Position als Beamter auf Lebenszeit auf Kosten der Stadt schaffen wollte und die Stelle nur aus politischen Motiven übertragen hat“.<sup>193</sup>

Am 04.01.1950 war Waldschmidt aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden und kurz darauf nach Gladenbach zurückgekehrt – wo die von ihm in der NS-Zeit versehene Stelle nun nicht mehr existierte. Mitte 1950 wurde er dann als Angestellter der Stadt Gla-

---

<sup>192</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei: BAArch (ehem. BDC) SSO, Waldschmidt, Karl, 24.09.1913

<sup>193</sup> Der Magistratsbeschluss ist in der Stadtverwaltung Gladenbach am 13.05.2013 eingesehen worden.

denbach eingestellt. Bei dieser (Wieder)Einstellung musste er auf alle Ansprüche verzichten, die ihm aus seiner früheren Beamtenstellung zugestanden hätten.

Nach dem Tod von Bürgermeister Ernst Leinbach, auf dessen Initiative die Abschaffung „seiner“ Beamtenstelle zurückging, wurde Waldschmidt in einer heftig umkämpften Wahl im Juli 1951 zum Bürgermeister gewählt. Der Gegenkandidat Riemenschneider unterlag in der Stichwahl nur äußerst knapp (7:8). Um das Zustandekommen dieser Abstimmungsmehrheit ranken sich bis heute Gerüchte und Anschuldigungen.

1953 wurden durch einen in der Stadtverwaltung Gladenbach auftauchenden Fritz Rehm aus Düsseldorf schwere Vorwürfe gegen Waldschmidt erhoben. Er sei für Misshandlungen an Mithäftlingen im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Pereweluki verantwortlich gewesen. Diese Anschuldigungen wurden u.a. auch durch den früheren Gegenkandidaten Riemenschneider weiter verbreitet. Daraufhin erhob Waldschmidt Klage gegen Rehm und Riemenschneider und gewann das öffentlich viel beachtete Verfahren<sup>194</sup>. In der Folge wurde Riemenschneider entlassen und hatte große Probleme, wieder eine neue Stelle zu finden<sup>195</sup>

Ungeklärt blieb für eine Weile, ob das Beschäftigungsverhältnis zwischen 1945 und 1950 weiterbestanden habe oder nicht. Unter Berufung auf die 131er-Regelung von 1951 wurde schließlich entschieden, dass das Beamtenverhältnis in den Jahren 1945-1950 weiterbestanden habe, Waldschmidt also entsprechende Ansprüche geltend machen könne.

Viel brisanter als diese Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre ist freilich, dass im Zentralarchiv des Bundesarchivs in Berlin, Bestand SS-Untergeführer und Mannschaften, ein Schriftstück zu finden ist, aus dem hervorgeht, dass ein am 24.09.1913 in Gladenbach geborener Karl Waldschmidt am 07.08.1938 mit der Musterungsnummer 5024 eine Musterung bei der SS absolviert hat. In der Rubrik „aufnehmende SS-Einheit“ ist vermerkt „Geh.Stapo“, was eindeutig als Geheime Staatspolizei zu identifizieren ist. Weitere Hinweise auf eine Tätigkeit Waldschmidts in der Gestapo oder eine SS-Mitgliedschaft konnten allerdings nicht aufgefunden werden. Allenfalls seine Zuständigkeit für Polizeiangelegenheiten könnte Anhaltspunkte für eine Verbindung zu seiner damaligen Tätigkeit in der Stadtverwaltung liefern. Auch ein längeres Gespräch mit dem Experten für SS-Akten im Bundesarchiv Berlin, Herrn Möser, am 17.6.2013 hat keine letzte Sicherheit gebracht. An der Authentizität des Schriftstücks bestehen freilich keine Zweifel.

Waldschmidt wurde in den Jahren 1957, 1963 und 1974 erneut gewählt. Die Wahl 1974 erfolgte mit 21 Ja-Stimmen bei 14 Enthaltungen. Inzwischen war der lange parteilose Bürgermeister der CDU beigetreten, die er dann auch nach 1974 im Kreistag Marburg-Biedenkopf vertrat. Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.1978

---

<sup>194</sup> Vgl. Oberhessische Presse und Hinterländer Anzeiger vom 23.7.1954 „Bürgermeister Waldschmidt voll rehabilitiert“ sowie „Gladenbachs Bürgermeister rehabilitiert“; Vgl. auch Titelzeile des Salzböde-Kurier vom 24.7.1954

<sup>195</sup> Mitteilung von Hilde Riemenschneider am 15.5.2013



wurde Waldschmidt Ehrenbürger von Gladenbach und erhielt die Bezeichnung „Ehrenbürgermeister der Stadt Gladenbach“. Zudem wurden ihm die „Freiherr vom Stein-Plakette“ des hessischen Städte- und Gemeindebundes und 1971 die Ehrenplakette des Kreises Biedenkopf verliehen. .Am 14.5.1974 wurde er mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland geehrt.<sup>196</sup>1985 ist er verstorben.

---

<sup>196</sup> Huth, Karl: *Gladenbach – Eine Stadt im Wandel der Jahrhunderte*. Gladenbach, 1974.

Name *Waldschmidt* *Karl*  
G. D. *24. 9. 13* Ort *G*  
Stand *Wirt* *1. 8. 32.*  
Mitgl.-Nr. *1476333* Eingetr.  
Ausgetr.  
Wiedereingetr.  
Wohnung *G* *Bruckhuffstr. 3*  
D.-Gr. *Gleichenberg* Gau *Heff. Raff. Süd*  
Wohnung  
D.-Gr. Gau  
Wohnung  
D.-Gr. Gau

Abbildung 11: Mitgliedskarte der NSDAP von Karl Waldschmidt

Name *Waldschmidt* *Karl*  
Geb. Tag *24. 9. 13* Geburtsort *Gleichenberg*  
Beruf Religion *3* Geburtsjahr  
Musterungs-Nr. *5024*  
Aufnehmende W.-Einheit *Heff. Raff.*  
Datum: *1. 8. 38.*  
Mohnort *Gleichenberg* Straße  
frühere Formation: *NSD* W.H.: R.A.D.:  
Größe: Formel: *50 Km*  
V. T. / T. V. ja - nein M. A. erstellt: *8. 8. 38*

Abbildung 12: SS-Musterungsakte von Karl Waldschmidt <sup>197</sup>

<sup>197</sup> Zentralarchiv des Bundesarchivs (BDC), VBS 284, Filmmr. 6220009478

### **6.7.2. Ludwig Preiß, geb. am 25.7.1910 (FDP, FVP, DP, CDU)**

Ludwig Preiß stammte aus Leidenhofen, war Diplom-Landwirt und ist mit Wirkung vom 01.05.1937 in die NSDAP eingetreten. Geführt wurde er dort unter der Mitgliedsnummer 4139847<sup>198</sup>. Schon zuvor war er Mitglied im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Seit 1933 gehörte er dem studentischen SA-Sturm an. 1935 trat er der SS bei. Dort brachte er es zum Unterscharführer. Nach eigenen Angaben ist er aufgrund einer kritischen Einstellung zum Regime nach 1939 mit einem Disziplinarverfahren überzogen und zwangsweise von seinen Funktionen „beurlaubt“ worden. Sein Verbleib in der SS sollte nach dem Krieg geklärt werden. Für einen Ausschluss oder Austritt aus der NSDAP finden sich jedoch in den Akten keine Belege.

Preiß hatte nach dem Abschluss seines Landwirtschaftsstudiums 1935 die wissenschaftliche Laufbahn eingeschlagen und 1937 die Promotion abgeschlossen. Danach war er Assistent an der Universität Göttingen. Die Drucklegung seiner Dissertation ist wegen Verlassens der Grundlagen der NS-Agrarpolitik abgelehnt worden. Nach eigenen Angaben hat er auch durch seine Kritik an der Judenverfolgung Schwierigkeiten bekommen. Eine Chance auf Habilitierung habe es nicht gegeben; deshalb ist er als Agrarreferent in die Volkswirtschaftliche Abteilung der IG Farben gewechselt. Parallel zum SS-Beitritt war er aus der Kirche ausgetreten; 1939 trat er wieder ein.

Preiß wurde im schriftlichen Verfahren von der Spruchkammer Marburg-Land am 6.4.1948 in die Gruppe der Mitläufer eingestuft. Sie sah in ihm keinen überzeugten Nationalsozialisten. Er habe durch seine Mitgliedschaften lediglich versucht, die Voraussetzungen für die von ihm angestrebte Karriere zu schaffen. Der öffentliche Ankläger dagegen charakterisierte ihn als einen sehr ehrgeizigen jungen Mann, der sich nicht gescheut habe, zugunsten seiner Ambitionen auch mit dem NS-Regime zu paktieren. Tatsächlich kann man sich fragen, inwieweit aus seiner Kritik an Darres Vorstellungen vom Schutz des Bauerntums vor den Preisbildungsprozessen in einer Marktwirtschaft schon auf eine Kritik des NS-Systems geschlossen werden kann. Offensichtlich aber hat es Konflikte gegeben, die dafür gesorgt haben, dass Preiss erst mit Verspätung Offizier werden konnte.

Nach 1945 wurde er erneut als Landwirt tätig, von 1951 bis 1953 war er Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Marburg-Kirchhain. Später betätigte er sich dort weiter im Vorstand. In der Zeit von 1949-1961 und 1964-1972 saß er für verschiedene Parteien im Deutschen Bundestag. 1949 trat er als Kandidat eines Bürgerblocks (FDP/DP) bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag gegen die Kandidaten von CDU und SPD an und gewann das Direktmandat. Erst nach seiner Nominierung ist er der FDP beigetreten. 1953 wurde er als FDP-Kandidat im Wahlkreis Marburg erneut direkt gewählt. Nach 1956

---

<sup>198</sup> Bundesarchiv Berlin, dezentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Preiß, Ludwig, 25.07.1910 Filmnr. R 0022. Vgl. auch die Entnazifizierungsakte HHStAW, ML Neuablage 91

widersetzte er sich der Mehrheit der FDP-Fraktion, die aus der Regierung Adenauer austrat, und gründete mit der unterlegenen Minderheit die "Freie Volkspartei" (FVP). Unter der Führung von Preiß formierte sich zur Kommunalwahl 1956 der "Wahlblock Marburg-Land", der ein Bündnis von FVP und DP mit einigen Mittelstandsgruppen darstellte. Bei der Bundestagswahl 1957 war Preiß der Kandidat der DP/FVP und wurde bereits von der CDU, die keinen eigenen Kandidaten stellte, unterstützt. Erneut errang er das Direktmandat. 1960 trat Preiß der CDU bei. In dieser Zeit zeichnete sich bereits ab, dass DP und FVP politisch gescheitert waren. 1961 kandidierte für die CDU, verlor aber diesmal den Wahlkreis knapp gegen Gerhard Jahn (SPD). Erst 1964 kam er als Nachrücker über die hessische CDU-Landesliste wieder in den Bundestag. 1965 aber gewann er den Wahlkreis Marburg erneut. 1969 und 1972 kam er schließlich über die Landesliste ins Bonner Parlament.<sup>199</sup> In den verschiedenen Handbüchern des Deutschen Bundestages hat Preiß keinerlei Angaben über seine NS-Mitgliedschaften gemacht. Er verstarb am 14.05.1996<sup>200</sup>.

Mitglieds Nr. 4139847	Zu- und Vorname Preiß Ludwig
Geboren 25.7.10	Ort Laidenlofen
Beruf Landwirt	Ledig, verheiratet, verw.
Eingetreten 1.5.37	
Ausgetreten	
Wiedereingetr.	
Wohnung id. 19/16 G. Göttingen Dr. 51. 10	Ortsgr. Göttingen Gau Sd. Hann. Dr.
Wohnung Berl. Pl. 5 39/26 ②	Ortsgr. Berlin Gau Berlin
Wohnung Pa. Begleit, Schlosspark 7	Ortsgr. Berlin Gau Berlin
Wohnung	Ortsgr. Gau
Wohnung	Ortsgr. Gau
Wohnung	Ortsgr. Gau
Wohnung	Ortsgr. Gau
Wohnung	Ortsgr. Gau
Wohnung	Ortsgr. Gau

Abbildung 13: Mitgliedskarte der NSDAP von Ludwig Preiß

### 6.7.2 Ludwig Cloos, geb. am 14.2.1896 (CDU)

Der Landwirt Ludwig Cloos aus Dreihausen gehört schon deshalb zu den besonders interessanten Fällen, weil wie bei seinem Cousin Martin Cloos umfangreiche Aktenbestände aus dem Entnazifizierungsverfahren vorliegen. Bis 1933 gehörte Cloos dem Gemeinderat Dreihausen an und war gleichzeitig Ortsbauernführer. Als Anhänger der Deutschnationa-

<sup>199</sup> Neusuess-Hunkel, Ermenhild: *Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945....*

<sup>200</sup> Vgl. Wikipedia.

len Volkspartei, Befürworter der Dolchstoßlegende und Mitglied des Stahlhelms galt er schon lange vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten als erklärter Gegner der Weimarer Republik. Trotz dieser Einstellung aber blieb sein Beitritt zur NSDAP aus.

Das Entnazifizierungsverfahren gestaltete sich mit 15 zum Teil eingehend angehörten Zeugen sehr aufwendig und kontrovers. Durch Aussagen, die Cloos als Wegbereiter des NS-Regimes darstellten, wurde er schwer belastet. Ihm wurde vorgeworfen, sich begeistert über die „Abschaffung der Judenrepublik“ geäußert und später „Fremdarbeiter“ geschlagen zu haben. Auch der Bürgermeister bestätigte, dass Cloos die Weimarer Demokratie entschieden bekämpft habe. Er sei nur deshalb nicht der NSDAP beigetreten, weil die persönliche Feindschaft zum Ortsgruppenleiter Lorch seine Karriere als Kreisbauernführer verhindert habe.

Er selbst stellte sich als Gegner des Nationalsozialismus dar und erhielt von anderen Zeugen auch Unterstützung. Er habe mit seinem Cousin, der früh der NSDAP beigetreten war, darüber gestritten. In Dreihausen wisse jeder, dass er ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen sei. Das Verfahren gegen ihn sei durch die SPD veranlasst worden. Seine Mitgliedschaft im „Stahlhelm“, der ja kollektiv in die SA überführt worden ist, begründete er damit, dass er versucht habe, mit einer Stahlhelmformation Widerstand gegen den Machtanspruch der Nationalsozialisten zu organisieren.

Die Spruchkammer Marburg erklärte Cloos schließlich am 9.1.1948 als „vom Gesetz nicht betroffen“ und stellte das Verfahren ein. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die feindliche Einstellung zum „demokratisch-sozialistischen Staat“ von Weimar noch keine Befürwortung des Nationalsozialismus darstelle.<sup>201</sup>

Ludwig Cloos war zum Zeitpunkt des Entnazifizierungsverfahrens bereits als Gründungsmitglied des Kreisverbands der CDU hervorgetreten. Von 1946-1948 und von 1952-1960 gehörte er dem Kreistag des Landkreises Marburg an. 1956 wurde er Bürgermeister der Gemeinde Dreihausen.

### **6.7.3 Martin Cloos, geb. am 16.10.1901 (CDU)**

Neben Ludwig Cloos gehört auch sein Vetter, der Landwirt Martin Cloos aus Moischt, zu den besonders interessanten Fällen. In seiner Heimatgemeinde verfügte er über erheblichen Einfluss und war durch seine Unterstützung des NS-Regimes für viele ein Vorbild. Am 01.12.1931 trat er im Alter von 30 Jahren der NSDAP bei (Mitgliedsnr. 813691) und übernahm die Funktion des Blockleiters. Später führte er auch die Aufgaben eines NSDAP-Zellenleiters aus. 1934 wurde er zum Ortsbauernführer ernannt. Er galt aufgrund seines großen und sehr erfolgreich geführten Muster-Hofes als „Bauer Nr.1“ im Kreis.<sup>202</sup>

<sup>201</sup> HHStAW, Bestand 520, ML Nr. 1909/46, K16

<sup>202</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Martin Cloos, 16.10.1901; HHStAW, Bestand 520, ML Neuablage Nr. 16, K133

Nach 1941 war er Bürgermeister seiner Heimatgemeinde.

Im Entnazifizierungsverfahren entsteht ein differenziertes Bild von Cloos. Einerseits wird er von Bürgermeister Schröder und vom damals bestehenden „politischen Ausschuss“ der Gemeinde erheblich belastet. Als Wortführer der NSDAP in der Gemeindevertretung sei er das Aushängeschild des NS-Regimes in der Gemeinde gewesen.

Andere Aussagen aber sprechen davon, dass er seine Ämter nie missbraucht und sich für den katholischen Pfarrer eingesetzt hätte. Nicht zuletzt habe er beim Kreisbauernführer durchgesetzt, dass die Frauen der eingezogenen Wehrmachtssoldaten ihre Pferde behalten und weiterhin in der Landwirtschaft einsetzen durften. Er habe oft Hilfsbereitschaft gezeigt und Kriegsgefangene gut behandelt.

Bei der Verkündung ihrer Einstufung spricht die Spruchkammer am 22.10.1947 ihr Bedauern darüber aus, dass angesichts der öffentlichen Rolle von Cloos eine niedrigere Einstufung als in die Stufe III der Minderbelasteten nicht in Betracht kommen könne. Unter ausdrücklichem Hinweis auf die Möglichkeit der Berufung wird ihm eine Bewährungszeit von zwei Jahren auferlegt, in der er ausschließlich untergeordnete Tätigkeiten ausüben, sich nicht politisch betätigen durfte und auch kein Wahlrecht besaß. Als Sühne musste er eine Zahlung von 3.000 Reichsmark leisten. Cloos ging dann aufgrund der seit 1948 veränderten Rechtslage in die Berufung und wurde im April 1948 von der Berufungskammer auf den Status des Mitläufers abgestuft, ohne dass gleichzeitig eine „offizielle“ Herabstufung auf Stufe IV vollzogen wurde. Dies sei nicht möglich, da Cloos in seiner Gemeinde als maßgeblicher Repräsentant des Nationalsozialismus gegolten habe. Cloos erreichte aber eine Verkürzung seiner Bewährungszeit.

Vergleicht man die Entnazifizierungsverfahren der Vettern Cloos, so werden die Stärken und Schwächen dieser Form von Entnazifizierung in der amerikanischen Zone deutlich. Trotz erheblicher Anschuldigungen gegen Ludwig Cloos wird sein Verfahren eingestellt, weil er zwar erklärter Gegner der Weimarer Republik, nicht aber NSDAP-Mitglied war, während das Parteimitglied Martin Cloos eine spürbare Bestrafung und einen nicht unerheblichen Eingriff in sein berufliches Leben hinnehmen musste.

Im Kreisausschuss des Landkreises Marburg ist Martin Cloos von 1956-1974 tätig gewesen. Gleichzeitig war er seit 1952 erneut Bürgermeister in Moischt.

#### **6.7.4 Emmerich Eberl, geb. am 28.12.1911 (Gesamtdeutscher Block)**

Emmerich Eberl wurde am 28.12.1911 in Prag geboren. Nach der Abtretung des Sudetengebietes an Deutschland im September 1938 trat er am 01.11.1938 der NSDAP (Mitgliedsnr. 6796670) bei. Dort war er Mitglied der Ortsgruppe Ober-Rosenthal im Sudetenland und als Referent für Altmaterialerfassung beim Reichsstatthalter im Sudetengau in Reichenberg tätig. Mit Erlass vom 12. August 1941 wurde er der Abteilung Preisbil-

derung und Preisüberwachung beim Generalkommissar in Riga (Lettland) zugewiesen. Sein Aufgabengebiet erstreckte sich dort u. a. auf die Leitung der Preisüberwachung, die Verhängung von Ordnungsstrafen und die ständige Vertretung des Abteilungsleiters. Es ist anzunehmen, dass Eberl durch diese Tätigkeit in Riga über die Grausamkeiten der deutschen Besatzungspolitik zumindest im Bilde war. Den Unterlagen aus dem Zentralarchiv in Berlin konnte außerdem ein „Entwurf zum Vorschlag einer Ernennung als Bezirksrat“ im Auftrag des Generalkommissars in Riga mit Datum vom 20. Juni 1942 entnommen werden. Eberl wird darin als sehr energisch und dienstefrig charakterisiert. Er leiste viele Überstunden und gelte als „alter Parteigenosse“. Eine besondere Eignung wird ihm u. a. für die Wirtschaftsführung und Propaganda bescheinigt.

Mit Datum vom 14. September 1942 wird er im Auftrag des Generalkommissars in Riga vom Dienst suspendiert. Dabei wird ihm vorgeworfen, mit vollen Koffern mehrfach in die Heimat gefahren und mit leeren Koffern zurückgekehrt zu sein. Damit die Grenzübertritte unbemerkt blieben, benutzte er verschiedene Grenzübertrittsstellen. Nachdem er im Oktober 1942 nach Deutschland entlassen worden ist, verliert sich seine Spur. Entnazifizierungsakten konnten nicht ermittelt werden.<sup>203</sup> Dem Kreistag des Landkreis Marburg gehörte er von 1956-1964 an und vertrat dort den „Gesamtdeutschen Block“. Darüber hinaus war er als Herausgeber des Teplitz-Schönauer-Anzeigers in Marburg tätig.<sup>204</sup> Er wohnte in Cappel.

---

<sup>203</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Emmerich Eberl, 28.12.1911.

<sup>204</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Teplitz-Sch%C3%B6nauer\\_Anzeiger](http://de.wikipedia.org/wiki/Teplitz-Sch%C3%B6nauer_Anzeiger).

Name: <u>Eberl</u>	Wohnung: <u>O.R. ad. Grotte</u>
Geborene: <u>Emmerich</u>	Ortsgr.: <u>Ober-Rosenthal</u> Gau: <u>Süd. Land</u>
Geb.-Datum: <u>28. 12. 11</u>	Monatsmeldg. Gau: <u>Süd. Land</u> Mt. <u>9.39</u> Bl. <u>168</u>
Geb.-Ort: <u>Prag</u>	Lt. RL./ vom
Mitgl.-Nr. <b>6796670</b> Aufnahme: <u>1. 11. 38</u>	Wohnung: <u>R. Graf. Jünglingsstr. 7</u>
Aufnahme beantragt am: <u>19. 12. 38</u>	Ortsgr.: <u>Prag</u> Gau: <u>Süd. Land</u>
Wiederaufn. beantragt am: ..... genehm.: .....	Monatsmeldg. Gau: <u>Süd. Land</u> Mt. <u>11.11</u> Bl. <u>225</u>
Austritt: .....	Lt. RL./ vom <u>18. 11. 38</u>
Gelöscht: .....	Wohnung: <u>de. Hts. Reinholdstr.</u>
Ausschluss: .....	Ortsgr.: <u>Prag</u> Gau: <u>Süd. Land</u>
Aufgehoben: .....	Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. ..... Bl. ....
Gestrichen wegen: .....	Lt. RL./ vom
Zurückgenommen: .....	Wohnung: .....
Abgang zur Wehrmacht: .....	Ortsgr.: ..... Gau: .....
Zugang von .....	Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. ..... Bl. ....
Gestorben: .....	Lt. RL./ vom
Bemerkungen: .....	Wohnung: .....
	Ortsgr.: ..... Gau: .....

Abbildung 14: Mitgliedskarte der NSDAP von Emmerich Eberl

### 6.7.5 Otto von Gebhardi, geb. 08.01.1900 (CDU)

Otto von Gebhardi, Gärtnermeister aus Gladenbach, war seit dem 01.08.1932 Mitglied in der NSDAP und erhielt für seine zehnjährige Mitgliedschaft die entsprechende Parteiauszeichnung. Darüber hinaus gehörte er der SA-Reserve an. Dort brachte er es zum Rottenführer. Er war als aktiver Anhänger und Propagandist des Nationalsozialismus weithin bekannt, was dazu führte, dass der öffentliche Ankläger im Entnazifizierungsverfahren die Einstufung Gebhardis in Stufe II (belastet) beantragte. Die Spruchkammer stufte ihn nach Abschluss des Verfahrens in Stufe III (minderbelastet) ein.<sup>205</sup>

Mit dieser Einstufung verlor Gebhardi das Wahlrecht und das Recht auf politische Betätigung. Ihm wurde zudem eine Geldbuße von 10.000 RM und ein halber Tag unentgeltliche Arbeit für die Gemeinde pro Woche auferlegt. Er erhielt eine Bewährungsfrist von 2 Jahren. Nach deren Ablauf wurden die Voraussetzungen für die Mitarbeit in demokratischen Parteien als gegeben angesehen. Mit dem Ende der Bewährungsfrist in 1948 wurde er in die Stufe IV (Mitläufer) herabgestuft und seine Geldbuße ermäßigt. Von Gebhardi gehörte 1960-1968 der Fraktion der CDU im Kreistag Biedenkopf an.

<sup>205</sup> HHStAW, Bestand 520, Fu-Z Nr. 1046, K106



### 6.7.6 Konrad Gaul, geb. am 06.05.1913 (SPD)

Konrad Gaul, Brauereikaufmann aus Lohra, trat der SA am 06.07.1933 bei und erlangte dort den Rang eines Scharführers. Mitglied der NSDAP wurde er am 01.05.1937 (Mitgliedsnr. 4627337) und war ab 1938 als Ortsgruppenpropagandaleiter in der NSDAP-Ortsgruppe Lohra aktiv.<sup>206</sup> Der Ortsgruppenpropagandaleiter war oft der wichtigste Mitarbeiter des Ortsgruppenleiters. Seine Nazianhängerschaft war allgemein bekannt. Im Jahr 1939 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und von 1942-1945 im Nordabschnitt der Ostfront eingesetzt. Als Fahnenjunker-Wachtmeister kam er verwundet in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er im Mai 1946 fliehen konnte.

Im Entnazifizierungsverfahren äußerten sich verschiedene Zeugen zu seinen Gunsten. Das Verfahren wurde mit Wirkung vom 15.03.1948 unter Bezug auf die Weihnachtsamnestie eingestellt. Gaul wurde 1952 ehrenamtlicher und 1960 hauptamtlicher Bürgermeister in Lohra. Ab 1974 war er dann auch Bürgermeister der neuen Großgemeinde Lohra und blieb dies bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 31.03.1976.

Von 1956-1964 gehörte Konrad Gaul dem Kreistag Marburg an und wurde dort Vorsitzender der SPD-Fraktion. Von 1964-1974 war er Mitglied des Kreisausschusses. Während seiner politischen Laufbahn erhielt er eine Reihe von Auszeichnungen, u. a. das Bundesverdienstkreuz im Jahr 1977. In der Entnazifizierungsakte von Konrad Gaul im Hessischen Hauptstaatsarchiv findet sich in diesem Zusammenhang ein Schreiben des RP Kassel vom 28.04.1977 mit der Bitte um Zusendung der Spruchkammerakten, weil Gaul zur Verleihung des Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen worden sei. Offensichtlich war das Ergebnis kein Hinderungsgrund für die Ordensverleihung. 1978 wurde er zum Ehrenbürger der Gemeinde Lohra ernannt. Konrad Gaul verstarb am 16.03.1997 in Lohra.<sup>207</sup>

---

<sup>206</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Gaul, Konrad, 06.05.1913, Filmnr. G 0133 (zentrale Kartei) und F 0037 (dezentrale Kartei)

<sup>207</sup> [www.lohra-wiki.de](http://www.lohra-wiki.de)

Name: Gaul Konrad  
Beruf: Lehrer Geburtsort: L.  
Geb.-Datum: 1.5.13 Geb.-Ort: L.  
Nr.: 4627337 Aufn.: 1.5.37  
Aufnahme beantragt am: 10.7.37  
Wiederbeauf. beantragt am: ..... genehm.: .....  
Austritt: .....  
Gesicht: .....  
Ausschluß: .....  
Aufgehoben: .....  
Gestrichen wegen: .....  
Zurückgenommen: .....  
Abgang zur Wehrmacht: .....  
Zugang von: .....  
Bestorben: .....  
Bemerkungen: .....

Wohnung: L. Lohra 3  
Ortsgr.: ..... Gau: Kurhess.  
Monatmelde. Gau: ..... Nr.: ..... Bl.: .....  
Z. Nr./..... von .....  
Wohnung: .....  
Ortsgr.: ..... Gau: .....  
Monatmelde. Gau: ..... Nr.: ..... Bl.: .....  
Z. Nr./..... von .....  
Wohnung: .....  
Ortsgr.: ..... Gau: .....  
Monatmelde. Gau: ..... Nr.: ..... Bl.: .....  
Z. Nr./..... von .....  
Wohnung: .....  
Ortsgr.: ..... Gau: .....

Abbildung 15: Mitgliedskarte der NSDAP von Konrad Gaul

### 6.7.7 Wilhelm Meinecke, geb. 30.10.1893 (BHE)

Wilhelm Meinecke war Heimatvertriebener aus Oberschlesien und wurde dann Verwaltungsangestellter bei der Stadt Gladenbach. Auch als Rentner blieb er politisch aktiv. Er trat zum 01.08.1935 der NSDAP bei und wurde unter der Mitgliedsnummer 3679197 geführt<sup>208</sup>. In der Partei stieg er 1941 bis zum Ortsgruppenleiter von Eichendorf auf und gehörte damit schon fast zu den mittleren Parteifunktionären. Die Ortsgruppenleiter wurden auf Vorschlag des Kreisleiters vom Gauleiter ernannt. 1935 gab es etwa 140.000 NSDAP-Ortsgruppenleiter. Meinecke war mit dieser Stellung der neben Gerhard Tauscher und Heinrich Nispel höchstrangige NSDAP-Funktionär der Untersuchungsgruppe. 1943 erhielt er die bronzene Parteiauszeichnung für eine zehnjährige Parteimitgliedschaft.

Beruflich war er beim RAD tätig. So kam er ins Sudetenland, wo er nach 1945 in ein Sammellager eingewiesen wurde und dort als Platzmeister tätig war. Im Oktober 1946 wurde er mit einem Sammeltransport nach Deutschland verbracht. Schließlich kam er nach Gladenbach. Am 26.8.1947 wurde er verhaftet und ins Internierungslager nach Darmstadt gebracht, wo er Ende Oktober wieder entlassen wurde.

<sup>208</sup> Bundesarchiv Berlin, dezentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Meinecke, Wilhelm, 30.10.1893; HHStAW, 520 Ma, N.1741, K 84

Die Klageschrift zum Entnazifizierungsverfahren vom 14.1.1948 sah eine Einstufung in die Gruppe zwei der „Belasteten“ vor. Die Verhandlung am 2.2.1948 erbrachte, dass die ganze Ortsgruppe lediglich aus 10 bis 12 Personen bestanden hatte und Meinecke keine besonderen Belastungen vorgehalten werden konnten. Er wurde in Stufe III (minderbelastet) eingruppiert, erhielt eine Bewährungsfrist von einem Jahr mit den üblichen politischen und beruflichen Auflagen und Einschränkungen sowie eine Geldbuße von 500 RM. Nach Ablauf der Bewährungsfrist wurde er am 21.7.1949 endgültig in die Stufe IV eingruppiert.

In Gladenbach engagierte er sich dann im BHE. Neben seiner Mitgliedschaft im Kreistag gehörte er auch längere Zeit dem Magistrat der Stadt Gladenbach an.

### **6.7.8 Dr. Erich Nassauer, geb. am 13.10.1910 (CDU)**

Erich Nassauer trat nach 1945 der CDU bei und war mindestens vier Mal Spitzenkandidat der CDU bei den Kreistagswahlen im Landkreis Biedenkopf (1960, 1964, 1968, 1972). Er hatte lange Jahre den Vorsitz der Unionsfraktion im Kreistag inne.

Der spätere Rechtsanwalt Nassauer war schon als Schüler am 01.07.1928 der NSDAP beigetreten. Geführt wurde er unter der Mitgliednummer 92789<sup>209</sup>. Mit dieser niedrigen Mitgliedsnummer galt er als „Alter Kämpfer“. Später erhielt er das goldene Ehrenabzeichen der Partei. Seit 1928 war er auch Mitglied bei der SA und stieg dort bis zum Obertruppführer im SA-Sturm auf. Bis September 1938 amtierte er auch als stellvertretender Vorsitzender des Kreisparteigerichtes Darmstadt. Nach seinem Studium wurde er Ende 1936 Assessor, am 28.10.1938 Staatsanwalt, am 20.12.1941 erster Staatsanwalt. Am 20.4.1943 wurde er Oberlandesgerichtsrat. Seit 1934 gehörte er auch dem NS-Rechtswahrbund an. Zeitweise war er auch im Reichsjustizministerium tätig (1938/39). Als erster Staatsanwalt wie als Oberlandesgerichtsrat hat er nie praktiziert, weil er ab 1939 zur Wehrmacht eingezogen war. Im September 1944 geriet er in französische Kriegsgefangenschaft.

Nach 1945 wohnte er wieder in seinem Geburtsort Dautphe und war zunächst als Betonarbeiter, später als Rechtsanwalt tätig. Im Entnazifizierungsverfahren gab er „Idealismus“ als treibendes Motiv seines NSDAP-Eintritts an. Im Verfahren, das spät (1948) in Gang kam, hat Nassauer eine große Anzahl von Entlastungszeugen aufgeboten – vornehmlich aus der Justiz. In der Klageschrift vom 3.3.1948 heißt es, dass bei früherer Bewertung der Dinge Nassauer wohl als Hauptschuldiger gegolten hätte („alter Kämpfer“). Immerhin lag auch eine Bewertung des Kreisleiters vor, der Nassauer 1937 attestiert hatte, seine politische Zuverlässigkeit sei „unbedingt gegeben“. Auch seine Beurteilung durch das Reichsjustizministerium anlässlich seiner Ernennung zum ersten Staatsanwalt sprach

---

<sup>209</sup> Bundesarchiv Berlin, Zentralarchiv, zentrale und dezentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Nassauer, Dr. Erich, 13.10.1910, Filmmr. L 0099 (zentrale Kartei) und P 0056 (dezentrale Kartei). Vgl. auch HHStAW, 520 Bi, Neuablage Nr.2, K 133

von seiner „tiefen Verwurzelung im Nationalsozialismus“. Doch die Spruchkammer hielt die Zeugnisse, die Nassauers Haltung gegen die Judenpogrome hervorheben, für glaubwürdig. Mit der Spruchkammerentscheidung vom 15.04.1948 wurde das Verfahren unter Anwendung der Heimkehrer-Amnestie eingestellt.

1958 bewarb sich Nassauer im Kreis Biedenkopf erfolglos um die Nachfolge des ausscheidenden Landrats Bachmann. Als Kandidat der „Bürgerlichen Liste“ unterlag er dem von der SPD unterstützten Kandidaten Siegfried Sorge (10:18 Stimmen). Er galt als umgänglich und war nach Aussagen von Zeitzeugen durchaus beliebt. Aus einer Anfrage des Regierungspräsidenten, die der Entnazifizierungsakte beigelegt ist, geht hervor, dass er wohl 1973 den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland bekommen hat.

Mitglieds Nr.: 92789		Vor- und Zuname: Nassauer Erich		
Eingetreten am: 1. Juli 1928	wiedereingetr. am:	Wohnort: Nassau		
Ausgetreten am:		Wohnung:		
Ausgeschlossen am:		Ortsgruppe: Deutsche Nassauer		
Gestorben am:		Gau: Rhein-Nassau		
Geburtszeit: 13. 8. 18				
Geburtsort: F		Wohnort: Falders		
Ledig, verheiratet, verwitw.		Wohnung:		
Stand oder Beruf: Schüler		Ortsgruppe: Falders		
Bemerkungen: 1. I. 2. 4. 7. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.				

Abbildung 16: Mitgliedskarte der NSDAP von Dr. Erich Nassauer

### **6.7.9 Kurt Schwerdt, geb. am 22.12.1919 (FDP)**

Kurt Schwerdt trat am 01.09.1937 mit der Mitgliedsnummer 4812257<sup>210</sup> der NSDAP bei. Im 2. Weltkrieg wurde er als Offizier zur Wehrmacht einberufen. Er verlor durch eine Kriegsverletzung 1941 zunächst die rechte Hand, 1943 bei einem Übungsunfall auch die linke. Während seiner Laufbahn bei der Wehrmacht erhielt er das Infanteriesturmabzeichen, das Eiserne Kreuz in beiden Stufen und das Verwundetenabzeichen in Silber. Über seine Kriegserlebnisse hat er nach 1945 ausführlich in selbst verlegten Darstellungen berichtet.

Nach dem Krieg studierte Schwerdt Jura und wurde 1954 zum Bürgermeister in Biedenkopf gewählt. 18 Jahre blieb er im Amt. Dabei setzte er sich besonders für Städtepartnerschaften mit Frankreich ein.<sup>211</sup> Im Kreistag gehörte er von 1960-64 der FDP-Fraktion an.

### **6.7.10 Gerhard Tauscher, geb. am 16.06.1913 (CDU)**

Gerhard Tauscher stammte aus Schneeberg und war nach 1945 nach Wetter gekommen. Er ist bereits am 01.07.1931 in die NSDAP und die SA eingetreten. Laut Aktenbestand hatte er bis 1945 eine „NS-Gaustellenleitung“ inne. Tatsächlich war er hauptamtlicher Mitarbeiter der Gauleitung in Dresden. Aus den Entnazifizierungsakten geht hervor, dass Tauscher angegeben hat, lediglich die Kassenführung übernommen zu haben. Durch diese Tätigkeit in der Gaukassenverwaltung sei er 1935 automatisch zum Gaustellenleiter ernannt worden. Seit dem 09.07.1947 saß er im Internierungslager Darmstadt in Haft. Am 18.04.1948 wurde er entlassen.

Der öffentliche Ankläger beantragte die Einstufung in Gruppe I. Im Verfahren bezeichneten Zeugen Tauscher nicht nur als überzeugten Nationalsozialisten, sondern auch als „brutal und gefährlich“. Er soll auch als Denunziant hervorgetreten sein und einen im Nachbarhaus wohnenden Mitbürger wegen staatsfeindlicher Äußerungen 1943 bei der Gestapo angezeigt haben. In der Akte des Amtsgerichts wird er namentlich als einziger Belastungszeuge genannt. Tauscher erhielt eine Dienstauszeichnung in Bronze. Mit Entscheidung vom 01.04.1948 wurde er dennoch als Mitläufer (IV) eingestuft. Als Sühne wurde lediglich die Zahlung von 50 RM festgelegt. Gerhard Tauscher gehörte dem Kreistag Marburg von 1968 bis 1972 an und war dort Mitglied der CDU-Fraktion.<sup>212</sup>

### **6.7.12 Jakob Buckler, geb. am 14.02.1914 (SPD)**

Jakob Buckler wurde in Wehrda geboren. In Kreisausschuss und Kreistag Marburg bzw. Marburg-Biedenkopf war er von 1960-1981 tätig und führte das Amt des Bürgermeisters

<sup>210</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Schwerdt, Kurt, 22.12.1919.

<sup>211</sup> [http://www.62vgd.de/schwerdt/Kurts\\_nachruf.htm](http://www.62vgd.de/schwerdt/Kurts_nachruf.htm).

<sup>212</sup> HHStAW, Bestand 520, Ma (IV), Nr. 1802

der Gemeinde Wehrda von 1948 bis 1974. Bereits im Alter von 20 Jahren war Buckler 1934 der SA beigetreten. Mit Wirkung vom 01.07.1940 ist er dann auch NSDAP-Mitglied geworden.

Im Entnazifizierungsverfahren hat der später als Sozialdemokrat allseits anerkannte Buckler seine Mitgliedschaft in der NSDAP verschwiegen und deshalb die Einstufung „nicht betroffen“ erhalten. Erst im Bundesarchiv konnte die Aufnahme zur NSDAP mit Wirkung vom 01.07.1940 (Mitgliedsnr. 8137832) nachgewiesen werden<sup>213</sup>. Er gehörte der NSDAP-Ortsgruppe Cölbe an.

### **6.7.13 Konrad Elmshäuser, geb. am 15.07.1915 (FDP)**

Konrad Elmshäuser aus Gladenbach, der später als Kaufmann beruflich in Erscheinung trat, ist schon im Jahre 1930 im Alter von 15 Jahren der Hitlerjugend beigetreten. Dort übernahm er die Führung eines HJ-Bannes und wurde örtlicher HJ-Chef. Von 1933-1937 war er als hauptamtlicher HJ-Funktionär im Stabe des Reichsjugendführers tätig. Anlässlich des Reichsjugendtages im Oktober 1932 erhielt er als Zeichen der „Alten Garde“ das goldene HJ-Ehrenzeichen.<sup>214</sup> 1935 trat er der NSDAP bei (Mitgliedsnr. 3708197).<sup>215</sup>

Bis Ende 1947 befand sich Elmshäuser in russischer Kriegsgefangenschaft. Im Entnazifizierungsverfahren beantragte der Kläger zunächst die Einstufung in die Stufe I der Hauptschuldigen. Zur Begründung verwies er auf die langjährige hauptamtliche Tätigkeit Elmshäusers beim Reichsjugendführer. In der mündlichen Verhandlung vom 03.06.1948 wurde der Antrag jedoch zurückgezogen und unter Anwendung der Heimkehreramnestie die Einordnung in die Stufe IV der Mitläufer vorgenommen.<sup>216</sup> Elmshäuser war im Kreistag Biedenkopf von 1968-1974 tätig und hatte den FDP-Fraktionsvorsitz inne.

### **6.7.14 Georg Feußner, geb. am 09.10.1901 (SPD)**

Georg Feußner wurde am 09.10.1901 in Cölbe geboren und trat am 01.03.1940 der NSDAP (Mitgliedsnr. 8225542) bei. Er wohnte in Friedensdorf und war von Beruf Former. Da er seinen Beruf aus gesundheitlichen Gründen habe aufgeben müssen, habe er sich für den Polizei-Vollzugsdienst beworben. Deshalb, so gibt er im Entnazifizierungsverfahren an, sei er der NSDAP beigetreten. Zu diesem Entnazifizierungsverfahren liegt ein Schreiben der SPD Friedensdorf vor, in dem Feußner bescheinigt wird, stets Gegner des NS-Regimes gewesen zu sein.

---

<sup>213</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Buckler, Jakob, 09.10.1901, Filmmr. D 0048 (zentrale Kartei) und C 0050 (dezentrale Kartei); HHStAW, Bestand 520, ML, Neuablage Nr. 1

<sup>214</sup> <http://www.ehrenzeichen-orden.de/nationalsozialismus/goldenes-hj-ehrenzeichen-b-stuck.html>.

<sup>215</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Konrad Elmshäuser, 05.07.1915.

<sup>216</sup> HHStAW, Bestand 520, MA, Nr. 2321, K326

Die Spruchkammer Biedenkopf ging davon aus, dass Feußner nie im nationalsozialistischen Sinne hervorgetreten sei und stufte ihn am 23.11.1946 als Mitläufer ein.

Keine Rolle spielte in diesem Verfahren eine SS-Mitgliedschaft. Es liegt jedoch eine Akte aus dem Berliner Zentralarchiv vor, die eine Vereidigung bei der SS am 3.5.1940 und die Einberufung zur Waffen-SS zum 20.3.1944 belegt.<sup>217</sup>

Dem Kreistag des Landkreises Biedenkopf gehörte er von 1952 bis 1968 an. Er kandidierte für die SPD. Lange Jahre war er im Kreis Biedenkopf als Kreisjugendpfleger tätig.

#### **6.7.15 Heinrich Reitz I, geb. am 02.07.1895 (Dem. Arbeitsgemeinschaft)**

Heinrich Reitz I war Landwirt in Kleingladenbach und seit dem 01.05.1933 Mitglied der NSDAP, geführt unter der Mitgliedsnummer 1819954<sup>218</sup>. Von 1933 bis 1945 bekleidete er die Funktion des Ortsbauernführers. Als Grund für den Parteieintritt nannte Reitz im Entnazifizierungsverfahren die NS-Landwirtschaftspolitik mit ihren Vorstellungen von landwirtschaftlichen Festpreisen. Außerdem seien 1933 fast alle für die Nazis gewesen; da habe er nicht abseits stehen wollen. In der NSDAP bekleidete er die Rolle des Kassierers.

1943 wurde er Bürgermeister von Kleingladenbach. Diese Funktion behielt er bis 1945. Im Entnazifizierungsverfahren beantragte der Öffentliche Ankläger am 24.10.1947 die Anwendung der Weihnachtsamnestie vom 5.2.1947. So wurde dann auch verfahren.

Reitz gehörte von 1952-56 dem Kreistag Biedenkopf an und hatte auf der Gemeinschaftsliste von CDU, FDP, FWG und DP kandidiert, die sich „Demokratische Arbeitsgemeinschaft“ nannte.

#### **6.7.16 Johannes Riemenschneider, geb. am 02.05.1895 (FDP)**

Johannes Riemenschneider war Schreinermeister und von 1933 bis 1945 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Münchhausen. Am 01.03.1937 trat er in die NSDAP ein. Geführt wurde er unter der Mitgliedsnummer 382733<sup>219</sup>. Schon 1934 war er Mitglied bei der SA geworden. Von 1942-1945 war er stellvertretender Ortsgruppenleiter der NSDAP. Am 28. Juni 1945 wurde er verhaftet und ins Internierungslager Darmstadt überstellt. Das Spruchkammerverfahren wurde dann auch von der Spruchkammer Darmstadt-Lager durchgeführt. Der öffentliche Kläger beantragte mit der Klageschrift vom 6.12.1946 eine

---

<sup>217</sup> Bundesarchiv Berlin, dezentrale Kartei: BAArch (ehem. BDC) SSO, Georg Feußner, 09.10.1901; HHStAW, Bestand 520 Ma, Nr.3729, K 363, vgl. auch Personalakten Zentralarchiv Berlin

<sup>218</sup> Bundesarchiv Berlin, dezentrale Kartei: BAArch (ehem. BDC) SSO, Reitz, Heinrich I, 02.07.1895.; vgl. HHStAW, 520 Ma, Nr.4402, K 380

<sup>219</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei: BAArch (ehem. BDC) SSO, Riemenschneider, Johannes, 02.05.1895.

Einstufung in Gruppe II. In der mündlichen Verhandlung am 28.1.1947 spielten Entlastungs-, aber auch Belastungszeugnisse eine Rolle. Riemenschneider selbst erklärte, „vollkommen unpolitisch“ gewesen zu sein. Er sei schließlich auch erst 1937 Parteimitglied geworden, obwohl das für einen Bürgermeister damals eigentlich „zum guten Ton“ gehört habe. Die Kammer stufte Riemenschneider schließlich als „minder belastet“ (Stufe III) ein. Dazu wurde ihm eine Buße von 1000 RM sowie die Ablieferung eines kompletten Bettes, von Tisch, Kleiderschrank und zwei Stühlen auferlegt. Die Bewährungsfrist wurde auf zwei Jahre festgesetzt. Während dieser Zeit hatte Riemenschneider kein Wahlrecht, durfte sich nicht politisch betätigen und unterlag erheblichen beruflichen Einschränkungen. Darüber hinaus durfte er auch keinen Kraftwagen fahren. Das nach Ende der Bewährungsfrist durchgeführte Nachverfahren stufte ihn dann 1949 als „Mitläufer“ ein.

Dem Kreistag Marburg hat Riemenschneider als Mitglied der FDP-Fraktion in der Zeit von 1952 bis 1956 angehört.<sup>220</sup>

#### **6.7.17 Max Schramm, geb. am 20.9.1899 (FDP)**

Max Schramm, geboren in Erfurt, war Mitglied der NSDAP seit dem 01.05.1933 und wurde unter der Mitgliedsnummer 2889231<sup>221</sup> geführt. Mit gleichem Datum wurde er Mitglied der SA. In der SA stieg er 1939 zum Obersturmführer auf, was in der militärischen Hierarchie etwa dem Rang eines Hauptmanns entspricht und den höchsten Dienstrang darstellt, der in unserer Untersuchungsgruppe erreicht wurde. Er trug den Ehrendolch der SA. Er war zunächst bei den Gas- und Wasserwerken in Eisenach tätig, dann bei den Stadtwerken Berneburg/Saale. Am 15.6.1945 wurde er entlassen. In seiner Klageschrift vom 14.1.1948 wollte ihn der Öffentliche Ankläger im Entnazifizierungsverfahren der Stufe II zuordnen, die Zweigstelle Kirchhain der Spruchkammer Marburg-Land aber stufte Schramm im Februar 1948 in Stufe III ein. Dazu kamen sechs Monate Bewährung und 500 RM Geldbuße. Dabei wurde ihm sein freimütiges Bekenntnis, zunächst überzeugter NS-Anhänger gewesen zu sein, zugute gehalten. Im Nachverfahren im Oktober 1948 wurde Schramm nach Ablauf der Bewährungsfrist der Stufe IV zugeordnet.

Schramm gehörte von 1956 bis 1960 dem Kreistag Marburg an.

#### **6.7.18 Wilhelm Albert, geb. am 20.5.1911 (FWG)**

Wilhelm Albert wurde in Oberweidbach geboren. Am 01.08.1932 ist er der NSDAP beigetreten. Als Landwirt wurde er Ortsbauernführer.<sup>222</sup> Albert ist auch der SA beigetreten und war SA-Sturmführer (nach eigenen Angaben nur vertretungsweise). Er wurde im Entnazifizierungsverfahren zunächst in die Stufe II der Belasteten eingruppiert, erhielt aber

---

<sup>220</sup> HHStAW, Bestand 520 Ma (W), Nr. 2147, K104

<sup>221</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Schramm, Max, 20.09.1899. HHStAW 520 Ma Nr.1571, K 75

<sup>222</sup> Bundesarchiv Berlin, dezentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Wilhelm Albert, 20.05.1911.



schließlich die Stufe III der Minderbelasteten. Als Sühne wurden ihm eine Zahlung von 500 Reichsmark und eine Bewährungszeit von zwei Jahren auferlegt. Die Einstufung erfolgte mit der Auflage, dass er ausschließlich Tätigkeiten eines einfachen Arbeitnehmers durchführen durfte. Führungspositionen jeder Art wie z. B. die Leitung eines Unternehmens, erst recht politische Betätigung, waren ihm untersagt.<sup>223</sup>

Nach seinem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens erfolgte durch die Spruchkammer Marburg die Einstufung in die Stufe IV der Mitläufer. Wilhelm Albert war von 1960-1972 Mitglied des Kreistages Biedenkopf.

### **6.7.19 Heinrich Löchel, geb. 15.05.1890 (FWG)**

Heinrich Löchel aus Kirchhain trat am 01.05.1937 im Alter von 47 Jahren der NSDAP bei (Mitgliedsnr. 5401299).<sup>224</sup> Daneben war er ab 1933 förderndes Mitglied in der Allgemeinen SS und der SA-Reserve, wo er es zum Oberscharführer brachte. 1919-1932 war er beim Kreisausschuss des Landkreises Kirchhain beschäftigt, nach der Zusammenlegung mit Marburg dann als Kreisoberinspektor, während des zweiten Weltkrieges als Leiter des Ernährungsamtes. Am 23.10.1945 wurde er entlassen.

Aufgrund seiner exponierten Rolle im öffentlichen Dienst des NS-Regimes sollte er im Entnazifizierungsverfahren zunächst in die Stufe III eingeordnet werden, wurde aber schließlich in die Stufe IV („Mitläufer“) eingereiht. Zur Begründung seines Parteieintritts hatte er auf den starken Druck verwiesen, dem er vom damaligen Landrat und Kreisleiter ausgesetzt gewesen sei. Im Entnazifizierungsverfahren, zu dem zahlreiche Zeugen gehört wurden, spielte die Häufigkeit des Uniformtragens im Dienst eine wichtige Rolle.

Im Landkreis Marburg trat er als Spitzenkandidat der UWG in Erscheinung. Von 1956 bis 1960 gehörte er dem Kreistag an.

### **6.7.20 Ernst Cyriax, geb. am 08.09.1910 (CDU)**

Der spätere Zimmermeister Ernst Cyriax wurde in Biedenkopf geboren und trat bereits am 01.10.1930 der NSDAP bei (Mitgliedsnr. 318123).<sup>225</sup> 1930 ist er auch Mitglied der SA geworden. Von 1937-1938 war er beim Nationalsozialistischen Fliegerkorps als Truppenführer aktiv. Für seine Mitgliedschaften erhielt er eine Parteiauszeichnung, eine 10-jährige Dienstauszeichnung und ein SA-Sportabzeichen. Im Entnazifizierungsverfahren wurde er von der Spruchkammer Biedenkopf am 26.11.1946 zunächst in die Stufe II der Belasteten eingruppiert, da er als Aktivist und Propagandist der Partei bis zum Zusam-

---

<sup>223</sup> HHStAW, Bestand 520 MA, Nr. 2894, K136

<sup>224</sup> Bundesarchiv Berlin, dezentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Heinrich Löchel, 15.05.1890.HHStAW 520 Ma Nr.1959, K 93

<sup>225</sup> Bundesarchiv Berlin, zentrale Kartei: BArch (ehem. BDC) SSO, Ernst Cyriax, 08.09.1910. HHStAW, 520 Ma, Nr.4385, K 380

menbruch des NS-Regimes tätig war. Cyriax hatte eingeräumt, in der „Kampfzeit“ beigetreten und häufig Saalschutzaufgaben wahrgenommen zu haben. In Eckelshausen habe man ihn „Saalschlächter“ genannt. Er habe Versammlungen politisch Andersdenkender wie Sozialdemokraten und Kommunisten gestört, Andersdenkende denunziert und Hausdurchsuchungen durchgeführt. Er habe an die Ideen des Nationalsozialismus geglaubt.

Als „Belasteter“ hatte er nach dieser Einstufung nicht nur alle politischen Rechte eingebüßt, sondern musste auch 25% seines Vermögens abliefern und auf drei Jahre jede Woche einen Tag unentgeltlich für die Öffentlichkeit arbeiten. Auf fünf Jahre hinaus durfte er seinen Wohnort nur für maximal 14 Tage verlassen und hatte das Recht verloren, einen Kraftwagen zu besitzen.

Die Berufungskammer Marburg hob im Dezember 1946 den Spruch der Kammer auf und verwies ihn zur erneuten Behandlung dahin zurück. Die Kammer entschied im April 1948, dass bei Cyriax die Weihnachtsamnestie greife.

Von 1960 bis 1964 war Ernst Cyriax Mitglied im Kreistag Biedenkopf.

#### **6.7.21 Heinrich Rau, geb. 14.12.1885 (CDU)**

Besonders interessant ist der Fall von Heinrich Rau, der von 1915-1945 Bürgermeister von Lohra war und am 1.5.1933 der NSDAP beitrug. Als Begründung gab Rau im Spruchkammerverfahren an, dass man ihn zu diesem Schritt gedrängt habe, um auf diese Weise die schon angekündigte Amtsübernahme durch einen fanatischen Nationalsozialisten zu verhindern. Er habe diesen Schritt dann nach reiflicher Überlegung auch getan. Tatsächlich wurde diese Darstellung durch verschiedene Zeugenaussagen bestätigt. Die Kammer hielt jedenfalls diese Einlassungen für glaubwürdig und Rau sogar zugute, aktiven Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet zu haben. Er habe politisch Verfolgte unterstützt. Deshalb wurde er in Stufe V (entlastet) eingruppiert. Rau gehörte von 1948-1952 dem Kreistag in Marburg an.<sup>226</sup>In der gleichen Zeit hat er auch ein zweites Mal die Aufgabe des Bürgermeisters wahrgenommen.

---

<sup>226</sup> Vgl. HHStAW, 520 Ma-B, Nr. 921, K 28

## 7 Fazit

Die Studie hat gezeigt, dass ungefähr ein Drittel aller Funktionsträger, die vor dem 8. Mai 1927 geboren sind und nach 1945 in der Kreispolitik in Marburg und Biedenkopf eine Rolle gespielt haben, frühere Mitglieder von NSDAP, SS, SA oder anderen NSDAP-Unterorganisationen waren. Bei 92 von ihnen lässt sich eine Parteimitgliedschaft nachweisen. Zwei von drei möglichen Landräten und 20 von 68 Mitgliedern der Kreisausschüsse sind Mitglieder der NSDAP gewesen. Dabei waren die „bürgerlichen Parteien“ und Wählergruppen wie FDP, FWG, CDU oder auch der BHE am stärksten betroffen. Aber auch in der SPD fanden sich zahlreiche ehemalige NS-Parteimitglieder.

Dieses Ergebnis ist einerseits nicht wirklich überraschend. Vergleicht man es mit den Ergebnissen der Studie zu den hessischen Landtagsabgeordneten, wo die Vergleichswerte etwa ein Drittel niedriger liegen, dann widerspiegeln sich hier die überproportionale Stärke und Anziehungskraft, die der Nationalsozialismus in unserer Region besaß. Dies gilt für den Kreis Biedenkopf in noch höherem Maße als für den Kreis Marburg. Auch die Verteilung auf die einzelnen Parteien und Wahllisten entspricht in etwa den Erwartungen. Nicht unbedingt zu erwarten war der relativ hohe Anteil von Sozialdemokraten.

Andererseits erstaunt es aber doch, wenn man sich klar macht, dass in den fünfziger und sechziger Jahren Kreistage und Kreisausschüsse besonders in Biedenkopf zu 50% aus ehemaligen „Parteigenossen“ bestanden – in den Kreisausschüssen in der Spitze sogar fast zu drei Vierteln. Nun soll hier nicht behauptet werden, dass alle Betroffenen glühende Anhänger des Nationalsozialismus gewesen seien. Manch einer, der das einmal gewesen war, mag auch nach 1945 seine Irrtümer eingesehen und zu einem überzeugten Befürworter des demokratischen Wiederaufbaus geworden sein. Und die Fälle von Friedrich Bachmann und Heinrich Rau zeigen, dass man mit vorschnellen und pauschalen Urteilen vorsichtig sein sollte. Dennoch bleiben diese Größenordnungen irritierend. Sie liegen höher als die Werte, die wir über die Zusammensetzung von Bundestag und Landtagen inzwischen kennen.

Dabei wurde ja niemand gezwungen, Parteigenosse zu werden. Man hatte Nachteile zu befürchten – je nachdem, welche berufliche Position man innehatte. Das war so. Aber so viele aus unserer Gruppe der Betroffenen sind ja gar nicht in höheren Staatsfunktionen gewesen, dass dieses Motiv so ganz überragendes Gewicht gehabt haben könnte.

Das Bedürfnis zum Vergessen und Verdrängen stark ausgeprägt gewesen sein. Jedenfalls haben wir keinerlei Hinweise darauf gefunden, dass die NS-Vergangenheit des einen oder anderen Funktionsträgers nach der Entnazifizierung in der unmittelbaren Nachkriegszeit jemals Gegenstand von kritischen Nachfragen oder gar von öffentlichen Kontroversen gewesen wäre. Und dass, obwohl doch gerade in den Dörfern jeder jeden kannte.

Das macht freilich auch deutlich, wie tief verwurzelt das NS-Unrechtsregime im Alltagsleben der gewöhnlichen Bürger – und solche sind es ja, die normalerweise die kommunalen Mandate übernehmen – gewesen war. Der große Selbstbetrug der 1950er Jahre, der in der damals gebräuchlichen Rede vom „verführten Volk“ zum Ausdruck kam, zeigt sich hier einmal mehr in aller Klarheit. „Die Deutschen tun so, als seien die Nazis eine fremde Rasse von Eskimos, die vom Nordpol gekommen und irgendwie nach Deutschland eingedrungen sind...ich suche immer noch nach einem Deutschen, der zugibt, Nazi gewesen zu sein“, schreibt eine irritierte Amerikanerin im Frühjahr 1945.<sup>227</sup> In Wahrheit hatte sich der Nationalsozialismus auf eine breite Verankerung in der Gesellschaft stützen können. Und die war in unserer Region besonders stark.

Aber niemand wollte es gewesen sein. Also sprach man schon bald nach 1945 möglichst nicht mehr darüber. 1951 verabschiedeten CDU und SPD gemeinsam das sogenannte „Entnazifizierungsschlussgesetz“, das es allen NS-Belasteten mit Ausnahme der wenigen in die Stufen 1 und 2 Eingereihten erlaubte, in den öffentlichen Dienst zurückzukehren. Und vor der Bundestagswahl 1953 gab es, betrieben vor allem von der FDP, eine regelrechte Kampagne für eine Generalamnestie zugunsten der verurteilten Kriegsverbrecher. In dieses Bild passen auch die großen Schwierigkeiten, die Adenauer bekam, das mit Israel ausgehandelte Wiedergutmachungsabkommen 1953 durch den Bundestag zu bringen. Ohne die Hilfe der oppositionellen Sozialdemokraten wäre ihm das nicht gelungen. 40% der Deutschen waren in jenen Tagen der Auffassung, dass nur diejenigen zahlen sollten, die „tatsächlich etwas gemacht hätten“<sup>228</sup>. Und 21% vertraten sogar die Auffassung, dass die Juden zum Teil selbst verantwortlich gewesen sein für das, was man ihnen angetan hatte.

Unter diesen Rahmenbedingungen wundert es nicht, wenn in den Parteien zunächst wenig Interesse bestand, Fragen nach der Rolle der Genossen und Kollegen vor 1945 zu stellen. In einer Zeit, in der sich Anfang der 1950er Jahre fast die gesamte Öffentlichkeit einschließlich der SPD in Kritik an Urteilen und Urteilsvollstreckungen in von den Westalliierten verantworteten Kriegsverbrecherprozessen überboten und die Rehabilitierung auch solcher Wehrmachtsgeneräle verlangten, denen die Verwicklung in verbrecherische Taten jenseits von Kriegshandlungen nachgewiesen werden konnte, wäre dies auch eher erstaunlich gewesen.

Mag man dies vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es einfach allzu viele gewesen waren, die mitgemacht hatten, noch erklären können, so überrascht doch, wie wenig von dieser Vergangenheit auch in den nachfolgenden Jahrzehnten zur Sprache kam.

---

<sup>227</sup> Margret Bourke-White, Deutschland – April 1945, München 1979, S.27, zit. nach Frederick Taylor, Zwischen Krieg und Frieden – Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944-46, Berlin 2011, S.448/449

<sup>228</sup> Vgl. Tony Judt, Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006, S.305 ff.

Nur so kann erklärt werden, warum sich in den greifbaren Jubiläumsschriften, Jahr- und Geschichtsbüchern aus der Region wie in den biographischen Angaben über Bürgermeister, Landräte oder sonstige Würdenträger so gut wie nie ein Hinweis auf Tätigkeiten in NS-Organisationen findet. Gar nicht zu reden von Orden und sonstigen Ehren. Als sei dieser Teil der Biographien gewissermaßen wegetuschiert worden. Es gab ihn nicht.

Erstaunlicherweise gilt dies auch umgekehrt. In all den vielen Reden, die z.B. anlässlich des 70.Geburtstages von Friedrich Bachmann wie anlässlich seiner Verabschiedung gehalten worden sind, ist mit keinem Wort auf seine Zeit in der Gestapo-Haft eingegangen worden. Jedenfalls mit keinem, dass die sehr breit berichtende Lokalzeitung für erwähnenswert gehalten hätte.

Sicher sind die nachgewiesenen NS-Mitgliedschaften nach den Umständen ihres Zustandekommens, nach dem Zeitpunkt der Mitgliedschaft, dem Lebensalter und der konkreten Tätigkeit der Betroffenen unterschiedlich zu bewerten. Und nicht zuletzt auch danach, wie die Einzelnen damit später umgegangen sind. Natürlich macht es einen Unterschied, ob jemand als aktiver Propagandist des Systems hervorgetreten ist oder bloß seine Mitgliedsbeiträge entrichtet hat. Jene 15, die schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 der Partei beigetreten sind, wird man anders beurteilen müssen als die 19, die zu den 1,6 Millionen „Märzgefallenen“ zu zählen sind, die der NSDAP in den Monaten bis zur Aufnahmesperre im Mai 1933 beitraten.

Wo bei den ersteren von politischen Überzeugungsgründen auszugehen ist, werden in der zweiten Gruppe berufliche Karrieremotive und ganz gewöhnlicher Opportunismus eine wichtige Rolle gespielt haben. In diesen Monaten sind ja diverse deutschnationale Vereinigungen und Verbände geschlossen der NSDAP beigetreten.

Wieder andere Motive können bei den vielen unterstellt werden, die nach der Aufhebung des Aufnahmestopps von 1937 dazugekommen sind. Und noch ganz anders können jene zwölf gesehen werden, die zwischen 1942 und 1944 von der Hitlerjugend in die NSDAP übergewechselt sind.

Sicher muss jetzt die politische Geschichte dieser Region nicht komplett umgeschrieben werden. Aber wir müssen uns der Tatsache stellen, dass es viel mehr als nur ein paar braune Flecken gegeben hat. Und eine Kontinuität stark verbreiteten antisemitischen Denkens, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Die Geschichte nach 1945 ist in Marburg und Biedenkopf in deutlich höherem Maße als bislang bekannt von Menschen mitgeprägt worden, die eine NS-Vergangenheit mitbrachten. Ein Kreisausschuss der 1950er Jahre, in dem fünf ehemalige Parteigenossen zwei anderen gegenüber saßen – das geht deutlich über das hinaus, was man zu Beginn der Untersuchung erwarten konnte.

Es wird gewiss Menschen geben, die fragen, was eine solche Aufarbeitung nach so vielen Jahren noch nutzen könne. Warum, so mag das mancher sehen, soll dieser oder je-

ner, der hochgeehrt längst verstorben ist, jetzt noch mit dem Makel einer NS-Verstrickung behaftet werden? Darauf ist knapp zu antworten, dass man seine Vergangenheit kennen sollte, wenn man seine Zukunft gestalten will. Jede Generation hat ein Recht darauf, zu wissen, was war und wie es war. Nicht nur, aber gerade auch, soweit es die NS-Zeit betrifft. Wie soll man mit Vergangenheit umgehen, wenn man sie gar nicht kennt? Allein darum geht es, nicht um vorschnelle und wohlfeile moralische Werturteile von Nachgeborenen oder darum, einzelne zu „entlarven“ oder persönliche Schuldzuweisungen vorzunehmen. Insoweit wirft die Studie auch viele Fragen auf, deren Beantwortung nur in Einzelarbeiten auf der Grundlage persönlichen Archivmaterials möglich sein kann.

Eigentlich hätte es eine solche Arbeit schon vor Jahrzehnten geben müssen. Sie kommt eher zu spät als zu früh. Aber spät ist besser als gar nicht. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass wir einen Beitrag zur notwendigen Aufarbeitung eines zentralen Abschnitts deutscher Geschichte in dieser Region haben leisten können.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

### Quellen:

Akten Staatsarchiv Wiesbaden	Siehe Anlage 1
Akten Bundesarchiv Berlin	Siehe Anlage 2
Akten Staatsarchiv Marburg	Siehe Anlage 3
Statistisches Reichsamt (Hrsg.)	Statistik des deutschen Reiches, Band 291, 315, 372, 382, 427 und 434

### Literatur

#### Literaturquellen

Benz, Wolfgang	Bestrafung der Schuldigen; in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 259/2005
Benz, Wolfgang	Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 259/2005
Benz, Wolfgang	Die 101 wichtigsten Fragen, Das Dritte Reich, 2. Aufl. 2008
Benz, Wolfgang (Hrsg.)	Wie wurde man Parteigenosse? – Die NSDAP und ihre Mitglieder, 1. Aufl. Frankfurt am Main 2009
Berg-Schlosser/ Fack/Noetzel	Parteien und Wahlen in Hessen 1948-1994, 1. Auflage, Schüren Verlag GmbH Marburg, 1997

Bourke-White, Margret	Deutschland – April 1945, München 1979
Borowsky, Peter	Das Ende der Ära Adenauer , in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 258/1998, 3-10
Brechtken, Magnus	Die nationalsozialistische Herrschaft 1933 – 1939, 2. Aufl. Darmstadt 2012
Campbell Bartoletti, Susan	Jugend im Nationalsozialismus, 1. Aufl. Bonn 2007
Conze, Eckart u. a.	Das Amt und die Vergangenheit, München Pantheon-Ausgabe 2012
Cornelißen, Christoph	Erforschung und Erinnerung – Historiker und die zweite Geschichte, in: Reichel, P./Schmid, H./Steinbach, P. (Hrsg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte, Bonn 2009, S. 217-242
Dettmering, Eckart	Was alle lesen konnten – Das Jahr 1933 im Spiegel der Marburger Lokalpresse, Marburg 2001
Dörr, Margarete	Wer die Zeit nicht miterlebt hat...1. Lebensgeschichten, 1. Aufl. 1998
Falter, Jürgen	Hitlers Wähler, München 1991
Frei, Norbert	Hitlers Eliten nach 1945 – eine Bilanz, in: Frei, Norbert: Karrieren im Zwielficht, Frankfurt/New York, 2. Durchgesehene Aufl. 2002, S. 303-335
Frei, Norbert	Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996
Fröhlich, Claudia	Rückkehr zur Demokratie – Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Reichel, P./Schmid, H./Steinbach, P. (Hrsg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte, Bonn 2009, S. 105-126



Haar, Ingo	Zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung der NSDAP, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde ich Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. Main 2009
Hessischer Landtag (Hrsg.)	Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“, Wiesbaden 2013
Huber, Hans	Landrat August Eckel, in: Jahrbuch des Landkreises Marburg-Biedenkopf 1979, Marburg 1979
Huth, Karl	Der Landkreis Marburg-Biedenkopf, herausgegeben vom Landkreis Marburg, 2. Erweiterte Auflage, Marburg 1984.
Huth, Karl	Gladenbach – eine Stadt im Wandel der Jahrhunderte, hrsg. vom Magistrat der Stadt Gladenbach, Gladenbach 1974
Judt, Tony	Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006
Kellerhoff, Sven Felix	Die Erfindung des Karteimitglieds. Wie heute die NSDAP-Mitgliedschaft kleingeredet wird, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde ich Parteigenosse?, Frankfurt a. Main 2009, S. 167 ff.
Königseder, Angelika	Das Ende der NSDAP. Die Entnazifizierung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde ich Parteigenosse?, Frankfurt a. Main 2009, S. 151 ff.
Klein, Thomas	Der preußisch-deutsche Konservatismus und die Entstehung des politischen Antisemitismus in Hessen-Kassel, Marburg 1995
Neusuess-Hunkel, Ermenhild	Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945, Meisenheim am Glan 1973

Nolzen, Armin	Vom „Jugendgenossen“ zum „Parteigenossen“ – Die Aufnahme von Angehörigen der Hitler-Jugend, in: Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse?, S. 123 ff.
Reichel, Peter	Der Nationalsozialismus vor Gericht und die Rückkehr zum Rechtsstaat, in: Reichel, P./Schmid, H./Steinbach, P. (Hrsg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte, Bonn 2009, S. 22-61
Scheil, Stefan	Die Entwicklung des politischen Antisemitismus in Deutschland zwischen 1881 und 1912, Berlin 1999
Schildt, Axel	Politische Entscheidungen und Einstellungen, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 256/1997, S. 10-23
Schildt, Axel	Gesellschaft, Alltag u. Kultur in der Bundesrepublik, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 270/2002
Schiller, Theo / von Winter, Thomas (Hrsg.)	Politische Kultur im nördlichen Hessen, Marburg 1993
Schuster, Armin	Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 66, zugl. Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 29), Wiesbaden 1999
Schuster, Armin	Gesellschaft, Alltag und Kultur in der Bundesrepublik, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 270/2001, S. 34-43
Seelig, Hartmut (Hrsg.)	Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 63, Moischt – Vergangenes und Gegenwärtiges, 1998
Taylor, Frederick	Zwischen Krieg und Frieden. Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944-1946, Berlin 2011

Vollnhals, Clemens (Hrsg.)	Entnazifizierung, Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991
Weigel, Björn	„Märzgefallene“ und Aufnahmestopp in Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse?, Frankfurt am Main 2009, S. 91 ff.
Wenzel, Mario	Die NSDAP, Ihre Gliederung und angeschlossene Verbände, Ein Überblick, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse?, Frankfurt am Main 2009
Wetzel, Juliane	Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse?, Frankfurt am Main 2009

Tageszeitungen:

Oberhessische Presse	Mehrere Jahrgänge
Hinterländer Anzeiger	Mehrere Jahrgänge
Salzböde-Kurier	vom 24.7.1954

Internetquellen

Bundesregierung der BRD	Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/4126 vom 14.12.2011: Umgang mit der NS-Vergangenheit. Online: <a href="http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/081/1708134.pdf">http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/081/1708134.pdf</a> vom 14.5.2013
Bundeszentrale für politische Bildung	<a href="http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17209/bund-der-heimatvertriebenen-und-entrechteten-bhe">http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17209/bund-der-heimatvertriebenen-und-entrechteten-bhe</a>
Bundeszentrale für politische Bildung	<a href="http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17728/kommunistische-partei-deutschlands-kpd">http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17728/kommunistische-partei-deutschlands-kpd</a>
Bundeszentrale für politische Bildung	<a href="http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33621/dkp">http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33621/dkp</a> <a href="http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/135181/bundesvereinigung-freie-waehler">http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/135181/bundesvereinigung-freie-waehler</a>
Das Bundesarchiv	PG – Zum Mitgliedschaftswesen der NSDAP. Online: <a href="http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-0.html.de">http://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/00757/index-0.html.de</a> vom 02.05.2013
Deutsches Rotes Kreuz	Kreisverband Biedenkopf e.V. – Ortsvereinigung Gladenbach, abgerufen am 23.05.2013, 11:23 Uhr (online): <a href="http://www.drk-gladenbach.de/webseiten/2012_geschichte.html">http://www.drk-gladenbach.de/webseiten/2012_geschichte.html</a>
Ehrenzeichen Orden	<a href="http://www.ehrenzeichen-orden.de/nationalsozialismus/goldenes-hj-ehrenzeichen-b-stuck.html">http://www.ehrenzeichen-orden.de/nationalsozialismus/goldenes-hj-ehrenzeichen-b-stuck.html</a>

Herbert, Ulrich	Die Goldhagen-Debatte. Aus der Mitte der Gesellschaft vom 14.6.1996, in: ZEIT-Online <a href="http://www.zeit.de/1996/25/golda.txt.19960614.xml">http://www.zeit.de/1996/25/golda.txt.19960614.xml</a> vom 9.5.2013, <a href="http://pdf.zeit.de/1996/25/golda.txt.19960614.xml.pdf">http://pdf.zeit.de/1996/25/golda.txt.19960614.xml.pdf</a>
Hessischer Landkreistag	60 Jahre Hessischer Landkreistag, Geschichte. Persönlichkeiten. Leitbilder., 2008, online: <a href="http://www.hlt.de/fileadmin/user_upload/60_Jahre_HLT.pdf">http://www.hlt.de/fileadmin/user_upload/60_Jahre_HLT.pdf</a>
Lohra-Wiki	Stichwort „Bürgermeister“, abgerufen am 23.05.2013, 11:42 Uhr (online): <a href="http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=B%C3%BCrgermeister">http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=B%C3%BCrgermeister</a>
Lohra-Wiki	Stichwort „Familiename Rau“, abgerufen am 08.05.2013, 14:36 Uhr (online): <a href="http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=Rau_Heinrich">http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=Rau_Heinrich</a>
Nachruf für Kurt Schwerdt	<a href="http://www.62vgd.de/schwerdt/Kurts_nachruf.htm">http://www.62vgd.de/schwerdt/Kurts_nachruf.htm</a> .
Ruhr-Universität Bochum	Vergangenheitspolitik – Die Produktivität der Verdrängung? Online: <a href="http://www.ruhr-uni-bochum.de/rubin/rbin1_00/Pdfs/Beitrag6.pdf">http://www.ruhr-uni-bochum.de/rubin/rbin1_00/Pdfs/Beitrag6.pdf</a> vom 14.05.2013
Der Spiegel	Parlamentarische Anfrage: 24 Ex-NSDAP-Mitglieder arbeiteten in Nachkriegsregierungen. Online: <a href="http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parlamentarischp-anfrage-24-ex-nsdap-mitglieder-arbeiteten-in-nachkriegs-regierungen-a-808598.html">http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parlamentarischp-anfrage-24-ex-nsdap-mitglieder-arbeiteten-in-nachkriegs-regierungen-a-808598.html</a> vom 24.03.2013

Stadt Gladenbach	Unser Stadtteil Weidenhausen, abgerufen am 08.05.2013, 15:15 Uhr (online): <a href="http://www.stadt-gladenbach.de/weiden/weiden.htm">http://www.stadt-gladenbach.de/weiden/weiden.htm</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	<a href="http://de.wikipedia.org/wiki/DKP_Hessen#DKP_Hessen">http://de.wikipedia.org/wiki/DKP_Hessen#DKP_Hessen</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	<a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_W%C3%A4hler_Hessen">http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_W%C3%A4hler_Hessen</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	<a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher_Block/Bund_der_Heimatvertriebenen_und_Entrechteten">http://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher_Block/Bund_der_Heimatvertriebenen_und_Entrechteten</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	<a href="http://de.wikipedia.org/wiki/KPD_Hessen">http://de.wikipedia.org/wiki/KPD_Hessen</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	Stichwort „Bürgermeister von Dautphetal“, abgerufen am 08.05.2013, 15:02 Uhr (online): <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_B%C3%BCrgermeister_von_Dautphetal#B.C3.BCrgermeister_zwischen_1821_und_1974">http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_B%C3%BCrgermeister_von_Dautphetal#B.C3.BCrgermeister_zwischen_1821_und_1974</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	Stichwort „Bürgermeister Biedenkopf“, abgerufen am 08.05.2013, 14:42 Uhr (online): <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Biedenkopf#B.C3.BCrgermeister">http://de.wikipedia.org/wiki/Biedenkopf#B.C3.BCrgermeister</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	Preußenschlag, 23. Mai 2013, online: <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fenschlag">http://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fenschlag</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	Siegfried Sorge, 25. Januar 2013, online: <a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Sorge">http://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Sorge</a>
Wikipedia – Das Wissenslexikon	<a href="http://de.wikipedia.org/wiki/Teplitz-Sch%C3%B6nauer_Anzeiger">http://de.wikipedia.org/wiki/Teplitz-Sch%C3%B6nauer_Anzeiger</a>

Auskünfte

Dautphetal	Auskunft der Gemeindeverwaltung Dautphetal per E-Mail am 13.05.2013
Gladenbach	Mündliche Auskunft der Stadtverwaltung Gladenbach am 13.05.2013
Münchhausen	Auskunft der Gemeindeverwaltung Münchhausen per Telefon am 08.05.2013
Stadtallendorf	Auskunft der Stadtverwaltung Stadtallendorf per Telefon am 15.05.2013
Weimar	Auskunft der Gemeindeverwaltung Weimar (Lahn) per Telefon am 15.05.2013

## Anlagen

### Anlage 1: Quellen/Akten Staatsarchiv Wiesbaden

Signatur		Vorname	Nachname	Akte/Meldebogen
520 Ma Nr.547	K 30	August	Achenbach	dünne Akte
520 Bi (J.A.) Steinperf Nr. 35608	K 125	Rudi	Acker	MB
520 Bi (61) Nr. 16394	K 61	Hermann	Assmann	MB
520 Ma (IV) Nr. 4122	K 188	Alfred	Austel	MB + dünne Akte
520 KW (Korbach- Waldeck)Nr.2	K 473	Friedrich	Bachmann	dickere Akte
520 Bi 70 Nr. 20763	K 70	Johann II.	Barth	MB
520 Bi 71 Nr. 21340	K 71	Wilhelm VII.	Becker	MB
520 Bi (Hartenrod) Nr. 16834	K 64	Willi	Becker	MB
520 Ma J.A. Nr. 8988	K 429	Heinrich	Bendel	MB
520 Bi Neuabl. Nr. 56		Otto	Bieber	MB + 3 Bl.
520 ML (N.B.) Michelbach Nr. 4786	K 54	Johannes	Bieker	MB
520 Ma J.A. Nr. 10565	K 432	Heinrich	Bieker	MB
520 Ma Nr. 13241	K 470	Heinrich	Bieker	dünne Akte
520 ML (N.B.) Michelbach Nr. 4786	K 54	Johannes	Bieker	MB
520 Ma (J.A.) Nr. 10544	K 432	Hans	Bietz	MB
520 ML (N.B.) Hachborn Nr. 9234/47	K 28	Magnus	Braun	MB
520 ML (N.B.) Amönau Nr. 2690/46	K 5	Johannes	Brössel	MB
520 ML Neuabl. Nr. 1		Jakob	Buckler	MB + 1 Bl.
520 ML (N.B.) Nr. 1909/46	K 16	Ludwig	Cloos	MB
520 ML Neuablage Nr. 16	K 133	Martin	Cloos	MB
520 Ma Nr. 4385	K 380	Ernst	Cyriax	MB
520 Ma Nr. 3839	K 366	Ludwig	Damm	MB + dünne Akte
520 Ma Nr. 3645	K 361	Karl	Dippel	dünne Akte
520 Bi (80) Nr. 25217	K 80	Rudolf	Dittmann	MB
520 ML N.B. (Kirchhain) Nr. 20710/47	K 43	Louis	Dowe	MB
520 Ma Nr. 2321	K 326	Konrad	Elmshäuser	dünne Akte
520 Ma Nr 14746		Franz	Enzmann	
520 Ma Nr. 13814	K 485	Kurt	Ermer	MB
520 ML N.B. (Allendorf 2) Nr. 1398/46	K 3	Ernst	Feldpausch	dünne Akte



520 Bi (J.A.) Damshausen-Gladenbach Nr. 31897	K 81	August	Feuring	MB
520 Ma Nr. 3729	K 636	Georg	Feußner	dünne Akte
520 Bi (J.A.) Damshausen-Gladenbach Nr. 31897	K 123	Herbert	Feussner	MB
520 ML N.B. (Kirchhain) Nr. 64589/47	K 41	Ernst	Fiedler	MB
520 ML Nr. 20769/47		Herta	Fiedler	MB
520 Ma J.A. Nr. 9221	K 430	Heinz	Freiling	MB
520Bi (Betroffene)	K 114a	Berthold	Friebertshäuser	MB + 1 Bl.
520 Bi 64 Nr. 16950	K 64	Otto	Fuchs	MB
520 ML Neuablage Nr. 30	K 133	Konrad	Gaul	dünne Akte
520 Fulda-Zentral Nr. A 1046	K 106	Otto	von Gebhardi	Akte
520 Marburg-Biedenkopf Nr. 1391		Konrad	Gerhard	
520 Fu-Z Nr. A 1524	K 166	Hermann	Götz	dünne Akte
520 Ma Nr. 3814	K 366	Hans	Gnau	MB
520 Bi Neuablage Nr 7		Andreas	Grebe	
520 Bi 50 (Buchenau) Nr. 8457	K 50	Heinrich	Grebe	MB
520 Bi (Buchenau) J.A. Nr. 33450	K 122	Henrich	Grebe	MB
520 Ma Nr. 16341	K 524	Heinrich	Groß	MB + 1 Bl.
520 Ma Nr. 2616		Hugo	Grüttner	
520 ML (N.B.) Niederklein 1 Nr. 41222/47	K 64	Ludwig	Gruss	MB
520 Bi 76 (Rossbach) Nr. 23699	K 76	Philipp	Haas	MB
520 Bi (A-Z)	K 12	Franz	Hahn	MB + 1 Bl.
520 ML (N.B.) Kappel 1 Nr. 2292/46	K 37	Konrad	Hahn	dünne Akte
520 Ma J.A. Nr. 15683	K 515	Konrad	Hahn	MB
520 Bi Nr. 12049	K 13	Ernst	Hanßmann	dünne Akte
520 Bi (J.A.) Hartenrod Nr. 34884	K 124	Heinrich Karl	Heck	MB
520 ML (N.B.) Wohra Nr. 20657/47	K 95	Wilhelm	Herbst	MB
520 ML N.B. (Weitershau- sen) Nr. 23977	K 92	Karl Heinrich	Hertel	MB
520 Bi 47 Nr. 2594	K 47	Martha	Hey	MB
520 Bi Hartenrod J.A. Nr. 34946	K 129	Walter	Hinterlang	MB
520 ML (Kappel) Nr. 1804/46	K 38	Richard	Hopf	dünne Akte

520 ML N.B. (Roßdorf) Nr. 59341/47	K 76	Heinrich	Horst	MB
520 Ma Nr. 3768	K 170	Alwin	Jäger	MB
520 ML N.B. (Fronhausen 2) Nr. 3065347	K 24	Gustav	Kaiser	MB
520 ML N.B. (Wittelsberg) Nr. 1065/46	K 94	Konrad	Kaiser	dünne Akte
520 Ma Nr.3027	K 141	Karl	Käuffl	MB
520 Ma J.A. Nr. 9167	K 430	Hans	Kern	MB
520 Ma Nr. 2621	K 123	Karl	König, Dr.	dünne Akte
520 Ma Nr. 5623	K 416	Philipp	Köster	MB
520 Ma Nr. 5631	K 416	Karl Theodor	Kuhn	MB
520 Ma (Amnestie) Nr. 14164	K 491	Heinz	Kunze	dünne Akte
520 ML N.B. (Emsdorf) Nr. 25854/47	K 20	Heinrich	Lembach	MB
520 Ma (IV) Nr. 252	K 16	Karl	Leonhäuser	dünne Akte
520 Bi (Betroffene A-Z) [Let-Ma]	K 21	Hermann	Linne	MB + 2 Bl.
520 Ma Nr. 1959	K 93	Heinrich	Löchel	MB
520 Ma Nr. 3848	K 176	Heinrich	Loh	dünne Akte
520 Bi N.B. (Kehlnbach) Nr. 18899	K 67	Jakob II.	Lotz	MB
520 Bi (Katzenbach) W 36797	K 67	Max	Mayer	MB
520 Ma (IV) Nr. 1741	K 84	Wilhelm	Meinecke	dickere Akte
520 ML N.B. (Leidenhofen) Nr. 34707/47	K 49	Heinrich	Mengel	MB
520 ML N.B. (Wolferode) Nr. 23656/47	K 96	Adam	Mergel	MB
520 Ma Nr. 2998	K 140	Hermann	Müller	dünne Akte
520 Bi Neuablage Nr. 2	K 133	Erich	Nassauer, Dr.	dünne Akte
520 ML N.B. (Großseeheim) Nr.27819/47	K 27	Johannes	Nau	MB
520 Ma Nr. 4259	K 377	Heinrich	Nispel	dünne Akte
520 ML N.B. (Momberg 1) Nr. 41863	K 56	Theodor	Pfeiffer	MB
520 Ma Nr. 4344	K 379	Erich Ernst	Pitzer	dünne Akte
520 Bi 97 Nr. 374	K 97	Otto-Georg	Pitzer I.	dickere Akte
520 Ma Nr. 15113	K 513	Heinz	Pontow	dünne Akte
520 ML Neuabl. Nr. 91		Ludwig	Preiss	dickere Akte
520 Ma B Nr. 921	K 180	Heinrich	Rau	MB
520 Ma Nr. 4405	K 380	Heinrich	Reitz	MB
520 Ma (IV) Nr. 2147	K 104	Johannes	Riemenschneider	dickere Akte

520 ML (NB) Rauschenberg Nr. 25287/47	K 74	Konrad	Röder	MB
520 ML N.B. (Marbach) Nr. 1783/46	K 51	Jakob	Römer	dünne Akte
520 Bi 81 Nr. 26538	K 81	Christian	Rossbach	MB
520 Bi 81 Nr. 26895	K 81	Christian	Rossbach	MB
520 Bi 81 Nr. 26923	K 81	Christian	Rossbach	MB
520 Ma Nr. 133	K 9	Hans	Roth	dünne Akte
520 Ma (IV) Nr. 2136	K 103	Anton	Rudolf	dünne Akte
520 Bi 30 Nr. 40019	K 30	Georg	Rühl	MB + 1 Bl.
520 ML N.B. (Kirchvers) Nr. 35392/47	K 44	Karl	Rühl	MB
520 ML (NB) Momberg 1 Nr. 41957/47	K 56	Ferdinand	Sack	MB
520 Bi 46 Nr. 4668	K 46	Heinz	Samstag- Schaufuß	MB
520 Ma Nr. 4499	K 383	Philipp	Scheld	dickere Akte
520 MA Nr. 13068	K 466	Heinz	Schlapp	dickere Akte
520 Bi 60 Nr. 37731	K 60	Ferdinand	Schmidt	MB
520 ML (W.A. – Sterzhau- sen) Nr. 45727	K 114a	Jakob	Schmidt	MB
520 Ma (Amnestien) Nr. 4355	K 379	Karl	Schmidt	MB
520 Bi 75 (Quotshausen) Nr. 23540	K 75	Karl	Schmidt	MB
520 Bi 49 Nr. 40549	K 49	Arthur	Schneider	MB
520 Ma (Amestien) Nr. 12513	K 447	Heinrich	Schneider	Akte/Meldebogen
520 Ma Nr. 1571	K 75	Max	Schramm	MB
520 Bi (Weidenhausen) Nr. 32011	K 84	August	Schubert	MB
520 ML (Halsdorf) Nr. 28225	K 29	Matthäus	Schütz	MB
520 Ma (Amnestien) Nr. 15018	K 511	Daniel	Seibel	dickere Akte
520 Ma Nr. 1747		Ernst	Seipp	
520 Bi 36325	K 122	Ernst	Sommer	MB
520 ML (Kirchhain) Nr. 21492	K 429	Ernst	Speh	MB
520 Ma Nr. 3401	K 156	Friedrich	Stoppel	dünne Akte
520 ML (Sarnau u.a.) Nr. 53101	K 78	Senta	Ströhmer	MB
520 Bi 64 (Biedenkopf) Nr. 4360	K 46	Konrad	Stückrath	MB
520 Ma (IV) Nr. 1802	K 87	Gerhard	Tauscher	dünne Akte

520 ML (Kappel 2)	K 38	Otto	Theis	MB
520 Bi 54 Nr. 10276	K 54	Christian	Thome	MB
520 Bi 81 Nr. 26610	K 81	Christian	Thome	MB
520 Bi (Biedenkopf) Nr. 4919	K 45	Adam	Till	MB
520 Bi 64 (Hartenrod) Nr. 17530	K 64	Emil	Trapp	MB
520 Ma Nr. 1469	K 711	Ludwig	Trenker	MB
520 Bi Nr. 42023	K 37	Reinhold	Turschner	dünne Akte
520 ML NB (Brungershausen)	K 12	Helwig	Veit	MB
520 Bi Nr. 28083	K 82	Ludwig	Velte XII.	MB
520 Ma Nr. 16267	K 524	Konrad	Völker	MB
520 Fu-Z Nr. A 1046	K 106	Otto	von Gebhardi	etwas umfangreichere Akte
520 ML (NB-Hachborn) Nr. 27354	K 28	Johannes	Wallon	MB
520 ML (N.B.) Kleinseelheim Nr. 44749	K 45	Simon	Weckesser	MB
520 Bi (Biedenkopf) J.A. Nr. 38406	K 122	Georg	Wehn	MB
520 Bi (Biedenkopf) Nr. 4548	K 46	Wilhelm	Wehn	MB
520 Bi Nr. 22222	K 73	Heinrich	Weigel	MB
520 Bi 99 Nr. 522	K 49	Karl	Werner	dünne Akte
520 Bi Hommertshausen (J.A.) Nr. 36208	K 124	Karl Gustav	Werner	MB

## Anlage 2: Quellen/Akten Bundesarchiv Berlin

Name	Vorname	Quellenangabe
Achenbach	Walter	Archiv Berlin, zentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Achenbach, Walter, 14.09.1924
Albert	Wilhelm	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Albert, Wilhelm, 20.05.1911
Austell	Alfred	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Austell, Alfred, 11.03.1887
Bachmann	Friedrich	Archiv Berlin, zentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Bachmann, Friedrich, 29.06.1984
Baltuttis	Günther	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Baltuttis, Günther, 11.07.1926
Balzer V.	Christian	Archiv Berlin, zentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Balzer V., Christian, 10.08.1906

Barthmann	Gustav	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Barthmann, Gustav, 27.02.1907
Becker	Wilhelm	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Becker, Wilhelm, 12.06.1913
Beckmann	Erich Otto	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Beckmann, Erich Otto 02.12.1913
Bieber	Otto	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Bieber, Otto, 12.01.1923
Breitstadt	Heinrich	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Breitstadt, Heinrich, 27.10.1880
Buckler	Jakob	BArch zentrale Kartei: Filmnummer D 0048; dezentrale Kartei: Filmnummer C 0050
Burk	Johannes	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Burk, Johannes, 19.03.1896
Cloos	Martin	Archiv Berlin, zentrale Kartei, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehem. BDC) SSO, Cloos, Martin, 16.10.1901
Cyriax	Ernst	Archiv Berlin, zentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Cyriax, Ernst, 08.09.1910
Damm	Ludwig	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Damm, Ludwig, 11.09.1884
Debelius	Konrad	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Debelius Konrad 19.04.1901
Deuschle	Ernst	Archiv Berlin, zentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Deuschle, Ernst, 28.03.1924
Dippel	Karl	Archiv Berlin, zentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Dippedl, Karl, 17.04.1893
Eberl	Emmerich	Archiv Berlin, zentrale Kartei, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehemaliges BDC) SSO, Eberl, Emmerich, 28.12.1911
Eckel	August	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei, Zentralar- chiv (Akten) BArch (ehemaliges BDC) SSO, Eckel, August 16.02.1896
Elsmhäuser	Konrad	Archiv Berlin, zentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Elmshäuser, Konrad, 05.07.1915
Ermer	Kurt	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Ermer, Kurt, 26.01.1909
Fenner	Karl-Heinz	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehem. BDC) SSO, Fenner, Karl-Heinrich, 19.01.1901
Feußner	Georg	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) und dezentrale Kar- te; BArch (ehemaliges BDC) SSO, Feußner, Georg 09.10.1901

Fischer	Arthur	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Fischer, Arthur, 01.06.1912
Friebertshäuser	Berthold Georg	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Friebertshäuser, Berthold Georg, 30.05.1914
Gaul	Konrad	BArch dezentrale Kartei: Filmnummer F 0037; zentrale Kartei: Filmnummer G 0133
Gerlach	Wilhelm	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Gerlach, Wilhelm 07.09.1897
Gnau	Hans	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehemaliges BDC) SSO, Gnau, Hans, 04.05.1913
Grebe	Heinrich	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Grebe, Heinrich, 15.07.1925
Grebe	Heinrich	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Grebe, Heinrich 10.12.1899
Groß	Heinrich	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Groß, Heinrich, 04.12.1918
Gusovius, Dr.	Paul	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehem. BDC) SSO, Gusovius, Paul, 04.11.1891
Hahn	Franz	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Hahn, Franz, 09.02.1904
Holtrichter	Franz	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehemaliges BDC) SSO, Holtrichter, Franz, 24.08.1925
Jäger	Alwin	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Jäger, Alwin, 13.06.1899
Kaiser	Franz	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Kaiser, Franz, 18.12.1890
Kalden, Dr.	Ernst	Archiv Berlin, dezentrale Kartei, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehemaliges BDC) SSO, Kalden, Dr., Ernst, 24.11.1907
Kaufmann, Prof.	Eckehard	Archiv Berlin, dezentrale Kartei, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehemaliges BDC) SSO, Kaufmann, Prof., Eckehard, 17.02.1923
König, Dr.	Karl	Archiv Berlin, dezentrale Kartei, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehemaliges BDC) SSO, König, Dr., Karl, 10.07.1898
Köster	Philipp	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Köster, Philipp, 20.02.1896
Kuhn	Karl-Theodor	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Kuhn, Karl-Theodor, 20.11.1908
Leonhäuser	Karl	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Leonhäuser, Karl, 29.07.1911
Linne	Hermann	Archiv Berlin, dezentrale Kartei, 17.07.1918 BArch (ehemaliges BDC) SSO, Linne, Hermann,

Löchel	Heinrich	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Löchel, Heinrich, 15.05.1890
Loh	Heinrich	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Loh, Heinrich, 08.04.1908
Maurer	Adolf	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Maurer, Adolf, 27.06.1907
Meinecke	Wilhelm	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Meinecke,, Wilhelm, 30.10.1893
Mergel	Adam	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Mergel, Adam 31.08.1905
Möller	Richard	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Möller, Richard, 29.07.1904
Müller	Hermann	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Müller, Hermann, 09.02.1903
Nassauer	Heinrich	Archiv Berlin, zentrales Archiv BArch (ehemaliges BDC) SSO, Nassauer, Heinrich 13.05.1908
Nassauer, Dr.	Erich	BArch zentrale Kartei: Filmnummer L 0099; dezentrale Kartei: Filmnummer P 0056
Nassauer, Dr.	Erich	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) und Stasi-Akten BArch (ehemaliges BDC) SSO, Nassauer, Dr., Erich, 13.10.1910
Nees	Emil	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Nees, Emil, 19.12.1893
Peters Dr.	Gerhard	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Peters Dr., Gerhard 16.03.1900
Preis	Ludwig	BArch dezentrale Kartei: Filmnummer R 0022
Range	Johannes	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Range, Johannes 01.10.1893
Reitz I.	Heinrich	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Reitz I., Heinrich, 02.07.1895
Riemenschneider	Johannes	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Riemenschneider, Johannes, 02.05.1895
Roßbach	Karl	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Roßbach, Karl 30.04.1926
Rudolf	Anton	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Rudolf, Anton 17.10.1900

Rühl	Georg	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Rühl, Georg 06.01.1914
Sälzer	Karl	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) und dezentrale Kartei; BArch (ehemaliges BDC) SSO, Sälzer, Karl 06.03.1925
Sauer	Walter	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehem. BDC) SSO, Sauer, Walter, 25.05.1924
Schäfer	Ewald	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Schäfer, Ewald 11.07.1901
Scheld	Philipp	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Scheld, Philipp 17.08.1894
Schmidt	Karl	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Schmidt, Karl, 19.11.1903
Schneider	Heinrich	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Scholz, Friedrich, 10.03.1921
Scholz	Friedrich	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Scholz, Friedrich, 10.03.1921
Scholz	Walter	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Scholz, Walter, 09.03.1914
Schramm	Max	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Schramm, Max, 20.09.1899
Schubert	August	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Schubert, August, 03.04.1910
Schwabe	Dr. Emil	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Schwabe, Dr. Emil 07.12.1902
Schwerdt	Kurt	Archiv Berlin, zentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Schwerdt, Kurt, 22.12.1919
Seibel	Albert	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Seibel, Albert, 11.12.1919
Seibel	Daniel	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehem. BDC) SSO, Seibel, Daniel, 05.04.1920
Skutschik	Hans	Archiv Berlin, dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Skutschik, Hans, 05.10.1904
Till	Adam	Archiv Berlin, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehemaliges BDC) SSO, Till, Adam 18.11.1923
Trapp	Emil	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei BArch (ehemaliges BDC) SSO, Trapp, Emil 14.11.1902
Waldschmidt	Karl	Archiv Berlin, zentrale und dezentrale Kartei, Zentralarchiv (Akten) BArch (ehem. BDC) SSO, Waldschmidt, Karl, 24.09.1913
Werner I.	Karl	Archiv Berlin, dezentrale Kartei, 25.05.1890 BArch (ehemaliges BDC) SSO, Werner I., Karl,



**Anlage 3: Quellen/Akten Staatsarchiv Marburg**

Bestandssignatur	Nummer	Ausgeliehen	Ausgabedatum	Rückgabe Lesesaal
180 Biedenkopf	46	1	30.01.2013	30.01.2013
180 Biedenkopf	4964-4969	6	02.04.2013	02.04.2013
180 Biedenkopf	4973	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Biedenkopf	5661-5669	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Biedenkopf	5678	1	03.04.2013	03.04.2013
180 Biedenkopf	5679	1	04.04.2013	04.04.2013
180 Biedenkopf	5681-5684	4	04.04.2013	04.04.2013
180 Biedenkopf	5685	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Biedenkopf	5686	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Biedenkopf	5700-5704	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Biedenkopf unverzeichnet	Wahlunter- lagen	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5233	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5242	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5253	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5342	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5377	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5380	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5432	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5377	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5380	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5423	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5488	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5512	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5555	1	02.04.2013	02.04.2013
180 Marburg	5598	1	11.04.2013	11.04.2013
180 Marburg	5640	1	11.04.2013	11.04.2013
180 Marburg	5691	1	11.04.2013	11.04.2013
180 Marburg	5786	1	11.04.2013	11.04.2013
180 Marburg	5791	1	11.04.2013	11.04.2013
180 Marburg	A 1379	1	11.04.2013	11.04.2013
180 Marburg	A 1380	1	11.04.2013	11.04.2013
180 MR	A 1382	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	1	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	1005	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	102	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	1394	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	1402	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	1410	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	150	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	153	1	11.04.2013	11.04.2013

401/11	154	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	157	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	158	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	159	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	160	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	161	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	162	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	163	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	164	1	11.04.2013	11.04.2013
401/11	165	1	11.04.2013	11.04.2013
404	2685	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2691	1	11.04.2013	11.04.2013
404	2692	1	11.04.2013	11.04.2013
404	2699	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2702	1	11.04.2013	11.04.2013
404	2714	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2740	1	24.04.2013	24.04.2013
404	2775	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2798	1	24.04.2013	24.04.2013
404	2808	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2816	1	24.04.2013	24.04.2013
404	2828	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2870	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2871	1	11.04.2013	11.04.2013
404	2908	1	11.04.2013	11.04.2013
404	2923	1	11.04.2013	11.04.2013
404	2936	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2944	1	24.04.2013	24.04.2013
404	2954	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2978	1	12.04.2013	12.04.2013
404	2980	1	11.04.2013	11.04.2013
404	3010	1	11.04.2013	11.04.2013
404	3012	1	11.04.2013	11.04.2013
404	3013	1	12.04.2013	12.04.2013
404	3021	1	12.04.2013	12.04.2013
404	3022	2	24.04.2013	24.04.2013
404	3027-3028	1	11.04.2013	11.04.2013
404	3045	1	12.04.2013	12.04.2013
404	3050	1	11.04.2013	11.04.2013

Adr Verwaltungsbe- richte Marburg	1947-1965	1	11.04.2013	11.04.2013
Adr Verwaltungsbe- richte Marburg	1967-1973	3	11.04.2013	11.04.2013
Personalakte August Eckel	405/01 3328		02.09.2013	02.09.2013
Personalakte Sieg- fried Sorge	405/01 Nr. 3327		02.09.2013	02.09.2013
Personalakte Fried- rich Bachmann	180-Bi Nr.6166		02.09.2013	02.09.2013

**Anlage 4: Liste aller Namen**

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1948-1952, 1952-1956	Achenbach	August	Wallau	21.07.1892	LDP	Bürgermeister in Wallau 1949-1962
1963/64, 1967-1968	Achenbach	Karl	Breidenstein	18.04.1909	SPD	
1977-1981	Achenbach	Walter	Breidenbach	14.09.1924	SPD später FWG	Verwaltungsangestellter, Bürgermeister in A- chenbach
1946-1948, 1948-1952	Achenbach IV	Heinrich	Niederdieten	02.06.1881	CDU	Maurer/Landwirt/ später Rentner
1964-1968	Acker	Edmund	Steinperf	09.01.1925	SPD	Bürgermeister in Steinperf 1960-1967
1960-1968, 1968-1972	Albert	Wilhelm	Oberweidbach	20.05.1911	FWG	Landwirt
1974-1977	Aleit	Gerhard	Steffenberg- Niedereisenhausen	11.07.1922	CDU	
1948-1952	Althaus	Heinrich	Niederasphe	22.01.1908	LPD	
1946-1948	Archinal	Louis	Wetter	16.09.1898	SPD	
1946-1948	Assmann / Aß- mann	Hermann	Hartenrod / Günterod	02.12.1907	SPD	Bürgermeister in Günterod/ Bergmann
1948-1952, 1952-1956	Austell	Alfred	Hatzbach	11.03.1887	Demokratisches Ge- meinwohl	Verwaltungsbeamter
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960	Bachmann	Friedrich		29.06.1884	CDU	Regierungspräsident 1932-1942, Landrat in Biedenkopf 1946-1959
1964-1968	Baltuttis	Günther	Neustadt	11.07.1926	CDU	
1946-1948	Balzer V.	Christian	Wallau	10.08.1906	Landvolk	Kaufmann
1952-1956	Bamberger	Karl-Otto	Hartenrod	01.09.1908	FWG	Landwirt
1946-1948	Barth	Johann	Mornshausen/S.	20.05.1888	SPD	Landwirt und Bürgermeister in Mornshausen
1952-1956, 1956-1960	Barthmann	Gustav	Amönau	27.02.1907	SPD	
1946-1948	Bauer	Albert	Gladenbach	27.09.1894	Landvolk	Kaufmann

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Bayer	Hans	Kirchhain	09.10.1915	FDP	
1960-1964	Bayer	Susanne	Kirchhain		CDU	Hausfrau
1972-1974	Bechthold	Monika	Stadtallendorf		SPD	
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1968-1972	Becker	Wilhelm	Biedenkopf	12.06.1913	CDU	Steuerbevollmächtigter
1946-1948	Becker	Wilhelm VII.	Niedereisenhausen	24.04.1909	Landvolk	Schmiedemeister/Landwirt
1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981	Becker	Willi	Startenrod	05.02.1921	SPD	Hausmeister und Kraftfahrer
1968-1972, 1972-1974	Beckmann	Erich Otto	Erdhausen	02.12.1913	SPD	Schreiner/Tischler
1985-1989, 1989-1993	Behr	Horst	Niederweimar	23.08.1920	SPD	
1964-1968	Bendel	Heinrich	Kirchhain	13.03.1922	SPD	Lehrer
1948-1952	Bender	Reinhold	Cappel	17.12.1919	CDU	
1952-1956	Bernd	Werner	Schweinsberg	-	DGP	-
1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Bieber	Otto	Bischoffen	12.01.1923	CDU	Prokurist / kaufm. Angestellter
1946-1948, ab Juni 1954 -1956	Bieker	Heinrich	Goßfelden	20.7.1894	SPD	Bürgermeister in Goßfelden 1946-1956
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Bieker	Johannes	Michelbach	01.10.1887	SPD	Angestellter/Polier, Bürgermeister in Michelbach 1945-1956 und in Dagobertshausen 1948-1952

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1978	Bietz	Hans	Dreihausen	13.06.1920	SPD	Schneidermeister
1946-1948, 1948-1952	Blöcher	Christian IX.	Wallau		CDU	Modellformer
1964-1968	Böhle	Hans	Biedenkopf	27.08.1916	CDU	Reg.-Oberinspektor Reg.-Amtmann
1948-1952	Böhm	Fritz	Rauschenberg	22.10.1918	Demokratisches Ge- meinwohl	Verwaltungsangestellter
1946-1948, 1948-1952	Braun	Magnus	Hachborn	11.08.1889	SPD	Kaufmann
1948-1952, 1952-1956	Breitstadt	Heinrich	Hassenhausen	27.10.1880	NDP ab 1952 FDP	
1946-1948	Brössel	Johannes	Amönau	11.01.1894	CDU	Bauer
1968-1972	Brug	Wilhelm	Stadtallendorf	05.06.1925	NPD	
1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981	Buckler	Jakob	Wehrda	14.02.1914	SPD	Bürgermeister in Wehrda 1948-1974
1956-1960	Büscher	Erich	Gladenbach	03.06.1917	SPD	Gewerkschaftssekretär
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Burk	Johannes	Sinkershausen	19.03.1896	CDU	Landwirt und Bürgermeister in Sinkershausen 1949-1964
1960-1964	Christ	Erich	Breidenbach	23.03.1925	SPD	Gewerkschaftssekretär
1952-1956	Cimiotti	Robert	Kirchhain	13.09.1913	CDU	
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972	Claar	Peter	Leidenhofen	22.10.1905	SPD	Bürgermeister in Leidenhofen 1948-1974

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1946-1948, 1952-1956, 1956-1960	Cloos	Ludwig	Dreihausen	14.02.1896	CDU, Gründungsmitglied (Marburg-Biedenkopf)	Landwirt, Bürgermeister in Dreihausen ab 1956
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Cloos	Martin	Moischt	16.10.1901	CDU	Landwirt und Bürgermeister in Moischt von 1941-1945 und 1952-1972
1960-1964	Cyriax	Ernst	Biedenkopf	08.09.1910	CDU	Zimmermeister
1952-1956	Damm	Ludwig	Holzhausen/H	11.09.1884	Demokratische Arbeitsgemeinschaft	Bürgermeister in Holzhausen von 1924-1945 und 1949-1956
1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1974-1977	Datz	Jakob	Stadtallendorf/ Neustadt	17.08.1922	SPD	Installateur
1964-1968	Debelius	Konrad	Kirchhain	19.04.1901	FDP	Schmied
1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Debus	Karl	Schlierbach	08.10.1917	CDU	Handelsvertreter
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960	Debus	Johannes X.	Buchenau	24.12.1879	SPD	Bürgermeister in Buchenau von 1945-1948
1972-1974	Deuschle	Ernst	Biedenkopf	28.03.1924	CDU	
1952-1956	Diehl	Gotthard	Nordeck	07.08.1891	SPD	
1948-1952	Dippel	Karl	Biedenkopf	17.04.1893	LDP	Verwaltungsangestellter/ 1945 Landratsamt Biedenkopf
1946-1948	Dittmann	Rudolf	Steinperf	14.02.1906	SPD	Steinrichter/Maurer
1946-1948	Dörr	Franz	Mardorf	25.10.1902	CDU	
1974-1977, 1977-1981	Dörr	Peter-Josef	Amöneburg-Mardorf	26.05.1916	CDU	Maurerpolier

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1946-1948, 1948-1952	Dowe	Louis	Kirchhain	12.01.1893	LDP	
1964-1968	Dr. Tent	Lothar	Cappel		SPD	
1956-1960, 1960-1964	Eberl	Emmerich	Cappel	28.12.1911	Gesamtdeutscher Block	Referent
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1. Juli 1966	Eckel	August		16.02.1896	SPD	Landrat im Landkreis Marburg 1946-1966
1968-1972, 1972-1974	Elmshäuser	Konrad	Gladenbach	05.07.1915	FDP	Kaufmann
1948-1952, 1952-1956	Enzmann	Franz	Sindersfeld	29.07.1909	Demokratisches Ge- meinwohl	Verwaltungsangestellter
1972-1974, 1974-1977	Erdel	Karl	Dautphetal	10.10.1916	SPD später FWG	Rentner
1948-1952	Ermer	Kurt	Neustadt	26.01.1909	LPD	
1956-1960	Fangohr	Otto	Anzefahr		CDU	
1948-1952, 1952-1956, 1956-1960	Feldpausch	Ernst	Allendorf	01.03.1891	CDU	Landwirt
1948-1952, 1952-1956	Fenner	Karl-Heinrich (nach Wahl- periodenlisten: Karl Heinz)	Biedenkopf	19.01.1901	FDP	
1952-1956, 1956-1960	Feuring	August	Wallau	02.01.1896	SPD	Schlosser
ab Februar 1965	Feußner	Franz	Neustadt		SPD	



Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Feußner	Georg	Dautphe-Wilhelmshütte	09.10.1901	SPD	Kreisjungendpfleger/ Polizeiassistent
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Feußner	Herbert	Wilhelmshütte Lahn	18.07.1925	SPD	Amtmann/ kaufmännischer Angestellter
1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Fiedler	Ernst	Kirchhain	03.03.1902	SPD	Produktionsmeister
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972	Fiedler	Herta	Kirchhain	04.09.1912	SPD	Hausfrau
1948-1952, 1952-1956, 1956-1960	Fiedler	Julius	Neustadt	20.12.1908	SPD	Zimmermann
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Fischer	Andreas	Beltershausen	07.06.1886	SPD	
1948-1952	Fischer	Arthur	Wetter	01.06.1912	Demokratisches Ge- meinwohl	
1948-1952	Fischer	Heinrich	Biedenkopf		CDU	Kaufmännischer Angestellter

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Fischer	Karl	Kirchhain		SPD	Kaufmann
1952-1956	Freiling	Heinrich	Wetter	25.09.1896	SPD	Angestellter
1952-1956	Friebertshäuser	Berthold Georg	Gladenbach	30.05.1914	FDP	Kaufmann
1952-1956, 1956-1960	Frömsdorf	Gerhard	Roßberg		FDP	
1952-1956	Fuchs	Otto	Hartenrod	03.01.1888	SPD	Maurer und Gemeinderechner Bergmann
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Garth	Otto	Gladenbach- Weidenhausen	22.07.1900	SPD	Former
1974-1977	Gaßmann	Georg	Marburg	28.05.1910	SPD	ab 1947 Bürgermeister Marburg, ab 1951 Oberbürgermeister Marburg
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Gaul	Konrad	Lohra	06.05.1913	SPD	Bürgermeister des Dorfes Lohra von 1952-1974 der Großgemeinde Lohra 1974-1976 kaufmännischer Angestellter; Brauerei Bopp
1960-1964, 1964-1968	Gebhardi, von	Otto	Gladenbach	08.01.1900	CDU	Gärtnermeister
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Gerhard	Konrad I.	Gisselberg	14.12.1905	Wahlblock Marburg- Land/CDU	Landwirt
1960-1964	Gerlach	Wilhelm	Niederweimar	07.09.1897	SPD	Schuhmachermeister und Bürgermeister in Nie- derweimar von 27.11.1956-31.01.1969 ehren- amtlich
1964-1968	Glitzenhirn	Hans	Schweinsberg	15.08.1910	SPD	Bürgermeister von Schweinsberg 1960-68
1948-1952	Gnau	Hans	Biedenkopf	04.05.1913	FDP LDP	Installateurmeister

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1946-1948	Gnau	Johannes	Oberndorf	22.02.1877	LDP	
1968-1972	Gontermann	Hans	Schweinsberg	03.10.1925	SPD	Bürgermeister 1968-1971
1948-1952	Götz Dr.	Hermann	Eckelshausen	20.05.1914	CDU	Kreisangestellter
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Grau	Peter	Dreihausen	15.01.1901	SPD	Landwirt, Bürgermeister in Dreihausen 1952-1956
1948-1952, 1952-1956	Grebe	Adam	Niederweimar	14.03.1883	FDP	
1960-1964, 1964-1968	Grebe	Andreas	Buchenau	10.12.1899	SPD	Bürgermeister in Buchenau von 1948-1966
1948-1952	Grebe	Hans	Biedenkopf	20.10.1911	LDP	Behördenangestellter
1968-1972, 1972-1974, 1977-1981, 1981-1985	Grebe	Heinrich	Buchenau	15.07.1925	SPD	Schlosser Kleinlandwirt und Bürgermeister in Buchenau von 1967-1974
1946-1948	Grebe	Heinrich Ludwig	Kombach		SPD	Modellschlosser
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Grebe	Ludwig	Nordeck	19.05.1895	LDP	
1981-1985, 1985-1989	Greib	Philipp	Amöneburg	13.10.1919	CDU	
1972-1974	Grohmann	Walter	Nordeck		CDU	
1968-1972	Groß	Heinrich	Wehrhausen	04.12.1918	NPD	
1948-1952	Gruss	Ludwig	Nieder Klein	26.03.1890	CDU	Monteur/Landwirt
1956-1960, 1960-1964	Gusovius, Dr.	Paul	Biedenkopf	04.01.1891	BHE	Syndikus i. R.
1948-1952	Haas	Philipp	Roßbach	18.03.1895	LDP	Landwirt und Maurer
1948-1952	Hahn	Adam	Sinkershausen		CDU	Arbeiter

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Hahn	Conrad	Cappel	05.05.1922	SPD	kaufmännischer Angestellter Bürgermeister in Cappel von 1952-1959 ehrenamtlich 1959-1974 hauptamtlich
1952-1956, 1964-1968	Hahn	Franz	Gladenbach	09.02.1904	BHE	Schulwart Angestellter des Herresbauamtes
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Hanßmann / Hanssmann	Ernst	Gönnern	21.02.1903	FDP bzw. Demokrati- sche Arbeitsgemein- schaft	Obersekretär a. D.
1960-1964, 1964-1968	Harras	Willi	Holzhausen	23.03.1920	SPD	Revieroberforstwart
1946-1948	Heck	Heinrich	Hartenrod	03.09.1922	CDU	Schreinermeister/Landwirt
1946-1948	Heinze	Vitus		18.03.1909	CDU	
1946-1948, 1948-1952	Henkel VIII.	Christian	Wallau	24.02.1884	CDU	Invalide
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993	Henz	Heinrich	Marburg-Moischt	02.01.1922	CDU	
1946-1948, 1948-1952	Herbst	Wilhelm	Wohra	18.09.1888	CDU	Landwirt
1946-1948	Hermann	Georg. Otto	Bottenhorn	29.10.1894	Landvolk	Bürgermeister/Landwirt/ Bauunternehmer in Bottenhorn
1960-1964, 1964-1968	Hertel	Heinrich	Kirchhain	16.10.1917	Gesamtdeutscher Block	Landwirtgehilfe
1946-1948, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Heuser	Heinrich	Niederwalgern	27.04.1902	SPD	Landwirt und Bürgermeister in Niederwalgern 1945-1966
1956-1960, 1960-1964	Hey	Martha	Biedenkopf	27.03.1903	SPD	Hausfrau

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1946-1948, 1948-1952	Hilberg	Hermann	Wetter	09.04.1891	SPD	
1960-1964	Hill	Richard	Neustadt	15.02.1889	CDU	Zahnarzt
1946-1948, 1960-1964	Hillenbrand	Karl	Biedenkopf	05.11.1900	SPD	Bürgermeister in Biedenkopf 1945-1954 Erster Stadtrat neben BGM Schwerdt
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Hinterlang	Walter	Bad Endbach-Hartenrod	16.12.1919	SPD später FWG	kaufmännischer Angestellter, Bürgermeister in Hartenrod 1956-1974, in Bad Endbach 1974-1982
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Hohl	Heinrich	Erksdorf	19.01.1900	CDU	Bürgermeister in Erksdorf 1946-1952
1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Holtrichter	Franz	Cölbe	24.08.1925	CDU	Kaufmann
1948-1952	Hopf	Richard	Cappel	11.11.1913	SPD	Beamter, Bürgermeister in Cappel
1946-1948, 1948-1952	Horst	Heinrich	Roßdorf	15.06.1898	CDU	
1964-1968	Hoss	Katharina	Beltershausen	03.02.1924	CDU	
1948-1952	Jäger	Alwin	Biedenkopf	13.06.1899	CDU	Kaufmann
1948-1952	Janka	Friedrich	Lixfeld		SPD	Verwaltungsangestellter
1960-1964, 1964-1968	Kaiser	Franz	Rauischholzhausen	18.12.1890	FDP	Landwirt
1952-1956	Kaiser	Gustav	Fronhausen	16.05.1888	SPD	Schneidermeister, Bürgermeister in Fronhausen 1947-1948
1968-1972	Kaiser	Heinrich	Wittelsberg	16.05.1925	FDP	
1946-1948, 1948-1952	Kaiser	Konrad	Wittelsberg	02.07.1896	LPD	
1977-1981, 1981-1985	Kalden	Dr. Ernst	Wetter	24.11.1907	CDU	Zahnarzt

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1964 Nachrück- cker	Karger	Hermine	Biedenkopf	30.10.1908	SPD	
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Käuffl	Karl	Wallau	28.04.1881	BHE	Postamtman a. D.
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Kaufmann	Prof. Dr. Dr. Eckehard		17.02.1923	SPD später FWG	Universitätsprofessor, Jurist und Historiker
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993	Kern	Hans	Wetter	21.12.1924	SPD	Verwaltungsfachangestellter Bürgermeister in Wetter 1962-1988
1946-1948, 1952-1956	Kessler	Wilhelm	Neustadt	11.10.1886	CDU	Bürgermeister in Neustadt nach 1945 (bis 1948)
1964-1968	Kewald	Hans	Amöneburg	18.05.1910	CDU	
1981-1985	Kexel	Anton	Marburg-Cappel	31.12.1926	FWG	Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter, Kreis- rechtsdirektor
1968-1972	Kmita	Elisabeth	Biedenkopf	22.03.1903	SPD	Gärtnerin
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Knopf	Josef	Goßfelden		Gesamt- deutscher Block	
1972-1974	Koch	Hermann	Cappel	23.03.1925	CDU	
1952-1956, 1956-1960	König, Dr.	Karl	Biedenkopf	10.07.1898	CDU	Rechtsanwalt/Notar
1952-1956, 1956-1960	Köster	Philipp	Wetter	20.02.1896	FDP	Kreisbrandinspektor
1946-1948	Kräling	Heinrich	Mardorf	26.09.1890	SPD	

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Kraus	Eberhard	Schröck	16.02.1923	CDU	Lehrer
1946-1948	Kremer	Josef	Anzefahr	09.06.1906	CDU	Bürgermeister in Anzefahr 1946-1956
1956-1960	Krüttner	Hugo	Biedenkopf/Gönnern	02.04.1894	BHE	
1956-1960	Kuhn	Karl-Theodor	Neustadt	20.11.1908	CDU	Landwirt und Maler
1952-1956	Kuhn	Kurt	Neustadt	08.08.1921	CDU	Bürgermeister in Neustadt 1948-1956
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Kunze	Heinz	Erksdorf	04.03.1925	SPD	Personalleiter
1964-1968, 1968-1972	Kusche	Günter	Gladenbach	16.09.1922	SPD	Realschulkonrektor
1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Lang	Heinz	Allendorf/Stadtallendorf	08.11.1911	SPD	Bürgermeister in Allendorf 1953-1975
1946-1948	Lang	Ludwig	Holzhausen/H.		SPD	Kleinlandwirt
1948-1952	Lauer	Heinrich	Sindersfeld	18.03.1903	NPD	
1946-1948, 1948-1952	Leinbach	Ernst	Gladenbach	06.08.1890	SPD	Elektriker und Bürgermeister in Gladenbach 1945-1951

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Leinbach	Karl	Gladenbach	09.11.1919	SPD	Postangestellter/ Postobersekretär/ Postbetriebsinspektor/ Personalratsvorsitzender/ MdL
1960-1964	Lembach	Heinrich	Emsdorf	03.07.1886	CDU	Lehrer/Maurer/Polier
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Lemmer	Georg	Ebsdorf	12.09.1926	FWG	Posthauptsekretär, Bürgermeister in Ebsdorf 1972-1974
1964-1968	Leonhäuser	Karl	Lohra	29.07.1911	CDU	Reservierförster
1968-1972	Leuschner	Paul	Weidenhausen	29.06.1920	SPD	Straßenbauarbeiter
1956-1960, 1960-1964	Linne	Hermann	Rüchenbach	17.07.1918	FWG	Landwirt, Bürgermeister
1956-1960, 1960-1964	Löchel	Heinrich	Kirchhain	15.05.1890	Überparteil. Wähler- gemeinschaft (UWG Spitzenkandidat)/ CDU	Kreisamtmann a.d. Kreisoberinspektor
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981	Loh	Heinrich	Großseelheim	08.04.1908	CDU	Landwirt
1946-1948, 1948-1952	Lotz	Jakob	Kehlnbach	19.06.1903	CDU	Landwirt
1948-1952	Mandelik	Rudolf	Wohra	20.07.1883	SPD	



Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-Sept. 1975	Martzloff	Hans	Neustadt	13.10.1908	CDU	Rechtsanwalt/Notar
1964-1968	Mathuse Dr.	Hans Christ.	Wehrda		SPD	
1968-1972	Maurer	Adolf	Weidenhausen	27.06.1907	FDP	Architekt/Schreinermeister
1948-1952, 1952-1956	Maus I.	Josef	Amöneburg	12.04.1901	CDU	Bürgermeister Amöneburg 1946-1957
1960-1964, 1964-1968, 1968-1972	Mayer	Max	Biedenkopf	03.10.1901	BHE	Verwaltungsangestellter/ Kreisgeschäftsführer BvD/ Landwirt
1977-1981	Meier	Otto	Breidenstein	22.02.1921	SPD	Modellschlosser
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Meinecke	Wilhelm	Gladenbach	30.10.1893	BHE	Verwaltungsangestellter/Rentner
1946-1948	Mengel	Heinrich	Leidenhofen	04.05.1881	CDU	
1948-1952	Mergard	Heinz	Biedenkopf		LDP	Kaufmann
1956-1960, 1960-1964	Mergel	Adam	Wolferode	31.08.1905	SPD	Maurermeister, Bürgermeister von Wolfenrode 1946-1964
1964-1968	Michel	Walter	Rauschenberg	07.12.1908	SPD	Bürgermeister in Rauschenberg 1945-1970
1964-1968	Möller	Richard	Stadtallendorf	29.07.1904	CDU	
1952-1956	Müller	Franz	Ludwigshütte		BHE	
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Müller	Hermann	Gönnern	09.02.1903	CDU, Bürgerliche Liste	Bauingenieur, Schlossermeister

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1956-1960, 1960-1964, 1964 Nachrücker	Müller	Jakob	Weidenhausen	03.08.1906	SPD	Schlosser
1964 Nachrücker	Nassauer	Heinrich	Eckelshausen	13.05.1908	SPD	Modellschlosser
1952-1956, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Nassauer, Dr.	Erich	Dautphe	13.10.1910	CDU	Rechtsanwalt/Notar
1946-1948, 1948-1952, 1956-1960, 1960-1964	Nau	Gotthard	Beltershausen	07.06.1896	LPD/ FDP	Landwirt, Bürgermeister in Beltershausen 1945-1964
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960	Nau	Johannes	Großseelheim	28.12.1885	SPD	Zimmerer Bürgermeister in Großseelheim 1956-1974
1948-1952	Nees	Emil	Neustadt	19.12.1893	CDU	Bäckermeister
1956-1960	Nickasch	Otto	Schweinsberg	24.03.1912	Überparteil. Wählergemeinschaft	
1968-1972, 1972-1974	Niederhöfer	Erich	Holzhausen H.	22.05.1922	SPD	Elektriker
1972-1974	Nispel	Heinrich	Herzhausen	03.11.1908	CDU	
ab 1952	Nitsche	Ernst			SPD	
1948-1952	Noortwyck	Otto	Breidenbach	19.06.1885	FDP	Fabrikant
1946-1948	Oventrop	Eugen Heinrich	Dautphe		SPD	Kalkulator
1964-1968	Pauli	Hans-Joachim	Weidenhausen	13.08.1904	BHE	
1960-1964, 1964-1968	Peters Dr.	Gerhard	Biedenkopf	16.03.1900	SPD	Fabrikant/Chemiker
1964-1968, 1968-1972	Pfalz	Johannes	Bracht	12.08.1905	SPD	Bürgermeister in Bracht 1960-1971

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1946-1948, 1948-1952, 1968-1972	Pfeiffer	Theodor	Momberg	02.02.1906	Demokratisches Gemeinwohl	
1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993	Pitzer	Erich-Ernst	Gladenbach	20.04.1925	CDU	Postobersekretär/ Posthauptsekretär/ Hilfspostschaffner
1948-1952	Pitzer	Ludwig	Wolfgruben	7.7.1903	SPD	Bürgermeister in Wolfgruben 1948-1959
1946-1948, 1948-1952	Pitzer	Otto Georg	Bottenhorn	18.10.1893	CDU	Posthalter/ Gemeinderechner
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Pontow	Heinz	Stadtallendorf	06.01.1920	SPD	Abiturient
1952-1956, 1956-1960	Preiß	Ludwig	Leidenhofen	25.07.1910	FDP (1952-1956), Wahlblock Marburg-Land (1956/1957)	Dipl. Landwirt, Dr., MdB 1949-1961 und 1964-1972
1948-1952	Prochazka	Otto	Gladenbach	11.01.1918		
1952-1956	Range	Johannes	Schiffelbach	01.10.1893	SPD	Landwirt
1948-1952	Rau	Heinrich	Lohra	14.12.1885	CDU	Landwirt und Bürgermeister in Lohra von 1915-1945 und 1948-1952
1952-1956	Reder	Andreas	Herzhausen	18.10.1925	BHE	
1960-1964, 1964-1968	Reidt	Kasper	Michelbach	06.05.1915	SPD	Krankenpfleger
1946-1948	Reinemann	Friedrich		25.09.1916	er war nie in einer Partei!	Landrat in Biedenkopf 1945-1946
1948-1952	Reitz	Heinrich	Dautphe-Wilhelmshütte		LDP	Metzgermeister
1952-1956	Reitz I.	Heinrich	Kleingladenbach	02.07.1895	Demokratische Arbeitsgemeinschaft	Bürgermeister in Kleingladenbach von 1943-1945

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Rettemeier	Gisela	Stadtallendorf	05.10.1925	CDU	Hausfrau
1946-1948	Riehl	Heinrich	Langendorf	21.02.1880	SPD	Schreinermeister, (Bauunternehmer, neue Info)
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Riemenschneider	Johannes	Münchhausen	02.05.1895	FDP	Schreinermeister und Bürgermeister in Münchhausen von 1933-1945
1960-1964	Röder	Konrad	Rauschenberg Burgholz	27.10.1895	SPD	Straßenwärter/Forstamt
1964-1968	Röhrich	Heinz	Cölbe	13.12.1919	SPD	Polizeimeister
1946-1948, 1948-1952	Römer	Heinrich	Kirchhain	24.06.1884	SPD	
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Römer	Jakob	Marbach	15.10.1888	FDP	Hauptlehrer a.d.
1960-1964, 1964-1968, 1968-1972	Roßbach	Karl	Wallau	30.04.1926	SPD	Lehrer/Rektor
1946-1948	Roßbach III.	Christian	Wallau	5.9.1887	SPD	Bürgermeister in Wallau 1945-1949
1956-1960, 1960-1964	Roth	Hans	Wetter	12.08.1920	SPD	Tiefbauunternehmner
1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Rudolf	Anton	Gladenbach	17.10.1900	SPD	Installations-Meister
1964-1968	Rühl	Georg	Bischoffen	06.01.1914	SPD	Schlosser
1956-1960	Rühl	Karl	Kirchvers	18.03.1908	SPD	Maurer, Landwirt, Bürgermeister in Kirchvers 1945-1956
1946-1948	Rüppel	Jakob	Cölbe	07.10.1887	SPD	
1946-1948	Ruhl	Siegfried	Kirchhain	26.04.1870	CDU	

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1952-1956	Ruppert	Otto	Weidenhausen	08.09.1912	Demokratische Arbeitsgemeinschaft	
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Sack	Ferdinand	Momberg	10.08.1902	CDU	Anstreicher/ Straßenwerter a.d.
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Sack	Leonhard	Neustadt-Momberg	07.11.1922	CDU	Verwaltungsangestellter, Bürgermeister in Momberg 1963-1972
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Sälzer	Karl	Marburg	06.03.1925	SPD	Forstbeamter
1956-1960	Samstag-Schaufuß	Heinz	Biedenkopf	11.03.1917	Demokratische Arbeitsgemeinschaft	Schauspieler
1968-1972, 1972-1974	Sander	Hildegard	Kirchhain	02.08.1915	SPD	
1974-1977	Sauer	Walter	Weimar-Niederwalgern	25.05.1924	CDU	
1960-1964	Schäfer	Ewald	Hartenrod	11.07.1901	SPD	
1964-1968	Schäfer	Rolf-Wilfried	Kirchhain	20.01.1924	FDP	
1960-1964	Schafhausen	Heinrich	Biedenkopf	13.05.1883	CDU	Konsul a. D. / Vizekonsul a. D.
1972-1974	Scheerer	Barbara	Wehrda		SPD	
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Scheld	Philipp	Weidenhausen	17.08.1894	SPD	Kreistagsvorsitzender/ Bürgermeister in Weidenhausen bis 1933 sowie von 1945-1966
1960-1964, 1964-1968	Schicht	Franz	Allendorf	30.05.1915	Gesamtdeutscher Block	
1956-1960	Schick	Ernst	Mardorf	28.11.1919	CDU	
1952- Dezember 1953	Schickow, von	Otto	Niederwalgern	26.01.1917	1952 DGP 1985 CDU	

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1948-1952, 1956-1960, 1960-1964	Schlapp	Heinz	Cappel und Bellnhausen	21.11.1918	SPD	Student/ Gewerbeoberlehrer
1948-1952	Schmidt	Ferdinand	Gönnern	14.09.1899	SPD	Zimmerpolierer
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Schmidt	Georg	Breidenstein	06.11.1895	FWG / Landvolk	Kreishandwerksmeister
1946-1948, 1948-1952	Schmidt	Heinrich	Gladenbach		Landvolk später CDU	Schmiedemeister/Landwirt
1968-1972, 1972-1974	Schmidt	Jakob	Sterzhausen	17.11.1914	SPD	Bürgermeister in Sterzhausen 1962-1972 u. in Lahntal 1972-1975
1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Schmidt	Karl	Quotshausen	27.07.1895	SPD	Bürgermeister in Quotshausen 1945-1962
1956-1960, nach 1960 Nachrücker	Schmidt	Karl		19.11.1903	SPD	Gießereivorarbeiter, Bürgermeister 1945-1952
1946-1948	Schmidt XII.	Johannes	Mornshausen/D.		CDU	Landwirt
1948-1952, 1956-1960, 1960-1964	Schmitt	Anton	Allendorf	22.12.1887	CDU	Reichsbahn-Obersekretäre/ Bürgermeister in Allendorf von 1946-1952
1964- Januar 1966	Schmitt	Kurt	Momberg		CDU	
1952-1956, 1960-1964	Schneider	Arthur	Bottenhorn	12.02.1903	SPD	Steinhauer/ Bürgermeister in Bottenhorn
1974-1977, 1981-1985, 1985-1989, 1993-1997	Schneider	Ferdinand	Stadtallendorf-Nieder Klein	13.07.1924	CDU	Großhandelskaufmann/ ab 1992 Rentner
1948-1952	Schneider	Franz	Dautphe		CDU	Angestellter
1968-1972	Schneider	Heinrich	Stadtallendorf	18.12.1908	CDU	

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972	Schneider	Heinrich	Marbach	09.11.1905	SPD (Spitzenkandidat)	Innenminister in Wiesbaden
1964-1968	Schneider	Heinrich	Damshausen	09.10.1912	FWG, SPD	Bürgermeister in Damshausen 1960-1972
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Schneider	Johann	Allna und Weimar	26.08.1923	FDP	Geflügelzüchter, Landwirt, Bürgermeister in Allna 1956-1971
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972	Schneider	Karl	Wetter	02.04.1905	SPD	Diakon
1948-1952, 1952-1956	Schneider	Otto	Gladenbach	04.08.1912	1948 für KPD	
1956-1960	Schneider	Otto Wilhelm		03.08.1909	Demokratische Arbeits- gemeinschaft	
1946-1948	Schneider	Ruppert	Cölbe	11.09.1889	SPD	
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Scholz	Friedrich	Biedenkopf	10.03.1921	FDP	Forstoberamtmann Amtmann
1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Scholz	Walter	Niederasphe	09.03.1914	NPD/ CDU	Landwirtschaftsmeister
1972-1974	Schössow	Erna	Biedenkopf	25.07.1920	SPD	
1960-1964	Schramm	Max	Langenstein	20.09.1899	FDP	Helfer in Steuersachen
1981-1985	Schröder	Hans-Heinrich	Marburg/ Lahn / Dresden		CDU	

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1960-1964, 1964-1968	Schröder	Johannes	Großseelheim	11.10.1904	SPD	Bürgermeister in Großseelheim 1956-1974
1948-1952	Schubert	August	Weidenhausen	03.04.1910	CDU	techn. Angestellter, Arbeiter
1977-1981	Schüssler	Dr. Fritz		12.08.1914	SPD	
1956-1960, 1960-1964	Schütz	Matthäus	Halsdorf	01.10.1899	SPD	Schreinermeister
1952-1956, 1956-1960	Schulz	Georg	Kirchhain		Gesamtdeutscher Block	
1956-1960	Schulz	Günther	Kirchhain		Gesamtdeutscher Block	
1956-1960	Schwabe	Dr. Emil	Biedenkopf	07.12.1902	SPD	Oberstudienrat
1946-1948	Schwarz	Karl Georg	Lixfeld		SPD	Invalide
1946-1948, 1952-1956, 1960-1964, 1964-1968	Schwarz	Wilhelm	Gladenbach	25.10.1899	SPD	Schlachthofaufseher
1974-1977	Schweinsberger	Heinrich	Kirchhain-Großseelheim	07.07.1922	SPD	Installationsmeister
1960-1964	Schwerdt	Kurt	Biedenkopf	22.12.1919	FDP	Bürgermeister in Biedenkopf von 1954-1972
1981-1985, 1985-1989	Schwichow, von	Otto	Marburg	26.01.1917	CDU	Gewerbeoberlehrer
1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Seibel	Albert	Biedenkopf/Breidenstein	11.12.1919	FWG	Bürgermeister Breidenstein 1950-1974
1974-1977, 1977-1981	Seibel	Daniel	Weimar-Wenkbach	05.04.1920	FWG	Angestellter beim Landratsamt Marburg, Ge- meindevetreter in Weimar, Bürgermeister 6/48 bis 9/48
1948-1952, 1952-1956	Seifert	Franz Josef	Biedenkopf	15.03.1913	SPD	Kaufmann
1948-1952	Seipp	Ernst	Kirchhain	15.01.1900	NDP	Inspektor



Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1948-1952	Seipp	Gotthard	Rauisch-Holzhausen	02.10.1898	Demokratisches Gemeinwohl	Fuhrunternehmer
1948-1952	Skutschik	Hans	Breidenbach	05.10.1904	CDU	Diplom Ingenieur
1948-1952	Sobotta	Emil	Schröck		CDU	
1968-1972, 1972-1974	Sommer	Ernst	Bischoffen	24.12.1919	SPD	Bürgermeister/Schreiner in Bischoffen
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1989-1993	Sorge Dr.	Siegfried	Biedenkopf	05.02.1917	SPD später:FWG	Landrat, 1950 – 1954 Sekretär der ÖTV
1968-1972, 1972-1974, 1974-1977	Speckmann	Gretel	Marburg	25.12.1921	SPD	
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Speh	Ernst	Kirchhain	02.05.1897	CDU	Ingenieur
1948-1952	Spitzbarth	Heinrich	Allendorf		NPD	
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Stöber	Rudolf	Kirchhain	17.08.1925	CDU	Mittelschullehrer

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1956-1960	Stöcker	Gisela	Rauschenberg		CDU	
1948-1952	Stoppel	Friedrich	Biedenkopf	19.07.1901	CDU	Betriebsleiter bei Buderus (u.a.)
1948-1952, 1952-1956	Ströhmer	Senta	Sarnau	08.10.1904	SPD	
1946-1948, 1948-1952	Stückrath	Konrad	Biedenkopf	23.11.1884	Landvolk	Bürgermeister i. R. in Biedenkopf
1968-1972	Tauscher	Gerhard	Wetter	16.06.1913	CDU	
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Theis	Otto	Cappel	06.03.1880	SPD	Krankenpfleger, Bürgermeister in Cappel 4/46-6/46
1964-1968	Theis Dr.	Heinrich	Halsdorf	03.09.1903	CDU	Landwirt
1946-1948	Thome	Christian	Wallau	07.11.1889	Landvolk	Former/Hausmeister
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Till	Adam	Biedenkopf	18.11.1923	BHE	Stricker/ Schneider
1964-1968	Tillmanns	Horst	Biedenkopf		SPD	
1968-1972, 1972-1974	Tönges	Konrad	Goßfelden	25.11.1914	FDP	Rektor
1956-1960	Trapp	Emil	Hartenrod	14.11.1902	SPD	Schornsteinfegerobermeister
1952-1956	Trenker	Ludwig	Holzhausen/H	28.12.1904	CDU	Tischlermeister
1952-1956, 1956-1960	Turschner	Reinhold	Biedenkopf	21.01.1909	CDU	Versicherungskaufmann
1981-1985	Uhlhorn	Christiane	Marburg	31.01.1927	CDU	Oberstudienrätin
1977-1981	Vaupel	Alfred	Marburg	25.04.1924	SPD	Bürgermeister in Cölbe 1960-1977
1981-1985, 1985-1989	Veit	Helwig	Lahntal-Brungershausen	09.02.1922	CDU	Landwirt, Bürgermeister in Brungershausen 1956-1974

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977	Velte	Ludwig	Wallau	30.03.1913	CDU	Schreinermeister
1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985	Völker	Konrad	Cappel	08.02.1920	SPD	Tiefbauingenieur
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956	Wagner	Jakob	Rauschenberg	11.02.1897	SPD	
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960	Wagner	Konrad	Speckswinkel	06.09.1898	LPD, FDP	Landwirt, Bürgermeister in Speckswinkel von 1946-1956
1946-1948, 1948-1952, 1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974	Wagner II.	Georg	Wolzhausen	08.05.1900	Landvolk/FWG FDP von 72-74	Kreislandwirt
1974-1977, 1977-1981	Waldschmidt	Karl	Gladenbach	24.09.1913	CDU	Bürgermeister in Gladenbach von 1951-1978
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964	Wallon	Johannes	Hachborn	06.08.1893	SPD	Landwirt/ Bürgermeister in Hachborn 1945-1960
1964-1968, 1968-1972	Wallon	Konrad	Hachborn	08.03.1923	SPD	
1946-1948	Weber	Christian	Bischoffen		SPD	Anstreichermeister

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1952-1956, 1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989	Weber	Heinrich	Kirchhain	04.02.1916	SPD	Bürgermeister in Kirchhain
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968	Weber	Karl	Wallau	17.11.1901	SPD, Bürgerliche Liste	Modellschlossermeister, Gastwirt
1972-1974	Weber	Konrad	Kirchhain	26.11.1921	SPD	
1981-1985	Weber	Ruth	Amöneburg	22.02.1916	FWG	Seniorenberaterin
1952-1956, 1956-1960	Weckesser	Simon	Kleinseelheim	15.10.1898	SPD	Maurer/ Landwirt/ Bürgermeister in Kleinseelheim 1946-1971
1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981, 1981-1985, 1985-1989, 1989-1993, 1993-1997	Wege	Heinrich	Diedenshausen und Gladenbach	26.05.1925	CDU	Bürgermeister in Diedenshausen/Landwirt
1956-1960	Wehn	Georg	Biedenkopf	29.01.1896		
1952-1956	Wehn	Karl	Biedenkopf		SPD	Schlosser

Wahlperiode	Nachname	Vorname	Wohnort	Geburtstag	Partei	Beruf
1956-1960, 1960-1964, 1964-1968, 1968-1972, 1972-1974, 1974-1977	Wehn	Wilhelm	Biedenkopf	16.06.1915	SPD	Stadtinspektor
1960-1964, 1964 Nachrü- cker, 1968-1972, 1972-1974	Weigel VII	Heinrich	Oberdieten	20.07.1908	CDU	Schuhmachermeister/Landwirt/ Bürgermeister in Oberdieten von 1960-1974
1952-1956	Weitzel	Andreas	Schröck	30.11.1904	CDU	Maurer
1952-1956	Wepler	Theodor	Kirchhain	14.12.1888	FDP	Kaufmann
1946-1948	Werner I.	Karl	Hommertshausen	25.05.1890	Landvolk	Landwirt und Bürgermeister in Hommertshausen 1945-1948
1968-1972, 1972-1974, 1974-1977, 1977-1981	Wessel	Bruno	Fronhausen	25.09.1923	SPD	Geschäftsführer
1974-1977	Westphal	Diether	Marburg	13.07.1920	SPD	
1952-1956	Wieber	Peter	Nieder Klein	14.01.1904	SPD	
1977-1981	Wissebach	Hans		19.10.1919	CDU	Rechtsanwalt